



Ruinen der Erinnerung

Die Suche nach der
österreichischen Trümmerfrau

böhlau

Martin Tschiggerl



Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek

Begründet von Helmut Konrad

Herausgegeben von Marcus Gräser und Dirk Rupnow

Band 44

Die „Zeitgeschichtliche Bibliothek“ im Böhlau Verlag veröffentlicht Arbeiten zur österreichischen und internationalen Zeitgeschichte. Als „Zeitgeschichte“ wird dabei die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts verstanden, wobei – dem Verständnis von „Zeitgeschichte“ als „Vorgeschichte der Gegenwart“ folgend – problemorientiert auch frühere Jahrzehnte relevant sein können. Im Zugriff auf Methoden und Theorien herrschen Offenheit und Pluralität, wobei Arbeiten mit einer gesellschaftsgeschichtlichen und/oder internationalen Perspektive im Mittelpunkt stehen. Eingereichte Manuskripte durchlaufen ein Peer Review, entweder durch die Begutachtung in akademischen Qualifizierungsverfahren, im Rahmen des bei Forschungsförderungsorganisationen beantragten Druckkostenzuschusses oder durch von den Herausgebern veranlasste Gutachten.

Martin Tschiggerl

Ruinen der Erinnerung

Die Suche nach der österreichischen Trümmerfrau

BÖHLAU

Veröffentlicht mit der Unterstützung des Austrian Science Fund (FWF):

10.55776/PUB1227

Open Access: Wo nicht anders festgehalten, ist diese Publikation lizenziert unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0; siehe <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

FWF Österreichischer
Wissenschaftsfonds

Die Publikation wurde einem anonymen, internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen <https://doi.org/10.7767/9783205222699>

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2025 Böhlau Verlag, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink,
Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Umschlagabbildung: Kriegszerstörungen in Wien, im Hintergrund die Türme der Votivkirche
(Österreichische Nationalbibliothek / ÖNB / Spiegel)

Korrektur: Vera M. Schirl, Wien
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Bettina Waringer, Wien
Druck: Hubert & Co., Ergolding
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com
E-Mail: info@boehlau-verlag.com

ISBN (print): 978-3-205-22268-2
ISBN (OpenAccess): 978-3-205-22269-9

Inhalt

1.	Einleitung	7
1.1	Theoretische und methodische Verortung	13
1.2	Aufbau des Buches	24
2.	Wien 2018: Trümmerfrauen-Denkmal	29
2.1	Eine kurze Geschichte der Freiheitlichen Partei Österreichs	35
2.2	FPÖ und Geschichtspolitik	38
2.3	„Trümmerfrauen“ im Gedenkjahr	41
2.4	Frau und/oder Nazi	43
3.	Wien 1945: Die Trümmerbeseitigung unmittelbar nach Kriegsende	47
3.1	Exkurs: Trümmerarbeit vor 1945	47
3.2	Trümmerarbeit nach 1945	49
3.2.1	Die Notstandsarbeiten	56
3.2.2	Die Polizei-Anhaltelager im Kontext der Notstandsarbeiten	59
3.2.3	Die Notstandsarbeiten in Zahlen	62
3.2.4	Welche Arbeiten wurden verrichtet?	63
3.2.5	Wer waren die Notstandsarbeiter:innen?	68
3.3	Die Notstandsarbeiten im Kontext der „Trümmerfrauen“	71
3.3.1	Jugend und Studierende am Werk	73
3.3.2	Professionelle Schuttbeseitigung	77
3.3.3	Lebensmittelkarten und Trümmerarbeit	80
4.	Die Notstandsarbeiten im kollektiven Gedächtnis der Republik	85
5.	Wiederaufbau und Tabula rasa	95
5.1	Marshallplan	98
5.2	Die „Helden von Kaprun“	100
5.3	Heldenhafte Opfer	103
6.	Opfermythen	105
6.1	Von der Moskauer Deklaration zum Staatsvertrag	106
6.2	Das totale Opfer	109
6.3	Von Borodajkewycz bis Waldheim	114

7.	Geschichtspolitik 2.0	123
7.1	Die 1980er als geschichtspolitische Zeitenwende	125
7.2	„Gedenkjahr“ 1995 und Wehrmachtsausstellung	130
7.3	Gedenken in Schwarz-Blau	134
7.4	Gedenkjahr 2018 und der „Historikerbericht der FPÖ“	139
8.	„Trümmerfrauen“ – Eine deutsch-deutsche Geschichte	145
8.1	Die „Trümmerfrau“ als Heldin der Werktätigen in der SBZ und DDR	146
8.2	Übernahme und Gegenerzählung – die „Trümmerfrauen“ der BRD	150
9.	Die späte Geburt der österreichischen „Trümmerfrau“	157
9.1	„Trümmerfrauen“ und die Geschichtswissenschaft	164
9.2	„Trümmerfrauen“ in Schulbüchern	178
9.3	Das „Trümmerfrauen“-Gesetz von 2005	184
9.4	Die Spur der österreichischen „Trümmerfrauen“	190
10.	„Trümmerfrau“ als Kampfbegriff und Chiffre – eine Conclusio	193
10.1	Kampfbegriff Trümmerfrauen	193
10.2	„Trümmerfrauen“ als Chiffre	196
10.3	Trümmerfrauen, Trümmernänner, Trümmernazis	198
10.4	Multiple Erinnerungen	203
11.	Quellen und Literaturverzeichnis	205
11.1	Quellen	205
11.1.1	Archivarische Quellen	205
11.1.2	Publizierte Quellen	207
11.2	Forschungsliteratur	209
12.	Namensindex	221

1. Einleitung

Es gibt wohl wenige Begriffe, die in der Geschichtswissenschaft so gerne, zugleich aber auch so schwammig verwendet werden wie der Begriff „Mythos“. Bereits Matthias Wächter hat dies in einem Beitrag für das deutsche Portal „Docupedia Zeitgeschichte“ festgestellt und ganz richtig angemerkt, dass sich die Geschichtswissenschaft offenbar nicht entscheiden kann, ob sie den Begriff in seiner alltags-sprachlichen Bedeutung oder als wissenschaftlichen Analysebegriff versteht.¹ Wenn Historiker:innen vom Mythos sprechen, benutzen sie diesen meist als den großen Anderen, von dem es sich abzugrenzen gilt. Oder wie es Reinhard Brandt in einem von ihm mitherausgegebenen Sammelband zu Mythen festhält: „Der Mythenforscher erkennt die Macht des Mythos, ohne ihr zu erliegen; er wird nicht zum hermeneutischen Zwangsoffer der jeweiligen geschichtlichen Verhältnisse.“² Dem „Mythos“ stellen wir Forscher:innen dann die historische „Wirklichkeit“ gegenüber – hier die wissenschaftliche Faktizität, dort der mythische Glaube, hier wir Expert:innen, dort die Laien, die es aufzuklären gilt. Auch wenn dieses Buch mit dem zentralen Anspruch einhergeht, mehr Faktizität in die stark emotionalisierte Debatte rund um die österreichischen „Trümmerfrauen“ zu bringen, liegt mir solch ein missionarischer Ansatz fern – dies ist auch einer von zwei Gründen, warum das vorliegende Buch nicht „Mythos Trümmerfrauen“ heißt. Der zweite ist, dass von Leonie Treber bereits ein hervorragendes Werk mit eben diesem Titel zur Geschichte der deutschen „Trümmerfrauen“ vorliegt.³ Nichtsdestoweniger wird der Begriff in diesem Buch aber einen prominenten Platz einnehmen, immer wieder werde ich vom „Trümmerfrauen“-Mythos und damit einhergehenden Konzepten sprechen, wahrscheinlich ebenso häufig vom spezifisch österreichischen „Opfermythos“. Also von der identitätskonkreten Vorstellung, Österreich sei das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen, die – wie beispielsweise Gerhard Botz oder Heidemarie Uhl bereits eingehend ausgeführt haben – vom offiziellen Österreich ab 1945 insbeson-

1 Vgl. Matthias Wächter, Mythos, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.02.2010. http://docupedia.de/zg/waechter_mythos_v1_de_2010 DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.581.v1>.

2 Reinhard Brandt, Mythos und Mythologie. Berlin 2004, 19.

3 Vgl. Leonie Treber, Mythos Trümmerfrauen: Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes. 1. Aufl. Essen 2014.

dere in der Außendarstellung in allen möglichen Kanälen betont wurde.⁴ Die österreichischen „Trümmerfrauen“ und der „Opfermythos“ sind untrennbar miteinander verbunden. Trotz des einleitend artikulierten Unbehagens mit einer unkritischen Verwendung des „Mythos“-Begriffs, ist das Konzept als trennscharfe analytische Kategorie sehr gut geeignet, jenes Konglomerat an Vorstellungen zu untersuchen, das uns in diesem Buch immer wieder unter der Chiffre „Trümmerfrauen“ begegnen wird.

Definieren wir „Mythos“ im Sinne Roland Barthes nicht als ein einzelnes Phänomen, Objekt oder als einzelne Idee, sondern vielmehr als ein System von aufeinander verweisenden Symbolen, ist der Begriff eine hervorragende Beschreibungsmetapher für die österreichischen „Trümmerfrauen“.⁵ Denn auch hinter dem vermeintlichen Einzelphänomen „Trümmerfrauen“ verbirgt sich ein ganzes System von Symbolen, Ideen und Vorstellungen, die viel mehr sind als bloß das Bild von Schutt räumenden Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, das vor unserem Auge unweigerlich entsteht, wenn wir das Wort hören. So gesehen ist es doch ein wenig schade, dass Leonie Treber den Titel bereits für ihre Monografie verwendet hat. Aufbauend auf Lars-Broder Keil hält sie dort ganz richtig fest, nur weil sich ein bestimmtes Phänomen als Mythos klassifizieren lässt, bedeutet das nicht zwangsläufig, dass es vollkommen frei erfunden ist.⁶ Vielmehr können auch Mythen faktische Versatzstücke in ihre mythologisierenden Erzählungen mit einbauen oder sogar darauf basieren. Wie ich in diesem Buch nachweise, lassen sich auch im „Trümmerfrauen“-Mythos empirisch verifizierbare historische Fakten finden, diese sind allerdings in eine Erzählung eingewoben, die in ihrer Gesamtheit klar falsifiziert werden kann. Roland Barthes folgend müssen wir den „Trümmerfrauen“-Mythos – wie alle anderen Mythen auch – als politische Botschaft verstehen, die eine Natürlichkeit suggeriert, die so niemals existiert hat.⁷ Er ist das Produkt einer dezidiert erinnerungspolitischen Setzung. Eine vermeintliche Natürlichkeit blendet aus, dass das Konzept „Trümmerfrauen“ diskursiv entstanden ist und als historisch verortet interpretiert werden

4 Vgl. u. a. Gerhard Botz, Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. ‚Opferthese‘, ‚Lebenslüge‘ und ‚Geschichtstabus‘ in der Zeitgeschichtsschreibung, in Wolfgang Kos und Georg Rigele (Hg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1996; Heidemarie Uhl, „Das ‚erste Opfer‘. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30.1 (2001): 19–34.

5 Zu dieser Lesart von Roland Barthes Mythosbegriff vgl. Eugen Pfister, Why History in Digital Games matters, in: Martin Lorber und Felix Zimmermann (Hg.), History in Games. Contingencies of an Authentic Past. Köln 2020, 47–72, hier 49–50.

6 Vgl. Treber, Mythos Trümmerfrauen, 21.

7 Roland Barthes, Mythen des Alltags. Vollständige Ausgabe. Frankfurt 2019.

muss. Diese historische Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrauen“ steht im Zentrum dieser Untersuchung.

Das vorliegende Buch ist das Produkt eines durch den Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF geförderten Projekts mit dem Titel „Die Konstruktion der österreichischen ‚Trümmerfrau‘“, angesiedelt an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Gemeinsam mit meiner Doktorandin Lea von der Hude und der studentischen Mitarbeiterin Patricia Seifner habe ich im Rahmen dieses Projekts einen bisher kaum gesichteten Bestand zu den Wiener Notstandsarbeiten ehemaliger Nationalsozialist:innen in der Nachkriegszeit bearbeitet, der für dieses Buch eine wichtige Grundlage liefert. Deutlich ausführlicher wird er aber in von der Hudes Dissertation behandelt: Sie analysiert hauptsächlich die Notstandsarbeiten beziehungsweise die sie ausführenden Personen aus kollektivbiografischer Perspektive und wie diese Arbeiten zeitgenössisch wahrgenommen wurden. Von der Hude liefert darüber hinaus auch eine umfassende quantitative Analyse der Notstandsarbeiten selbst. Ziel des vorliegenden Buches ist es, die Arbeiten in den Jahren 1945 und 1946 mit einer größeren Metaperspektive auf die österreichische Zeitgeschichte und das kollektive Gedächtnis der Zweiten Republik zu kontextualisieren. Erste Vorabergebnisse des Projekts habe ich bereits 2022 mit Thomas Walach in den *Vierteljahresheften für Zeitgeschichte*⁸ sowie 2025 mit meinen beiden Mitarbeiterinnen im *Austrian History Yearbook* veröffentlicht.⁹ Der lange Abstand zwischen den Publikationen ist vor allem organisatorischen Forschungslogiken geschuldet: Die Grundidee des Projekts entstand 2018 im Zuge der Diskussionen rund um das „Trümmerfrauen“-Denkmal in Wien. Ich hatte damals einen Blog auf der Website der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* und wollte einen Beitrag zu den österreichischen „Trümmerfrauen“ schreiben. Bei der Recherche zum Stand der Forschung konstatierte ich gleich mehrere Forschungslücken, auf die ich in dieser Einleitung gleich noch eingehen werde. Ich reichte daher ein FWF-Projekt ein, um diese Desiderate gemeinsam mit einem Team bearbeiten zu können – es sollte schlussendlich bis 2022 dauern, bis das Projekt tatsächlich starten konnte. Dieses Buch stellt die Zusammenfassung der substanziellen Ergebnisse meiner Forschung zum „Trümmerfrauen“-Phänomen in Österreich dar.

Im Zentrum dieser Monografie stehen dabei drei zentrale Fragen:

- 8 Vgl. Martin Tschiggerl und Thomas Walach, „Die Erfundene ‚Trümmerfrau‘. Der Umgang mit der NS-Zeit in Österreich.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 70.2 (2022): 299–326. <https://doi.org/10.1515/vfzg-2022-0018>.
- 9 Vgl. Martin Tschiggerl, Lea von der Hude und Patricia Seifner, „As a former National Socialist [...] I suffered most severely.‘ How National Socialists’ Atonement Work Became a Reconstruction Myth, *Austrian History Yearbook* 56 (2025), im Druck.

1. Warum tritt das Phänomen der „Trümmerfrauen“ in Österreich im Vergleich zu den beiden deutschen Staaten erst sehr spät in Erscheinung?
2. Wie ist dieser Mythos entstanden und was sind seine wesentlichen Narrative?
3. Wer hat in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem in Wien welche Arbeiten verrichtet und wie wurden diese Arbeiten erinnert?

Wie ich in diesem Buch darlegen werde, lässt sich bis in die späten 1980er Jahre in Österreich kein Interesse an wie auch immer gearteten „Trümmerfrauen“ erkennen – weder in der Geschichtswissenschaft noch in der Medienöffentlichkeit oder von Seiten der Politik. Der Begriff wurde schlicht und einfach nicht zur Beschreibung der österreichischen Frauen der Nachkriegszeit verwendet.¹⁰ Der Mythos „Trümmerfrauen“ als ein System von verschiedenen Symbolen und Bedeutungszuweisungen begann sich tatsächlich erst ab den 1990er Jahren zu formieren.

Dies spiegelt sich auch im Stand der Forschung wider, der im Vergleich zu Deutschland relativ überschaubar ist. Neben den bereits erwähnten Artikeln von mir selbst gemeinsam mit Thomas Walach, Lea von der Hude und Patricia Seifner, sind hier vornehmlich die Arbeiten von Erika Thurner, Ela Hornung und Irene Bandhauer-Schöffmann sowie Maria Pohn-Lauggas von großer Relevanz, bei denen es sich allesamt um bedeutende Pionierstudien handelt, die allerdings mit einem deutlich anderen Quellenbestand durchgeführt wurden als die vorliegende. Vor den späten 1980er Jahren gab es keine geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit den österreichischen Trümmerfrauen. In den Arbeiten zum österreichischen Wiederaufbau und zur Trümmerbeseitigung wurden Frauen als gesonderte Gruppe kaum erwähnt, schon gar nicht in der ihnen später zugeschriebenen Rolle als „ziegel-schupfende“ Trümmerfrauen. Wenn, dann erlangten sie vorwiegend für die Versorgung der Familie in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den damit verbundenen Schwierigkeiten Beachtung. Erst mit der Etablierung der Frauengeschichte und später der Geschlechtergeschichte im deutschsprachigen Raum wurden Frauen auch als Akteurinnen des Wiederaufbaus und der Nachkriegszeit erkannt. Besonders wichtig ist hierbei der Sammelband „Wiederaufbau weiblich“ von 1992.¹¹ Gleich mehrere Beiträge greifen die Stellung von Frauen in der österreichischen Nachkriegszeit auf und untersuchen deren Handlungsspielräume und Aktivitäten im Wiederaufbau des vom Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Landes. Die „Trümmerfrauen“ als historisches Phänomen stehen im Zentrum des Beitrags von Bandhauer-Schöffmann und

10 Vgl. dazu auch Tschiggerl/Walach, *Trümmerfrauen* 2022.

11 Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung (Hg.), *Wiederaufbau weiblich. Dokumentation der Tagung „Frauen in der österreichischen und deutschen Nachkriegszeit“*, Wien u. a. 1992.

Hornung, der nachdrücklich das mangelnde Interesse an der Vergangenheit dieser Frauen im Nationalsozialismus kritisiert und deren Heroisierung bereits früh hinterfragt.¹² Dies ist spannend, weil sich die Frage aufdrängt, ob zu diesem frühen Zeitpunkt überhaupt schon eine Heroisierung stattgefunden hat. Denn in gesamtgesellschaftlichen Debatten begann das Konzept „Trümmerfrauen“ in Österreich erst ab den 1990er Jahren wirklich thematisiert zu werden, während in der Geschichtswissenschaft schon in den 1980er Jahren auf die Ambivalenz dieses Begriffs hingewiesen worden war: Erika Thurner hat bereits 1987 in ihrer Arbeit betont, dass sich die Situation in Österreich deutlich anders dargestellt hat als in der BRD und der DDR, und „Trümmerfrauen“ in einer vergleichbaren Form eher von geringerer Bedeutung waren.¹³ Im Besonderen seien die verpflichtenden Arbeiten ehemaliger Nationalsozialist:innen schwerer zu gewichten – es sei aber generell wesentlich, die Arbeit von Frauen im Wiederaufbau sichtbarer zu machen.¹⁴ Auch Georg Tidl mit „Frausein im und nach dem Krieg“ sowie Siegfried Mattl mit „Frauen in Österreich nach 1945“ haben in ihren Beiträgen diese Thematik bearbeitet.¹⁵ Gerade den frühen Arbeiten zu den österreichischen „Trümmerfrauen“ ist dabei gemein, dass diese Frauen stets im Kontext der NS-Zeit betrachtet werden und trotz des klar feministischen Anspruchs, die Geschichte von Frauen in der Nachkriegszeit zu erzählen, die Zeit vor 1945 nicht ausgeblendet wird. Dies wird besonders in den wegweisenden Arbeiten von Ela Hornung und Irene Bandhauer-Schöffmann deutlich, die sich auch in späteren Sammelbandbeiträgen und Artikeln diesem Spannungsfeld annähern.¹⁶

12 Vgl. Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung, Von Mythen und Trümmern. Oral History Interviews mit Frauen zum Alltag im Nachkriegs-Wien. In: ebd., 24–54.

13 Vgl. Erika Thurner, „Dann haben wir wieder u n s e r e Arbeit gemacht“. Frauenarbeit und Frauenleben nach dem zweiten Weltkrieg. In: *Zeitgeschichte* 15, 9/10 1987, 403–419.

14 Mittlerweile wissen wir, dass sich die „Trümmerfrauen“ auch in den beiden Deutschlands etwas anders dargestellt haben als noch in den 1980er Jahren vermutet.

15 Georg Tidl, Frau sein im und nach dem Krieg. Rollenbild und Lebenspraxis in einer Krisenzeit, in: Liesbeth Waechter-Böhm (Hg.), Wien 1945 davor/danach, Wien 1985, 61–73; Siegfried Mattl, Frauen in Österreich nach 1945, in: Rudolf G. Ardelt, Wolfgang J. A. Huber und Anton Staudinger (Hg.), Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag, Wien/Salzburg 1985, 101–121.

16 Irene Bandhauer-Schöffmann, Weibliche Wiederaufbauszenarien, in: Wolfgang Kos und Georg Rigele (Hg.), Inventur 44/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1996, 201–231. Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung, Trümmerfrauen – ein kurzes Heldinnenleben, in: Andrea Graf (Hg.), Zur Politik des Weiblichen. Frauenmacht und -ohnmacht. Wien 1991, 93–120; dies., Von Mythen und Trümmern. Oral History. Interviews mit Frauen zum Alltag im Nachkriegs-Wien, in: Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung (Hg.), Wiederaufbau weiblich. Dokumentation der Tagung „Frauen in der österreichischen und deutschen Nachkriegszeit. Wien/Salzburg 1992, 24–54; dies., Vom „Dritten Reich“ zur Zweiten Republik. Frauen im Wien

Beide sprechen dabei auch dezidiert von einem Mythos, den es zu dekonstruieren gelte. Die Frage bleibt allerdings: Von welchem Mythos ist hier in Bezug auf Österreich überhaupt die Rede? Wie ich später noch ausführen werde, ist anzunehmen, dass hier eine deutsche Debatte in gewisser Weise auf Österreich übertragen wurde und ein vermeintlicher Mythos dekonstruiert werden sollte, der so noch gar nicht wirklich existierte.

Ab Mitte der 1990er Jahre, speziell rund um das Gedenkjahr 1995, lässt sich dann eine Intensivierung des geschichts- und populärwissenschaftlichen Interesses an den österreichischen „Trümmerfrauen“ erkennen. Breit angelegte Überblicksdarstellungen wie „Trümmerfrauen. Alltag zwischen Hamstern und Hoffen“¹⁷ von Franz Severin Berger und Christiane Holler oder der Ausstellungsband „Frauenleben 1945: Kriegsende in Wien“, herausgegeben von Peter Eppel und dem Historischen Museum der Stadt Wien,¹⁸ werden breit in den Medien besprochen und beginnen stärker als noch zuvor, den Begriff der „Trümmerfrau“ kollektiv auf die Gesamtheit der österreichischen Frauen nach 1945 auszuweiten. Letzterer zeigt aber – wohl nicht zuletzt aufgrund der federführenden Mitarbeit von Erika Thurner an der Ausstellung selbst – auch eine kritische Perspektive, die allerdings in den Beiträgen des Sammelbandes stärker ausgeprägt zu sein scheint als im Ausstellungskatalog. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu den frühen Arbeiten der ersten historiografischen Auseinandersetzung mit den österreichischen „Trümmerfrauen“ geht diese kritische Distanz jedoch zusehends verloren, wie vor allem der Interviewband „... und trotzdem gab es Hoffnung! ‚Trümmerfrauen‘ aus Österreich berichten“ der ehemaligen FPÖ/BZÖ Abgeordneten Theresia Zierler zeigt.¹⁹ Die Arbeiten von Maria Pohn-Lauggas können daher auch als eine Art kritische Intervention verstanden werden, mit der sie nun einen in der Zwischenzeit wirkmächtigen, heroisierenden „Trümmerfrauen“-Mythos zu dekonstruieren versucht und dabei den Diskursraum

der Nachkriegszeit, in: David Good (Hg.), *Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien 1994, 225–246; dies., *Das Geschlecht des Wiederaufbaus*, online: www.erinnerungsort.at/dokumente/hornung.pdf (28.01.2019); dies., *Trümmerfrauen. Deutungsmuster für eine Ikone der Nachkriegszeit*, in: Martin Wassermair und Katharina Wegan (Hg.), *rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich*, Innsbruck 2006, 79–92.

17 Franz Severin Berger und Christiane Holler, *Trümmerfrauen. Alltag zwischen Hamstern und Hoffen*, Wien 1994.

18 Peter Eppel und Historisches Museum der Stadt Wien. *Frauenleben 1945. Kriegsende in Wien; Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, 21. September–19. November 1995*. Wien 1995.

19 Theresia Zierler, *...und trotzdem gab es Hoffnung! „Trümmerfrauen“ aus Österreich berichten*. Graz 2006.

„Trümmerfrau“ vermisst.²⁰ Wenig überraschend hat die Errichtung eines Denkmals für die österreichischen Trümmerfrauen durch die Freiheitliche Partei und ihr nahestehende Institutionen zu einem gesteigerten Interesse an dem Thema geführt, wie auch eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten der letzten Jahre beweist.²¹

1.1 Theoretische und methodische Verortung

Dieser kurze Überblick über den Stand der Forschung zu den „Trümmerfrauen“ in Österreich, auf den in späteren Kapiteln noch ausführlicher eingegangen wird, macht deutlich, dass die bisherige Forschungslandschaft recht überschaubar ist. Gleichzeitig lässt sich auch ein Primat der Oral History erkennen. Fast 80 Jahre nach Kriegsende steht mir diese Methode nicht mehr zur Verfügung – jene Personen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Österreich Trümmerarbeit geleistet haben, sind mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr am Leben. Zur Verfügung stehen mir allerdings Quellenbestände, die in der bisherigen Forschung noch gar nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maß bearbeitet wurden. Dies sind in erster Linie Bestände zu den so genannten Notstandsarbeiten und „Gemeinschaftsarbeiten“ in Wien sowie zur gesetzlichen „Arbeitspflicht“ im Wiederaufbau und Quellen dazu, warum diese verpflichtenden Arbeitsmaßnahmen überhaupt notwendig waren. Insgesamt stellt sich die Quellenlage zum Wiederaufbau und insbesondere zur Schutträumung in

20 Maria Pohn-Weidinger, *Heroisierte Opfer. Bearbeitungs- und Handlungsstrukturen von „Trümmerfrauen“ in Wien*. Wiesbaden 2013; Maria Pohn-Lauggas, „Zur Interaktion von Biographie und Diskurs: Methodologische und methodische Überlegungen am Beispiel von ‚Trümmerfrauen‘.“ In: Tina Spies und Elisabeth Tuidar (Hg.), *Biographie und Diskurs. Methodisches Vorgehen und Methodologische Verbindungen*. Wiesbaden 2017, 269–287; dies., „Victimisation and gender. The myth of the Trümmerfrauen and its present use(fulness).“ In: Günter Bischof und Marc Landry (Hg.), *Myths in Austrian History. Construction and Deconstruction New Orleans/Innsbruck* 2020, 173–190.

21 Clara-Anna Egger, „Unter dem Deckmantel der ‚Trümmerfrau‘. Die Homogenisierung der österreichischen Nachkriegsfrau in der Erinnerungskultur“. Masterarbeit Universität Wien 2019; Philip Egger, „Heldinnen des Wiederaufbaus? Debatten und Kontroversen um das Wiener Denkmal für Trümmerfrauen“. Masterarbeit Universität Wien 2020; Valerie Pechhacker, „Das Trümmerfrauen-Denkmal in Wien. Die historischen Hintergründe und tagespolitischen Aspekte des Trümmerfrauen-Denkmal in Wien“. Masterarbeit Universität Wien 2020; Christopher Carl, „Lieux de mémoire: Erinnerungsorte der Neuen Rechten“. Masterarbeit Universität Wien 2022; Valentina Langreiter, „Österreichische Erinnerungskultur als ‚Battleground‘. der Umgang mit der Opferthese und NS-Zeit in österreichischen Schulgeschichtsbüchern seit 1969“. Masterarbeit Universität Wien 2023.

den Jahren 1945, 1946 und 1947 aber ausgesprochen schwierig dar – speziell für das Jahr 1945 fehlen systematische Aufzeichnungen darüber, wer welche Arbeiten wo und wann verrichtet hat. Was allerdings existiert, sind zeitgenössische Berichte über die verschiedenen Arbeiten, die aber – wie ich in Kapitel 3 zeigen werde – gerade in Anbetracht auf die dort genannten Zahlen mit etwas Vorsicht zu beurteilen sind. Die schlechte Quellsituation mag zwar aufgrund der aus historischer Perspektive relativ geringen zeitlichen Distanz zum Forschungsgegenstand überraschen, stellt aber mitunter ein typisches Problem der (österreichischen) Zeitgeschichtsforschung und der Geschichtswissenschaft per se dar: Potentiell wichtige Quellenbestände sind nicht mehr verfügbar oder zumindest nicht auffindbar. Dieses Buch muss daher auch als der Versuch verstanden werden, aus einer dürftigen Quellenlage Aussagen über ein größeres Ganzes zu extrapolieren. Damit stehe ich aber in einer jahrhundertelangen Traditionslinie historischen Arbeitens: Wir können wissenschaftliche Aussagen nur zu Sachverhalten treffen, von denen wir auch Quellen im Sinne einer wie auch immer beschaffenen Form von medialisierten Beschreibungen vergangener Wirklichkeiten haben. Als Historiker:innen versuchen wir ständig, aus einer begrenzten Menge an Informationen Wissen über ein System zu erlangen, in dem diese Informationen entstanden sind. Heuristische Schlüsse sind die wahrscheinlich ureigenste Methode der Geschichtswissenschaft überhaupt. Dieses Buch stellt solch einen heuristischen Versuch dar und zielt darauf ab, aus einzelnen Daten ein in sich schlüssiges und nachvollziehbares sowie faktisch korrektes Bild der österreichischen „Trümmerfrauen“ zu zeichnen, und geht der Frage nach, wie diese als Konzept beziehungsweise Vorstellung überhaupt entstanden sind.

Mein Erkenntnisinteresse richtet sich entlang der zuvor formulierten Forschungsfragen auf zwei Ebenen. Zunächst auf die unmittelbare Nachkriegszeit und die Frage danach, wer welche Arbeiten in der Trümmerbeseitigung verrichtet hat. Geografisch konzentriere ich mich dabei stark auf die Bundeshauptstadt Wien. Dieser Fokus ergibt sich zunächst daraus, dass hier jene Bilder entstanden sind, die im kollektiven Gedächtnis Österreichs gemeinhin mit „Trümmerfrauen“ verbunden werden – Frauen, die im Schweiß ihres Angesichts in den Jahren 1945 und 1946 Schutt auf den Straßen Wiens beseitigt haben. Bilder, die sich mittlerweile in Schulbüchern, Museen, populärwissenschaftlichen Darstellungen, Zeitungsartikeln oder TV-Reportagen finden lassen und bei denen meist nicht klar ist, wen sie tatsächlich zeigen noch wo sie entstanden sind. Zuweilen handelt es sich bei den Abgebildeten gar nicht um Wiener Frauen, sondern um deutsche Frauen bei der Arbeit in Ber-

lin.²² Manchmal sind die Bilder sogar gefälscht und stellen eine Kollage verschiedener Bilder dar. Und nicht zuletzt wurde auch das Denkmal für die österreichischen „Trümmerfrauen“ in Wien errichtet, dessen feierliche Eröffnung im Oktober 2018 überhaupt den Impuls zu diesem Forschungsprojekt gegeben hat. Ein dem Wiener Denkmal sehr ähnliches Monument sollte zwar auch in Graz gebaut werden – hier stammte die Initiative ebenfalls von der FPÖ – es wurde allerdings nie realisiert. Das in Bronze und Stein gefasste Andenken an die österreichischen „Trümmerfrauen“ ist somit ebenfalls mit Wien verbunden.

Zudem berichten zahlreiche Zeitzeug:innen davon, dass sie die „Trümmerfrauen“ eben explizit in Wien wahrgenommen hätten. So erzählt beispielsweise die von der Herausgeberin und ehemaligen BZÖ/FPÖ-Politikerin Theresia Zierler als „Trümmerfrau“ bezeichnete Maria Rose davon, selbst keine Trümmerarbeiten verrichtet zu haben und in ihrer Heimatgemeinde keine „Trümmerfrauen“ gesehen zu haben, wohl aber in Wien:

Die Arbeit der Trümmerfrauen habe ich gesehen ... die Frauen mit ihren Schürzen, die bis zum Umfallen gearbeitet haben, und zwar immer wenn ich nach Wien hinein zum Südbahnhof gefahren und über die Trümmerhaufen gekraxelt bin. Diese Frauen haben wirklich Großartiges geleistet.²³

Ich bin daher überzeugt, dass Wien der am besten geeignete Ort ist, um die Spur der österreichischen Trümmerfrauen aufzunehmen.

Auf der zweiten Ebene richtet sich mein Erkenntnisinteresse auf die Frage, wann und vor allem wie sich ein spezifisch österreichischer Trümmerfrauen-Mythos entwickeln konnte. Generell lässt sich in den späten 1980er Jahren der Beginn des so genannten Memory Booms beobachten, der – wie es unter anderem Ljiljana Radonić in ihrer Habilitationsschrift gezeigt hat – als gesamteuropäisches Phänomen verstanden werden muss, das gerade auch einen Bruch mit den klassischen Heldenerzählungen nationaler Gedächtniskulturen bedeutet hat.²⁴ In einer laut Pierre Nora richtiggehenden „Gedächtniskonjunktur“ begann eine „Ära des leidenschaftlichen, konfliktbeladenen, fast zwanghaften Gedenkens“, die gerade auch durch den Fall des Eisernen Vorhangs und das Ende des Apartheidregimes in Südafrika noch befeuert

22 Vgl. hierzu die hervorragende Dokumentation „Fotoikonen Österreichs – Die Wahrheit hinter den Bildern“ von Patrice Fuchs für ORF III.

23 Maria Rose Erlebnisbericht. In: Zierler, und trotzdem gab es Hoffnung, 52.

24 Vgl. Ljiljana Radonić, Der Zweite Weltkrieg in postsozialistischen Gedenkmuseen. Geschichtspolitik zwischen der ‚Anrufung Europas‘ und dem Fokus auf ‚unser‘ Leid. Berlin 2021.

wurde, und in deren Zentrum die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust stand.²⁵

Auf einer Metaebene wurde dieser „Memory Boom“ durch die im weitesten Sinne historisch arbeitenden Disziplinen gleichzeitig angetrieben und analysiert. Hierbei sind es neben Pierre Nora und seinem Konzept der „lieux de mémoire“ die Arbeiten von Jan und Aleida Assmann, die, aufbauend auf den Theorien Maurice Halbwachs', den Begriff „kulturelles“ beziehungsweise „kollektives Gedächtnis“ in die Debatte zu dieser „Lust an der Erinnerung“ einbrachten und gerade die wissenschaftliche Rezeption noch zusätzlich angeheizt haben.²⁶ Aspekte, die für den Gegenstandsbereich dieser Arbeit von zentraler Bedeutung sind, wie beispielsweise erinnerungspolitische Deutungskämpfe darüber, was wie erinnert werden soll, und die in Kombination von kollektiver Erinnerung mit politischer Agitation ideologische Funktionen übernehmen, spielen zumindest in den frühen Arbeiten von Jan Assmann eine eher untergeordnete Rolle – wie Radonić in ihrer Arbeit zu Gedenkmuseen festgehalten hat.²⁷ Auch das wissenschaftliche Interesse am bewussten Vergessen als negativer Form kollektiver Erinnerung hat sich erst nach Assmanns frühen, wegweisenden Arbeiten etabliert.²⁸ Umso wichtiger sind daher die beiden Begriffe „Geschichtspolitik“ und „Vergangenheitspolitik“, die – wie der Wortstamm schon andeutet – gerade auch auf die identitätskonkrete, politische Komponente kollektiver Erinnerung fokussieren. „Identitätskonkret“ bedeutet im Sinne Jan Assmanns, dass eine „Gruppe ein Bewußtsein ihrer Einheit und Eigenart auf dieses Wissen [über die Vergangenheit] stützt und aus diesem Wissen die formativen und normativen Kräfte bezieht, um ihre Identität zu reproduzieren.“²⁹

Ich selbst präferiere den Terminus „Geschichtspolitik“, da er meinem Verständnis nach schon im Wort selbst den Konstruktionscharakter des Erinnerten unterstreicht. Schließlich sind Vergangenheit und Geschichte ebenso wenig miteinander ident, wie es Vergangenheit und Erinnerung sind. Die Vergangenheit ist per Defi-

25 Pierre Nora, „Gedächtniskonjunktur.“ *Transit* 22 (2002): 18–31, hier 18–19.

26 Vgl. Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Jan Assmann und Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1988, 9–19; ders., Das Kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992; Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006; Maurice Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt am Main 1991; Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1998.

27 Vgl. Radonić, 18.

28 Zur „Verdrängung“ als Form des bewussten Vergessens vgl. u. a. Jürgen Straub und Jörn Rüsen (Hg.), Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewusstsein. Erinnerung, Geschichte, Identität 2. Frankfurt am Main 1998.

29 Assmann, Kollektives Gedächtnis, 12.

nition vergangen und uns als solche nicht mehr zugänglich – „Geschichte“ als die narrative Konstruktion von Vergangenheit in der Gegenwart stellt unseren Versuch dar, Aussagen darüber zu treffen, wie diese Vergangenheit beschaffen gewesen sein könnte.³⁰

Durch diese begriffliche Unterscheidung wird deutlicher, „daß Geschichte zunächst an das Bewußtsein der Gegenwart gebunden ist“.³¹ Dieser Gegenwartsbezug ist zwar bereits im assmannschen Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“ enthalten, jedoch im Konzept der Geschichtspolitik, wie es von Edgar Wolfrum geprägt wurde, noch stärker betont.³² Kollektive Gedächtnisinhalte und kollektive Erinnerungen sind von Natur aus deutlich diffuser, als es die Inhalte geschichtswissenschaftlicher Forschung sind. Beide stellen zwar Vorstellungen und Konzepte von Vergangenheit dar, gehorchen aber unterschiedlichen Logiken und erfüllen grundsätzlich andere Funktionen. Zwar ist auch die Geschichtswissenschaft durch einen starken Gegenwartsbezug gekennzeichnet – immerhin wird die Vergangenheit in Form der Geschichte in der Gegenwart konstruiert – bei kollektiven Gedächtnissen ist dieser aber durch die enge Koppelung an kollektive Identitäten offensichtlicher: Kollektive Gedächtnisse dienen auch dazu, Gruppen in der Gegenwart durch den Bezug auf eine vermeintliche oder tatsächliche Vergangenheit zu legitimieren. Nationen als vorgestellte Gemeinschaften *sui generis* sind auf diese historische Verortung geradezu angewiesen, um eine Geschichte von gemeinsamer Herkunft erzählen zu können.³³ Die Vergangenheit kann eine verbindende Klammer für die Angehörigen einer vorgestellten Gemeinschaft darstellen, die vielleicht sonst nicht viel gemeinsam haben. Kollektiv erinnerte Vergangenheit – egal, ob positiv oder negativ memoriert – schafft erst Gemeinschaftlichkeit. Anders als in der Geschichtswissenschaft, in der die methodische Auswertung von Quellen und intersubjektive Nachvollziehbarkeit als essenzielles Paradigma wissenschaftlichen Arbeitens die Richtschnur bilden, mit der zumindest die Faktizität der gemachten Aussagen gewährleistet wird, ist Faktizität grundsätzlich kein wichtiges Kriterium kollektiver Gedächtnisinhalte. Die Funktion der erinnerten Vergangenheit in der Gegenwart überwiegt deren historische Faktizität. Es überrascht daher wenig, dass die Geschichtswissenschaft zuweilen als Spielverderberin auftritt, wenn sie die Inhalte kollektiver Gedächtnisse zu korrigie-

30 Vgl. Martin Tschiggerl, Thomas Walach und Stefan Zahlmann, *Geschichtstheorie*. Wiesbaden 2019, 20.

31 Philippe Ariès, *Zeit und Geschichte*, Frankfurt am. Main 1988, 11.

32 Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt 1999, 24–25.

33 Zum Konzept der Nation als „vorgestellter Gemeinschaft“ siehe: Benedict Anderson, *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London 1991.

ren versucht. Denn durch ihre mitunter starke Institutionalisierung und enge Kopplung als Identitätskonzepte sind kollektive Gedächtnisse ausgesprochen immun gegen Veränderung, und die Mitglieder einer Gedächtnisgemeinschaft durchaus erpicht auf deren Erhalt und Verteidigung. Dabei ist es wichtig, kollektive Gedächtnisse nicht nur als reine Elitenprojekte zu begreifen. Zwar haben gesellschaftliche Eliten aufgrund ihrer privilegierten Diskursposition verschiedenste Möglichkeiten, aktiv deren Entstehung und Institutionalisierung zu beeinflussen – sei es beispielsweise durch Denkmäler, Museen oder Publikationen –, ob und wie diese Gedächtnisangebote angenommen werden, hängt nicht zuletzt von den Mitgliedern einer Gemeinschaft selbst ab. Gerade die verschiedenen geschichtspolitischen Kämpfe der letzten Jahre haben gezeigt, dass kollektive Gedächtnisse eben kein reiner Top-down-Prozess sind, in dem einzig und allein Eliten bestimmen, was wie erinnert wird. Verwiesen sei hier – um ein lokales Beispiel zu benutzen – auf die Kontroverse rund um das Denkmal des ehemaligen Wiener Bürgermeister Karl Lueger auf dem nach ihm benannten Platz im ersten Wiener Gemeindebezirk. Hier hat sich in den letzten Jahren eine Grassroots-Bewegung formiert, die, nicht zuletzt inspiriert durch internationale Debatten um andere problematische Denkmäler, eine vehemente Kampagne zur Entfernung des Monuments für den überzeugten Antisemiten betreibt und Druck auf die unterschiedlichen Institutionen ausübt.³⁴ Wie auch bei dem für dieses Buch so wichtigen „Trümmerfrauen“-Denkmal findet hier eine aktive Debatte über den Platz eines geschichtspolitischen Bedeutungsangebots innerhalb des kollektiven Gedächtnisses Österreichs statt.

Aus österreichischer Perspektive ist der „Trümmerfrauen“-Mythos untrennbar mit geschichtspolitischen Setzungen verbunden, die in der gesamtgesellschaftlichen Debatte vor allem rund um die zahlreichen „Gedenk“- oder „Bedenkjahre“ manifest werden. Diese fungieren in der Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrau“ regelmäßig als Katalysatoren für die Mystifizierung der weiblichen Nachkriegsgeneration. Eben diese Jahre nutze ich daher in meiner Analyse auch als Wegmarken, entlang derer ich die Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrau“ untersuche.

Um das Spannungsfeld „Trümmerfrauen“ in der österreichischen Öffentlichkeit zu vermessen, orientiere ich mich am methodischen Grundgerüst der historischen Diskursanalyse. Dies ist insofern naheliegend, als es mir gerade darum geht, den Diskurs „Trümmerfrau“ in Österreich zu dekonstruieren und die Spur dieser „Trümmerfrauen“ in der Geschichte der Zweiten Republik zu verfolgen. Aufbau-

34 Vgl. Martin Tschigge, „The commendable antisemite? Vienna’s mnemonic struggle with Karl Lueger.“ *Memory Studies* (2024).

end auf den theoretischen Arbeiten Michel Foucaults³⁵ und den methodischen Ansätzen von Achim Landwehr³⁶ und Philipp Sarasin³⁷, versteht sich dieses Buch als eine Genealogie der österreichischen „Trümmerfrauen“. Daher ist es mir in dieser Einleitung ein besonderes Anliegen, meinen Standpunkt als Historiker, der versucht ein komplexes geschichtspolitisches Phänomen der jüngsten Vergangenheit zu verstehen, offenzulegen. Wie bereits die Reaktionen auf Leonie Trebers Buch in Deutschland und meine eigenen Erfahrungen in Österreich bewiesen haben, ist das „Trümmerfrauen“-Thema in der Öffentlichkeit ein heiß umkämpftes. Der Versuch, historische Faktizität in einen so stark emotionalisierten Verhandlungsspielraum einzubringen, ist daher häufig mit Konflikten über den tatsächlichen Status eben dieser Frauen verbunden. Umso mehr, wenn die zentrale These der Untersuchung lautet, dass es „Trümmerfrauen“ in der Art und Weise, wie sie vermeintlich erinnert werden, wahrscheinlich gar nicht gegeben hat. Eine derartige Spannung verweist auf die starke identitätskonkrete Bedeutung dieses Mythos für nachgeborene Generationen. Dies bestätigen beispielsweise auch die Reaktionen auf die öffentliche Dissemination meiner Forschungsergebnisse, in denen sich häufig eine transgenerationale Identifikation mit den „Trümmerfrauen“ erkennen lässt – ihr Leben, ihre Leistungen und insbesondere auch ihr Leiden wird als mit der eigenen Person verbunden wahrgenommen, und eine Kritik an dem Konzept kann starke Emotionen hervorrufen. Ein vermeintlicher Angriff auf die „Trümmerfrauen“ wird als Angriff auf die eigene Person empfunden.

Es ist mir daher wichtig, klarzustellen, dass es mir in dieser Arbeit nicht um individuelle Erfahrungen geht, sondern um ein kollektives Konzept – nicht die einzelne Frau der Nachkriegszeit interessiert mich, sondern jene Funktionen, die eine mythologisierte Erinnerung an eben diese Frauen erfüllen kann. Auch ist die Studie keinesfalls mit der Intention verbunden, Frauen und ihre Leistungen und Erfahrungen in der Nachkriegszeit gleichsam wieder aus der Geschichte auszulöschen. Wie bereits im kurzen Überblick zum Stand der Forschung angerissen, sind in den 1980er und 1990er Jahren zahlreiche sehr wichtige Arbeiten zu Frauenleben in der Zeit des Wiederaufbaus erschienen. In diesen ist es gelungen, das Spannungsfeld zwischen der nationalsozialistischen Vorgeschichte dieser Zeit und den Leben und Leistungen dieser Frauen kritisch zu vermessen. Gerade auch im Lichte der Tat-

35 Vgl. u. a.: Michel Foucault, *Die Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main 2013; ders., *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main 2012.

36 Vgl. Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse*. Frankfurt am Main 2009.

37 Vgl. Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt am Main 2003; ders., *Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft*, Reiner Keller et al. (Hg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. Wiesbaden 2011, 61–89.

sache, dass viele der Räume, die sich Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit angeeignet haben, im konservativen Backlash der 1950er Jahre ihnen wieder systematisch genommen wurden.³⁸ Daher gilt es zu analysieren, wie die Forschungskategorie Gender, die vornehmlich von der feministischen Geschichtswissenschaft in die Betrachtung der österreichischen Nachkriegszeit eingebracht worden ist, in weiterer Folge von reaktionären Kräften missbraucht worden ist, um eine Erzählung der österreichischen Geschichte zu spinnen, die einmal mehr dazu geeignet ist, die tatsächlichen Opfer des Nationalsozialismus auszublenden.³⁹

Grundsätzlich ist der „Trümmerfrauen“-Begriff trotz seiner Popularität recht nebulös. Einerseits ist er schon allein aufgrund seiner Wortzusammensetzung untrennbar mit den Trümmern der vom Krieg zerstörten Städte verknüpft und im Speziellen mit der Beseitigung dieser Trümmer. Dies schlägt sich auch in der Ikonografie der „Trümmerfrauen“ nieder – zeigt der visuelle Diskurs „Trümmerfrau“ doch wenig überraschend stets Frauen bei der Schutträumung. Darüber hinaus bezieht er sich andererseits auch auf das Leben in den Trümmern – so werden Frauen zu „Trümmerfrauen“, obwohl sie gar keinen Schutt geräumt haben. In Theresia Zierlers Interviewband „...und trotzdem gab es Hoffnung!“ berichten nur die wenigsten der Frauen von Trümmerarbeit, „Trümmerfrauen“ sind sie nach Wahrnehmung der Herausgeberin jedoch alle. Auch Franz X. Berger und Christiane Holler erklären schon auf der Rückseite ihres Buches „Trümmerfrauen: Alltag zwischen Hamstern und Hoffen“, dass es ihnen gar nicht so sehr um die Trümmerarbeit gehe, sondern um ein Bild der gesamten Generation der Nachkriegsfrauen.⁴⁰ Trotzdem wird in der narrativen Konstruktion der „Trümmerfrauen“ immer wieder die Trümmerarbeit an erster Stelle genannt und zum Ausgangspunkt ihrer geschichtspolitischen Inszenierung gemacht. So banal es klingt, kann daher die Dekonstruktion des „Trümmerfrauen“-Mythos nicht ohne nähere Untersuchung der konkreten Trümmerräumung in der Nachkriegszeit funktionieren. Diese begriffliche Unschärfe ist dabei kein Alleinstellungsmerkmal der österreichischen „Trümmerfrauen“. Vielmehr teilen sie diese mit den deutschen „Trümmerfrauen“, die – wie Leonie Treber nachgewiesen hat – in der einschlägigen Forschung und der gesellschaftlichen Darstellung ebenfalls sowohl alle deutschen Frauen der Nachkriegszeit sein können wie auch nur jene, die tatsächlich Trümmer geräumt haben. Auch hier ist die faktische Quellengrundlage wie in Österreich eher dünn.⁴¹

38 Vgl. Johanna Gehmacher und Maria Mesner, *Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der Zweiten Republik*. Innsbruck 2007.

39 Vgl. hierzu: Pohn-Lauggas, *Victimisation and Gender*.

40 Vgl. Berger/Holler, *Trümmerfrauen*.

41 Vgl. Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 21–22.

Entsprechend meinem zweifachen Erkenntnisinteresse lassen sich auch die Quellen meiner Untersuchung in zwei Kategorien einteilen: Erstens Quellen, mit denen ich darlege, wer in der unmittelbaren Nachkriegszeit welche Arbeiten verrichtet hat, und zweitens Quellen, in denen ich die Spur der österreichischen „Trümmerfrau“ als geschichtspolitisches Phänomen verfolge. Zu ersterer Gruppe gehören primär offizielle Bestände der Stadt Wien aus den Jahren 1945, 1946 und 1947. Dazu zählen Berichte der Bautrupps, Korrespondenz der (provisorischen) Stadtregierung, allen voran jene des Bürgermeisters Theodor Körner, Arbeitslisten, aber auch offizielle Verlautbarungen in den Amtsblättern sowie in den damaligen Massenmedien. Mein wichtigster Quellenbestand dreht sich jedoch um das „Verfassungsgesetz über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiet der Stadt Wien“⁴² vom 24. August 1945.

Nicht zuletzt auf Druck des zuvor genannten Theodor Körner beschloss die österreichische Bundesregierung mit diesem Gesetz eine allgemeine Arbeitspflicht zur Trümmerräumung in der Stadt Wien in den Monaten September und Oktober. Betroffen waren davon zwar grundsätzlich alle Bürger:innen der Stadt, das Gesetz sah jedoch explizit vor, dass zunächst ehemalige Nationalsozialist:innen zu den Arbeiten heranzuziehen seien:

„Zur Behebung von durch den Krieg hervorgerufenen Notständen können Personen, die sich im Gebiete der Stadt Wien nicht nur vorübergehend aufhalten und nicht freiwillig ihre Arbeitskraft für eine entsprechende Dauer zur Verfügung stellen, zu Dienstleistungen im Wege der Arbeitspflicht für die Dauer von vier Wochen, beginnend im September 1945, herangezogen werden. [...] Im Rahmen des Abs. (1) sind zur Arbeitspflicht heranzuziehen: a) zunächst jene Personen, die unter die §§ 4 und 12 des „Verbotsgesetzes“ fallen, sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebende Familienangehörige, wenn die letzteren durch ihr Verhalten offenkundig eine nationalsozialistische Gesinnung an den Tag gelegt haben“⁴³

Wie ich nachweisen kann, mussten in der Praxis zum allergrößten Teil ehemalige NSDAP-Mitglieder, Parteianwärter:innen sowie deren Familienangehörige die geforderten Arbeiten verrichten. Zwar wurden auch andere Personen zu Dienstleistungen verpflichtet – in erster Linie Jugendliche und Arbeitslose –, deren Arbeitsleistung lag jedoch weit hinter jener der Nationalsozialist:innen. Der ausführlichste

⁴² Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiete der Stadt Wien StGBL. Nr. 137/1945.

⁴³ Ebd.

Quellenbestand in diesem Zusammenhang resultiert aus einem Urteil, genauer einer ganzen Reihe von Urteilen des Obersten Gerichtshofs der Republik Österreich von 1951. Dieser stellte nämlich fest – nachdem zahlreiche zwangsverpflichtete Nazis die Stadt Wien und/oder die Republik geklagt hatten –, dass Arbeiten, die über jene im Verfassungsgesetz festgelegte Grenze von 240 Stunden in den Monaten September und Oktober hinausgingen, von der Stadt Wien entschädigt werden mussten. Während die Akten zum tatsächlichen Arbeitseinsatz der so genannten Notstandsarbeiter:innen von 1945 und 1946 nur sehr fragmentarisch erhalten sind, wurden die Ansuchen auf Entschädigung von 1951 und 1952 zur Gänze archiviert und bieten einen hervorragenden Einblick in Ablauf und Umfang der Arbeiten und sie geben gleichzeitig Auskunft über die Personen, welche diese verrichten mussten.

Nun kann und muss natürlich zurecht angemerkt werden, dass diese Bestände grundsätzlich nur Aussagen über jene Personen zulassen, die Ansuchen auf Entschädigung gestellt haben: Wenn jemand in der unmittelbaren Nachkriegszeit aufgrund des Verfassungsgesetzes zu den Notstandsarbeiten Trümmerarbeiten verrichtet, aber keine Entschädigung beantragt hat, taucht er oder sie darin nicht auf. Ebenso wenig, wenn er oder sie aus anderen Gründen gearbeitet hat – sei es freiwillig, sei es als Lohnarbeit oder für eine etwaige Bevorzugung bei der Zuteilung von Lebensmittelkarten. Daher versuche ich, diese Ansuchen in einen größeren Kontext einzubetten und damit eine Indizienkette aufzubauen, durch die deutlich wird, dass es die Notstandsarbeiter:innen waren, die tatsächlich den Großteil der Trümmerarbeiten verrichtet haben. Dafür sprechen zwei Gründe:

1. Die fortwährenden Klagen sowohl von Seiten der offiziellen Regierungsvertreter als auch der Alliierten und in den damaligen Massenmedien, es gebe viel zu wenige Arbeitskräfte und die Bevölkerung sei nicht gewillt, freiwillige Trümmerarbeit zu verrichten. Daraus entstand überhaupt erst die Notwendigkeit, Menschen per Verfassungsgesetz zur Arbeit zu zwingen.
2. Die schiere Menge der klar nachweisbaren Arbeitsstunden der Notstandsarbeiter:innen. Allein aus den gezahlten Entschädigungen der Stadt Wien in den Jahren 1951 und 1952 lassen sich über 2,7 Millionen Stunden an Arbeitsleistung nachweisen. Gehen wir davon aus, dass nur ein Teil aller Notstandsarbeiter:innen um eine Kompensation angesucht hat, dürfte die reale Zahl der durch ehemalige Nationalsozialist:innen verrichtete Trümmerarbeit noch um ein Vielfaches höher sein.

Da sich mein Erkenntnisinteresse auf einer zweiten Ebene mit der Frage beschäftigt, wie ein spezifisch österreichischer „Trümmerfrauen“-Mythos entstehen konnte, besteht meine zweite große Quellengruppe in erster Linie aus unterschiedlichen

Formen medialisierter Vergangenheitskonzepte, in denen „Trümmerfrauen“ thematisiert wurden – oder eben nicht. Dazu zählen zunächst die verschiedensten Arten von geschichts- und populärwissenschaftlichen Darstellungen. Besonders spannend sind dabei wiederkehrende Publikationen, wie jene regelmäßig in den „5er Jahren“ – 1955, 1965, 1975, 1985 etc. – erscheinenden Bildbände und Überblicksdarstellungen, die das Ende des Zweiten Weltkriegs und den Wiederaufbau in Österreich thematisieren. Schließlich lässt sich in diesen eine Entwicklungslinie nachzeichnen, ob und ab wann „Trümmerfrauen“ überhaupt in Erscheinung treten. Das Gleiche gilt für alle anderen historiografischen Studien zum Kriegsende und der Wiederaufbauzeit, Untersuchungen zur Zivilbevölkerung in der Nachkriegszeit, im Speziellen zu Frauen oder etwa Studien zur Entnazifizierung. Systematisch habe ich auch die verschiedenen in Österreich erscheinenden Massenmedien analysiert und – wenn möglich – die digitalisierten, im Volltext durchsuchbaren Bestände von ANNO, dem *APA Online Manager* und anderen Repositorien benutzt, darüber hinaus rund um die Gedenkjahre auch die nicht-digitalisierten Bestände. Zu dieser massenmedialen Darstellung der Geschichte zählen gerade auch Geschichtsdokumentationen – die für österreichische Geschichte und das Thema dieses Buches wohl bedeutsamste ist Österreich II von Hugo Portisch. Um die politische Dimension des „Trümmerfrauen“-Mythos zu erfassen, nutze ich Parlaments- und Ministerratsprotokolle und die wichtigsten Reden österreichischer Spitzenpolitiker:innen außerhalb des Parlaments sowie anlässlich der wichtigsten Gedenkjahre, Jubiläen und anderer wichtiger Ereignisse, bei denen sich ein möglicher Rückbezug auf „Trümmerfrauen“ vermuten lassen könnte. Eine weitere ergiebige Quellengruppe sind naturgemäß Schulbücher. Schließlich ist der Schulunterricht einer von wenigen Orten, in dem alle Menschen mit Geschichte in Berührung kommen – ob sie wollen oder nicht –, sofern sie in Österreich in die Schule gegangen sind.

Ideengeschichtlich ist es eines der vielleicht schwierigsten Unterfangen, die Nicht-Existenz eines Konzepts beziehungsweise die Nicht-Thematisierung einer Sache zu untersuchen. Schließlich läuft man dabei immer Gefahr, etwas übersehen zu haben –, davor bin natürlich auch ich nicht gefeit, wobei mein ausgesprochen heterogenes und breites Quellenkorpus mich doch zuversichtlich stimmt, einen guten Überblick über den Diskurs „Trümmerfrauen“ in Österreich zu haben.

1.2 Aufbau des Buches

Wien 2018: „Trümmerfrauen“-Denkmal

In der Geschichtswissenschaft hat sich im Grunde seit Jahrhunderten die narrative Praxis etabliert, eine Geschichte von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende zu erzählen. In diesem Buch breche ich mit dieser Tradition insofern, als es nicht mit einer Darstellung der unmittelbaren Nachkriegszeit beginnt, sondern im Jahr 2018 mit der feierlichen Eröffnung des so genannten „Trümmerfrauen“-Denkmals in der Wiener Innenstadt. Das Denkmal und die mit seiner Errichtung verbundene Debatte gab nicht nur den Ausschlag für den Beginn meines Forschungsprojekts, sondern war auch eine der wichtigsten Wegmarken zumindest des Versuchs, den „Trümmerfrauen“-Mythos in Österreich quasi in Form gegossen zu institutionalisieren. Daher nehme ich die Spur der österreichischen „Trümmerfrau“ an diesem Ort und zum Zeitpunkt der feierlichen Einweihung auf und stelle somit das vorläufige Ende der Geschichte an den Anfang ihrer Erzählung. In diesem Kapitel gehe ich der Frage nach, warum gerade die Freiheitliche Partei (FPÖ) so federführend an der Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrau“ beteiligt ist, und wie sich diese geschichtspolitische Inszenierung in der österreichischen Zeitgeschichte verorten lässt.

Die Trümmerbeseitigung unmittelbar nach Kriegsende

Um zu verstehen, wie ein spezifisch österreichischer „Trümmerfrauen“-Mythos entstehen konnte, ist es unerlässlich herauszuarbeiten, wer in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Hauptlast der Trümmerbeseitigung getragen hat. In diesem zweiten Abschnitt tue ich dies und blicke dabei in erster Linie auf die österreichische Bundeshauptstadt Wien, für die es noch die beste Quellenlage gibt. Im Vergleich zum Rest von Österreich wohlgemerkt, denn auch die empirischen Daten für Wien sind selbst bei wohlwollender Betrachtung eher als schwierig zu klassifizieren. Zeitgenössische Quellen lassen allerdings den Schluss zu, dass es in der Donaumetropole ähnlich wie in vielen deutschen Städten massive Probleme gab, genügend Arbeitskräfte bereitzustellen – egal, ob freiwillig oder bezahlt. Verschiedene Gesetze zur „Arbeitspflicht“ sollten dabei Abhilfe schaffen. Diese Gesetze und vor allem die von ihnen Betroffenen stehen im Zentrum des Kapitels. Wie bereits erwähnt, stütze ich mich hierbei primär auf die Ansuchen um Entschädigung von zu so genannten Notstandsarbeiten herangezogenen Nationalsozialist:innen aus den Jahren 1951 und 1952, kontextualisiere diese aber auch mit anderen Quellen zur

Trümmerbeseitigung und zum Wiederaufbau in Wien. Des Weiteren führe ich aus, wie diese Arbeiten und auch die Gesetze öffentlich wahrgenommen und diskutiert wurden.

Wiederaufbau und Tabula rasa

Nach der detaillierten Analyse der Trümmerbeseitigung in der österreichischen Hauptstadt im vorigen Kapitel, gebe ich hier einen kurzen Überblick zum Themenkomplex „Wiederaufbau“ im Allgemeinen. Wichtiger als die zeitgenössischen Zahlen und Daten, sowohl der Zerstörungen in Österreich als auch der Beseitigung dieser Schäden, ist aber die Darstellung des Wiederaufbaus und die Erinnerung an eben diesen. Schließlich ist der österreichische „Trümmerfrauen“-Mythos als Narrativ über die Nachkriegszeit gerade auch als Gegenerzählung zu zuvor hegemonialen Erzählungen zum Wiederaufbau entstanden. Von herausragender Bedeutung waren die so genannten Helden von Kaprun, also jene Arbeiter, die zwischen 1947 und 1955 das Tauernkraftwerk Kaprun fertiggestellt haben und als spezifisch maskuliner Wiederaufbau-Mythos zu einem bedeutenden österreichischen Erinnerungsort geworden sind.

Opfermythen

Wie bereits einleitend erklärt, kann die Entstehung und Popularität des österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos nur im Kontext der österreichischen „Opferthese“, also der identitätskonkreten Vorstellung, Österreich und damit seine Bevölkerung sei das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen, verstanden werden. In diesem Kapitel liefere ich den notwendigen erinnerungskulturellen Kontext, um die späte Geburt der österreichischen „Trümmerfrau“ erklären zu können. Es ist eines von zwei Kapiteln, die eine Überblicksdarstellung des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit beinhalten, und ist der Zeit von 1943 (Unterzeichnung der Moskauer Deklaration durch drei der vier alliierten Mächte) bis 1986 („Affäre Waldheim“) gewidmet. Gerade das Konzept der Transitional Justice – also der juristischen und politischen Abwicklung der besiegten NS-Diktatur durch die Siegermächte und die österreichischen Behörden – wird darin eingehend beleuchtet. Nicht zuletzt, da die verpflichtenden Notstandsarbeiten der ehemaligen NSDAP-Mitglieder als Teil dieser Transitional Justice verstanden werden müssen.

Geschichtspolitik 2.0

Die späte Entstehung eines spezifisch österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos kann nur im Kontext zentraler Paradigmenwechsel im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit verstanden werden. In diesem Kapitel – chronologisch an das Kapitel „Opfermythen“ anschließend – nehme ich diese Veränderungen ausgehend vom „Bedenkjahr“ 1988 in den Blick und zeichne diese geschichtspolitischen Weichenstellungen nach. Den Schwerpunkt bilden die 5er und 8er Jahre jener drei Jahrzehnte, in denen die österreichischen „Trümmerfrauen“ im Diskurs „Nachkriegszeit“ immer stärker in Erscheinung treten. Wobei das Augenmerk überwiegend auf die geschichtspolitischen Maßnahmen der jeweiligen Entscheidungsträger:innen, aber auch auf zivilgesellschaftliche Initiativen und Debatten gelegt wird. Sie alle liefern den notwendigen Hintergrund, vor dem die Geburt der österreichischen „Trümmerfrau“ in der Erosion des „Opfermythos“ interpretiert werden kann.

„Trümmerfrauen“ – eine deutsch-deutsche Geschichte

Beim österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos dürfte es sich zumindest teilweise um eine Übernahme deutscher Narrative über „Trümmerfrauen“ in der BRD sowie insbesondere jener aus der DDR gehandelt haben. In diesem Kapitel gehe ich daher kurz auf das Phänomen der „Trümmerfrauen“ in den verschiedenen deutschen Staaten ein und stütze mich dabei vorrangig auf die Pionierstudie von Leonie Treber. Von größerer Relevanz als der Frage nachzugehen, wer tatsächlich für die Entrümmerung der deutschen Städte verantwortlich zeichnete – es gab viele verschiedene Akteure, Frauen bildeten unter ihnen keineswegs die Mehrheit –, ist für mich jene nach der geschichtspolitischen Inszenierung der kollektiven Erinnerung an jene Frauen. Denn wie die österreichischen sind auch die deutschen Trümmerfrauen als Mythos dekonstruierbar und haben klar identitätskonkrete Funktionen erfüllt.

Die späte Geburt der österreichischen „Trümmerfrau“

„Trümmerfrauen“ als Begriff und Konzept rücken in Österreich noch deutlich später ins allgemeine Bewusstsein als in der BRD. Wie ich in diesem Kapitel zeige, wurde überhaupt erst ab den späten 1980er Jahren der Begriff in Bezug auf österreichische Frauen der Nachkriegszeit verwendet. Davor wurden Frauen als Akteurinnen des Wiederaufbaus weitestgehend ignoriert und allenfalls nur in ihrer Funktion als Versorgerinnen der Familie bei schlechter Versorgungslage in einschlägigen Debatten erwähnt. In dem Kapitel präsentiere ich einen breiten Querschnitt durch die unter-

schiedlichsten Formen medialisierter Vergangenheitskonzepte und suche darin die verstreuten Spuren der österreichischen „Trümmerfrauen“: Politische Reden und Debatten, Bild- und Jubiläumsbände zum Wiederaufbau, historiografische Darstellungen, Artikel in Zeitungen und Magazinen, TV-Dokumentationen sowie Ausstellungen oder Denkmaleröffnungen bilden im Wesentlichen mein Quellenkorpus. Meinen Fokus richte ich im Besonderen auf die so genannten Gedenk- und Bedenkjahre, die immer wieder als starke Katalysatoren für die gesellschafts- und geschichtspolitische Auseinandersetzung mit den österreichischen „Trümmerfrauen“ fungiert haben.

„Trümmerfrau“ als Kampfbegriff und Chiffre

Dieses Kapitel schließt jene Klammer, die im ersten mit der Einweihung des Denkmals für die österreichischen „Trümmerfrauen“ in der Anwesenheit des damaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache (FPÖ) geöffnet wurde und bildet zugleich die Conclusio des vorliegenden Buches. Im Zentrum steht hierbei die Frage, welche geschichtspolitische Funktion die „Trümmerfrauen“ seit den späten 1980er Jahren im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit und der kollektiven Erinnerung an die Nachkriegszeit erfüllen. Die „Trümmerfrauen“ sind als Erinnerungsort in der Zweiten Republik nicht nur erst spät entstanden, sondern immer noch heiß umkämpft – wie und ob sich kollektiv an sie erinnert werden soll, ist Gegenstand geschichtspolitischer Kämpfe, in denen es um mehr geht als die reine Trümmerbeseitigung in der Nachkriegszeit. Vielmehr symbolisieren die österreichischen „Trümmerfrauen“ die Frage danach, wie viel Opfermythos in der Mitverantwortungsthese des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit noch vorhanden ist.

2. Wien 2018: Trümmerfrauen-Denkmal

Der 1. Oktober 2018 war in Wien ein für die Jahreszeit ungewöhnlich kühler Tag, aber zumindest ein trockener. Die Ehrengäste der feierlichen Einweihung des ersten (und bisher einzigen) österreichischen „Trümmerfrauen“-Denkmals an der Mölker Bastei im ersten Wiener Gemeindebezirk benötigten daher keine Regenschirme, die ihnen den Blick auf die zu enthüllende Statue verdeckt hätten.¹ Vielleicht froren aber manche von ihnen. Schräg vor dem Denkmal für den Wiener Bürgermeister während der Zweiten Türkenbelagerung von 1683, Johann Andreas von Liebenberg, nahm an diesem Montagnachmittag eine illustre Runde an Festgästen auf eigens bereitgestellten Stühlen Platz. In der ersten Reihe war die absolute Führungsriege der damaligen Regierungspartei FPÖ vertreten: Vizekanzler Heinz-Christian Strache, (gescheiterter) Präsidentschaftskandidat und Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Norbert Hofer, alle anderen FPÖ-Regierungsmitglieder sowie der nicht amtsführende Stadtrat und damalige Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp und die dritte Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller. Verteidigungsminister Mario Kunasek hatte auch die Gardemusik sowie zahlreiche hochrangige Bundesheerangehörige zu der Einweihung mitgebracht, was später noch zu einer parlamentarischen Anfrage der NEOS führen sollte.² Denn eigentlich handelte es sich bei der Enthüllung des Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmals nicht um einen offiziellen Staatsakt, sondern um eine private Veranstaltung. Dieses geschlossene Auftreten der FPÖ-Elite verdeutlichte unmissverständlich, dass das Andenken an die österreichischen „Trümmerfrauen“ für die Partei ein wichtiges Thema war. Dafür spricht auch, dass die Initiative zur Errichtung des Denkmals vom FPÖ-nahen Cajetan-Felder-Institut respektive von dessen Leiter Walter Prinz ausgegangen war und der ehemalige FPÖ-Parteisekretär und Unternehmer Siegmund Kahlbacher das Budget von 60.000 Euro und den Grund zur Verfügung gestellt hatte. Dass es beim Verkauf dieses Grundstücks einige Jahre zuvor zu mutmaßlichen Unregelmäßigkeiten gekommen war – wie die Partei „Liste Pilz“ in einer Aussendung rund um die

1 Rund um die Enthüllung des Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmals in Wien ging auch die FPÖ Graz mit der Forderung nach einem vergleichbaren Denkmal in Graz an die Öffentlichkeit. Bis heute wurde dies aber nicht verwirklicht.

2 Vgl. 1816/J vom 4. Oktober 2018: Anfrage der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Gardemusik bei Enthüllung des Denkmals für Trümmerfrauen. https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/J/1816/imfname_712211.pdf.

Eröffnung des Denkmals in Erinnerung rief –, passt nur zu gut in eine ausgesprochen österreichische Saga.³

Das Denkmal selbst wurde vom deutschen Künstler Magnus Angermeier gestaltet, der dafür eine bereits entworfene Frauenfigur mit dem Titel „Badende“ adaptierte und weiterverwendete. Dies erklärt auch, wieso die Frau mit nacktem Oberkörper dargestellt ist und damit nicht so ganz in den visuellen Imaginationsraum „Trümmerfrau“ passen will und sich auch stark von „Trümmerfrauen“-Denkmälern in Deutschland unterscheidet. Wenig erinnert an die klassische Ikonografie der „ziegelschupfenden“ „Trümmerfrauen“ der Nachkriegszeit mit ihren Schürzen und Kopftüchern, wie sie auf den meisten zur Illustration des Themas verwendeten Bildern zu sehen sind. Angermeier selbst erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Figur dezidiert keine „Trümmerfrau“ zeigt, sondern als Allegorie auf die Weiblichkeit gedeutet werden soll. Dieser wollte er ein Denkmal setzen und versteht es explizit als „Mahnmal zum Frieden“.⁴ Bei der Einweihung des Denkmals merkte Angermeier an, dass sein Entwurf mit der Statue Johann Andreas von Liebenbergs und der Türkenbelagerung korrespondiere, – während letztere den heroischen Aspekt des Krieges darstelle, sei es ihm darum gegangen, „das Elend, die Not, die Opfer“, kurz „die andere Seite“, zu würdigen.⁵ Dass Angermeiers Frauenfigur quasi auf Liebenberg blickt, ist dabei insofern bemerkenswert, als gerade die Zweite Wiener Türkenbelagerung ein österreichischer Erinnerungsort ist, der von der FPÖ in der Vergangenheit immer wieder für politische Zwecke inszeniert worden war. Für besonders großes Aufsehen hatte dabei ein Comic gesorgt, den die FPÖ anlässlich der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2010 per Postwurfsendung an Wiener Haushalte zustellte: Heinz-Christian Strache – damals Spitzenkandidat für Wien – in Ritterrüstung bei der Verteidigung der Stadt Wien anlässlich der Türkenbelagerung 1683. Im Comic fordert er ein Kind mit Steinschleuder dazu auf, „dem Mustafa ane aufzubrennen“.⁶ Ein anderes Bild im Sujet zeigt Strache außerdem Arm in Arm mit Eugen von Savoyen, der dem Osmanischen Reich in den Türkenkriegen schwere

3 Vgl.: Liste Peter Pilz im Parlament: Zinggl/Liste Pilz: Trümmerfrauen – ein Denkmal für Schwarz-Blau I. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181002_OTS0104/zingglliste-pilz-truemmerfrauen-ein-denkmal-fuer-schwarz-blau-i.

4 Markus Angermeier, Österreichs Trümmerfrauen 2018. Denkmal auf der Mölker Bastei in Wien. Online unter <http://eschelberg.net/magnus-angermeier/skulptur/oeffentlicher-raum.html>.

5 Ders. in: „Wien: Bischof Küng segnet Denkmal für ‚Trümmerfrauen‘“. KathPress 02.10.2018. Online unter: <https://www.katholisch.at/aktuelles/2018/10/02/wien-bischof-kueng-segnet-denkmal-fuer-truemmerfrauen>.

6 Übersetzung: „Auf den Mustafa zu schießen“. Der Comic findet sich unter anderem in einer Ausgabe der Zeitschrift Österreich vom 25.09.2010. Online unter: <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/eklat-um-straches-tuerken-comic/3400860>.

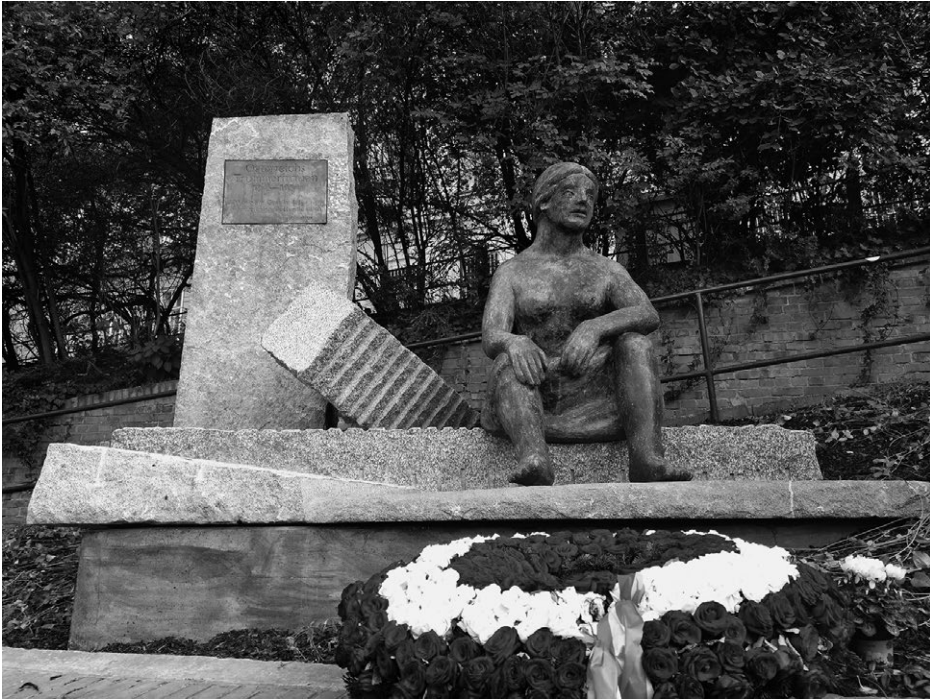


Abb. 1: „Trümmerfrauen“-Denkmal auf der Mölker Bastei in Wien.

Von Kanisfluh – Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=73348858>.

Niederlagen zugefügt hatte. Die Mölker Bastei eignet sich folglich in doppelter Hinsicht zur politischen Funktionalisierung historisierender Denkmäler.

Denkmäler wie jene für von Liebenberg oder die „österreichischen Trümmerfrauen“ sind in geradezu idealtypischerweise Medien des kollektiven Gedächtnisses.⁷ Dieses zunächst von Maurice Halbwachs und später von Jan Assmann geprägte Konzept beschreibt grundsätzlich die Weitergabe von Vorstellungen über die Vergangenheit innerhalb einer Gruppe durch Kultur als ein gemeinsam genutztes System von Bedeutungszuweisungen.⁸ Kollektive Gedächtnisse sind also soziale Reprä-

7 Vgl. hierzu: Astrid Erll und Ansgar Nünning, *Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifität*. Berlin 2004.

8 Vgl.: Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*. Frankfurt am Main 1991; Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis*. Frankfurt am Main 1988, 9–19; ders., *Das Kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München 1992; Aleida Assmann, *Erinnerungs-*

sentationen von Vergangenheitskonzepten, die spezifische Funktionen für Gruppen erfüllen und essenziell für deren sozialen Zusammenhalt sind.⁹ Sie sind das Produkt einer bewussten Entscheidung, bei der bestimmte Dinge als erinnerungswürdig eingestuft werden und andere nicht – sie entstehen also nicht aus sich selbst heraus, sondern werden von eben diesen sozialen Gruppen geschaffen und funktionalisiert. Kollektive Gedächtnisse stellen einen zentralen Bezugspunkt sowohl für kollektive als auch für individuelle Identitäten dar – schließlich ermöglichen sie es, die eigene Gruppe in einer historischen Vergangenheit zu verorten und eine gemeinsame Geschichte von Zugehörigkeit und Herkunft zu erzählen. Die Errichtung des „Trümmerfrauen“-Denkmals kann als Versuch gewertet werden, die „Trümmerfrauen“ als Gedächtnisinhalte in das kollektive Gedächtnis Österreichs einzuschreiben. Es ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass kollektive Erinnerungen nicht zwingend deckungsgleich mit historischer Forschung sein müssen, sondern dieser sogar widersprechen können – wie im weiteren Verlauf dieses Buches noch deutlich werden wird.

In der Vergangenheit hat es sich bei kollektiven Gedächtnissen in der Regel um Elitenprojekte gehandelt, die von Personen mit privilegierten Positionen innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses geprägt werden konnten – beispielsweise religiöse oder politische Führer. Sie hatten die Macht, zu beeinflussen, was auf welche Weise erinnert wird, indem sie bestimmte Gedächtnisinhalte durch eine Medialisierung und Institutionalisierung kanonisierten – sei es in Form von Denkmälern, literarischen oder religiösen Texten, Bauwerken, Riten oder Museen, um nur einige Beispiele zu nennen. In diesem Kontext ist auch das Engagement der FPÖ-Spitzen bei der Errichtung und Einweihung des „Trümmerfrauen“-Denkmals in Wien zu interpretieren. Trotz der Einflussnahme erinnerungspolitisch aktiver Eliten hängt es immer auch von den anderen Mitgliedern der Gedächtnisgemeinschaft ab, ob sich bestimmte Gedächtnisinhalte durchsetzen oder nicht. „The People“ entscheiden in erinnerungspolitischen Diskursräumen mit, was populär ist und was nicht.¹⁰

räume. Formen und Wandlungen des Kulturellen Gedächtnisses. München 1999; dies., Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.

9 Vgl. Daniel Bar-Tal, „Collective Memory as Social Representations.“ *Papers on Social Representations* 23.1 (2014): 5–1.; Brady Wagoner, „10 Collective remembering as a process of social representation.“ *The Cambridge Handbook of Social Representations* (2015): 143–162; William Hirst, Jeremy K. Yamashiro und Alin Coman, „Collective Memory from a Psychological Perspective.“ *Trends in Cognitive Sciences* 22.5 (2018): 438–451.

10 Vgl. dazu das Konzept von „popular culture“ von John Fiske: John Fiske, *Understanding Popular Culture*. Routledge 2010.

Dadurch, dass die Festrede zur Einweihung vom damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache gehalten wurde und er das Denkmal enthüllte, wurde dem privat finanzierten und auf privatem Boden errichteten Denkmal gleichsam eine staatstragende Bedeutung verliehen. Immerhin waren es die Spitzen der Republik, die der österreichischen „Trümmerfrau“ ihre Aufwartung machten. Allerdings nur die Hälfte der Regierung, da die ÖVP-Regierungsmitglieder – allen voran der eigentlich zuständige Kulturminister Gernot Blümel – ihre Teilnahme abgesagt hatten. Doch nicht nur die weltliche Macht adelte die Privatinitiative, auch die kirchliche – der emeritierte Bischof von St. Pölten Klaus Küng sowie der evangelische Pfarrer Wilfried Fussenegger segneten das Denkmal und hielten eigene Ansprachen. Neben dem Initiator Prinz sprach auch die 89-jährige Frau Maria, deren Nachname geheim blieb und die als „Trümmerfrau“ vorgestellt wurde. Die Zeitzeugin berichtete von einer entbehrungsreichen Zeit nach 1945, voller harter Arbeit inmitten einer zerstörten Stadt und während einer desaströsen Versorgungslage. Dass sie dabei hauptsächlich das Leiden ihres Vaters in den Vordergrund stellte, wollte nicht so ganz in das Bild der zu würdigenden „Trümmerfrauen“ passen – doch Frau Maria stand an diesem Tag ohnehin nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Deutlich mehr Beachtung als die Worte der „Trümmerfrau“ fanden die Anwesenheit und die Aussagen Heinz-Christian Straches, der sich ebenfalls erwartbarer Narrative bediente und von Frauen sprach, „die unseren tiefsten Respekt“ verdienen, da sie Österreich wieder aufgebaut hätten.¹¹ Strache wäre aber nicht Strache, wenn er diese Gelegenheit nicht auch zur Kritik am politischen Gegner genutzt hätte, indem er sich darüber beklagte, dass „die Sozialdemokratie“ offenbar kein Interesse an der Würdigung der „Trümmerfrauen“ habe und seine Initiativen nicht unterstützt habe. In ein ähnliches Horn stieß auch Walter Prinz, der monierte, dass die Bewilligung und Überprüfung des Denkmals besonders lange gedauert habe.

Tatsächlich war und ist das Denkmal äußerst umstritten und bereits die Ankündigung eines geplanten Erinnerungsortes für die österreichischen „Trümmerfrauen“ hatte eine für österreichische Verhältnisse überaus breit geführte Debatte zur erinnerungspolitischen Stellung dieser „Trümmerfrauen“ ausgelöst.¹² Während die eine Gruppe – Heinz-Christian Strache kann hier als Wortführer gelten – von Frauen sprach, die wie erwähnt, „unseren tiefsten Respekt verdient“ hätten, da Österreich ihnen den Wiederaufbau verdanke, machten vor allem Historiker:innen darauf auf-

¹¹ Heinz-Christian Strache im Interview mit FPÖ-TV, 2.10.2018; www.youtube.com/watch?v=Kw7BMDT7DU0 [3.1.2022].

¹² Vgl. hierzu: Martin Tschiggerl, Who owns the „Trümmerfrauen“? In: *Public History Weekly* 7 (2019) 17, DOI: [dx.doi.org/10.1515/phw-2019-13858](https://doi.org/10.1515/phw-2019-13858).

merksam, dass es die klassische „Trümmerfrau“ in Österreich wohl nicht gegeben und es sich bei den Frauen bei der Schuttbeseitigung auf Wiens Straßen in erster Linie um zwangsverpflichtete ehemalige Nationalsozialist:innen gehandelt habe.¹³ Das vorliegende Buch ist just in diesem Spannungsfeld zu verorten, das auf die ur-eigenste Frage im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit verweist: Wie ist die Rolle der österreichischen Bevölkerung im NS-Staat zu bewerten? Die unterschiedlichen Versuche, diese Frage zu beantworten, füllen nicht nur in Österreich ganze Regale in geschichtswissenschaftlichen Bibliotheken, sondern die jeweilige Variante einer Antwort verrät mindestens genauso viel über die eigene politische Einstellung wie über den Gegenstand der Frage selbst. Die Geschichte der österreichischen „Trümmerfrau“, genauer gesagt die Genese dieses Mythos, kann somit auch nur als Geschichte des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit erzählt werden. Es ist hierbei natürlich kein Zufall, dass das „Trümmerfrauen“-Denkmal in einem „Gedenkjahr“ enthüllt und eingeweiht wurde. 2018 wurde in Österreich zunächst in erster Linie 100 Jahren Republik (1918) und 80 Jahren „Anschluss“ Österreichs an den NS-Staat (1938) gedacht; gewürdigt wurden 50 Jahre Studierendenproteste 1968, 170 Jahre Revolutionsjahr 1848 und 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948.¹⁴ Oliver Rathkolb spricht in diesem Zusammenhang von „den langen Schatten“ der „legendären 8er Jahre“,¹⁵ die als spezifisch österreichische *lieux de mémoire* inszeniert und gedacht wurden. Als Erinnerungsorte erfüllten sie klar die Funktion einer narrativen Rückversicherung der vorgestellten Gemeinschaft Österreichs in einer kollektiv erinnerten Vergangenheit, der eine identitätskonkrete Bedeutung zugeschrieben wurde. Derartige Gedenkjahre wiederholen sich dabei mit einer schönen Regelmäßigkeit – eben nicht nur in den 8er Jahren, sondern auch in den 5er Jahren mit dem Kriegsende 1945 und der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages 1955. Gedenkjahre können dabei als ein Produkt des „Gedächtnis-Booms“¹⁶ im späten 20. Jahrhundert verstanden werden. Für Österreich

13 Vgl. hierzu z. B.: Peter Mayr, „Historikerinnen gegen Wiener Denkmal für Trümmerfrauen“, 1. Oktober 2018, <https://derstandard.at/2000088377977/Historikerinnen-gegen-ein-Denkmal-fuer-die-Truemmerfrauen>.

14 Vgl. hierzu die offizielle Website des Gedenkjahrs der Republik Österreich: <https://www.oesterreich100.at/> sowie Oliver Rathkolb, Der lange Schatten der 8er Jahre, Kritische Geschichtsbe-trachtung und Demokratiebewusstsein. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 34–35/2018 und Dirk Rupnow und Heidemarie Uhl. Gedenkjahr 2018 . Vergangenheit im Fokus öffentlicher Kommuni-kation. Göttingen/Wien 2020.

15 Ebd.

16 Vgl. Sabine Moller, Erinnerung und Gedächtnis, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 12.04.2010. http://docupedia.de/zg/moller_erinnerung_gedaechtnis_v1_de_2010. DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.323.v1>.

lässt sich vornehmlich das „Bedenkjahr 1988“ als erster Kulminationspunkt einer neu entdeckten Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit respektive mit dem März 1938 erkennen.¹⁷ 1988 – zwei Jahre nach der für den österreichischen Umgang mit der NS-Zeit geradezu kathartischen „Waldheim-Affäre“ – wurde hier der erinnerungspolitische Grundstein gelegt für die vielen darauffolgenden „Gedenkjahre“ 1995, 2005 und eben nicht zuletzt das „Super-Gedenkjahr“ 2018.

Der geschichtspolitische Fokus des offiziellen Österreichs lag 2018 klar auf 1918 als dem Jahr der Republikgründung und 1938 als dem Jahr des „Anschlusses“ Österreichs an den NS-Staat und des Novemberpogroms. Gerade das Gedenken an den „Anschluss“ (1938) gestaltete sich dabei aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ etwas kompliziert. Zwar hatte es 2017 nach Beginn der Koalition zwischen der konservativen ÖVP und der rechtsextremen FPÖ, anders als 1999 bei der ersten Auflage einer schwarz-blauen Koalition, keine internationalen Proteste und auch keine Ächtung der Regierung gegeben, die Koalition war aber innerhalb und außerhalb Österreichs immer noch heftig umstritten. Rein praktisch bedeutete dies, dass die Regierungsmitglieder der FPÖ bei zahlreichen nicht-staatlichen Gedenkveranstaltungen schlicht und einfach unerwünscht waren. So lud etwa das österreichische Mauthausen Komitee zur alljährlichen Befreiungsfeier auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers die Regierungsvertreter der ÖVP ein, stellte jedoch klar, dass eine Teilnahme der FPÖ-Politiker:innen trotz Regierungsbeteiligung weiterhin untersagt war.¹⁸ Ähnlich hielten es auch der Staat Israel und die israelitische Kultusgemeinde Wien – ihr Gedenken an 1938 fand ebenfalls ohne die FPÖ statt. Angesichts der Geschichte und Politik der Freiheitlichen Partei Österreichs überrascht dies wenig.

2.1 Eine kurze Geschichte der Freiheitlichen Partei Österreichs

Die FPÖ ging 1956 aus der Partei „Verein der Unabhängigen“ hervor und diente wie bereits der VdU zuvor in erster Linie als ein Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialist:innen, oder wie es Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer prägnant zusammenfassen als ein „Konglomerat von Altnazis, Neonazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen“.¹⁹ Der erste Parteiboss war

¹⁷ Vgl. Heidemarie Uhl, Gedenkjahre – Editorial. In: Dirk Rupnow und Heidemarie Uhl, Gedenkjahr 2018. Vergangenheit im Fokus öffentlicher Kommunikation. Göttingen/Wien 2020.

¹⁸ Vgl.: Kein Gedenken in Mauthausen mit den Freiheitlichen, Der Standard, 30.4.2018.

¹⁹ Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Handbuch des österreichi-

der ehemalige SS-Brigadeführer und hochrangige NS-Funktionär Anton Reinthaller, der sein Amt jedoch aufgrund seines Todes 1958 nur zwei Jahre lang ausüben konnte. Reinthaller steht geradezu exemplarisch für die Kernklientel der frühen FPÖ und zuvor des VdU: Nach 1945 war er aufgrund seiner Funktionen im NS-Staat – er war unter anderem Reichstagsabgeordneter der NSDAP und Land- und Forstwirtschaftsminister des Anschluss-Kabinetts 1938 von Arthur Seyß-Inquart – von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen und 1951 sogar zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Seine erneute politische Karriere wurde überhaupt erst nach der Rehabilitation der schwerbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten möglich – eine der Kernforderungen des VdU.²⁰ Nach Reinthallers Tod übernahm der ehemalige SS-Obersturmbannführer Friedrich Peter den Parteivorsitz, dessen SS-Einheit Massenmorde an der Ostfront verübt hatte, wie Simon Wiesenthal anlässlich der Nationalratswahl von 1975 aufdecken konnte.²¹ Auch wenn Peter selbst – wie so häufig bei mutmaßlichen NS-Tätern – weder konkrete Schuld im strafrechtlichen Sinne noch Beteiligung an diesen Verbrechen nachgewiesen werden konnte, spricht die Tatsache, dass er just in jenem Jahr, in dem seine Einheit mindestens 17.000 Juden und Jüdinnen und 25.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet hatte, das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen bekam, für zumindest ein Mitwissen an den Taten, wenn nicht für eine direkte Beteiligung. Wiesenthals Enthüllungen führten aber nicht etwa zum Rücktritt oder zur politischen Ächtung Peters, sondern lösten die so genannte Kreisky-Wiesenthal-Affäre aus, in der ausgerechnet der sozialdemokratische Bundeskanzler Bruno Kreisky, der aufgrund der jüdischen Herkunft seiner Familie die NS-Zeit im Exil verbringen musste, Peter zu Hilfe kam und den ÖVP-nahen Wiesenthal scharf attackierte.²² Kreisky wollte sich hierbei die Tür zu einer möglichen SPÖ-FPÖ Koalition offenhalten, für den Fall, dass seine Partei die absolute Mehrheit bei der Nationalratswahl 1975 nicht halten konnte, denn immerhin hatte die FPÖ unter Peter 1970 eine Minderheitsregierung Kreiskys gestützt. Die

schen Rechtsextremismus. Wien 1996, 357–494, hier 358.

20 Zu diesen Forderungen vgl. Cornelius Lehniguth, Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich. Frankfurt 2013, 84–85.

21 Heidemarie Uhl, „Von ‚Endlösung‘ zu ‚Holocaust‘. Die TV-Ausstrahlung von ‚Holocaust‘ und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses.“ *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* (2005): 29–52, 34.

22 Vgl. Ingrid Böhler, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“ Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler und Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien/München 1996, 502–531.

Affäre rund um Wiesenthal war stark von antisemitischen Angriffen auf seine Person geprägt – auch durch Bruno Kreisky selbst.²³

Bis in die späten 1980er Jahre blieb die FPÖ eine Kleinpartei, deren Stimmenanteil bei verschiedenen Wahlen im Regelfall etwa sechs Prozentpunkte betrug. Dies sollte sich ab 1986 – einem der wohl zentralen Wendjahre in der Geschichte der Zweiten Republik – ändern: Hier setzte sich Jörg Haider in einem ideologischen Konflikt zwischen dem wirtschaftsliberalen und dem rechten Parteiflügel durch, woraufhin er die FPÖ übernahm und den Beginn eines anhaltenden Aufstiegs der Freiheitlichen Partei bis in die Gegenwart einleitete. Die Anfangsjahre nach Haiders Übernahme zeichneten sich durch eine ausgeprägt rechtsgerichtete Orientierung innerhalb der Partei aus, was dazu führte, dass zahlreiche liberale Vertreter die FPÖ verließen. Dies kulminierte im Jahr 1996 in der Gründung des „Liberalen Forums“ durch ehemalige FPÖ-Politiker:innen.

Haider und diverse andere FPÖ-Politiker lösten durch ihre öffentlichen Äußerungen zur NS-Zeit immer wieder Kontroversen aus, wobei Haiders Lob für die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ im „Dritten Reich“ besonders hervorsticht: Während seiner ersten Amtszeit als Kärntner Landeshauptmann im Jahr 1991 erklärte Haider vor dem Kärntner Landtag: „Na, das hat's im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muss man auch einmal sagen.“²⁴ Haider musste aufgrund dieser Aussage zwar zurücktreten, seiner weiteren politischen Karriere tat dies jedoch keinen Abbruch, und er konnte noch mehrmals die Wahl zum Kärntner Landeshauptmann gewinnen sowie die Partei auch bundesweit zu zahlreichen Erfolgen führen – unter anderem 1999 zur ersten Regierungsbeteiligung seit 1986.²⁵ In der Folge kam es dadurch innerhalb der Partei zu so großen Spannungen, dass sich Haider gemeinsam mit dem Regierungsteam im April 2005 von der FPÖ abspaltete und das Bündnis Zukunft Österreich gründete, das er bis zu seinem Unfalltod 2008 anführte. Die FPÖ selbst stürzte zunächst massiv ab, wurde dann aber von Heinz-Christian Strache übernommen, der 2017 jenes Amt erreichen sollte, das seinem früheren Idol Haider verwehrt geblieben war: Vizekanzler von Österreich. Strache war im Jahr der Enthüllung des „Trümmerfrauen“-Denkmals am Zenit seines Erfolges – unumstrittener Parteiobermann der FPÖ und Vizekanzler der

23 Vgl. Anton Pelinka, „Sozialdemokratie und Antisemitismus.“ *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 3.4 (1992): 540–554.

24 Jörg Haider am 13. Juni 1991 vor dem Kärntner Landtag, zitiert nach: Hubertus Czernin, *Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider, beim Wort genommen*. 2. Aufl. Wien 2000, 31.

25 Zum Aufstieg Jörg Haider vgl.: Ruth Wodak und Anton Pelinka (Hg.), *The Haider Phenomenon in Austria*. 3. Auflage, Transaction, New Brunswick 2009.

Republik Österreich, längst herausgetreten aus dem großen Schatten seines Vorgängers Haider. Die Saat seines bevorstehenden politischen Untergangs war allerdings zu diesem Zeitpunkt schon ausgebracht, zumal jenes geheim aufgezeichnete Video, das die so genannte „Ibiza-Affäre“ auslösen sollte und in dem Strache gemeinsam mit seinem Intimus Johann Gudenus einer vermeintlichen Oligarchen-Nichte politisch sehr fragwürdige Versprechungen machte, bereits im Juli 2017 produziert worden war.²⁶ Veröffentlicht erst im Mai 2019, sprengte es die Koalition zwischen ÖVP und FPÖ und stürzte Strache, der in dem Video de facto keinerlei illegale Handlung gesetzt hatte, in die politische Bedeutungslosigkeit. Doch 2018 war von all dem noch keine Rede und Heinz-Christian Strache einer der höchsten Vertreter der Republik Österreich in diesem offiziell verkündeten Gedenkjahr.

2.2 FPÖ und Geschichtspolitik

Diese Tatsache mutet insofern etwas paradox an, als Straches Vita nicht unbedingt von einem kritischen Umgang mit der NS-Zeit zeugt. Darum hatte sich das Mauthausen Komitee gegen seine Teilnahme an den Gedenkfeiern am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers ausgesprochen. Immerhin war der damalige österreichische Vizekanzler in seiner Jugend ein Neonazi mit engsten Kontakten zu den wichtigsten österreichischen Rechtsextremen, hatte an Wehrsportübungen teilgenommen, war in Deutschland bei einer Aktion der ebenfalls rechtsextremen Wiking-Jugend an der innerdeutschen Grenze festgenommen worden und konnte selbst innerhalb der stramm rechten FPÖ dem rechtsextremen Flügel zugeordnet werden.²⁷ Im Gedenkjahr 2018 bemühte sich Heinz Christian Strache jedoch um eine erinnerungspolitisch konziliante Position. So trat er beispielsweise am 6. Mai 2018 bei der Wiener Gedenkfeier am Tag der Internationalen Befreiungsfeier in Mauthausen auf und hielt dort eine bemerkenswerte Rede. Bemerkenswert, da er in klaren Worten der Opfer des Nationalsozialismus gedachte und von einer „Befreiung“ Österreichs im Jahr 1945 sprach – einem Begriff, mit dem sich FPÖ-Politiker in der Vergangenheit schwergetan hatten.²⁸ Traditionell hatten diese den 8. Mai 1945 in der Vergangenheit eher als Niederlage bezeichnet und ihr Gedenken galt primär deutschen Kriegsop-

26 Vgl. hierzu: Bastian Obermayer und Frederik Obermaier. Die Ibiza-Affäre – Filmbuch. Innenansichten eines Polit-Skandals, der Österreich erschütterte. Köln 2019.

27 Zur Biografie von Heinz-Christian Strache vgl. Nina Horaczek und Claudia Reiterer, HC Strache. Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde. Wien 2009.

28 Vgl. HC Straches Rede anlässlich der Befreiungsfeier, online unter: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/-/gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus-in-wien-und-mauthausen> und Hei-

fern. Straches Rede am 6. Mai 2018 stellt daher in gewisser Hinsicht einen Bruch mit dieser bisherigen Parteilinie dar und kann als Versuch gewertet werden, der Partei eine staatstragende Aura zu verleihen. Denn schließlich artikuliert er sich in den gängigen Narrativen des Gedenkens, die sozusagen auch als Lackmustest politischer Teilhabe am Mainstream verstanden werden können. Die Verurteilung des Nationalsozialismus und des Holocaust hat dabei einen geradezu ritualisierten Charakter und ist – wie es Heidemarie Uhl so treffend formuliert hat – „zu einem symbolischen Kapital offizieller Geschichtspolitik geworden“.²⁹

Durch dieses Bekenntnis befand sich Strache gewissermaßen in einem Dilemma, da er immer noch Obmann einer rechtsextremen Partei war, deren traditionelle Kernwählerschaft eine zumindest ambivalente Einstellung dem Nationalsozialismus gegenüber aufweist. Diese galt es nicht zu vergrämen – ein Problem, das bereits zahlreiche FPÖ-Parteiohnmänner vor und nach ihm hatten. Sogar Jörg Haider, der am Beginn seiner politischen Karriere noch Angehörige der Waffen-SS als besonders anständige Menschen bezeichnet und, wie bereits erwähnt, die Beschäftigungspolitik im NS-Staat gelobt hatte, war in seiner späteren Phase darum bemüht, sich von der NS-Zeit und dem rechtsextremen Flügel zu distanzieren. FPÖ-Politiker:innen versuchten immer wieder den Spagat zwischen radikalen und gemäßigten Positionen im Umgang mit der NS-Vergangenheit, – eine Strategie, die von Margit Reiter und anderen zutreffend als „double speak“ beschrieben wird.³⁰ Dieser „double speak“ unterscheidet zwischen einem Innen- und einem Außendiskurs der Partei – nach außen ist man bestrebt, sich als staatstragend zu positionieren und zu signalisieren, dass man mit der NS-Vergangenheit eindeutig gebrochen habe. Nach innen wird die rechtsextreme Kernklientel durch die Verwendung bestimmter Codes und Chiffren bei der Stange gehalten – wofür eine ganze Reihe so genannter Einzelfälle ein beeindruckendes Zeugnis ablegt.³¹ Wie brüchig die Fassade einer gemäßigten Partei sein kann, wurde aber ausgerechnet am Beginn des Gedenkjahrs 2018 deutlich: Im Jänner des Jahres konnte die Journalistin Nina Horaczek in der Wiener Wochenzeitung *Der Falter* aufdecken, dass die Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt 1997 ein klar antisemitisches Liederbuch herausgegeben hatte, das haarscharf am

demarie Uhl, „Opferthesen, revisited. Österreichs ambivalenter Umgang mit der NS-Vergangenheit“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34–35 (2018); und „Österreich“, 47–54, S. 54.

29 Uhl, Opferthesen, revisited, 35.

30 Margit Reiter, „Parteien.“ In: Margit Reiter/Marcus Gräser/Dirk Rupnow, *Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich*. Wien/Köln Verlag, 2021, 511–533.

31 Vgl. hierzu die vom Österreichischen Mauthausen Komitee herausgegebene Broschüre „Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Lauter Einzelfälle?“ Online unter <https://www.mkoe.at/sites/default/files/files/aktuelles/MKOE-Broschuere-Die-FPOE-und-der-Rechtsextremismus.pdf>.

„Verbotsgesetz“ entlang schrammte.³² Dies war insofern brisant, als der Spitzenkandidat der FPÖ im niederösterreichischen Landeswahlkampf, Udo Landbauer, seit 2001 Mitglied in eben dieser Burschenschaft war. Im Zuge der Affäre trat er zwar von allen seinen Ämtern zurück, konnte in der Zwischenzeit aber ein Comeback feiern und ist mittlerweile stellvertretender Landeshauptmann von Niederösterreich. Anhand dieses Beispiels wird die Ambivalenz der FPÖ deutlich sichtbar: Im Jänner wird bekannt, dass der Spitzenkandidat für die Niederösterreichwahl Mitglied in einer Burschenschaft ist, in der in Bezug auf die im Holocaust ermordeten sechs Millionen Juden und Jüdinnen singend eine siebte Million gefordert wird, im Mai gedenkt der Parteiboss der Opfer von Mauthausen und im Oktober eröffnet er ein Denkmal für die österreichischen „Trümmerfrauen“.

Bemerkenswert im Umgang der FPÖ mit der NS-Zeit sind nicht nur die Aussagen der Parteimitglieder, sondern auch die Beschlüsse der Partei in Regierungsverantwortung. So stimmte die FPÖ als Regierungspartei im Nationalrat unter Schwarz-Blau I sowohl dem Versöhnungs- und Entschädigungsfondsgesetz als auch der Institutionalisierung des 5. Mai als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus zu.³³ Angesichts des in weiten Teilen problematischen und fragwürdigen Umgangs zahlreicher FPÖ-Politiker mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs ist es doch irgendwie frappierend, dass eine der bedeutendsten Maßnahmen zur Entschädigung von NS-Opfern ausgerechnet von einer Regierung mit Beteiligung der Freiheitlichen beschlossen wurde. Allerdings ist nicht außer Acht zu lassen, dass Österreich, insbesondere die schwarz-blaue Regierung, zu diesem Zeitpunkt erheblichem internationalen Druck und der Einflussnahme der US-amerikanischen Justiz ausgesetzt war. Möglicherweise wurde durch diese Maßnahmen eine Verbesserung der internationalen Reputation erhofft. Dies mag auch 2018 der Grund gewesen sein, warum die FPÖ unter Türkis-Blau der „Doppelstaatsbürgerschaft für Nachfahren der Opfer des Nationalsozialismus aus Österreich“ sowie der Errichtung zweier schon zuvor beschlossener Denkmäler für die Opfer der Shoah in Wien und in Maly Trostinez zustimmte.³⁴

32 Vgl. Nina Horacek, „Wir schaffen die siebte Million“. Die Burschenschaft des FPÖ-Spitzenkandidaten Udo Landbauer treibt ihre „Späße“ über die Schoah, *Der Falter* 4/18.

33 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 310–314 und Siegfried Göllner, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten. Hamburg 2010.

34 Vgl.: Heinrich Vana, Doppelstaatsbürgerschaft als Wiedergutmachung, *Der Standard* 16. Januar 2018, Online unter: <https://derstandard.at/2000072256645/Doppelstaatsbuergerschaft-als-Wiedergutmachung>; Irene Brickner, Mahnmal in Maly Trostinec wird „Projekt der neuen Regierung“, *Der Standard* 8. Dezember 2017, Online unter <https://derstandard.at/2000069881060/Mahnmal-fuer-Juden-in-Maly-Trostinec-wird-Projekt-der-neuen> und Festakt zur geplanten Errichtung

2.3 „Trümmerfrauen“ im Gedenkjahr

Heinz-Christian Straches Engagement im Gedenkjahr 2018 sollte daher auch in einem ambivalenten Spannungsfeld gesehen werden: Einerseits musste er die offizielle Erinnerungspolitik der Republik vertreten, andererseits durfte er aber auch die rechte Kernwählerschaft der Partei nicht allzu sehr vor den Kopf stoßen. Er sprach daher nicht nur bei der Wiener Gedenkfeier am Tag der Internationalen Befreiungsfeier in Mauthausen, sondern eben auch bei der Eröffnung des Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmals einige Monate später. Bei beiden Gelegenheiten benutzte er den Opferbegriff – hier für jene Menschen, die vom NS-Staat systematisch ermordet worden waren, dort für alle österreichischen Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er suggeriert hier zumindest sublim eine Gleichwertigkeit der Opfergruppen und dockt damit an Narrative an, die zu diesem Zeitpunkt zwar nicht mehr Teil des Erinnerungspolitischen Mainstreams waren, sich jedoch auf vergangene Sagbarkeiten innerhalb des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit bezogen.

Strache und das „Trümmerfrauen“-Denkmal rekurrten auf eine Form der Opfererzählung, die als Subvariante der hegemonialen Opferthese entstanden ist und die die österreichische Bevölkerung nicht etwa als Opfer des Nationalsozialismus definiert, sondern als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus. Heidemarie Uhl spricht in diesem Zusammenhang von einer „populistischen Antithese zum antifaschistischen Geist von 1945“.³⁵ Darin verortet sie jenes Heldengedenken, das in Österreich ab den 1950er Jahren zu beobachten ist, wo der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges als im Kampf um die Heimat gestorbenen Opfern gedacht wird. Dies ist natürlich unlogisch, da eine konsequente Auslegung der offiziellen Opferthese, wonach Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen wäre, eine Verehrung der Wehrmachtssoldaten unmöglich gemacht hätte. Schließlich kann man nicht gleichzeitig Opfer der nationalsozialistischen Expansionspolitik und selbst in deren Angriffskriegen bei der Verteidigung der Heimat als Held gefallen sein.³⁶ Ich neige dazu, mich Heidemarie Uhls Lesart anzuschließen, wonach die weite Verbreitung diese Heldengedenkens in Österreich ab den 1950er Jahren zeigt, dass die Op-

der Shoa-Gedenkmauer, Der Standard 11. November 2018, Online unter: <https://derstandard.at/2000091069682/Festakt-zur-geplanten-Erriichtung-der-Shoah-Gedenkmauer>

35 Uhl, Opferthesen, 50.

36 Vgl. auch: Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthe. NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „Österreichischen Gedächtnis“, in: Gerbel et al. (Hg.), Transformation gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik. Wien 2005, 50–85.

ferthese primär eine politische Erzählung war, während in der Bevölkerung selbst vorrangig der Kriegsoffer als Teil des NS-Staats gedacht wurde.

Die Genese unterschiedlicher Opfer-Narrative im Zusammenhang mit dem österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Buch und bildet den Hintergrund, vor dem die Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrau“ interpretiert werden muss. Das Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmal und die Wortmeldungen seiner Befürworter 2018 können nur im Zusammenhang des eben erwähnten Heldengedenkens verstanden werden. Schließlich erleben wir hier eine Form der Verschiebung, wie sie Thomas Walach in seinem Buch „Das Unbewusste und die Geschichtsarbeit“ beschrieben hat.³⁷ Die österreichischen Frauen der Nachkriegszeit treten hierbei an die Stelle der Gefallenen im Zweiten Weltkrieg und werden pars pro toto zu Opfern des Krieges gegen den Nationalsozialismus, wie Heinz-Christian Strache es am Tag der Enthüllung des Denkmals ausgedrückt hat: „Die Masse waren Opfer.“³⁸ Was vor 1945 passiert ist, warum Wien überhaupt zerstört war und was diese Frauen in der NS-Zeit gemacht haben, wird dabei ausgeblendet oder relativiert. Schließlich seien Frauen grundsätzlich immer Opfer von Kriegen und nicht an den Taten des Regimes beteiligt gewesen, so Strache auf Nachfrage.³⁹ Im Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmal wird somit offensichtlich der Mythos einer apolitischen Frau perpetuiert, indem zwar einerseits die Agency von Frauen angeblich gewürdigt wird – immerhin seien es ja sie gewesen, die Österreich mit ihrer Hände Arbeit wieder aufgebaut hätten – ihnen diese Agency für die Zeit vor 1945 aber abgesprochen wird. Denn vor 1945 seien sie ja nur Opfer im doppelten Sinne gewesen: Opfer des Nationalsozialismus und Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus. Hier offenbart sich die paradoxe Ambiguität der mythologisierenden Darstellung der österreichischen „Trümmerfrau“ – machtloses Opfer und heldenhafte Macherin zugleich. Nur für eine Dimension ist kein Platz, nämlich für die österreichischen Frauen als (Mit-)Täterinnen im Nationalsozialismus.

Dabei hätte die Inschrift auf dem Denkmal sogar einen Denkanstoß liefern können, sich auch mit der Zeit vor 1945 zu beschäftigen. Immerhin bezieht sie sich auf „Österreichs Trümmerfrauen 1943–1954“ und somit also auch auf einen Zeitraum, in dem Österreichs „Trümmerfrauen“ eigentlich „Deutschlands“ „Trümmerfrauen“ waren. In der Tat ist es schwierig zu eruieren, wie diese doch recht arbiträre Setzung des vermeintlichen Wirkungszeitraums der österreichischen „Trümmerfrauen“ zustande kommt – zwei Jahre vor Kriegsende bis ein Jahr vor dem österreichischen

37 Vgl. Thomas Walach, *Das Unbewusste und die Geschichtsarbeit*, Wiesbaden 2019.

38 Heinz-Christian Strache, in: Stadt Wien auf Distanz zu Denkmal. *Die Presse*, 02.10.2018, 8.

39 Ebd.

Staatsvertrag. Ein möglicher Bezugsrahmen könnte der Beginn der Bombenangriffe der Alliierten auf den Großraum Wien sein: Am 13. August 1943 wurde in Wien erstmals Bombenalarm ausgelöst. Bombardiert wurden jedoch die Rüstungsbetriebe in Wiener Neustadt und nicht Wien. Der erste Angriff auf Wien fand erst gut ein halbes Jahr später am 17. März 1944 statt.⁴⁰ Einen weiteren Hinweis könnte der Text unter der Widmung geben, ein Zitat aus der ersten Strophe von Friedrich Hölderlins Hymne „Patmos“: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ Bezieht man diese Zeile auf jene Gefahr, in der Österreichs „Trümmerfrauen“ als Retterinnen in der Not in Aktion traten, so erstreckt sie sich vom Beginn des Bombenkriegs in Österreich bis kurz vor das Ende der Besatzungszeit und schließt somit an Narrative an, welche die Besatzungszeit eben nicht als Befreiung, sondern als eine Fortsetzung der kriegesischen Bedrohung Österreichs und im Besonderen der österreichischen Frauen deuten. Bezeichnend dabei ist, dass die Gefahr nicht etwa mit dem Anschluss Österreichs an NS-Deutschland 1938 begann, sondern offenbar erst mit dem Angriff der Alliierten auf Österreich.⁴¹

2.4 Frau und/oder Nazi

Auch der Bildhauer des Denkmals, Magnus Angermeier, verweist sowohl in seinen Aussagen in diversen Interviews und Pressekonferenzen als auch in einer Inschrift auf der Rückseite des Denkmals auf das vermeintlich unpolitische und unkriegesische Wesen der Frau an sich. Schließlich seien sie es, „welche nach Katastrophen wie Kriegen das Leben wieder in geordnete Bahnen leiten und das freundliche und fruchtbare Sprießen des Lebens von Neuem spenden“.⁴² Frauen als Mütter stehen hier als friedliche Schöpferinnen des Lebens dem zerstörerischen Treiben der Männer und ihrer Kriege gegenüber. Eine Interpretation, die sich nahtlos an etablierte Narrative über „Trümmerfrauen“ anschließt und als solche natürlich in einem klaren Widerspruch zur historischen Forschung über Frauen als (Mit-)Täterinnen im Nationalsozialismus steht. Schließlich waren Frauen – auch wenn sie nicht zur absoluten Führungsriege des NS-Apparats zählten und in der Regel nicht Teil der kämpfenden Truppe waren – ein wesentlicher Bestandteil des NS-Staats. Sei es als

40 Zu den Luftangriffen auf Österreich und Wien vgl. Johann Ulrich, *Der Luftkrieg über Österreich 1939–1945*. Wien 1967.

41 Zu einer ähnlichen Interpretation kommt auch Valerie Pechhacker in: *Das Trümmerfrauen-Denkmal in Wien. Die historischen Hintergründe und tagespolitischen Aspekte des Trümmerfrauen-Denkmals in Wien*. Master-Arbeit Universität Wien 2020.

42 Inschrift auf der Rückseite des Denkmals.

Parteimitglieder, in parteinahen Organisationen beziehungsweise Funktionen und in der staatlichen Verwaltung, oder schlicht als Teil des Volkes, das eben jenen NS-Staat bildete und am Laufen hielt. Ganz zu schweigen von den vielen Frauen, die als direkte Täterinnen in den Konzentrationslagern oder der „Aktion T4“ aktiv waren. Die Idee einer unpolitischen Frau, über die losgelöst vom Nationalsozialismus vollkommen schuldlos und ohne jedwedes Zutun der Schrecken des Krieges und der Besatzungszeit hereinbrach, muss vor dem Hintergrund von jahrzehntelanger Täterinnenforschung als anachronistische Simplifizierung verworfen werden.⁴³

Dies mahnten 2018 auch zahlreiche Historiker:innen ein. Ela Hornung-Ichikawa, von ihr stammen einige der wichtigsten Publikationen zu „Trümmerfrauen“ in Österreich, erklärt, auf Nachfrage der Tageszeitung *Der Standard*, konziliant, dass es zwar bestimmt auch Freiwilligenarbeit gegeben habe, allerdings: „Es gab aber auch die anderen, nämlich Nationalsozialistinnen, die von Gesetz her dazu gezwungen wurden, Aufräumarbeiten zu verrichten.“⁴⁴ Die spätere Grünen-Politikerin und zu diesem Zeitpunkt Rektorin der Akademie der Bildenden Künste Eva Blimlinger fasste es deutlicher zusammen: „Unter den Trümmerfrauen waren viele, die mitverantwortlich waren, dass es die Trümmer gab.“⁴⁵

Wie schon in der Einleitung umrissen, stellt sich die Forschungslandschaft zu den tatsächlichen Trümmerarbeiten in der unmittelbaren Nachkriegszeit ausgesprochen desperat dar. Systematische Analysen zur Trümmerbeseitigung fehlen weitestgehend. Erklärtes Ziel dieses Buches ist es, in eine emotional geführte Debatte, die stark von gefühlten Wahrheiten geprägt ist, historische Faktizität einzubringen. In der Geschichtswissenschaft produzieren wir Faktizität durch die intersubjektiv nachprüfbare, systematische Analyse von Quellen als unterschiedliche Formen medialisierter Wirklichkeitswahrnehmung historischer Akteure.⁴⁶ Faktizität über die österreichischen „Trümmerfrauen“ herzustellen bedeutet also, in einem ersten Schritt quellengestützt zu untersuchen, wer in Österreich und im Speziellen in Wien in der unmittelbaren Nachkriegszeit welche Arbeiten verrichtet hat. Wie so oft in der Geschichtswissenschaft ist man mit dem grundsätzlichen Problem konfrontiert,

43 Vgl. unter anderem Sibylle Steinbacher (Hg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft* Göttingen 2007; Elizabeth Harvey, „Der Osten braucht dich!“ *Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik*. Hamburg 2010 und Wendy Lower, *Hitlers Helferinnen. Deutsche Frauen im Holocaust*. München 2014.

44 Ela Hornung-Ichikawa zitiert in: Peter Mayr, „Historikerinnen gegen Wiener Denkmal für Trümmerfrauen“ *Der Standard* 1. Oktober 2018. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000088377977/historikerinnen-gegen-ein-denkmal-fuer-die-truemmerfrauen>.

45 Eva Blimlinger, zitiert ebd.

46 Vgl. hierzu: Tschiggerl/Walach/Zahlmann, *Geschichtstheorie*.

nur Aussagen über jene Dinge treffen zu können, die durch vorhandenes Quellenmaterial erschließbar sind. Man könnte meinen, für eine Vergangenheit, die gerade einmal knapp 80 Jahre und somit rund drei Generationen zurückliegt, würde eine Fülle an Quellen zur Verfügung stehen. Leider ist die Quellenlage zur Trümmerbeseitigung in Wien 1945 und 1946 dürftig. Im folgenden Kapitel soll daher versucht werden, nachzuzeichnen, wer in Wien 1945 und 1946 Trümmerarbeiten verrichtet hat.

3. Wien 1945: Die Trümmerbeseitigung unmittelbar nach Kriegsende

Auch wenn die österreichische Hauptstadt im Vergleich zu manchen deutschen Städten wie Berlin, Frankfurt oder Hamburg von weitreichenden Flächenzerstörungen verschont geblieben war, hatte auch Wien speziell in den letzten Phasen des Zweiten Weltkrieges schwere Verwüstungen erlebt. Der Verwaltungsbericht der Stadt Wien für die Jahre 1945 bis 1947 listet in seiner Aufzählung der Schäden unmittelbar nach Kriegsende insgesamt 100.000 unbewohnbar gewordene Wohnungen, 135 zerstörte Brücken sowie massive Schäden am Kanal-, Gas- und Stromnetz der Stadt als direkte Kriegsschäden auf.¹ Die Straßen der Stadt waren durch geschätzte 850.000 Kubikmeter Schutt in weiten Teilen praktisch unpassierbar, was mögliche Wiederaufbauarbeiten massiv behinderte. Das Freiräumen der Verkehrswege hatte daher oberste Priorität, ebenso der Abtransport und die Beisetzung von Leichen und die Beseitigung von Tierkadavern.

Arbeit gab es offensichtlich genug. Es stellte sich lediglich die Frage, wer diese verrichten sollte. Man möchte meinen, dass bereits hier die Stunde der „Trümmerfrauen“ geschlagen hätte – schließlich war genau jene Arbeit zu tun, die so häufig mit diesen vermeintlichen Heldinnen des Wiederaufbaus in Verbindung gebracht wird: Die Trümmerbeseitigung auf den Straßen der vom Krieg zerstörten Städte in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende. Zeitgenössische Quellen vermitteln jedoch ein gänzlich anderes Bild.

3.1 Exkurs: Trümmerarbeit vor 1945

Zunächst ist anzumerken, dass die Kriegsschädenbeseitigung nicht etwa erst mit dem 13. April 1945, also dem Ende der Kämpfe um Wien, begonnen hat, sondern bereits während der NS-Zeit an der Trümmerräumung gearbeitet wurde – und zwar unmittelbar nach alliierten Bombenangriffen, die ab 1943 auch Österreich trafen. Diese Arbeiten verrichteten aber nicht freiwillige „Trümmerfrauen“ oder bezahlte Facharbeiter:innen, sondern in der Regel jüdische Zwangsarbeiter:innen. Insbesondere der Arbeitseinsatz nach Wien deportierter ungarischer Juden und Jüdinnen

¹ Vgl. Magistrat der Bundeshauptstadt Wien, Verwaltungsbericht vom 1. April 1945 bis 31. Dezember 1947, Wien 1949, 330.

im Sommer 1944 ist gut dokumentiert. Innerhalb dieser Gruppe von rund 16.000 Ungar:innen waren es größtenteils die Kinder und Alten, die für die Beseitigung der Trümmer oder die Bergung von Leichen aus zerbombten Gebäuden eingesetzt wurden. Denn die meisten jüdischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen waren primär in der kriegswichtigen Industrie in und um Wien gebunden.² Die ausgesprochen gefährliche Trümmerarbeit musste daher von den ganz Jungen und den ganz Alten verrichtet werden. Und dies unter erheblichem Risiko und schwierigsten Umständen, nicht zuletzt bedingt durch die äußerst schlechte Versorgungslage und die Gefahren, die sich aus der Arbeit in zerbombten und teilweise brennenden Gebäuden ergaben. Für besonders dringende Aufgaben konnten auch Zwangsarbeiter:innen aus den Industriebetrieben und aus anderen Bereichen herangezogen werden, wobei sich diese Betriebe immer wieder gegen eine Abstellung „ihrer“ Arbeiter:innen wehrten und darauf verwiesen, dass diese für andere Arbeiten notwendiger benötigt würden.³ In den letzten Kriegsmonaten wurden jedoch immer mehr dieser Juden und Jüdinnen nach Theresienstadt und Bergen-Belsen deportiert oder für den Bau des – wie sich später herausstellen sollte – militärisch vollkommen nutzlosen „Südostwalls“ im österreichisch-ungarischen Grenzgebiet abgestellt.⁴ Auf den Märschen dorthin und später von dort und anderen Einsatzorten nach Mauthausen starben Tausende – sei es durch Entkräftung, Krankheiten oder durch die Hand der Wachmannschaften bestehend aus SS, SA, Volkssturm oder Hitlerjugend, oder aufgrund von Übergriffen durch die Zivilbevölkerung entlang der Marschrouten.⁵ In Anbetracht dieser historischen Fakten ist die Inschrift auf dem Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmal besonders perfide, erinnert sie doch an „Österreichs Trümmerfrauen 1943–1954“. Von 1943 bis 1945 waren diese „Trümmerfrauen“ jedoch ungarische Juden und Jüdinnen, von denen viele nach verrichteter Zwangsarbeit ermordet wurden oder die bereits bei der Arbeit selbst starben. Im Erinnerungsraum „Trümmerfrauen“ haben diese ungarischen Juden und Jüdinnen aber keinen Platz, auch in der Geschichtsschreibung zur Situation in Wien zu Kriegsende kommen sie und ihr Beitrag zur Trümmerräumung und Leichenbergung kaum vor.

2 Vgl. Kinga Frojimovics und Éva Kovács, Jews in a ‚Judenrein‘ City: Hungarian Jewish Slave Laborers in Vienna (1944–1945), in: *Hungarian Historical Review* 4, 3/(2015), 705–736, hier 714–715.

3 Vgl.: Stefan August Lütgenau, Maria Mesner und Alexander Schröck, Der Einsatz von Zwangsarbeit während der NS-Zeit bei der Stadt Wien. Studie verfasst im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien, Magistratsabteilung 8, Wiener Stadt- und Landesarchiv. Wien 2000, 33.

4 Vgl. Frojimovics/Kovács, Jews in a ‚Judenrein‘ City, 728.

5 Vgl. hierzu: Eleonore Lappin-Eppel, Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz, Todesmärsche, Folgen. Bd. 3. Münster 2010.

3.2 Trümmerarbeit nach 1945

Die direkten Kämpfe auf dem Wiener Stadtgebiet – die so genannte Schlacht um Wien – dauerten vom 6. bis zum 13. April, bereits ab dem 16. März war im Wiener Umland gekämpft worden. Nachdem der Plan der militärischen Widerstandsgruppe rund um Carl Szokoll, die Stadt kampflos an die Sowjets zu übergeben, aufgrund von Verrat gescheitert war und drei Mitglieder der Widerstandsgruppe Am Spitz in Floridsdorf gehängt worden waren, kam es im Wiener Stadtgebiet doch noch zu heftigen Kämpfen mit tausenden Todesopfern und massiven Zerstörungen.⁶ Vor allem die Leichen der deutschen Truppen und Zivilisten blieben dabei in den Straßen liegen, wo sie gefallen waren, oder wurden notdürftig verscharrt. Zusätzlich zu den durch die Gefechte verursachten Schäden legten Plünderer in der Innenstadt in mehreren Geschäften Brände, die sich aufgrund der nicht mehr einsatzfähigen Feuerwehr ungehindert ausbreiten konnten und auch den Wiener Stephansdom zum Raub der Flammen werden ließen. Die Bilder des brennenden „Steffls“ und seiner ausgebrannten Ruine wurden in weiterer Folge zu einer Ikone des vom Krieg verheerten Wiens und durften in keinem Bildband und später auch in keiner Dokumentation fehlen. Um die Frage, wer an der zumindest teilweisen Zerstörung dieses bekannten Wiener Wahrzeichens schuld sei, sollte sich in den kommenden Jahrzehnten eine immer wieder aufflammende Kontroverse entzünden. Verdächtig wurden abwechselnd abziehende deutsche Truppen, marodierende Fremdarbeiter oder eben der Beschuss durch die sowjetischen Truppen.

Am 13. April erklärte der Oberbefehlshaber der 3. Ukrainischen Front, Marschall Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin die Kämpfe in Wien schließlich für beendet und die Stadt als eingenommen.⁷ Danach stellte sich die Situation in Wien zunächst höchst chaotisch dar. Der Abzug der deutschen Truppen aus der Innenstadt und der Zusammenbruch der NS-Verwaltung hatte ein Machtvakuum hinterlassen, das von den sowjetischen Besatzungstruppen schnell gefüllt wurde. Auch in Österreich blieben sie ihrem bisherigen Vorgehen treu, zügig auf lokale Unterstützung einer zivilen Verwaltung zurückzugreifen.⁸ Der sowjetische Stadtkommandant Alexej Blagodatow setzte auf Empfehlung des Kommunisten Ernst Fischer am 17. April den Sozialdemokraten Theodor Körner als Bürgermeister ein, dessen Verwaltung blieb

6 Vgl. Wolfgang Neugebauer und Peter Csendes, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Dokumentationseinrichtung. Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945; 2. Aufl. Wien/München 1984, 427–430.

7 Vgl. Manfred Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945. Wien 1984, 189

8 Vgl. Manfred Rauchensteiner, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, 30–31.

aber aufgrund der schwierigen Gesamtsituation weiterhin auf die Unterstützung der Alliierten angewiesen.⁹ Wie bereits Matthew P. Berg in einem wegweisenden Artikel zur „Arbeitspflicht“ nach 1945 festgestellt hat, waren es zunächst auch die sowjetischen Besatzungstruppen, die unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe um Wien mit den Aufräumarbeiten in den mit Trümmern übersäten Straßen begannen.¹⁰ Immerhin verfügten sie über die für diese Arbeiten notwendigen schweren Gerätschaften wie Lastwagen oder Bagger, sie hatten auch die militärische Notwendigkeit, sich in den Straßen der Stadt frei bewegen zu müssen. Sofort zwangsrekrutierten sie allerdings die Bevölkerung und gingen mitunter wenig zimperlich vor: An belebten Straßenkreuzungen positionierte Besatzungssoldaten verpflichteten einfach alle zufällig vorbeikommenden Bürger:innen, derer sie habhaft werden konnten, zu Aufräumarbeiten.¹¹ Dabei nahmen sie wenig Rücksicht auf die Versorgungslage der betreffenden Personen, oder ob diese eventuell andernorts dringender benötigt wurden. Es oblag nun der Politik, eine Antwort auf diese nur schwer hinnehmbare Situation zu finden und die Willkür in geordnete Bahnen zu lenken. Der Wiener Bürgermeister Theodor Körner war daher sehr bemüht, zwischen den alliierten Truppen, der provisorischen Bundesregierung und der Bevölkerung zu vermitteln und eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden. Dabei stand er allerdings vor dem nicht geringen Problem, dass die Wiener Bevölkerung offenbar wenig Bereitschaft zur freiwilligen Arbeit zeigte und es generell einen massiven Mangel an potentiellen Arbeitskräften gab.¹² Schließlich war ein erheblicher Teil der männlichen Bevölkerung immer noch am Rückweg von der Front, in Kriegsgefangenschaft oder vor den herannahenden sowjetischen Truppen gen Westen geflüchtet.

Die von den drei Gründungsparteien der Zweiten Republik gemeinsam herausgegebene Tageszeitung *Neues Österreich* widmet dem Arbeitsunwillen der Wiener Bevölkerung am 12. Juli 1945 ihre gesamte Titelseite und erklärt dort unter anderem, dass es „Lebensmittelkarten nur für Arbeitswillige“ gebe und sich Arbeitsfähige bei den jeweiligen Arbeitsämtern ihrer Bezirke zu melden hätten.¹³ Zugleich beklagte

9 Vgl. Wolfram Dornik, Besatzungsalltag in Wien Die Differenziertheit von Erlebniswelten. Vergewaltigungen – Plünderungen – Erbsen – Straußwalzer, in: Stefan Karner und Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge*. Wien/Köln 2015. Und: Stefan Karner und Peter Ruggenthaler, Unter sowjetischer Kontrolle. Zur Regierungsbildung in Österreich 1945. In: ebd.

10 Vgl. Matthew Paul Berg, „Arbeitspflicht in Postwar Vienna. Punishing Nazis vs. Expediting Reconstruction, 1945–48.“ *Austrian History Yearbook* 37 (2006): 181–207.

11 Vgl. dazu ein Schreiben Theodor Körners an die Wiener Bezirksvorsteher vom 7. Mai 1945: WStLA, MDP Präsidialbüro, A20002. Bürgermeisteramt: 137/45.

12 Vgl. Berg, *Arbeitspflicht*, 190.

13 Vgl. „Lebensmittelkarten nur für Arbeitswillige“, in: *Neues Österreich*, 12. Juli 1945, 1.

man, die Wiener Bevölkerung lagere lieber an den Ufern der Donau in der Sonne und genieße das süße Nichtstun, obwohl es aufgrund der mit Trümmern übersäten Straßen genug zu tun gebe.¹⁴ Die offenbar mangelnde Bereitschaft, sich ohne Zwang an den Aufräumarbeiten zu beteiligen, ist verständlich, wenn man die äußerst schlechte Versorgungslage in Wien 1945 bedenkt: Der durchschnittliche Wiener und die durchschnittliche Wienerin mussten in den ersten Nachkriegsmonaten mit rund 1200 Kalorien am Tag auskommen – nicht gerade die besten Voraussetzungen, um freiwillig harte körperliche Arbeit zu leisten. Außerdem dürften viele Wiener:innen nach den Entbehrungen des Krieges und der NS-Zeit auch einfach keine Lust darauf gehabt haben, unbezahlte Gemeinwohlarbeit zu leisten. Beides wurde auch im zuvor genannten Artikel „Arbeit und Essen“ in der Tageszeitung *Neues Österreich* als nachvollziehbar eingeräumt, sei aber trotzdem „unverzeihlich“.¹⁵ Es musste also eine Lösung gefunden werden, die einerseits die Beseitigung der Trümmer in der Stadt ermöglichte, gleichzeitig aber Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nahm. Als Königsweg erwies sich dabei die Zwangsverpflichtung (ehemaliger) Nationalsozialist:innen.

Bereits die sowjetischen Besatzungstruppen hatten mit Hilfe lokaler KPÖ-Funktionäre bevorzugt ehemalige NSDAP-Mitglieder zu Arbeiten herangezogen. Ein Vorgehen, das die Unterstützung sowohl der Wiener Stadtregierung als auch der zunächst provisorischen Bundesregierung fand. In der gesamten Korrespondenz zwischen Körner, den Bezirksvorstehern in Wien und anderen Instanzen der Verwaltung wird deutlich gemacht, dass die einzelnen Bezirke den Sowjets Arbeitskräfte zur Verfügung stellen und dabei in erster Linie auf Nationalsozialist:innen zurückgreifen sollten. Als zweite Gruppe wurden unbeschäftigte Jugendliche vorgesehen, deren Müßiggang gar als Bedrohung für den Staat an sich wahrgenommen wurde.¹⁶ Den Vertretern des offiziellen Österreichs war es dabei wichtig, die Arbeiten der ehemaligen Nationalsozialist:innen in geordneten Bahnen ablaufen zu lassen, und es sollte nicht zu willkürlichen und „unmenschlichen“ Zwangsmaßnahmen kommen. Man wollte sich entschieden vom nationalsozialistischen Unrechtsstaat unterscheiden. Daher wurde das „Verfassungsgesetz über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiet der Stadt Wien“¹⁷ im August 1945 verabschiedet, um den Arbeitseinsatz in Wien gesetzlich zu regeln und eine Rechtssicherheit bei der zwangsweisen Verpflichtung von Arbeitskräften zu schaffen. Bereits zuvor waren ehemalige NSDAP-

14 Vgl. „Arbeit und Essen“ in ebd.

15 Ebd.

16 Vgl. Berg, Arbeitspflicht.

17 Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiete der Stadt Wien StGBL. Nr. 137/1945.

Mitglieder systematisch zu Arbeiten eingesetzt worden, zunächst zur Beisetzung der Leichen in den Straßen und der Beseitigung der Tierkadaver. Das Verfassungsgesetz wollte dies nun aber auf solide, rechtsstaatliche Fundamente stellen:

„Zur Behebung von durch den Krieg hervorgerufenen Notständen können Personen, die sich im Gebiete der Stadt Wien nicht nur vorübergehend aufhalten und nicht freiwillig ihre Arbeitskraft für eine entsprechende Dauer zur Verfügung stellen, zu Dienstleistungen im Wege der Arbeitspflicht für die Dauer von vier Wochen, beginnend im September 1945, herangezogen werden. Der Bürgermeister ist ermächtigt, im Bedarfsfalle die Dienstleistung für die Dauer weiterer vier Wochen anzuordnen.“¹⁸

Im Gesetz war auch klar geregelt, wer bevorzugt zur Arbeit herangezogen werden sollte:

„Im Rahmen des Abs. (1) sind zur Arbeitspflicht heranzuziehen: a) zunächst jene Personen, die unter die §§ 4 und 12 des „Verbotsgesetzes“ fallen, sowie deren im gemeinsamen Haushalt lebende Familienangehörige, wenn die letzteren durch ihr Verhalten offenkundig eine nationalsozialistische Gesinnung an den Tag gelegt haben[.]“¹⁹

Diese wurde von der Gemeinde Wien auch in verschiedenen Kanälen so verlautbart:

„Nach dem Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiet der Stadt Wien unterliegen folgende Personen, die sich im Gebiet der Stadt Wien nicht nur vorübergehend aufhalten, der Arbeitspflicht:

Arbeitsfähige männliche Personen im Alter von 15 bis 50 Jahren und arbeitsfähige weibliche Personen im Alter von 16 bis 40 Jahren. Gehören sie dem Kreis der in den §§ 4 und 12 des „Verbotsgesetzes“ angeführten Personen an, so erhöht sich die Altersgrenze bei den männlichen Personen auf 65 Jahre, bei den weiblichen Personen auf 55 Jahre. Die Altersgrenzen bestimmen sich nach dem Geburtsjahrgang. Hievon werden zunächst zur Arbeitspflicht in der Dauer von vier Wochen, beginnend mit 3. September 1945, herangezogen:

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

1. Alle arbeitsfähigen männlichen Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren und alle arbeitsfähigen weiblichen Personen im Alter von 16 bis 55 Jahren, die unter die §§ 4 und 12 des „Verbotsgesetzes“ fallen, ferner die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden arbeitsfähigen männlichen Familienangehörigen im Alter von 15 bis 50 Jahren und die arbeitsfähigen weiblichen Familienangehörigen im Alter von 16 bis 40 Jahren, wenn sie durch ihr Verhalten offenkundig eine nationalsozialistische Gesinnung an den Tag gelegt haben
2. Alle arbeitsfähigen männlichen Personen im Alter von 15 bis 30 Jahren und alle arbeitsfähigen weiblichen Personen im Alter von 16 bis 30 Jahren. Soweit die Zahl der unter 1 und 2 genannten Personen für den Arbeitseinsatz nicht ausreicht,
3. alle übrigen arbeitsfähigen männlichen Personen im Alter von 31 bis 50 Jahren und alle arbeitsfähigen weiblichen Personen im Alter von 31 bis 40 Jahren.²⁰

Wie die später in diesem Kapitel genauer dargestellten Ansuchen um Entschädigung ehemaliger Nationalsozialist:innen belegen, war diese Rechtssicherheit aber zunächst nur auf dem Papier gegeben. Viele dieser früheren NSDAP-Mitglieder berichten von einer viel höheren Arbeitszeit, als im Gesetz eigentlich vorgesehen war, sie wurden teilweise auch über einen deutlich längeren Zeitraum hinweg eingesetzt.

Das Verfassungsgesetz über die Durchführung von Notstandsarbeiten sowie die Wiener Stadtregierung verstehen diese auch explizit als „Sühnearbeiten“, bei denen diejenigen, die mitverantwortlich waren, dass Wien zumindest teilweise zerstört war, nun auch dabei mithelfen sollten, die Stadt wieder aufzubauen. Unglücklicherweise sind Aufzeichnungen über diese Notstandsarbeiten gerade für das Jahr 1945 heute nur mehr fragmentarisch erhalten.²¹ Diese Bestände lassen weder über die Quantität noch die Qualität der Arbeiten systematische Schlüsse zu noch über die Arbeiter:innen selbst. Ähnlich verhält es sich mit jenen Arbeiten, die basierend auf dem „Bundesverfassungsgesetz vom 15. Februar 1946 über die Sicherstellung der für den Wiederaufbau erforderlichen Arbeitskräfte (Arbeitspflichtgesetz)“,²² in den Jahren 1946 und 1947 verrichtet wurden. Auch dieses Gesetz sah vor, dass primär ehemalige Nationalsozialist:innen zu Wiederaufbauarbeiten herangezogen werden sollten, ermöglicht wurde aber auch ein Einsatz in der Privatwirtschaft sowie in der Verwaltung. Bezüglich dieser Arbeitspflicht ist die Quellenlage zwar etwas besser,

20 Amtsblatt der Stadt Wien, Jahrgang 50 Nr. 3, 12. September 1945.

21 Unter anderem z. B. hier: Wiener Stadt- und Landesarchiv Serie 1.3.2.202.A3 – Aufräumungs- und Bergungstrupps | 1945–1946.

22 Bundesverfassungsgesetz vom 15. Februar 1946 über die Sicherstellung der für den Wiederaufbau erforderlichen Arbeitskräfte (Arbeitspflichtgesetz), ausgegeben am 18. April 1946. Online unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1946_63_o/1946_63_o.pdf.

aber immer noch weit davon entfernt, Aussagen über die tatsächliche Tragweite dieser Arbeiten zu ermöglichen.

Diese Arbeiten wurden ebenfalls von Matthew P. Berg in seiner umfassenden Studie untersucht. Auch er kommt zu dem Schluss, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder den größten Teil der Arbeiter:innen gestellt haben. Sie wurden in erster Linie im Wiederaufbau und der Trümmerbeseitigung eingesetzt, während der private Sektor diesen zwangsverpflichteten Arbeiter:innen grundsätzlich eher skeptisch gegenübergestanden ist. Berg merkt an, es sei fraglich, wie effizient die Arbeiten tatsächlich waren und verweist dabei auf die vermutlich schlechte Versorgungslage der betreffenden Personen. Es sei der österreichischen Politik jedoch wichtig gewesen, die Arbeit zwar als „Sühnearbeit“ im Sinne einer Entnazifizierung, nicht aber als Zwangsarbeit deutlich zu machen. Man lege daher Wert darauf, sich vom Zwangsarbeitssystem des NS-Staats zu unterscheiden und die Arbeiter:innen human zu behandeln sowie die Prinzipien des Rechtsstaates zu achten.²³

Tatsächlich lässt sich das Bestreben, ehemalige Nationalsozialist:innen zu „Sühnearbeiten“ heranzuziehen, in jener kurzen Phase des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit verorten, die von einer antifaschistischen Überzeugung und vom Bemühen geprägt war, die Gesellschaft auch wirklich zu entnazifizieren.²⁴ Die Grundlage dazu schufen das „Verbotsgesetz“ und das „Kriegsverbrechergesetz“ vom 8. Mai beziehungsweise vom 26. Juni 1945, einschließlich ihrer unterschiedlichen Überarbeitungen in den Folgejahren. In dem am selben Tag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht beschlossenen „Verbotsgesetz“ wurden nicht nur die NSDAP und alle ihr angeschlossenen Verbände und Gliederungen mit sofortiger Wirkung verboten, sondern auch jede Form der Wiederbetätigung unter Strafe gestellt. Zusätzlich erging an alle Personen, die der NSDAP, der SS, der SA oder dem Kraftfahrer- und Fliegerkorps der NSDAP angehört hatten die Aufforderung, sich registrieren zu lassen. Diese Registrierungslisten bildeten die Grundlage für die so genannten Notstandsarbeiten und die „Arbeitspflicht“ – waren hier doch alle Personen erfasst, die zu diesen Arbeiten verpflichtet werden sollten. Von den etwa 700.000 NSDAP-Mitgliedern in Österreich konnten rund 540.000 registriert werden. 98.330 Personen wurden als „Illegale“ klassifiziert, da sie bereits zur Zeit des Verbots der NSDAP (Juli 1933 bis März 1938) in Österreich Parteimitglieder gewesen waren.²⁵ Diese hatten mit deutlich strengeren Maßnahmen zu rechnen als jene, die erst nach dem An-

²³ Vgl. Berg, Arbeitspflicht.

²⁴ Vgl. hierzu die unterschiedlichen Phasen der österreichischen Entnazifizierung nach Dieter Stiefel, Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich. Wien u. a. 1981.

²⁵ Vgl. Stiefel, Entnazifizierung, 87.

schluss 1938 in die NSDAP eingetreten waren – schließlich hatten sie, ganz im Sinne der „Opferthese“, im Dienst einer feindlichen Macht an der Zerschlagung Österreichs mitgewirkt und dadurch Hochverrat begangen.²⁶ Alle Registrierten verloren in weiterer Folge sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht, das die große Mehrheit von ihnen mit der „Minderbelastetenamnestie“ bereits 1948 wieder zurückerhielt. 500.000 ehemalige Nationalsozialist:innen stellten ab diesem Zeitpunkt eine wichtige Wählergruppe dar, die von allen österreichischen Parteien auch massiv umworben wurde. Die Entnazifizierungsmaßnahmen der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden in weiterer Folge sukzessive zurückgenommen und die früheren NSDAP-Mitglieder wieder in die österreichische Gesellschaft integriert.

In diesem Sinne lässt sich auch eine ganze Reihe von Urteilen des Obersten Gerichtshofs der Republik Österreichs im Jahr 1951 interpretieren, wonach Arbeiten, die über das am 24. August 1945 erlassene „Verfassungsgesetz über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiet der Stadt Wien“²⁷ hinausgingen, finanziell zu entschädigen seien – mit Zinsen, einem hundertprozentigen Feiertagszuschlag und einem fünfzig- bis hundertprozentigen Sonntagszuschlag. Auch wenn diese Arbeiten vor dem Beschluss des Verfassungsgesetzes verrichtet worden waren.²⁸ Zuvor hatten zahlreiche ehemalige Notstandsarbeiter:innen die Stadt Wien und die Republik Österreich verklagt, mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs erhielten sie Rechtssicherheit. Zum Präzedenzfall wurde dabei das Verfahren von Franz C. Er war als ehemaliger Nationalsozialist in der Zeit vom 4. Mai 1945 bis zum 31. Dezember 1945 vom Wiener Gesundheitsamt zur Exhumierung von provisorisch beerdigten Leichen und zur Beseitigung von Tierkadavern im Wiener Prater eingesetzt worden und hatte insgesamt 1800 Arbeitsstunden leisten müssen. Wie C. bekundet, erfolgten diese Arbeiten nicht freiwillig, vielmehr sei er unter erheblichen Drohungen dazu gezwungen und zumindest in den ersten Wochen jeden Morgen von Hilfspolizisten von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte eskortiert worden. Nachdem das Arbeitsgericht seine Forderung nach nachträglicher Entlohnung abgelehnt hatte, entschied der Oberste Gerichtshof als Revisionsgericht, dass ihm eine Entlohnung samt Zinsen zustünde, da zwischen C. und dem Gesundheitsamt offensichtlich ein Arbeitsverhältnis bestanden und es keine rechtliche Grundlage für eine unbezahlte „Sühnearbeit“ über den gesamten Zeitraum gegeben habe. Der Oberste Gerichtshof

26 Vgl. Martin Tschiggerl, *Identität und Alterität in den drei Nachfolgesellschaften des NS-Staats. Am Beispiel der Sportberichterstattung*. Wiesbaden 2020, 104–105.

27 Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiete der Stadt Wien StGBI. Nr. 137/1945.

28 Oberste Gerichtshof Urteil vom 20. Februar 1951. Geschäftszahlen: 4Ob21/51; 3Ob237/53; 4Ob231/53; 4Ob88/54; 4Ob180/53; 4Ob106/53; 4Ob161/53

verwies dabei auf die im „Verbotsgesetz“ von 1945 festgelegten Sühnemaßnahmen für Nationalsozialist:innen und erklärte, dass derartige Arbeiten darin nicht vorgesehen und daher ungesetzlich waren. Das Verfassungsgesetz vom 24. August deckte nur jene Arbeiten vom September und Oktober, die daher auch nicht entschädigt werden müssten. Alle anderen Tätigkeiten würden ein Entgelt erfordern. Der OGH räumt in seinem Urteil zwar Verständnis dafür ein, dass es durchaus schwierig gewesen sein mag, andere Arbeitskräfte anstatt der Nationalsozialist:innen zu finden, trotzdem seien auch die Nationalsozialist:innen für ihre Leistung zu entschädigen.²⁹

3.2.1 Die Notstandsarbeiten

Im Wiener Stadt- und Landesarchiv lagern die Ansuchen um Entschädigung von insgesamt 7.095 Notstandsarbeiter:innen – basierend auf dem Urteil des Obersten Gerichtshofs.³⁰ Sie umfassen in der Regel:

1. Ein Anschreiben, in dem der oder die Antragsteller:in kurz seinen oder ihren Fall schildert – beispielsweise warum er oder sie zur Arbeit herangezogen wurde, wo er oder sie tätig war und welche Tätigkeiten verrichtet wurden.
2. Irgendeine Form des Nachweises über die geleisteten Stunden – zum Beispiel die Arbeitseinsatzkarten oder schriftliche Zeugenaussagen. (Ohne einen derartigen Nachweis erhielt die Person in der Regel keine Zahlung.)
3. Diverse Schreiben der Stadtverwaltung über den Verlauf des Verfahrens – eventuelle Aufschübe, Korrespondenz zur Einholung weiterer Informationen, mögliche gerichtliche Verfahren.
4. Eine Verzichtserklärung des oder der Antragsteller:in auf weitere Ansprüche.
5. Den Bescheid der Behörde, ob und, wenn ja, wie viel Geld ausbezahlt wird.

Die einzelnen Akten enthalten daher zumindest den vollen Namen, häufig auch das Geburtsdatum sowie die Anschrift des Antragstellers oder der Antragstellerin und eine Angabe über die geleisteten und die ausbezahlten Stunden. Bei der Durchsicht der Bestände zeigt sich aber, dass sehr viele der Antragsteller:innen außerordentlich mitteilungsbedürftig waren und teilweise in relativ langen Briefen der Wiener Stadtverwaltung ihren Fall im Detail schilderten sowie häufig auch ihre – wenig überraschend generell negativen – Ansichten über die Notstandsarbeiten mitteilten. Dies und die durch die Akten überhaupt erst mögliche quantitative Einschätzung

²⁹ Ebd.

³⁰ M. Abt. 202, A2 - Notstandsarbeiten | 1951–1953.

der Notstandsarbeiten machen den Bestand zu einer zeitgeschichtlichen Goldgrube. Bevor aber eine allzu historistisch-quellenpositivistische Goldgräberstimmung ausbricht, muss angemerkt werden, dass die Anzahl der vorhandenen Ansuchen nur Aussagen über jene Personen ermöglicht, die 1951 und 1952 einen Antrag um Entschädigung eingereicht haben. Wer 1945 oder 1946 in Wien in der Trümmerbeseitigung tätig war, aber nicht um eine Kompensation angesucht hat, wird auch nicht in der vorliegenden Auswertung abgebildet. Es ist daher wichtig festzuhalten, dass die vorliegende Studie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt – ein derartiger Anspruch würde aber ohnehin nicht mit meinem Konzept von Geschichtswissenschaft vereinbar sein. Vielmehr geht es mir darum, basierend auf den mir zur Verfügung stehenden Quellen, eine faktisch korrekte, intersubjektiv nachvollziehbare mögliche Geschichte der Trümmerräumung im Wien der unmittelbaren Nachkriegszeit zu erzählen. Wie bereits ausgeführt, sprechen aber sehr starke Indizien dafür, dass es abgesehen von den Notstandsarbeiten wenig andere Trümmerarbeiten von österreichischen Bürger:innen gegeben hat – außer natürlich den bezahlten Bautrupps der Stadt Wien, bezahlten Baufirmen und einzelnen „Schuttaktionen“ unterschiedlicher Stakeholder wie unter anderem „Jugend am Werk“ oder Studierenden der Universität Wien. Am Ende dieses Großkapitels unternehme ich trotzdem noch den Versuch, auch andere Formen der Trümmer- und Notstandsarbeiten von Nationalsozialist:innen zu rekonstruieren.

Die vorliegenden Ansuchen um Entschädigung ermöglichen trotz dieser Einschränkungen Aussagen über die Entrümmerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die weit über das hinausgehen, was bisher bekannt war. Zunächst lassen sich Rückschlüsse auf den Umfang und die Art der verrichteten Tätigkeiten ziehen: Wie viele Stunden wurden mit welchen Arbeiten zugebracht? Wer wurde zu welchen Tätigkeiten herangezogen? Darüber hinaus können aber auch Aussagen über die Arbeiter:innen selbst getroffen werden – einerseits durch deren häufig sehr hohe Mitteilungsbedürftigkeit in den Schreiben selbst, andererseits indem man weitere biografische Informationen über die betreffende Person einholt, beispielsweise in den NS-Registrierungslisten, den Gauakten oder den Volksgerichtsakten. Auch lassen sich aus den umfangreichen Anschreiben Argumentationslogiken und Erzählweisen herausarbeiten: Wie bewerteten die Antragsteller:innen im Nachhinein die Notstandsarbeiten? Wie sprechen sie über ihre NS-Vergangenheit? Wie über das „neue“ Österreich?

Organisation und Überwachung der Notstandsarbeiten erfolgte dabei grundsätzlich durch die Stadt Wien. In den einzelnen Bezirken waren in den Arbeitsämtern „Erfassungsstellen für ehemalige Mitglieder der NSDAP für den Arbeitseinsatz“ – in den Anträgen meist kurz „Einsatzstellen“ genannt – eingerichtet worden, bei denen

sich die ehemaligen Nationalsozialist:innen zu melden hatten. An den Bezirksämtern wurden auch Listen ausgehängt, wer zu solch einer Meldung verpflichtet war. Kamen die Betroffenen dieser Aufforderung nicht nach, konnten sie auch von der Polizei zu Hause abgeholt werden, da dieser die Durchsetzung der Arbeitspflicht oblag. Ob dies häufig der Fall war, lässt sich aus heutiger Perspektive nicht mit letzter Gewissheit feststellen. Einige der Notstandsarbeiter:innen berichten in ihren Anschreiben von derartigen Maßnahmen und einer Verfolgung durch die Polizei und andere Behörden. Bedenkt man, dass bis 1947 über 100.000 ehemalige NSDAP-Mitglieder in Wien registriert wurden, aber nur ein Teil davon tatsächlich zu Arbeiten herangezogen wurde, dürfte es Möglichkeiten gegeben haben, sich dieser zu entziehen. Beispielsweise durch Alter, Krankheit oder körperliche Versehrtheit, Kinderbetreuungspflichten oder der Bescheinigung, woanders dringender benötigt zu werden.³¹

Wie bereits erwähnt, war es den österreichischen Behörden wichtig, trotz aller Sühnemaßnahmen rechtsstaatliche Prinzipien zu wahren – wer nicht arbeitsfähig war, hatte die Möglichkeit, von den Notstandsarbeiten freigestellt zu werden. Es muss aber angemerkt werden, dass viele der Notstandsarbeiter:innen in ihren Anschreiben davon berichten, dass sie trotz überprüfbarer Ausschlussgründe dennoch arbeiten mussten. Wenn solche Angaben vielleicht auch nicht immer der Wahrheit entsprachen, dürfte von Seiten der in den Einsatzstellen tätigen Beamten doch eine gewisse Willkür geherrscht haben. Hierfür spricht auch, dass viele der Antragsteller:innen ein Vielfaches der im Gesetz vorgesehenen 120 Stunden pro Monat in den Monaten September und Oktober gearbeitet haben.³²

Ein typischer Tag im Leben eines Notstandsarbeiters oder einer Notstandsarbeiterin lässt sich, zurückgeführt auf deren eigene Schilderungen und ein Informationsblatt eines Bezirksamts, folgendermaßen rekonstruieren: Jede:r Arbeiter:in erhielt eine Registrierkarte, die als Arbeitsbestätigung auch für den Erhalt von Lebensmittelkarten diente. Die Arbeit begann in der Regel um 7:00 Uhr morgens und dauerte bis 17:00 Uhr, mit einer einstündigen Mittagspause. Die Meldekarten wurden von einem verantwortlichen Beamten vor Beginn der Arbeit eingesammelt und am Ende des Arbeitstages wieder ausgehändigt. Wer nach der Verpflichtung zur Notstandsarbeit durch das Bezirksamt, nicht an seinem zugewiesenen Arbeitsplatz erschien, wurde von zu Hause abgeholt. War er oder sie dort nicht anzutreffen, konnte er oder sie nach Ergreifung für acht Tage in ein Anhaltelager gebracht werden. Wenn die be-

31 Zur NS-Registrierung in Wien vgl. Bernd Vogel, NS-Registrierung in Wien. In: Walter Schuster und Wolfgang Weber (Hg.), *Entnazifizierung im regionalen Vergleich*. Linz 2004, 337–361.

32 Vgl. Tschigge/Walach, *Konstruktion*.

treffende Person ihre Wohnung für länger als 48 Stunden verlassen hatte, nicht zur Arbeit erschienen und auch nicht auffindbar war, wurde die Wohnung zwangsgeräumt und von der Stadt Wien übernommen. Eine Arbeitsverweigerung konnte also sehr schwerwiegende Folgen haben.³³ Ähnlich verhielt es sich bei einer nachweislich schlechten Arbeitsleistung – auch hier drohte den betreffenden Personen die Internierung in einem der Polizei-Anhaltelager, von denen es in Wien mindestens 31 gab – das größte davon am Steinhof.³⁴ Insgesamt 208 Personen, die 1951 oder 1952 Ansuchen um Entschädigung stellten, waren laut eigenen Angaben zumindest zeitweise in einem dieser Lager eingesperrt. Meist wurden die während der Internierung in den Anhaltelagern verrichteten Arbeiten 1951 und 1952 nicht entschädigt. Neben Arbeitsverweigerern waren dort hauptsächlich so genannte „Illegale“ interniert – also Personen, die der NSDAP zu jener Zeit angehört hatten, als diese in Österreich verboten gewesen war, und die nach 1945 daher zumindest kurzzeitig mit strengeren Sühnemaßnahmen rechnen mussten als ihre Parteigenoss:innen, die erst nach dem „Anschluss“ 1938 in die Partei eingetreten waren.

3.2.2 Die Polizei-Anhaltelager im Kontext der Notstandsarbeiten

Das geschichtswissenschaftliche Wissen über die Staatspolizeilichen Anhaltelager in Wien ist außerordentlich gering, da bisher kaum systematische Arbeiten dazu vorliegen.³⁵ Ihre Existenz war mir bei Beginn meiner Arbeit ebenso unbekannt wie zahlreichen Kolleg:innen, mit denen ich darüber gesprochen habe. Anders als die drei großen Internierungslager der Alliierten in Wolfsberg, Glasenbach und Schwaz, zu denen zumindest teilweise bereits umfassende Studien vorliegen, werden die von der Staatspolizei und den Alliierten in Wien betriebenen Lager meist nur am Rande in anderen Publikationen erwähnt.³⁶

33 WStLA, M. Abt. 202, A2 - Notstandsarbeiten | 1951–1953, Mag. Abt. 202 2R 1002/51.

34 Vgl. Berg, Arbeitspflicht; Tschiggerl/von der Hude/Seifner, As a former.

35 Die beiden einzigen wissenschaftlichen Arbeiten in denen diese Lager zumindest ein wenig behandelt werden sind die unveröffentlichten Dissertationen: Gerald Theimer, „Die Wiener Staatspolizei in den Jahren 1945–1947“, Dissertation Universität Wien 1995; und Roland Pichler, „Volksgerichtsbarkeit und Entnazifizierung. Unter besonderer Berücksichtigung der Verfahren gegen Frauen vor dem Volksgericht Wien“, Dissertation Universität Wien 2016.

36 Oskar Dohle und Peter Eigelsberger, Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager nach 1945 Linz/Salzburg. Salzburger Landesarchiv 2009; Horst Schreiber, Die Lager von Schwaz 1944–1988. NS-Zwangsarbeiterlager – Entnazifizierungslager Oradour – Flüchtlingslager St. Margarethen – Armenlager Märzensiedlung. Innsbruck 2023; Lorenz Ströbl, „Der Lagerspiegel“ des britischen Internierungslagers ‚Camp 373‘ in Wolfsberg. Analyse über Lagerleben und Struktur“

Wie oben ausgeführt, geben zumindest 208 Personen aus dem Bestand zu den Ansuchen um Entschädigung für geleistete Notstandsarbeiten an, zeitweise in einem dieser Lager interniert gewesen zu sein. Wie viele Personen insgesamt in den verschiedenen Lagern festgehalten wurden, lässt sich aus heutiger Perspektive nicht mit Sicherheit sagen. Die Zahlen variieren: Am Höhepunkt der Internierung im Herbst 1945 waren es zwischen 1.300 (Angabe der Staatspolizei selbst) und über 5.000 allein im US-Sektor (Angabe der US-Behörden), wobei sich letztere Zahl wohl auf alle inhaftierten Nationalsozialist:innen bezog, nicht ausschließlich auf jene in den Anhaltelagern.³⁷ Auffallend im Zusammenhang mit den Anhaltelagern sind räumliche Kontinuitäten, wie wir sie auch von anderen Lagern für ehemalige Nationalsozialist:innen in Österreich und Deutschland kennen – häufig wurden Lager, die bereits in der Zeit des Nationalsozialismus genutzt wurden, einfach weiter verwendet. So beispielsweise das bereits erwähnte Anhaltelager Steinhof: 1907 als psychiatrisches Krankenhaus gegründet, befanden sich zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ Österreichs an NS-Deutschland rund 4.300 Patient:innen dort.³⁸ Zwischen Juli und November 1940 wurden rund 3.200 Patient:innen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen vom Steinhof in die Vernichtungsanstalt Hartheim bei Linz deportiert, wo sie im Rahmen der „Aktion T4“ in Gaskammern ermordet wurden.³⁹ Im Sommer 1940 errichtete das NS-Regime auf dem Gelände des Steinhofs eine angebliche Jugendhilfeeinrichtung mit dem Namen „Am Spiegelgrund“. Ärzte und Pflegepersonal der zynisch „Kinderabteilung“ genannten Einrichtung des „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung schwerer Erb- und Geburtskrankheiten“ führten an den Kindern medizinische Experimente durch und ermordeten mehr als 700 Kinder im Rahmen der „Kindereuthanasie“.⁴⁰ Nach Kriegsende im Frühjahr 1945 wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder auf dem Gelände interniert, wo sie unter anderem Trümmerräumungen, Gartenarbeiten, Dienste in den Krankenzimmern und Bestattungsarbeiten auf dem Friedhof Baumgarten verrichten mussten.

Masterarbeit Universität Wien 2022; Christina Markus, „Entnazifizierung im Lager 373 Camp Wolfsberg. Ein Fallbeispiel auf Grundlage eines Briefwechsels“ Masterarbeit Universität Wien 2022; Florentine Kastner, „373 Camp Wolfsberg: Britische Besatzungslager in Österreich von 1945 bis 1948“ Masterarbeit Universität Wien 2011.

37 Theimer, Die Wiener Staatspolizei, 85–88.

38 Susanne Mende, „Die Wiener Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof in der Zeit des NS-Regimes in Österreich“, in: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer, NS-Euthanasie in Wien. Wien/Köln 2000, 61–73, 62.

39 Ebd. 67.

40 Matthias Dahl, „Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt am Spiegelgrund 1940 bis 1945“, in ebd., 89.

Die Nationalsozialist:innen waren somit dort untergebracht, wo noch wenige Wochen zuvor Opfer des Nationalsozialismus inhaftiert und gefoltert worden waren. Nachdem der Großteil der erwachsenen Patientinnen 1940 nach Hartheim deportiert und dort ermordet worden war, wurde im Pavillon 23 die „Arbeitsanstalt für asoziale Frauen“ eingerichtet. Die Frauen, die hauptsächlich wegen Prostitution und „Arbeitsverweigerung“ inhaftiert waren, wurden körperlich misshandelt und teilweise zwangssterilisiert. Auch Dokumente der französischen Besatzungsmacht im Archiv der Polizeidirektion Wien erwähnen den Pavillon 23, der bis April 1945 als „Gestapo-Strafpavillon“ bestand.⁴¹ Am 1. August 1945 wurde die Verwaltung des Anhaltelagers von der österreichischen Staatspolizei übernommen, seit dem 1. November 1945 stand es unter der Kontrolle der französischen Besatzungsmacht.⁴² Nach eigenen Angaben in den Entschädigungsanträgen von 1951 bis 1953, waren fast alle internierten NSDAP-Mitglieder im Pavillon 23 untergebracht. Wie aus den Unterlagen der französischen Streitkräfte hervorgeht, waren im Pavillon 23 bis 1951 einige ehemalige NSDAP-Mitglieder interniert, die dort als „staatsgefährdende Personen“ untergebracht waren und von den französischen Streitkräften zu Arbeiten eingesetzt wurden.⁴³

Bereits an dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass sich die ehemaligen Nationalsozialist:innen in ihren Ansuchen um Entschädigung für die geleisteten Notstandsarbeiten mitunter bitter über ihrer Meinung nach erlittene Qualen in diesen Lagern beschwerten. Franz N., der 1939 den Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt hatte, aber aufgrund angeblich mangelnder Verdienste um die Partei während der Illegalität erst 1944 aufgenommen wurde,⁴⁴ bemerkte dazu beispielsweise: „Ich wurde im Jahre 1945 durch die Polizei verhaftet und im dem [sic] Konzentrationslager für Nationalsozialisten am Steinhof („Konzentrationsrachelager“) inhaftiert.“⁴⁵ Die Verwendung des Begriffs „Konzentrationslager“ durch einen ehemaligen Nationalsozialisten um sich über das eigene, vermeintlich erlittene Leid zu beklagen, mutet geradezu zynisch an – ein Umstand, mit dem wir in den Briefen der Notstandsarbeiter:innen aber häufig konfrontiert sind. Gleichzeitig wurde der Begriff

41 Archiv der Polizeidirektion Wien, Französische Besatzungsmacht, P 4476/c/51, Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“: Vienna Police Headquarters, Prison IX, Roßauer Lände to the Presidium: „Betr.: Benützung des Lagers Steinhof - Pavillon XXIII“, 10. März 1949.

42 Pichler, Volksgerichtsbarkeit und Entnazifizierung, 71.

43 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, 01/BMJ. I1B PräS. 978/46, 10.182/45: State Office of the Interior to the State Office of Justice: „Betr.: Verordnung über die Anhaltung von Nationalsozialisten in Zwangsarbeitsanstalten“, 4. Juli 1945.

44 Vgl. Bundesarchiv Berlin, Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der NSDAP/Parteikorrespondenz, R 9361-II/757283.

45 WStLA Mag. Abt. 202 2N 545/51.

allerdings auch in offiziellen Unterlagen zu eben diesen Lagern von Seiten der Staatspolizei und der (provisorischen) österreichischen Bundesregierung verwendet.⁴⁶

Die Anhaltelager selbst stellen ein sehr interessantes Phänomen dar, das sich in einem ähnlichen Spannungsfeld wie die Notstandsarbeiten selbst verorten lässt. Denn auch hier zeigt sich, dass die ehemaligen NSDAP-Mitglieder unmittelbar nach Kriegsende von relativ einschneidenden Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen sein konnten. Die Internierung in den Lagern in Wien erfolgte auf einer sehr dünnen rechtlichen Grundlage, da ein entsprechendes Gesetz erst 1947 beschlossen wurde.⁴⁷ Zu einem Zeitpunkt, als der überwiegende Teil der Lager bereits wieder geschlossen war. Stärker noch als die Notstandsarbeiten sind die durch die Österreichische Staatspolizei selbst betriebenen Lager heute weitestgehend in Vergessenheit geraten. Die „Anhaltelager“ werden daher Gegenstand eines zukünftigen Projekts sein. Für den Fokus des vorliegenden Buches sind sie allerdings nur im Rahmen der so genannten Notstandsarbeiten als Teil des „Trümmerfrauen“-Mythos relevant. Da die Lager dezidiert als Arbeitslager verstanden wurden, ist anzunehmen, dass alle dort Internierten verschiedenste Notstandsarbeiten verrichten mussten – von zumindest 208 Personen können wir dies mit Sicherheit sagen.

3.2.3 Die Notstandsarbeiten in Zahlen

In Summe wurden durch die Stadt Wien 1.857.178 Schilling für über 2,7 Millionen geleistete Arbeitsstunden ausbezahlt, was nach heutiger Kaufkraft etwa 1,44 Millionen Euro entspricht. Die Höhe der Entlohnung für die Trümmerarbeiter:innen wurde auf einen Stundensatz von 0,67 Schilling für Frauen und 0,84 Schilling für Männer festgelegt. Im Vergleich dazu betrug der durchschnittliche Nettostundenlohn im Jahr 1952 etwa fünf Schilling. Die unterschiedlichen Stundensätze für beide Geschlechter galten auch dann, wenn beispielsweise Ehepaare zur selben Zeit dieselben Arbeiten am selben Ort verrichtet haben. Dieser Unterschied ist also nicht als Zuschlag für eventuell durch Männer verrichtete Schwerarbeit zu erklären, sondern als Lohndiskriminierung gegenüber den weiblichen Notstandsarbeiterinnen. Gemäß dem „Grundgesetz über die Leistung von Notstandsarbeiten“ hätte der ausgezahlte Nettobetrag nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer, aber einschließlich Zinsen, mit einem 100-prozentigen Feiertagszuschlag

⁴⁶ Theimer, 79.

⁴⁷ Bundesgesetz vom 3. Juli 1947, betreffend die Anhaltung staatsgefährlicher Nationalsozialisten in Lagern (Anhaltelagergesetz) BGBl Nr. 25/1947.

und einem 50- bis 100-prozentigen Sonntagszuschlag berechnet werden sollen. Die Feiertags- und Sonntagszuschläge wurden jedoch de facto nie ausbezahlt und der festgelegte Zinssatz von 4 % wurde nur dann gewährt, wenn ein Rechtsbeistand dies ausdrücklich einforderte. Im Durchschnitt wurden 474,98 Schilling pro Person ausbezahlt, was einem kaufkraftbereinigten Wert von rund 367 Euro entspricht. Nach der Verteilung der geleisteten Arbeitsstunden gelangten an Männer durchschnittlich 550 Schilling und an Frauen rund 380 Schilling zur Auszahlung.⁴⁸

Die Bandbreite der angegebenen Arbeitszeiten war extrem groß und reichte von sieben bis zu mehr als 10.000 Stunden – insgesamt behaupteten die ehemaligen Notstandsarbeiter:innen, knapp fünf Millionen Stunden für die Stadt Wien gearbeitet zu haben. Dem gegenüber stehen durch die Stadt Wien bestätigte 2,7 Millionen Stunden, die dann auch faktisch vergütet wurden. Die durchschnittliche Arbeitszeit von 385 bezahlten Stunden ist durch Ausreißer verzerrt; der Median von 105 Stunden liefert eine bessere Schätzung der tatsächlichen Stunden. Konnte die angegebene Arbeit nicht durch entsprechende Meldekarten, durch Arbeitslisten oder Zeugenaussagen bestätigt werden, wurde keine Vergütung gewährt. Generell wurden auch nur jene Stunden bezahlt, die über die im Verfassungsgesetz vorgeschriebenen 120 beziehungsweise 240 Stunden in den Monaten Oktober und November des Jahres 1945 hinausgingen. Dies führte dazu, dass ein guter Teil derjenigen, die in den Jahren 1951 und 1952 um Entschädigung ansuchten, keinerlei Zahlungen erhielten – über 3.000 der 7.000 Ansuchen wurden negativ beantwortet. Lagen keinerlei Bestätigungen vor oder wurden nur die gesetzlich vorgesehenen Stunden gearbeitet, nutzte in der Regel auch ein Rechtsbeistand nichts. Relativ positiv für die Antragsteller:innen wurden allerdings jene Fälle behandelt, die durch den Anwalt Walter Doppler vertreten wurden. Dieser erstritt mit der Berufung auf die schweren Arbeiten gleich mehrmals für Frauen denselben Stundenlohn wie für Männer. Deutlich ausführlicher als ich beschäftigt sich Lea von der Hude mit diesen Rechtsbeiständen.

3.2.4 Welche Arbeiten wurden verrichtet?

Die Notstandsarbeiten selbst umfassten nicht nur reine Aufräumarbeiten in der Trümmerbeseitigung – das umgangssprachliche „Ziegelklopfen“ – sondern eine ganze Bandbreite von unterschiedlichen Tätigkeiten, von denen einige doch überraschen. In den Ansuchen um Entschädigung berichten die ehemaligen Notstandsarbeiter:innen unter anderem von Arbeiten auf Friedhöfen, in Fabriken,

⁴⁸ Vgl. Tschigge/von der Hude/Seifner, As a former.

Geschäften oder Putzereien, von Bedientätigkeiten für die Alliierten, vom Holz sammeln im Wienerwald oder Hilfstätigkeiten in der Landwirtschaft, von Wohnungsräumungen und Bibliotheksarbeiten, von Gehilfentätigkeiten auf Ämtern und in der Verwaltung sowie einer ganzen Reihe von weiteren Arbeiten, die weit über die reine Schuttbeseitigung hinausgingen.

Unter die Notstandsarbeiten fielen also auch teilweise hochspezialisierte Tätigkeiten. Ignaz H. und Julius F. beispielsweise suchten beide um Entschädigung an, nachdem sie in erster Linie zur Gemälderestauration eingesetzt worden waren.⁴⁹ Der Fall des Julius F. ist hierbei besonders bemerkenswert: F. war bereits 1932 in die NSDAP eingetreten und dafür auch mit der Ostmark-Medaille ausgezeichnet worden.⁵⁰ Dies brachte ihm nach 1945 die Klassifikation als „Illegaler“ ein. Dadurch war er nach 1945 von den strengsten Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen, schließlich hatte er – ganz im Denken der Opferthese – mit einer feindlichen Macht kooperiert und somit Hochverrat begangen.⁵¹ Laut dem Verfassungsgesetz vom August 1945 sollten eben diese „Illegalen“ auch bevorzugt zu den Notstandsarbeiten herangezogen werden. Immerhin suchte Julius F. um Entschädigung für 7.142 Stunden Arbeit an und rangiert damit in den obersten zehn Prozent der angegebenen Arbeitsstunden. Bei der Arbeit selbst dürfte F. es aber im Vergleich zu anderen relativ gemächlich gehabt haben – er war nämlich Teil des so genannten Bergungstrupps. Obwohl diese Kategorie eigentlich auf besonders schwere Arbeit hindeuten mag, hat es sich dabei um eine relativ privilegierte Gruppe von Notstandsarbeiter:innen gehandelt, die für Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten in Kultureinrichtungen wie Museen und Bibliotheken oder in Schulen eingesetzt wurden. Bei den Mitgliedern des Bergungstrupps handelte es sich häufig um Akademiker:innen, darunter auch einige Universitätsprofessoren und Promovierte, hauptsächlich aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, Lehrer:innen, Beamte:innen, darunter auch einige Hof- und Ministerialräte sowie Bibliothekar:innen, Fotografen und Restaurateur:innen. Häufig wurden auch Ehepaare gemeinsam zur Arbeit eingezogen. Im Gegensatz zu den übrigen Notstandsarbeiten sind die Unterlagen zu den „Bergungstrupps“ interessanterweise vollständig archiviert worden – inklusive Namenskarteien, Tages- und Wochenberichten und sogar Entlohnungslisten.⁵² Lohn gab es allerdings erst für Arbeiter:innen, die

49 WSLA Mag. Abt. 2F 770/51 und Mag. Abt. 2H 2251/51.

50 Die „Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938“, auch „Ostmark-Medaille“ wurde an Nationalsozialisten verliehen, die sich rund um den „Anschluss“ Österreichs an den NS-Staat besonders verdient gemacht hatten. Beispielsweise weil sie die NSDAP in der Zeit der Illegalität unterstützt hatten. Siehe: Reichsgesetzblatt Nr. 68 vom 1. Mai 1938, 431.

51 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 69.

52 Serie 1.3.2.202.A3 – Aufräumungs- und Bergungstrupps | 1945–1946.

nach dem Juli 1946 zum Einsatz kamen. Für Arbeiten davor wurde offenbar kein Entgelt bezahlt. Aus den Namenskarteien erschließt sich außerdem, dass es sich bei den eingesetzten Nationalsozialist:innen um das gehobene Bürgertum gehandelt hat und nur ein Bruchteil der Arbeiter:innen dieser Bergungstrupps später um Entschädigung angesucht hat: Lediglich 32 von über 700. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden. Zumindest ist bekannt, dass die Mitglieder der Bergungstrupps 1945 und 1946 eigentlich eine Verzichtserklärung unterschrieben hatten – wahrscheinlich im Austausch für die im Vergleich angenehmere Arbeit. Die Erinnerung daran könnte sie von einem möglichen Antrag auf Entschädigung abgehalten haben. Eventuell hatten die gesellschaftlich und finanziell wahrscheinlich recht gut gestellten Akademiker:innen auch nicht den Bedarf an der vergleichsweise relativ geringen Zahlung. Vielleicht haben sie sich aber auch einfach geschämt, schließlich hätten sie sich damit einmal mehr als ehemalige Nationalsozialist:innen geoutet.

Bei F., der als akademisch ausgebildeter Maler ausschließlich in der Gemälderestauration tätig gewesen sein dürfte, ist der Fall allerdings anders: Ihm wurden 1951 5.000 Schilling ausbezahlt – die dritthöchste Summe überhaupt. Er gibt in seiner sehr ausführlichen Korrespondenz außerdem an, er sei 1945 stark unter Druck gesetzt worden, die Verzichtserklärung zu unterschreiben, und hat 1951 seine Entschädigung auch gerichtlich erkämpft.

Generell lässt sich feststellen, dass die einzelnen Fälle der Notstandsarbeiter:innen teils recht willkürlich beurteilt wurden und die zuerkannte Summe auch vom jeweiligen Sachbearbeiter abhängig gewesen sein dürfte. Zwar lassen sich allgemeine Trends erkennen – so beispielsweise die Nichterstattung der Tätigkeiten als Teil des Bergungstrupps oder der pauschale Abzug von 120 bzw. 240 Stunden wie im Verfassungsgesetz vorgesehen – viele Fälle fallen aber auch aus diesen beiden sehr basalen Rastern heraus. Leider sind keine weiteren Unterlagen außer den Beständen selbst mehr verfügbar. Warum also manche Ansprüche berücksichtigt, während andere, zumindest auf dem Papier identische, abgelehnt wurden, lässt sich aus heutiger Sicht nicht mehr ermitteln. Vermutlich hatten die zuständigen Beamten der Stadt Wien durchaus einen gewissen Ermessensspielraum. Dafür spricht, dass die Sachbearbeiter:innen den Akten mitunter recht persönliche Anmerkungen hinzufügten – etwa wenn ein:e Antragsteller:in ihnen besonders sympathisch oder unsympathisch war: „Er sieht sehr vertrauenserweckend aus und man sieht, daß er wirklich arm ist und auch aus seinen Reden hört man heraus, daß er kein richtiger Nationalsozialist war und heute ja nichts mehr davon wissen will“, vermerkte ein namentlich nicht bekannter Sachbearbeiter zum Fall von Konrad B., dem dann auch 564,58 Schilling ausbezahlt wurden. Interessanterweise geht aus der Akte hervor, dass B. nicht nur Mitglied der NSDAP war, sondern auch Mitarbeiter der Ortsgrup-

pe.⁵³ Bei Sympathie war also auch die aktive Mitarbeit in der NSDAP kein Symptom für einen „richtigen Nazi“. Das Gegenteil dürfte bei der in der NS-Zeit relativ erfolgreichen und bekannten Schauspielerin Billa B. der Fall gewesen sein – der Akte liegt ein Vermerk des Magistrats bei, wonach B. im Zuge der Befragungen ausfällig geworden sei und sich darüber hinaus auch antisemitisch geäußert habe.⁵⁴ Ihr Ansuchen wurde negativ bescheinigt, eventuell auch, weil sie laut der Akte den Sacharbeiter beschuldigt hat, auf einem „Revancheposten“ zu sitzen und sich nur rächen zu wollen. B. gibt in ihrem Ansuchen auch an, über Monate hinweg in der Hofburg inhaftiert gewesen zu sein – eine Angabe, die bei näherer Überprüfung recht unwahrscheinlich wirkt.

Obgleich Fälle wie der von Julius F. oder den anderen Mitgliedern des Bergungstrupps von einer etwas angenehmeren Arbeit berichten, wurde der Großteil der Notstandsarbeiten in der klassischen Trümmerbeseitigung und somit schwerer manueller Arbeit geleistet: Schutträumung, diverse Aufräumungs- und Straßenarbeiten sind die mit Abstand am häufigsten genannten Tätigkeiten in den Ansuchen. Hier lässt sich grundsätzlich kein signifikanter Unterschied zwischen der Arbeit von Männern und Frauen erkennen – beide wurden zu annähernd gleichen Teilen in der Schutträumung und Trümmerbeseitigung eingesetzt, wovon auch zahlreiche Berichte früherer Notstandsarbeiterinnen zeugen. So beklagt sich etwa Helene B. bitter über die schwere Arbeit, die sie leisten musste: „[...] Bemerken möchte ich, dass ich längere Zeit hindurch schwerste Männerarbeit verrichten musste und mir dadurch ein Armleiden zugezogen habe, an dem ich heute noch laboriere.“⁵⁵ B., die insgesamt 746,77 Schilling Entschädigung für 1346 Stunden Arbeit erhalten hat, gibt auch an, nicht Mitglied der NSDAP, sondern „nur“ in der NS-Frauenschaft gewesen zu sein – einer Organisation, die als eine der wichtigen Stützen des NS-Staats klassifiziert werden kann und für Frauen eine der zentralen Möglichkeiten darstellte, sich in das NS-System einzubringen.⁵⁶

Obschon Männer und Frauen also annähernd zu gleichen Teilen für die Trümmerbeseitigung eingesetzt wurden, lassen sich doch gewisse geschlechtsspezifische

53 WStLA Mag. Abt. 2B 2161/51.

54 Mag. Abt. 2B 1308/51.

55 Mag. Abt. 2B 2025/51.

56 Zur NS-Frauenschaft (NSF) vgl.: Nicole Kramer, Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung, Göttingen 2011; Leonie Wagner: „Hüterinnen der Rasse“ – Frauenorganisationen der NSDAP, in: Stephanie Becker/Christoph Studt (Hg.), „Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben.“ Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im „Dritten Reich“ (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e. V. 16). Berlin 2012.

sche Unterschiede in den Notstandsarbeiten erkennen. Zunächst bei Tätigkeiten, die in der Nachkriegszeit als typisch „weibliche“ Arbeiten gelesen wurden: Reinigungs- und Bedienarbeiten, unter anderem auch bei den Alliierten, sowie Wäsche- rei- oder Näharbeiten wurden praktisch ausschließlich von Frauen ausgeübt – wenn die Frauen für die Alliierten tätig waren, zum Beispiel als Reinigungskraft in deren Kasernen, wurden die Arbeiten nicht entschädigt, außer die betreffenden Frauen gingen vor Gericht und erstritten sich eine Zahlung. Dies taten aber nur die wenigsten. Ein männlicher Überhang lässt sich bei Tätigkeiten erkennen, die entweder besonders schwer, gefährlich oder unangenehm waren: 104 Männern, die über Exhumierungsarbeiten berichten, stehen nur vier Frauen gegenüber; diese Berichte vermitteln auch ein eingängiges Bild harter Arbeit:

„Zuerst hatten wir im Zentralfriedhof Russenschachtgräber ausgehoben. Nach Agurodierung [sic] des Toten wurde dieser, wenn er als ehemaliger Offizier erkannt wurde, in einem Einzelgrab, welches wir vorher ausgehoben hatten, beerdigt. Dabei musste ich die Särge und auch die Leichen mit bloßen [sic] Händen anfassen, weil angeblich Gummihandschuhe nicht vorhanden waren. Die zur Zeit herrschende Hitze erschwerte noch mehr diese Arbeit, weil dadurch ein unmenschlicher Gestank verbreitet wurde.“⁵⁷

Ebenfalls deutlich mehr Männer als Frauen geben in ihren Ansuchen an, zu Bau- und Abbrucharbeiten im Allgemeinen und Dachdeckerarbeiten im Besonderen, im Brücken- und Kanalbau sowie als Maurer eingesetzt worden zu sein. Aus den Beständen selbst lässt sich nicht nachvollziehen, wer warum zu welchen Arbeiten herangezogen wurde – einige geben an, sich freiwillig für bestimmte Tätigkeiten gemeldet zu haben, oder bekommen dies von Zeugen bestätigt. So bescheinigt der Einsatzleiter der „Einsatzstelle für Nationalsozialisten im 4. Bezirk“ gleich zwei Notstandsarbeitern, sich freiwillig für die recht unbeliebten Exhumierungsarbeiten gemeldet zu haben: „Herr B. ist seit Juni 1945 im freiwilligen Exhumierungseinsatz für N.S. Genannter hat sich durch seine Arbeit als korrekter, anständiger, fleissiger und stets williger Mensch gezeigt und ebenso seinen Willen zum Ausdruck gebracht für die Wiedergutmachung und zum Aufbau des neuen Österreichs auf das Kräftigste mitzuarbeiten.“⁵⁸

Es lässt sich auch kein Zusammenhang zwischen der jeweiligen Position im NS-Staat und der verrichteten Arbeit feststellen – ehemalige Parteifunktionäre, Blockwarte oder „Illegale“ mussten nicht etwa schwerere Arbeiten leisten als an-

57 Mag. Abt. 202 2K 4064/5.

58 Mag. Abt. 2B 2215/51.

dere, die vielleicht „nur“ Parteianwärter:innen oder überhaupt nur Familienmitglied eines NSDAP-Mitglieds waren. Am ehesten hatte noch der Bildungsgrad und gesellschaftliche Stand gewisse Relevanz – viele Akademiker:innen und Lehrer:innen konnten, wie bereits erwähnt, einen Einsatz in den verschiedenen „Bergungstrupps“ erwirken, aber eben auch nicht alle. Der einzige Universitätsprofessor unter den Antragsteller:innen, der Sportwissenschaftler Erwin M., berichtet ausschließlich von körperlich anstrengenden Tätigkeiten wie Schutträumung sowie Transport- und Holzarbeiten – ihm wurde offenbar kein Einsatz in einem der „Bergungstrupps“ ermöglicht. Auch seine Forderungen wurden mit der lapidaren Angabe „verjährt“ nicht beglichen. „Verjährt“ bezog sich dabei auf den Zeitpunkt der Einreichung – die Frist zur Abgabe war der 30. September 1952. Alles, was danach noch eintraf, wurde kategorisch abgelehnt. Doch dabei lässt sich eine gewisse Willkür der Behörde ablesen: Aus zahlreichen Anträgen geht hervor, dass die ehemaligen Notstandsarbeiter:innen sich deutlich vor dem Ende der Frist an die zuständigen Behörden gewandt hatten – etwa mit Fragen zum Verfahren – aber schlicht keine Antwort erhalten hatten. Andere gaben in ihren Anschreiben an, ihnen sei mitgeteilt worden, die Auszahlung würde automatisch erfolgen und sie müssten keinen gesonderten Antrag stellen. Hierbei kann es sich natürlich auch um eine Schutzbehauptung handeln, mit der entschuldigt werden soll, wieso die Einreichung erst nach dem Ende der Frist erfolgt ist.

3.2.5 Wer waren die Notstandsarbeiter:innen?

Bereits aus den bisherigen Ausführungen dürfte klar geworden sein, dass es sich bei den antragstellenden Notstandsarbeiter:innen sowohl um Männer als auch um Frauen gehandelt hat. Tatsächlich waren 55 Prozent der Antragsteller:innen männlich, 45 Prozent weiblich. Diese Aussage beruht natürlich nur auf den Ansuchen von 1951 und 1952 und so ist es durchaus möglich, dass Frauen aufgrund gesellschaftlicher Konventionen und patriarchaler Strukturen eher davor zurückgeschreckt waren, einen Antrag auf Entschädigung zu stellen, obwohl sie 1945 und 1946 Arbeiten verrichtet haben. In den Begleitschreiben der Ansuchen selbst treten die Frauen jedoch ebenso selbstbewusst auf wie ihre männlichen Kollegen, und das Geschlecht hat zumindest keinen Unterschied gemacht, ob die Ansuchen positiv oder negativ bewertet wurden: Das Verhältnis von Männern und Frauen in den negativen Bescheiden entspricht der Quote im gesamten Bestand. Bedenkt man zusätzlich, dass

es 1945 in Wien einen Frauenüberschuss gegeben hat, sind Männer innerhalb der Gruppe der Notstandsarbeiter:innen überrepräsentiert.⁵⁹

Das Durchschnittsalter der Notstandsarbeiter:innen betrug 48 Jahre – 44 Jahre bei den Frauen, 50 bei den Männern. Dieses relativ hohe Alter lässt sich anhand mehrerer Faktoren erklären. So haben sich viele Männer – vor allem junge – 1945 nicht in Wien, sondern in den verschiedenen Gefangenenlagern der Alliierten oder am Rückweg von der Front befunden. Außerdem waren Frauen, die betreuungspflichtige Kinder hatten, seltener zur Arbeit herangezogen worden. Indes deckt sich das Durchschnittsalter der Notstandsarbeiter:innen auch mit jenem der NSDAP-Mitglieder bei Kriegsende.

Rund 44 Prozent der Antragsteller:innen geben selbst an, entweder Mitglied der NSDAP oder zumindest Parteianwärter:in gewesen zu sein, beziehungsweise einer der Partei nahestehenden Organisation, wie etwa der SA, der NS-Frauenschaft oder der NS-Volkswohlfahrt, angehört zu haben. Rund vier Prozent der Personen waren laut eigenen Angaben Angehörige eines Parteimitglieds und daher zu Notstandsarbeiten verpflichtet worden. Der Abgleich eines zufällig gezogenen Samples von 100 jener Personen, die keine Angaben zu ihrer NSDAP-Mitgliedschaft gemacht haben, mit den NS-Registrierungslisten in Wien und der NSDAP-Mitgliederkartei in Berlin ergab eine gesicherte NSDAP-Mitgliedschaft bei 87 dieser 100. Rechnet man dieses Sample hoch auf den Gesamtbestand und setzt es zu jenen 44 Prozent in Bezug, die eine Mitgliedschaft freiwillig angegeben haben, lässt sich von einer NSDAP-Mitgliedschaft bei rund 95 Prozent der Antragsteller:innen ausgehen. Es überrascht daher auch nicht, dass deren Sozialstruktur sehr stark jene der NSDAP widerspiegelt: Öffentlich Bedienstete, Angestellte, Arbeiter, selbstständige Gewerbetreibende und Kleinunternehmer, prozentual in dieser Reihenfolge.⁶⁰ Innerhalb der öffentlich Bediensteten stellten Lehrer:innen mit 10 % die größte Gruppe unter den Notstandsarbeiter:innen. Hier fällt sogleich die Besonderheit auf, dass viele der öffentlich Bediensteten 1945 und 1946 aufgrund ihrer NSDAP-Mitgliedschaft laut eigenen Angaben vom Dienst freigestellt, arbeitslos oder zwangspensioniert waren und daher häufig eine besonders hohe Stundenanzahl arbeiten mussten: Der Lehrer Max B., der insgesamt 1504 Stunden in der Schutträumung tätig war, gibt zum

59 Irene Bandhauer-Schöffmann zieht basierend auf einer Zählung der Lebensmittelkarten der Stadt Wien für den Dezember 1945 den Schluss, dass auf 1000 Männer 1562 Frauen kamen. Siehe: Bandhauer-Schöffmann, *Weibliche Wiederaufbauszenarien*, 203.

60 Zur Sozialstruktur der NSDAP vgl. Gerhard Botz, *Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. Probleme einer quantitativen Analyse aufgrund der NSDAP-Zentralkartei im Berlin Document Center*, in Reinhard Mann, *Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen*. Stuttgart 1980.

Beispiel an, am 6. Juni 1945 „fristlos und ohne Anspruch auf Ruhegehalt entlassen“ worden zu sein.⁶¹ Ihm wurden 1299,43 Schilling Entschädigung ausbezahlt.

Beim Großteil der Notstandsarbeiter:innen hat es sich um einfache Parteimitglieder gehandelt, die ab 1947 unter die Kategorie „Minderbelastete“ gefallen sind: Im „Nationalsozialistengesetz“ von 1947, das als Zusatz zum „Verbotsgesetz“ vom 8. Mai 1945 diente, wurde zwischen „Belasteten“ und „Minderbelasteten“ unterschieden. Das zentrale Unterscheidungskriterium war dabei die jeweilige Aktivität in der NS-Zeit: Als „Minderbelastete“ wurden grundsätzlich jene klassifiziert, die eher als Mitläufer:innen gesehen wurden, als „Belastete“ jene, die als Überzeugungstäter galten. Von Sühnemaßnahmen waren beide betroffen, die „Minderbelasteten“ galten jedoch bereits 1947 als in die demokratische Gesellschaft re-integrierbar, während die Amnestien für die „Belasteten“ bis in die 1950er Jahre dauern sollten. Spätestens 1957, also zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags, waren alle Maßnahmen nach dem Verbots- und dem Nationalsozialistengesetz aufgehoben und die ehemaligen Nationalsozialist:innen – egal ob „belastet“ oder „minderbelastet“ wieder Teil der österreichischen Gesellschaft mit allen damit verbundenen Rechten.⁶²

Innerhalb der Notstandsarbeiter:innen fallen vor allem jene unter die Klassifikation „Belastete“, die vor 1938 der NSDAP beigetreten sind – nach bisherigem Stand der Auswertung der Bestände sind sie innerhalb dieser Gruppe nicht überrepräsentiert, ihr Anteil entspricht in etwa dem Anteil unter allen NSDAP-Mitgliedern. Zahlreiche Antragsteller:innen geben in ihren Anschreiben an, unterschiedliche Funktionen in der Partei, in parteinahen Organisationen oder im NS-System generell innegehabt zu haben. So finden sich unter den Beantragenden zahlreiche Blockwarte und Blockwartinnen, Mitglieder des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, Angehörige der Sturm-Abteilung, Mitarbeiter:innen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sowie zahlreiche Angehörige der Nationalsozialistischen Frauenschaft. Die Strategie der Stadt Wien, zu den Notstandsarbeiten in erster Linie ehemalige Nationalsozialist:innen heranzuziehen, dürfte also voll und ganz funktioniert haben. An dieser Stelle sei besonders auf Lea von der Hudes Doktorarbeit verwiesen, die dort eine kollektivbiografische Analyse der Notstandsarbeiter:innen unternimmt und im Detail deren Verstrickungen in den NS-Staat untersucht.

Auffällig ist in den mitunter sehr umfangreichen Anträgen, wie selbstbewusst die ehemaligen Nationalsozialist:innen nicht nur ihre Forderungen geltend machen, sondern auch ihre nationalsozialistische Vergangenheit offenlegen und, wie

61 Mag. Abt. 2B 1129/51.

62 Vgl. Lehngruth, Waldheim, 69.

bereits weiter oben erwähnt, sich selbst als Opfer einer unfairen Verfolgung nach Kriegsende darstellen. Häufig verwenden sie dabei Begriffe, die eigentlich zur Beschreibung des NS-Systems verwendet werden – so sprechen sie von „Konzentrationslagern“, in denen sie interniert gewesen seien oder von „Zwangsarbeit“, die sie verrichten mussten. Ein wiederkehrendes Motiv ist die Vorstellung, von Willkür und einer „Rachejustiz“ betroffen gewesen zu sein, obwohl man sich selbst eigentlich nichts habe zu Schulden kommen lassen – auch der Begriff der „Kollektivschuld“ kommt in diesem Zusammenhang immer wieder vor. Zugleich pochen viele der Notstandsarbeiter:innen darauf, dass sich die Zeiten nun geändert und sie daher Anspruch auf Entschädigung hätten. Immerhin hätten die Behörden ihre eigenen Fehler ja nun erkannt und der Oberste Gerichtshof dementsprechend geurteilt. Dr. Oskar M. führt beispielsweise aus: „Überdies ist die ‚Vergütung‘ von 84 Groschen pro Arbeitsstunde – selbst wenn man sie sofort nach dem Einsatz gezahlt hätte –, beispiellos niedrig und heute stellt sie, wenn man sie nicht als Frotzelei auffassen will, einen armseligen Bettel dar. [...] Immer wieder wird von politischen Mandataren gesagt, dass endlich einmal die NS-Frage und das Ausnahms(un)recht beseitigt werden müsse. Die willkürlich konstruierte Kollektivschuld ist ja längst von allen Parteien als unhaltbar eingesehen worden.“⁶³ Seine Forderung über 224 Stunden wurde mit dem Verweis „verjährt“ abgelehnt.

3.3 Die Notstandsarbeiten im Kontext der „Trümmerfrauen“

Fassen wir kurz zusammen: Bereits ab dem Ende der Kämpfe um Wien begannen zunächst sowjetische Besatzungstruppen mit der zwangsweisen Rekrutierung von Wiener:innen zum Zwecke der Schutträumung und schon zu diesem frühen Zeitpunkt gibt es Indizien, dass mit Hilfe lokaler KPÖ-Funktionäre, wenn möglich, ehemalige Nationalsozialist:innen zu diesen Arbeiten herangezogen wurden. Mit dem „Verfassungsgesetz über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiet der Stadt Wien“ vom 24. August 1945 wurde die rechtliche Grundlage für den verpflichtenden Arbeitseinsatz ehemaliger Nationalsozialist:innen geschaffen und durch das „Bundesverfassungsgesetz vom 15. Februar 1946 über die Sicherstellung der für den Wiederaufbau erforderlichen Arbeitskräfte (Arbeitspflichtgesetz)“ noch weitergeführt. Leider sind die zeitgenössischen Quellen zu diesen Arbeiten nur sehr fragmentarisch erhalten und lassen insbesondere für das Jahr 1945 keine systematischen Rückschlüsse darauf zu, wer tatsächlich welche Arbeiten verrichtet hat.

63 Mag. Abt. 202 2M 686/52.

Zahlreiche der 1945 und 1946 zu diesen auch als „Sühnearbeit“ verstandenen Tätigkeiten verpflichteten ehemaligen Nationalsozialist:innen verklagten in weiterer Folge die Stadt Wien sowie die Republik Österreich und erwirkten 1951 ein für sie positives Urteil des Obersten Gerichtshofs der Republik Österreich. Die Ansuchen um die dadurch ermöglichten Entschädigungszahlungen stellen die einzigen heute noch vollständig erhaltenen Quellen zur geschichtswissenschaftlichen Analyse dieser Arbeiten dar. Sie ermöglichen es, ein deutliches Bild der Trümmerbeseitigung durch ehemalige Nationalsozialist:innen in Wien in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu erstellen. Aus dem Bestand geht hervor, dass neben der klassischen Trümmerarbeit auch noch eine ganze Reihe von anderen Arbeiten verrichtet wurden – von Exhumierungen über Botendienste und Reinigungsarbeiten bis hin zu Gemäldere-staurationen. Der Großteil der knapp drei Millionen an bestätigten Arbeitsstunden entfiel aber auf die Beseitigung des Schutts auf den Straßen der Stadt.

Wie effizient die Arbeiten tatsächlich waren, lässt sich aus heutiger Perspektive nur mehr schwer feststellen. Matthew P. Berg zieht aber in Zweifel, dass durch die Arbeitspflicht ehemaliger Nationalsozialist:innen ein signifikanter Beitrag zur Trümmerbeseitigung in Wien geleistet worden sei und begründet dies vor allem mit deren schlechter Versorgungslage, dem Fehlen technischer Hilfsmittel in den ersten Monaten nach Kriegsende, sowie den schleppenden Fortschrittberichten durch das Bauamt der Stadt Wien.⁶⁴ Wobei Letztere nur teilweise erhalten sind. Dem gegenüber steht allerdings die schiere Menge an Arbeitsstunden, die von den ehemaligen Notstandsarbeiter:innen in ihren Ansuchen auf Entschädigung nachgewiesen werden konnte. Diese dürften Berg in seiner Studie noch nicht bekannt gewesen sein, schließlich wurde der Bestand im Wiener Stadt- und Landesarchiv einige Jahre später überhaupt erst erschlossen. Losgelöst von derartigen Fragen nach Effizienz steht zumindest fest, dass tausende ehemalige Nationalsozialist:innen nach 1945 vom demokratischen Österreich zumindest kurzzeitig insofern symbolisch zur Rechenschaft gezogen wurden, als sie bei der Beseitigung der durch sie mitverschuldeten Kriegsschäden mithelfen mussten.

Wer 1945 und 1946 in Wien in der Trümmerbeseitigung gearbeitet und weder den Alliierten noch den bezahlten Bautrupps der Stadt Wien angehört hat, war mit hoher Wahrscheinlichkeit ein ehemaliger Nationalsozialist oder eine ehemalige Nationalsozialistin und per Gesetz zu dieser Tätigkeit verpflichtet. Männer waren zumindest bei den Entschädigungszahlungen leicht in der Mehrheit und somit gemessen an ihrem Anteil an der Wiener Gesamtbevölkerung 1945 überrepräsentiert. Es ist davon auszugehen, dass es nur wenig Freiwilligenarbeit gegeben hat – dafür spre-

⁶⁴ Berg, Arbeitspflicht, 201ff.

chen zahlreiche zeitgenössische Quellen wie beispielsweise die Korrespondenz des damaligen Wiener Bürgermeisters Theodor Körner sowie die Tatsache, dass gleich mehrere gesetzliche Grundlagen für Arbeitspflichten geschaffen werden mussten.

Wie schon weiter oben ausgeführt, ist es in der Tat schwierig nachzuvollziehen, wer in Wien 1945 und 1946 außer den zwangsverpflichteten ehemaligen Nationalsozialist:innen noch Trümmerarbeit verrichtet hat, da es außer den späteren Ansuchen um Entschädigung kaum wissenschaftlich belastbare Quellen zum tatsächlichen Umfang der Notstandsarbeiten und den von dieser Arbeitspflicht betroffenen Personen gibt. Diese Ansuchen selbst wurden wiederum praktisch ausschließlich von ehemaligen NSDAP-Parteimitgliedern, Parteianwärter:innen sowie deren Familienangehörigen gestellt, lassen also keine Rückschlüsse auf andere Personengruppen zu. Um ein Sprichwort zu bemühen: Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

Im Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 und auch in den späteren „Arbeitspflicht“-Gesetzen war klar festgehalten, dass Nationalsozialist:innen eine deutlich höhere Anzahl an Stunden arbeiten mussten als andere Gruppen und auch bevorzugt zu diesen Arbeiten heranzuziehen seien. Nicht-Nationalsozialist:innen mussten, wenn sie keiner sonstigen Beschäftigung nachgingen, 60 Stunden arbeiten, im Falle einer Berufstätigkeit nur 16, Jugendliche, die noch zur Schule gingen, 40 Stunden. Sie alle kamen aber nur dann zum Einsatz, wenn zu wenige Nationalsozialist:innen zur Verfügung standen, wie ebenfalls in den entsprechenden Gesetzen ausgeführt und auch in den begleitenden politischen Diskussionen immer wieder betont wurde.

3.3.1 Jugend und Studierende am Werk

Neben dem bereits genannten Personenkreis dürften auch Jugendliche Trümmerarbeiten verrichtet haben, jedoch in einem deutlich geringeren Ausmaß. Diese Arbeit ist leider, wie so viele andere, nicht gut dokumentiert, allerdings deuten mehrere zeitgenössische Quellen zumindest auf den Willen der Behörden hin, Jugendliche zur Arbeit zu zwingen. Auch berichteten Tageszeitungen immer wieder davon, dass es doch notwendig sei, die Jugendlichen zu den Aufräumarbeiten heranzuziehen. In diesen Artikeln lassen sich klare narrative Kontinuitäten zur NS-Zeit erkennen, jedenfalls was die Beschreibung von nicht-arbeitswilligen Jugendlichen anbelangt. So berichtet das *Neue Österreich* am 1. August 1945 – also noch vor dem Beschluss des Verfassungsgesetzes – von der Aktion „Jugend am Werk“, in der Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren zu verschiedenen Arbeiten eingesetzt wurden – unter an-

derem zur Trümmerbeseitigung in Wien und zu Tätigkeiten in der Landwirtschaft außerhalb der Bundeshauptstadt. Im Artikel wird berichtet, dass es eventuell notwendig werden würde, eine Arbeitspflicht für Jugendliche einzuführen, da es nicht genug Arbeitskräfte gebe und offenbar nicht alle Jugendlichen bereit seien, einen Beitrag zu leisten.⁶⁵ Welche Jugendlichen das Problem seien, stellt in einem weiteren Leitartikel der Redakteur Karl Hans Heinz direkt daneben auf der Titelseite klar: die so genannten Schlurfs.

Diese „Schlurfs“ waren eine Wiener Jugendbewegung, die bereits in der NS-Zeit entstanden und auch angefeindet worden war. Die hauptsächlich männlichen Jugendlichen bildeten die Antithese zum deutschen Ideal der Hitlerjugend – sie hatten längere, „un gepflegte“ Haare, eine Vorliebe für Zigaretten und Müßiggang sowie für die amerikanische Jazz- und Swing-Musik. In der NS-Zeit waren die „Schlurfs“, die lieber in Tanzcafés, Kinos oder im Park Zeit verbrachten als in der Hitlerjugend oder beim Arbeitseinsatz, von zahlreichen Verfolgungsmaßnahmen betroffen gewesen, die bis zur Internierung in einem Jugendkonzentrationslager reichen konnten. Insbesondere gegen Kriegsende und im Zuge der sich verschlechternden Gesamtlage mussten sie häufig als Sündenbock herhalten, da sie mit ihrer „Faulheit“ keinen Beitrag zum Sieg leisten könnten.⁶⁶

Daher ist der Artikel im *Neuen Österreich* umso bezeichnender – schließlich handelt es sich dabei um eine unverhohlene Diffamierung dieser Jugendbewegung, die genauso gut in der NS-Presse hätte erscheinen können. Denn während andere Jugendliche freiwillig nach der Arbeit oder der Schule Schutt räumen würden, täten die „Schlurfs“ einfach nichts außer Jazz-Hören, Tanzen und Rauchen – so der Autor. Dabei müsste „das Vaterland“ doch so dringend wieder aufgebaut und von den Kriegsschäden befreit werden. Der letzte Satz des Artikels erinnert nicht von ungefähr an den „Völkischen Beobachter“: „Es gibt Mittel und Wege, das gesamte Unkraut radikal auszurotten. Davon werden sich die Schlurfs in Kürze überzeugen können.“⁶⁷ Es überrascht wohl wenig, dass der Autor Karl Hans Heinz, der hier am Titelblatt der offiziellen Zeitung der drei Gründungsparteien Österreichs Menschen als Unkraut bezeichnet, das es auszurotten gelte, wie sich später herausstellen sollte, Mitglied der NSDAP gewesen ist.⁶⁸ Dies erklärt vielleicht auch, warum er in dem

65 „Arbeitseinsatz der Wiener Jugend“ In: *Neues Österreich*. 1. August 1945, 1.

66 Detlef Siegfried, „Urban Youth, National-Socialist Education and Specialized Fun. The Making of the Vienna Schlurfs, 1941–44.“ In *European Cities, Youth and the Public Sphere in the Twentieth Century*, 69–91. Ashgate 2005. <https://doi.org/10.4324/97811315256009-13>.

67 Karl Hans Heinz, „Der Schlurf“ in: *Neues Österreich*. 1. August 1945, 1.

68 Vgl. Brigitte Bailer, WiderstandskämpferInnen und politisch Verfolgte in der Zweiten Republik, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Opferschicksale. Widerstand

Artikel die Zwangsverpflichtung von Jugendlichen zur Arbeit fordert, nicht aber die von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern.

Aufgrund des Mangels an aussagekräftigen Quellenbeständen zum Umfang der Aktion „Jugend am Werk“, müssen wir uns für eine Einschätzung des Ausmaßes der verrichteten Trümmerarbeiten dieser Jugendlichen auf einen Bericht verlassen, den deren Leiter Leo Mistingher 1947 im Amtsblatt der Stadt Wien veröffentlicht hat. Dort berichtet er – neben den anfänglichen Schwierigkeiten, die Jugend zur Arbeit zu motivieren – von insgesamt 493.506 Stunden, die im Jahr 1945 in der Aktion gearbeitet worden seien, wovon rund 200.000 auf „Aufräums- und Ausbesserungsarbeiten“ entfielen. Dabei dürfte es sich in erster Linie um Schutträumung gehandelt haben. Auch im Jahr 1946 seien noch zwei „Schuttaktionen“ durchgeführt worden, bei denen insgesamt 2295 Kubikmeter Schutt entfernt wurden. Der Großteil der Arbeitsleistung wurde aber sowohl 1945 als auch 1946 für die Berufsausbildung der Jugendlichen und für Hilfstätigkeiten in der Landwirtschaft verwendet. Auch kamen Jugendliche in Kindergärten und bei der Armenspeisung zum Einsatz, oder sie mussten Tätigkeiten verrichten, die sich wohl am ehesten als reine Beschäftigungstherapie einstufen lassen – wie „Näh- und Bastelarbeiten“.⁶⁹ Hier lassen sich wiederum unschwer Parallelen zur Ideologie des Nationalsozialismus erkennen – „Müßiggang“ und „Faulheit“ werden als Flausen ausgemacht, die es der Jugend auszutreiben gelte. Daher auch der Ansporn, die Jugend einer geregelten Arbeit zuzuführen und zu einem Dienst an der Gemeinschaft zu zwingen. Damit sollte wohl nicht zuletzt der Arbeitskräftemangel als Folge des Zweiten Weltkriegs ausgeglichen werden. Vergleicht man die Zahl der laut diesem Bericht gearbeiteten Stunden in der Trümmerbeseitigung – und es darf vermutet werden, dass sie möglicherweise zu Gunsten der Aktion geschönt wurden – mit jenen der ehemaligen Nationalsozialist:innen, die von der Stadt Wien entschädigt wurden, zeigt sich, dass Letztere wohl einen deutlich größeren Anteil an der Schutträumung gehabt haben dürften. Als „Freiwilligenarbeit“ lassen sich allerdings beide nicht qualifizieren.

Auch Studierende der Universität mussten in der Schuttbeseitigung und bei vergleichbaren Arbeiten mithelfen. Für eine Inskription im Sommersemester 1945 war der Nachweis von insgesamt zehn Stunden Arbeit in zwei Wochen notwendig, so zumindest die spätere Erzählung. Neben der direkten Trümmerbeseitigung an den Gebäuden der Universität selbst unterstützten Studierende den (Rück-)Transport

und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2013, 283–305.

69 Leo Mistingher, „Ein Jahr Jugend am Werk“ In: *Amtsblatt der Stadt Wien*, Jahrgang 52, 2. 11. Jänner 1947.

von Büchern und Laborgeräten aus den Depots an die Institute.⁷⁰ Eine systematische Quantifizierung dieser Arbeiten – also wie viele Studierende gearbeitet haben – ist leider ebenfalls nicht möglich. Die Schuttaktion der Studierenden fügt sich also nahtlos in das Grau der Trümmerarbeiten der Nachkriegszeit ein, bei denen wir abgesehen von wenigen belastbaren Quellen hauptsächlich auf Augen- und Zeitzeugenberichte angewiesen sind. So fußt das Wissen über den Ablauf der verpflichtenden Arbeiten der Studierenden hauptsächlich auf Zeitungsberichten und in erster Linie auf den Erzählungen des späteren Universitätsprofessors und „Begründers der Judaistik in Wien“ Kurt Schubert. Schubert hatte sich mit 22 Jahren nach dem Ende der Kämpfe um Wien zum „Studentenrektor“ erklärt und sich den sowjetischen Besatzungstruppen als „der Bevollmächtigte der antifaschistischen Studenten der Universität vorgestellt“.⁷¹ Neben anderen Aufgaben oblagen ihm laut eigenen Angaben die Koordination der Schutträumung und die Überprüfung der Studierenden vor deren Inskription, zum Beispiel, ob es sich um ehemalige Parteimitglieder handelte. In einem Bericht aus dem Jahr 1990 gab Kurt Schubert an, dass Ende April 1945 bereits rund 500 Studierende im Einsatz waren, um ihren verpflichtenden Arbeiten nachzugehen.⁷² Über diese Pflicht seien sie durch Anschläge informiert worden, die an verschiedenen neuralgischen Punkten der Stadt angebracht worden waren:

„Alle Studentinnen und Studenten, die im Sommersemester 1945 inskribieren wollen, werden aufgefordert, unverzüglich in die Universität zu kommen und einen zehnstündigen Räumeeinsatz zu leisten. Beginn des Sommersemesters am 2. Mai.“⁷³

Die Aufforderung war durch Schubert selbst signiert und mit dem offiziellen Stempel des Rektorats versehen worden. Zwei Wochen später veröffentlichte das Inskriptionsreferat der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) eine Liste jener Unterlagen, die zur Inskription mitzubringen seien. Darunter unter anderem: „3. Nachweis über Ableistung des zwanzigstündigen Arbeitseinsatzes“.⁷⁴

Nach einer Vorgabe des Bildungsministers Ernst Fischer wurden Studierende mit NS-Vergangenheit – Illegalität, Parteimitgliedschaft, Funktionen in HJ und BDM oder andere Funktionärstätigkeiten, Mitgliedschaft in SS oder einem Wehrverband der Partei – mit Beginn des Wintersemesters 1945/1946 vor ihrer Zulassung zum

70 Vgl. Kurt Schubert, *Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945*, Wien 1991, 11.

71 Kurt Schubert, „Rektor“ mit 22 Jahren. Als mir die Russen die Wiener Universität übergaben. In: *Die Furche*, Wien 1960, 8.

72 Schubert, *Die Wiedereröffnung*, 11.

73 Ebd. 12.

74 „Inskription an der Wiener Universität“, in: *Neues Österreich*, 12. Mai 1945, 4.

Studium überprüft. Allerdings erfolgte dabei kein systematischer Abgleich mit bekannten Listen, vieles beruhte auf freiwilligen Angaben in Form einer eidesstattlichen Erklärung. Wie Andreas Huber in seiner Diplomarbeit zeigen konnte, wurde dabei – wenig überraschend – gelogen und betrogen, zahlreiche Studierende aber dennoch nicht zum Studium zugelassen.⁷⁵ Die zuständige Kommission hatte aber die Möglichkeit, in minder schweren Fällen den Studierenden trotz der NS-Vergangenheit unter Auflagen ein Studium zu ermöglichen – das Mittel der Wahl war dabei ein verlängerter Arbeitseinsatz von ein bis sechs Monaten, in erster Linie Trümmerarbeiten. Es waren also einmal mehr die Nationalsozialist:innen, die zu deutlich längeren Perioden der Schutträumung eingesetzt wurden. Für das Sommersemester 1946/1947 wurden in Wien insgesamt 150 derartige Arbeitseinsätze verhängt.⁷⁶

3.3.2 Professionelle Schuttbeseitigung

Neben den bisher genannten Gruppen, die in Wien nach Ende des Krieges in der Trümmerarbeit tätig waren, wird im retrospektiven Blick auf den Wiederaufbau und die Schutträumung ein weiterer Aspekt weitestgehend ausgeblendet: der Einsatz professioneller Baufirmen und Bautrupps. Beide passen ebenfalls nicht so recht in das Bild der freiwilligen „Trümmerfrauen“, hatten an der Trümmerbeseitigung jedoch einen wesentlichen Anteil. Auch in diesem Fall lassen sich Parallelen zwischen der Situation in Österreich und jener in Deutschland erkennen. Hier wie dort wurde die institutionalisierte und bezahlte Trümmerarbeit zu Gunsten einer mystifizierenden Überbetonung des freiwilligen und vor allem altruistischen Einsatzes der Frauen in der Konstruktion der „Trümmerfrauen“ nahezu gänzlich „vergessen“.⁷⁷

In Wien bildeten insgesamt 20 lokale Baufirmen bereits im August 1945 für die professionelle Abwicklung des Wiederaufbaus und der Schutträumung gemeinsam die „Baustoffabtransport- und Verwertungsgesellschaft m. b. H.“ mit Firmensitz in der Seilerstätte 18, mit der die Stadt Wien bis ins Jahr 1948 immer wieder Verträge über die Entsorgung und Verwertung des Kriegsschutts schloss.⁷⁸ Das Konsortium war – wie der Name es bereits andeutet – in erster Linie für die Entsorgung des

75 Vgl. Andreas Huber, Studenten im Schatten der NS-Zeit. Entnazifizierung und politische Unruhen an der Universität Wien 1945–1950, Diplomarbeit Universität Wien 2009.

76 Vgl. Ebd. 126.

77 Vgl. Axel Schildt, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90. München 2007, 10.

78 Vgl. hierzu die gesammelten Amtsblätter der Stadt Wien für die Jahre 1945, 1946, 1947 und 1948: Wien: Amtsblatt der Stadt Wien. Wien: Stadt Wien – Presse- und Informationsdienst, 1892. Wien-



Abb. 2: Britische Bagger bei der Schuttentfernung in Wien.
Österreichische Nationalbibliothek / ÖNB/Croy/CRO 1604W

Kriegsschutts aber auch für dessen Weiterverwendung zuständig. Bei der Trümmer-
räumung griff man aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Notstandsarbeiter:innen
zurück, die den professionellen Kräften zuarbeiteten.

Der Verwaltungsbericht der Stadt Wien für die Jahre 1945 und 1947 liefert ein
relativ klares Bild des Umfangs dieser professionellen Schutträumung. So standen
laut dem Bericht im Schnitt täglich 15 Förderbandzüge, sieben Bagger, 40 Vollbahn-
waggons, 200 Lastkraftwagen und 20 Lastgarituren der Straßenbahnen im Einsatz,
mit denen zwischen 1945 und 1947 über eine Million Kubikmeter Schutt aus der
Stadt entfernt werden konnte.⁷⁹ Hier kann von einer gemeinsamen Arbeit des zu-
vor genannten Konsortiums, Kräften der Stadt Wien sowie zwangsverpflichteten
Notstandsarbeiter:innen ausgegangen werden. Dadurch wird erkennbar, wie groß
der maschinelle Einsatz bei der Trümmerbeseitigung tatsächlich war. Jedoch sollten

bibliothek im Rathaus. <https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:AT-WBR-47198> / Public Domain Mark
1.0.

79 Vgl. Magistrat der Bundeshauptstadt Wien, Verwaltungsbericht vom 1. April 1945 bis 31. Dezem-
ber 1947, Wien 1949, 271.



Abb. 3: Professionelle Schuttbagger in der Fasangasse in Wien.
Österreichische Nationalbibliothek / ÖNB/Croy/CRO 1614W

die Zahlen im Verwaltungsbericht mit einer gewissen Vorsicht gelesen werden. So wird dort angeführt, dass durch Nationalsozialist:innen im Rahmen der Notstandsarbeiten insgesamt 2.023.728 Stunden Arbeit geleistet wurden.⁸⁰ Eine Zahl, die zunächst zwar sehr hoch erscheint, aber trotzdem viel zu gering angesetzt sein dürfte – immerhin wurden durch die Stadt Wien allein in den Entschädigungszahlungen von 1951 und 1952 mehr Stunden nachträglich abgegolten. Bedenkt man, wie streng die Überprüfungen der Ansuchen um Entschädigung waren und die zuständigen Sachbearbeiter:innen bei Zweifeln einfach gar nichts ausbezahlt haben, ist es unwahrscheinlich, dass die Stadt Wien mehr Stunden entschädigte als unbedingt notwendig. Angesichts dessen, dass wohl nur ein kleiner Teil der zwangsverpflichteten Nazis letztendlich um Entschädigung angesucht hatte und die Stadt Wien nur einen Teil der von diesen angegebenen Stunden anerkannte, kann man durchaus von einer bedeutend höheren Dunkelziffer ausgehen. Dies erlaubt die Spekulation darüber, ob in diesem Verwaltungsbericht die Beteiligung der restlichen Wiener Bevölkerung an diesen Notstandsarbeiten überbetont werden sollte. Dafür spricht, dass in Quel-

80 Ebd. 270.

len, die diese Arbeiten nicht nachträglich, wie dieser Jahresbericht, sondern in Echtzeit während ihrer Durchführung schildern, die Arbeit der Nationalsozialist:innen deutlich schwerer gewichtet und gleichzeitig über einen Mangel an sonstigen Arbeitskräften geklagt wird. Eventuell sehen wir in diesem Verwaltungsbericht, der zu einem Zeitpunkt entstanden ist, wo die größte Not der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits überwunden war, einen ersten Versuch einer nachträglichen Verklärung der Trümmerarbeiten.

Innerhalb der professionellen Schutträumung und Wiederaufbauarbeiten kamen zumindest bis 1947 auch nachweislich Frauen als bezahlte Hilfskräfte in der Bauwirtschaft zum Einsatz. Da ihnen ab 1947 diese Tätigkeit untersagt wurde, haben sie auch keine etwaigen Schwerstarbeiter-Zulagen bei der Verteilung von Nahrungsmitteln basierend auf dem Lebensmittelkarten-System mehr erhalten.

3.3.3 Lebensmittelkarten und Trümmerarbeit

Die ausgesprochen schlechte Versorgungslage in den ersten Jahren der Zweiten Republik dominiert die kollektive Erinnerung an diese Zeit. Wie Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung in einer ganzen Reihe an Oral-History-Interviews zeigen konnten, wird dabei oft ausgeblendet, dass die Versorgungslage bereits während der NS-Herrschaft in den letzten Kriegsmonaten vor allem in den großen Städten ähnlich schlecht war. Von den befragten Personen wird sie aber als deutlich besser erinnert als die Zeit danach.⁸¹ Die Historikerinnen führen dies in erster Linie auf den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Lebensmittelkartensystems zurück, in dessen Folge die Bevölkerung zumindest für einige Wochen zum Großteil auf sich allein gestellt war und so gut wie keine staatliche Hilfe bei der Versorgung mit dem Allernötigsten erhielt.

Bereits am 28. August 1939 waren im gesamten NS-Staat Bezugsscheine eingeführt worden, mit denen geregelt werden sollte, wer welche Nahrungsmittel und Konsumgüter zu welcher Zeit erhielt.⁸² Die davon betroffenen Verbrauchsgüter wurden im weiteren Verlauf des Krieges immer mehr ausgeweitet. Christoph Buchheim kommt dabei zu dem Schluss, dass der allgemeine Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung schon für die ersten Kriegsjahre auch in fachwissenschaftlichen

81 Vgl. Irene Bandhauer Schöffman, Ernährungsverhalten und Kochkultur in Wien. In: Michael Doppelreiter, Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945. Band 9, Wien, Die Metamorphose einer Stadt. Wien/Köln, 2013, 531–592, hier 532.

82 Vgl. u. a.: „Gerechte Verteilung der Verbrauchsgüter“ In: *Neues Wiener Tagblatt*, 28. August 1939, 7.

Kreisen zu positiv eingeschätzt wird, sich ab dem Ende des Jahres 1944 aber noch drastisch verschlechterte.⁸³ Standen dem „Durchschnittsverbraucher“ vor Kriegsbeginn noch täglich rund 3.000 Kalorien zur Verfügung, musste er oder sie ab Ende 1944 mit nur mehr 2.000 auskommen – deutlich weniger als er oder sie durchschnittlich tatsächlich verbrauchte.⁸⁴ Auch wurden in den letzten Kriegsmonaten nicht mehr jene Lebensmittel ausgegeben, die auf den Karten vermerkt waren, sondern nur mehr jene, die auch zu der Zeit verfügbar waren.

Mit dem Zusammenbruch des NS-Staats funktionierte aber nicht einmal mehr diese grundlegende Versorgung und die alliierten Truppen übernahmen nach einer kurzen chaotischen Übergangsphase, die von Plünderungen und einer weitgehenden Selbstversorgung geprägt war, zumindest die teilweise Ernährung der Wiener Bevölkerung mit dem Notwendigsten. Zwar hatten in den einzelnen Bezirken schon ab dem 12. und 13. April „Bezirksernährungsämter“ die Arbeit aufgenommen, speziell in den vom Umland praktisch abgeschnittenen innerstädtischen Bezirken standen jedoch kaum Nahrungsmittel zur Verteilung bereit und auch das ebenfalls neu gegründete „Zentralernährungsamt“ konnte nicht viel mehr tun, als den Mangel an allem zu dokumentieren und zu verwalten.⁸⁵ Vom 1. Juni bis zum 30. August 1945 trug die Rote Armee die Hauptlast der Ernährung der Wiener Bevölkerung und nutzte dazu ein bereits im Mai gestartetes System von Lebensmittelkarten, nachdem zuvor in der so genannten Maispende kleine Rationen an neuralgischen Punkten an alle Wiener:innen verteilt worden waren. Der Hauptlieferant der Kalorien in den ersten Monaten waren Erbsen aus Wehrmachtsbeständen, die sich tief in die Erinnerung der Zeitgenoss:innen eingebrannt haben: „Die Wurm-, die berühmten Wurmerbsen, von denen ich wahrscheinlich noch meine Magensenkung habe und die ich nie wieder anbringe. Die Russen haben uns mit Erbsen versorgt, da hat es alle Tage Erbsen gegeben“, berichtet beispielsweise Aloisia Weber, Jahrgang 1919.⁸⁶

Um die Verteilung der von ihnen bereitgestellten Lebensmittel zu organisieren, nutzten die Sowjets in ihrem System von Lebensmittelkarten erneut eine Einteilung der Bevölkerung in unterschiedliche Bezugsgruppen: Diese reichten vom „Normalverbraucher“ mit 833 Kalorien bis zum „Schwerarbeiter“ mit 1620. Beides sehr niedrige Werte, die noch dazu bei der tatsächlichen Ausgabe der Nahrungsmittel

83 Vgl. Christoph Buchheim, „Der Mythos vom Wohlleben. Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58.3 (2010): 299–328.

84 Vgl. Bandhauer-Schöffmann, Ernährungsverhalten, 532.

85 Vgl. Bandhauer-Schöffmann/Hornung, Trümmerfrau auf der Erbse, 82–87.

86 Aloisia Weber, zitiert in: Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung, Der Topos des sowjetischen Soldaten in lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), *Jahrbuch 1995*, Wien 1995, 28–44, 42.

meistens nicht erreicht wurden.⁸⁷ Diese Koppelung der Nahrungsmittelversorgung an Erwerbsarbeit war ein Modell, das bereits zuvor in Krisenzeiten erprobt war und das zumindest bis zum endgültigen Ende des Lebensmittelkartensystems im Jahr 1953 Bestand haben sollte. Dabei war es notwendig, dass die Bezieher:innen der Karten ihre Beschäftigung nachwiesen. Eine Weigerung zu arbeiten – beispielsweise indem man sich der Arbeitspflicht entzog – konnte zu einem Verlust der Lebensmittelkarten führen. Neben dem „Normalverbraucher“ gab es noch weitere Kategorien, die sich im Laufe der Zeit immer wieder änderten. Unter anderem für „Arbeiter“, „Angestellte“, „Stillende und werdende Mütter“ und kurzzeitig auch „Schwerstarbeiter“. Welche Berufsgruppe und welche Tätigkeit unter welche Kategorie fielen, war Gegenstand zahlreicher Konflikte, die in den folgenden Jahren zu Demonstrationen und hitzigen Debatten führen sollten.⁸⁸ Konstant bleibt dabei allerdings die systematische Diskriminierung von Frauen: Durch die Verbindung der Lebensmittelversorgung mit Erwerbsarbeit wurde die Arbeit im Haushalt, die gerade in der Nachkriegszeit mit einem erheblich größeren Aufwand verbunden war als viele entlohnte Tätigkeiten, nicht gewürdigt. Zahlreiche typisch „weiblich“ konnotierte Berufe fielen ebenfalls unter die „Normalverbraucher“-Regelung und selbst innerhalb einer Berufsgruppe – beispielsweise bei der Polizei – erhielten Frauen im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen keine Zusatzkarte für eine bessere Versorgung. Diese Benachteiligung zog sich durch alle Bereiche: Selbst die „Raucherkarte“ sah für Frauen weniger Tabak als für Männer vor, was jene noch zusätzlich beim so wichtigen Tauschhandel schlechter stellte.⁸⁹

Ab Herbst 1945 übernahmen die einzelnen Besatzungsmächte die Ernährung der Bevölkerung in ihren Zonen, was zu teilweise recht großen Diskrepanzen bezüglich der Menge und Qualität der ausgegebenen Lebensmittel führte. Generell war die Versorgungslage bei den Westalliierten besser als in der sowjetischen Zone. Um einen Wechsel zwischen den Zonen zu erschweren, wurden die Lebensmittelkarten farblich codiert. Bis zum Ende der 1940er Jahre blieb die Lage in Wien problematisch – speziell das Jahr 1946 war trotz der Hilfe durch die UNRA (Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen) und massiven Lebensmittelspenden aus dem Ausland durch zahlreiche Hungerkrisen geprägt, die Wien immer wieder an den Rand einer Hungerkatastrophe brachten. Insbesondere der

87 Vgl. Franz X. Eder, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder et al., Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum, Innsbruck et al. 2003, 201–285, 214.

88 Vgl. Bandhauer-Schöffmann, Ernährungsverhalten und Kochkulturen.

89 Vgl. Bandhauer-Schöffmann, Weibliche Wiederaufbauszenarien, 214–216.

„Hungerwinter“ 1946 stellt in dieser Hinsicht einen zentralen Erinnerungsort vieler Zeitgenoss:innen dar.

Die Lebensmittelkarten als Grundlage der Verteilung der wenigen verfügbaren Nahrungsmittel sind aufgrund dieser Bezugsgruppen eine interessante Quelle, um sich dem Verhandlungsspielraum Trümmerarbeit anzunähern. Sie dienen daher auch als Grundlage zahlreicher Studien zu „Trümmerfrauen“ in deutschen Städten. Allerdings sind die Wiener Lebensmittelkarten weniger ergiebig als ihre Pendants in Deutschland, da die dazugehörigen Karteien nicht zentral archiviert wurden, sondern zum Teil auf die einzelnen Bezirksarchive verteilt und zum Teil auch verloren gegangen sind. Zumindest die Lebensmittelkarten-Karteien des zweiten Wiener Gemeindebezirks, der Leopoldstadt, werden zentral im Wiener Stadt- und Landesarchiv gelagert. Die Karteien sind nach Adressen geordnet und umfassen insgesamt deutlich über 100.000 einzelne Personen.⁹⁰ Da es sich dabei aber um Karten handelt, die teilweise über Jahre in Verwendung waren und in unterschiedlichen Systemen weiterbenutzt wurden – manche Karten stammen noch aus der NS-Zeit und wurden nach 1945 mit handschriftlichen Notizen adaptiert – lässt sich daraus nicht ableiten, wer wann welche Einstufung in welche Gruppe erhielt. Nicht zuletzt, da auf den Karten auch häufig verschiedene Bezugsgruppen markiert sind und sich die Einstufung offenbar mehrmals geändert hat: Aus der Kategorie „Schwerarbeiter“ lässt sich nicht zwangsläufig ableiten, ob eine Frau Trümmerarbeit verrichtet hat, schließlich kann diese auch aus der NS-Zeit stammen, weil diese Frau im Reichsarbeitsdienst eingesetzt war – um ein konkretes Beispiel aus dem Bestand zu nennen.

Fest steht, dass ein Teil jener Personen, die in Wien bezahlte Trümmerarbeiten verrichtet haben, als „Bauhilfsarbeiter und -arbeiterinnen“ im Jahr 1946 die so begehrte „Schwerarbeiterzusatzkarte“ erhalten haben.⁹¹ Wie bereits Valerie Pechhacker in ihrer Masterarbeit vermutet, deutet die Verwendung der für zeitgenössische Dokumente eher ungewöhnlichen weiblichen Form an, dass hier auch explizit Frauen so eingestuft wurden.⁹² Tatsächlich stellte die Tätigkeit als „Bauhilfsarbeiterin“ für Frauen in den ersten beiden Nachkriegsjahren eine lukrative Möglichkeit dar, einerseits einen im Vergleich zu anderen Hilfstätigkeiten höheren Lohn, andererseits auch eine bessere Einstufung bei der Verteilung der knappen Lebensmittel zu ergattern. Der massive Mangel an Arbeitskräften und die schweren Kriegsschäden gingen

90 Eine genaue Zählung übersteigt den Rahmen dieser Studie – gehen wir davon aus, dass der 2. Bezirk 1951 laut data.gv.at 106.809 Einwohner hatte und Lebensmittelkarten ab Kriegsbeginn erhalten sind, ist 100.000 wohl die untere Schätzung.

91 „Richtlinien für die Einstufung der Zusatzkartenempfänger (Einstufungsschema)“ in: WStLA 1.3.2.641.140 - Landesernährungsamt | 1945–1954 Serie A5 Ordner 5 – Arbeiterzulagen.

92 Pechhacker, Trümmerfrauen Denkmal, 11.

wenig überraschend auch mit einem hohen Bedarf an weiblichen Hilfskräften im Baugewerbe einher, was aber nichts daran änderte, dass Frauen ab 1947 wieder aus der Tätigkeit herausgedrängt wurden und man ihre Arbeit dort als „unerwünscht“ klassifizierte.⁹³

Obwohl die Lebensmittelkarten und im Besonderen die „Schwerarbeiterzusatzkarten“ in der retrospektiven Konstruktion eines österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos immer wieder als eine der zentralen Triebfedern der weiblichen Schutträumung in der unmittelbaren Nachkriegszeit genannt werden, muss deren Bedeutung aus mehreren Gründen relativiert werden.

1. Wie bereits erwähnt war die Einstufung in die unterschiedlichen Bezugsgruppen keineswegs stringent. Wurden „Bauhilfstätigkeiten“ im Jahr 1946 zwar als der Kategorie „Schwerarbeiter“ würdig eingestuft, erhielten Personen für die gleichen Arbeiten 1945 lediglich die Einstufung als „Arbeiter“.⁹⁴
2. Frauen berichten in systematisch geführten Oral-History-Interviews wie jenen von Irene Bandhauer-Schöffmann zwar über eine ganze Reihe an unterschiedlichen Praktiken, mit denen versucht wurde an Lebensmittel heranzukommen, „Trümmerarbeit“ im eigentlichen Sinn spielt dabei aber keine Rolle.⁹⁵
3. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Versorgung mit Kalorien fand durch die von offizieller Seite zur Verfügung gestellten Lebensmittelkarten statt. Maximal ein Drittel der Nahrung in einem Haushalt stammte laut Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung aus der Zuteilung durch die Alliierten und die österreichische Verwaltung.⁹⁶ Die fehlenden Kalorien mussten also auf anderen Wegen beschafft werden: Hamsterfahrten, Tauschgeschäfte, Schwarzmarkt, Plünderungen oder durch Kontakte mit Besatzungssoldaten. Der tägliche Kampf um Nahrung stellte die Frauen als primäre Versorgerinnen der Familie vor einen erheblichen Mehraufwand: Von 1945 bis 1947 gaben Wiener Haushalte im Schnitt um die 50 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus – die Kosten für die unterschiedlichen Produkte hatten sich mehr als verdoppelt.⁹⁷

93 Bandhauer-Schöffmann, *Weibliche Wiederaufbauszenarien*, 224.

94 „Einstufungsschema für die Ausgabe der Lebensmittelkarten auf Grund der Anordnung des Versorgungskomitees der Vier [sic] Mächte vom 20.9.1945.“ WStLA 1.3.2.641.140 - Landesernährungsamt | 1945–1954 Serie A5 Ordner 5 – Arbeiterzulagen.

95 Vgl. Bandhauer-Schöffmann/Hornung, *Von Mythen und Trümmern*.

96 Vgl. Bandhauer-Schöffmann/Hornung, *Von der Trümmerfrau auf der Erbse*, 98.

97 Vgl. Eder, *Privater Konsum*, 216.

4. Die Notstandsarbeiten im kollektiven Gedächtnis der Republik

Um zu verstehen, wie die so genannten Notstandsarbeiten und die „Arbeitspflicht“ erinnert wurden, ist es notwendig, in einem ersten Schritt ihre zeitgenössische Darstellung zu untersuchen. Der Beschluss des „Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiete der Stadt Wien“ wurde massenmedial verbreitet. Praktisch alle großen österreichischen Tageszeitungen berichteten darüber und verwiesen explizit darauf, dass primär ehemalige NSDAP-Mitglieder bevorzugt zu diesen Arbeiten verpflichtet werden sollten. Die von der KPÖ herausgegebene *Österreichische Volksstimme* fasst die Hierarchie jener Personengruppen, die Notstandsarbeiten verrichten sollten, sehr gut zusammen: „Es werden zunächst diese ehemaligen Nationalsozialisten und ihre ebenfalls nationalsozialistisch gesinnt gewesenen Familienangehörigen herangezogen werden [...]“¹ Auch das von den drei Gründungsparteien der Zweiten Republik gemeinsam herausgegebene *Neues Österreich* berichtete breit über die Notstandsarbeiten, wies aber darauf hin, dass neben Nationalsozialist:innen auch Jugendliche zu den Arbeiten eingesetzt werden konnten und es natürlich keinerlei Anspruch auf Entlohnung gebe, da es sich um eine „Gemeinschaftsarbeit zum Wohle und Wiederaufbau der Stadt Wien“ handle.² Bereits im Vorfeld war vor allem in der kommunistischen „Volksstimme“ immer wieder die mangelnde Bereitschaft der ehemaligen Nationalsozialist:innen zur „Sühnarbeit“ beklagt worden.³ Nach Inkrafttreten des Verfassungsgesetzes lässt sich diese Kritik sogar noch verstärkt beobachten. So auch in einem Artikel der von der 3. Ukrainischen Front der Roten Armee als offiziellem Organ der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich herausgegebenen *Österreichischen Zeitung* vom 6. September 1945. Unter dem Titel „Was der Amtsarzt feststellte. Braune Drückeberger“ wird dort notiert, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder versuchen würden, sich mit allen Mitteln dem Arbeitseinsatz zu entziehen – gerade auch durch das Vortäuschen von Krankheiten. So sollen allein von 2000 zur Arbeit verpflichteten Nationalsozialist:innen in Ottakring ganze 500 um krankheitsbedingte Freistellung angesucht haben. Bei genauerer Überprüfung durch den Amtsarzt wurden jedoch lediglich zwei Pro-

1 „Das Arbeitspflichtgesetz“. In: *Österreichische Volksstimme*, 26. August 1945, 2.

2 „Erster Aufruf zur Gemeinschaftsarbeit“. In: *Neues Österreich*, 1. September 1945, 3.

3 „Wenn man den Bock zum Gärtner macht“. In: *Österreichische Volksstimme*, 21. August 1945, 3.

zent der Personen tatsächlich als arbeitsunfähig eingestuft. Der Bezirksvorsteher Ottakrings versicherte daher, dass es keinem Nazi gelingen würde, sich vor der Arbeit zu drücken. In Döbling seien immerhin 3200 Nationalsozialist:innen im Einsatz. Unterstützt wird die Botschaft mit einer Karikatur, auf der ein beleibter Mann abgebildet ist, der dem Amtsarzt versichert, er könne aufgrund seiner Herzprobleme nicht arbeiten. Als der Arzt den Mann durchleuchtet wird klar, was das „Herzproblem“ ist: In der Brust des Mannes schlägt statt eines Herzens ein Hakenkreuz.⁴ Zwar handelt es sich bei der *Österreichischen Zeitung* ganz klar um ein Propagandaorgan, doch deckt sich die Behauptung, die „Ehemaligen“ würden versuchen, sich der Arbeit zu entziehen, mit anderen zeitgenössischen Quellen, in denen zwangsverpflichtete Notstandsarbeiter:innen die unterschiedlichsten Leiden ins Feld führten, um nicht arbeiten zu müssen.⁵ Dennoch fiel die Kritik an den früheren NSDAP-Mitgliedern und deren angeblichem Arbeitsunwillen in der *Österreichischen Zeitung* besonders harsch aus. Generell gilt für die unmittelbare Nachkriegszeit, dass in Österreich keine Zeitung erscheinen konnte, die nicht zumindest die Zustimmung der alliierten Behörden fand. Während zunächst nur die Alliierten selbst sowie die drei österreichischen Parteien der Unabhängigkeitserklärung – SPÖ, ÖVP und KPÖ – Zeitungen veröffentlichen durften, die noch dazu einer strengen Vorzensur unterzogen wurden, ermöglichte der Alliierte Kontrollrat ab dem 1. Oktober 1945 immerhin wieder eine grundsätzliche Pressefreiheit, die aber weiterhin an strenge Vorgaben gebunden war und durch die drastische Limitierung von Papier gleich doppelt kontrolliert wurde.⁶ Es wird sich demzufolge in der Berichterstattung zu den Notstandsarbeiten und zum Verfassungsgesetz keinerlei Kritik an diesen finden lassen, auch wenn sie innerhalb der Bevölkerung eventuell vorhanden war.

Über den Verlauf der Arbeiten wurde nur insofern berichtet, als der Beschluss des Wiener Bürgermeisters Theodor Körner, die Arbeiten um weitere vier Wochen zu verlängern, im Oktober 1945 wohl breit aufgegriffen wurde, – jedoch ohne eine entsprechende Einordnung oder Bilanz der bisherigen Arbeiten.⁷ Abgesehen vom

4 „Was der Amtsarzt feststellte. Braune Drückeberger.“ In: *Österreichische Zeitung*, 6. September 1945.

5 Berg, Arbeitspflicht, 192–193.

6 Vgl. hierzu: Karin Moser, Propaganda und Gegenpropaganda. Das „kalte“ Wechselspiel während der alliierten Besatzung in Österreich. In: *medien & zeit*, Nr. 17, 1/2002, 27–42; Gaby Falböck und Norbert P. Feldinger. „Vier Zonen, vier Konzepte, Akteure mit Vergangenheit – eine besondere Geschichte vom Anfang. Die Medienregulierung der Alliierten in Österreich.“ in: Jan Krone und Tassilo Pellegrini, Handbuch Medienökonomie 2020. 1309–1333.

7 Vgl. u. a. „Verlängerung der Notstandsarbeiten“ in: *Arbeiter-Zeitung*, 2. Oktober 1945, 3.

bereits zitierten Bericht in der *Österreichischen Zeitung* und vergleichbaren Nachrichten mit relativ arbiträr anmutenden Zahlen aus einzelnen Bezirken, bleibt jegliche Bilanz aus. Wie viele Nationalsozialist:innen insgesamt gearbeitet haben und welche Arbeit sie verrichten mussten, wird zumindest in den allgemeinen Tageszeitungen nicht dargestellt.

Während zumindest über den Beginn der „Notstandsarbeiten“ und die spätere „Arbeitspflicht“ relativ ausführlich berichtet wurde, fand das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1951, wonach die ehemaligen nationalsozialistischen Notstandsarbeiter:innen zu entschädigen seien, deutlich weniger Niederschlag in den österreichischen Massenmedien. Einzig die *Österreichische Zeitung* berichtete ausführlich und ob des sowjetischen Hintergrundes auch wenig überraschend außerordentlich kritisch, wie bereits der Titel des Artikels klar macht: „Schwer belastete Nazi fordern Pension... ..und die Reaktion bezahlt“. Darin wird festgehalten, dass sich die „Nazi“ „frech als Zwangsarbeiter bezeichnen“ und in einen Verband zusammengeschlossen hätten, um ihre Forderungen durchzusetzen, was von der Stadt Wien auch prompt erledigt werden würde.⁸ Während die Mainstream-Medien das Urteil weitestgehend ignorierten, wurde es von jenen, deren Leserschaft eher die Zielgruppe der Entschädigungszahlungen stellte, breit aufgegriffen. So berichtete der rechtskonservative *Wiener Montag* am 9. April 1951 unter dem Titel „Ein Unrecht wird beseitigt“ eingehend über den Entscheid des Obersten Gerichtshofs und benutzt dort unter anderem den Begriff „NS-Zwangsarbeiter“ für die nach dem Krieg zu „Sühnearbeiten“ verpflichteten ehemaligen NSDAP-Mitglieder.⁹ Diese Aneignung eines Begriffs, der eigentlich dazu verwendet wird, die Zwangsarbeiter im NS-System zu beschreiben, stellt ein wiederkehrendes Narrativ in der Selbstbeschreibung der Nationalsozialist:innen dar. Derartige Formulierungen begegnen uns, wie weiter oben ausgeführt, auch immer wieder in den Ansuchen um Entschädigung und zeugen von einer Selbstviktimisierung, in der das von anderen Menschen während der NS-Zeit erfahrene Leid auf die eigene Person übertragen wird. Diese Übernahme einer vermeintlichen Opfererfahrung – es steht wohl außer Frage, dass der Terror des NS-Systems in keiner Weise auch nur annähernd mit den Sühnemaßnahmen und der juristischen Verfolgung von NS-Täter:innen in der Nachkriegszeit gleichzusetzen ist – kann auch als eine Abwehr von Schuld verstanden werden. Das vermeintlich selbst erfahrene Leid überlagert jenes Leid, das man selbst – oder zumindest das System, dessen Teil man war – anderen angetan hat.

8 „Schwer belastete Nazi fordern Pensionen... ..und die Reaktion bezahlt“ In: *Österreichische Zeitung*, 8. Juli 1951, 3.

9 „Ein Unrecht wird beseitigt“ In: *Wiener Montag*, 9. April 1951.

Diese Schuldabwehr offenbart sich auch im Artikel im *Wiener Montag*, in dem der Autor ausführt, man sei ja schon immer gegen jedes Unrecht gewesen und es sei nun nur fair, wenn nach der Entschädigung der Opfer des NS-Staates, nun auch die Opfer der Entnazifizierung entschädigt werden. Hier begegnet uns ebenfalls eine infame Gleichstellung von Opfern und Täter:innen des NS-Staates, die später für ihr Handeln Konsequenzen zu tragen hatten. Im Gesamtkontext gesehen noch dazu eher geringe Konsequenzen. Immerhin waren sie als NSDAP-Mitglieder Teil jener Organisation, die für die Ermordung und Versklavung von Millionen von Menschen verantwortlich war und Europa mit einem brutalen Angriffs- und Vernichtungskrieg überzogen hatte.

Dementsprechend empört haben verschiedene Opfergruppen der nationalsozialistischen Verfolgung gleichermaßen auf die Entschädigungszahlungen wie auch auf die Berichterstattung im *Wiener Montag* reagiert. Der *Neue Mahnruf* als das offizielle Organ des *Verbandes österreichischer KZler und sonst politisch Verfolgter in Wien* veröffentlichte am 9. Mai eine Replik von Herbert Thomas unter dem Titel „Dichtung und Wahrheit“, in der dieser den *Wiener Montag* scharf kritisiert. Fast zynisch fügt die Redaktion die Zeile hinzu: „Was wäre einem von uns geschehen, wenn wir den nationalsozialistischen Staat auf die von uns in den Konzentrationslagern geleistete Arbeit geklagt hätten?“¹⁰

Eine sehr gute Annäherung an die Frage, ob und wie die Notstandsarbeiten ins kollektive Gedächtnis Österreichs eingeschrieben wurden, bieten insbesondere die zahlreichen Bildbände, die als dezidierte Gedenk- und Erinnerungsbände ab der unmittelbaren Nachkriegszeit publiziert wurden. Den Anfang machte bereits im Jahr 1946 – also zu einem Zeitpunkt, an dem noch nicht einmal die notwendigen Aufräumarbeiten abgeschlossen waren – der von Hans Riemer im Verlag „Jugend und Volk“ publizierte Bildband „Perle Wien. Ein Bilderbuch aus Wiens schlimmsten Tagen“. Der Titel stellt dabei eine direkte Reminiszenz dar an Adolf Hitlers Ausspruch, Wien sei die Perle des Reichs und er würde sie „in jene Fassung bringen, die dieser Perle würdig“ sei.¹¹ Die Aussage wird aufgegriffen, um die Zerstörungen in der Stadt per Bild und Text zu dokumentieren und als das alleinige Werk der Nationalsozialist:innen darzustellen. Schließlich hätten sie jenen Krieg begonnen, der ab 1943 dann auch über Wien hereingebrochen ist und zu den zahlreichen Schäden in der Donaumetropole geführt hat. Wenig überraschend argumentiert der Bildband dabei ganz in der Logik der „Opferthese“ – die Schuld am Krieg hätten im Grunde einzig und allein die deutschen Nationalsozialist:innen die „Wiener“ selbst

10 Herbert Thomas, „Dichtung und Wahrheit“. In: *Der Neue Mahnruf*, 9. Mai 1951, 8.

11 Hans Riemer, *Perle Wien. Ein Bilderbuch aus Wiens schlimmsten Tagen*. Wien 1946, VII–VIII.

seien eigentlich unschuldig zum Handkuss gekommen und gleich in doppelter Hinsicht zu Opfern geworden: Zunächst zu Opfern der Nationalsozialist:innen, welche die Stadt mit brutaler Gewalt regiert hätten, und in weiterer Folge zu Opfern des durch sie entfesselten Krieges. Um dies zu veranschaulichen, kombiniert Riemer die Zahlen der Zerstörung – unter anderem jene 850.000m³ Schutt und über 100.000 zerstörten Wohnungen, die uns in allen Publikationen zu diesem Themenkomplex begegnen und die eine Schätzung des Stadtbauamts der Stadt Wien und anderer mit dem kommenden Wiederaufbau betrauter Institutionen darstellen – mit Bildern eben dieses Grauens. Zu diesen Bildern gehören aber auch die Bilder der Aufräumarbeiten und des beginnenden Wiederaufbaus. Gleich auf mehreren Seiten sind Fotos von arbeitenden Menschen zu sehen, die ikonografisch zu jenem Bildertypus zählen, der Jahrzehnte später „Trümmerfrauen“ darstellen wird. Tatsächlich sieht man Männer und Frauen bei der Arbeit, im Text wird das Geschlecht der Personen allerdings nicht zur Sprache gebracht. Wichtiger ist dem Autor die Motivation der Arbeitenden. Während einerseits betont wird, dass die verschiedenen politischen Parteien bemüht waren, Freiwillige aufzubieten, werden andererseits auch die Notstandsarbeiter:innen als wichtige Instanz angeführt: „Die Mitschuldigen aber und die Arbeitsunwilligen wurden durch ein Gesetz zur Mitwirkung an der Säuberung der Stadt gezwungen.“¹² Er bezieht sich hierbei auf die Notstandsarbeiten – auf welchen Bildern es sich jedoch um Notstandsarbeiter:innen oder um freiwillige Arbeiter:innen handelt, geht aus der Publikation nicht hervor und lässt sich aus heutiger Perspektive auch nicht mehr klären.

Ein Problem, das im Großen und Ganzen auf alle Bilder aus der Zeit zutrifft. Wie bereits erwähnt, verzichteten die politischen Entscheidungsträger des „neuen“ Österreichs mit dem Beschluss des Verfassungsgesetzes zu den Notstandsarbeiten ganz bewusst auf eine Kennzeichnung der zwangsverpflichteten ehemaligen Nationalsozialist:innen. Man wollte sich dezidiert von dem vorangegangenen Unrechtsregime unterscheiden und die Notstandsarbeiter:innen trotz ihrer NS-Vergangenheit nicht stigmatisieren, wie auch der provisorische Staatssekretär des Inneren, KPÖ-Politiker Franz Honner, in einem Brief an Theodor Körner festgehalten hat:

„Die Kenntlichmachung der Nationalsozialisten etwa durch Bemalen ihrer Kleidung mit dem Hakenkreuz sowie überhaupt jede Art der Behandlung, die bei den faschistischen

¹² Ebd. 113.

Machthabern an der Tagesordnung, der Haltung und Würde des demokratischen Österreichers aber durchaus widerspricht, ist grundsätzlich abzulehnen.“¹³

Wenn Zeitzeug:innen in diesem Zusammenhang also davon berichten, dass sie die arbeitenden Nazis an ihren Armbinden erkannt hätten, muss diese Aussage in der Regel zumindest kritisch gesehen werden. In der frühen Phase der verschiedenen „Sühnearbeiten“ – also bevor diese klar gesetzlich geregelt waren – könnte dies aber tatsächlich vorgekommen sein. Dafür spricht unter anderem ein Bild zweier Frauen bei der Arbeit – es dürfte sich um Wäschereiarbeiten gehandelt haben –, die ihre Hakenkreuzarmbinden tragen mussten. Vermutlich eher eine Ausnahme als die Regel, da dieses Bild weithin das einzig bekannte in diesem Zusammenhang ist. Es wurde daher auch in zahlreichen Publikationen zu diesem Themenkomplex immer wieder abgedruckt.

So auch in einem der begleitenden Bildbände zu Hugo Portischs Dokumentationsreihe Österreich II. Über die Bedeutung von Portischs zwei großen Dokumentationsreihen Österreich I und Österreich II für das öffentliche Geschichtsbild in Österreich wurde bereits von anderen geschrieben – kurz gefasst: Sie kann im Grunde gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.¹⁴ Schließlich erklärte Portisch, mit quasi politischem Auftrag ausgestattet, den Österreicher:innen zur besten Sendezeit und mit breiter Unterstützung von Seiten der Politik und der Verantwortlichen im ORF die jüngste Geschichte ihres Heimatlandes. Diese Geschichte wurde daher – ganz in der Tradition der Konsenspolitik – so friktionsfrei wie möglich dargestellt, nicht zuletzt, um den Anforderungen beider großen politischen Lager in Österreich zur Entstehungszeit der Dokumentation gerecht zu werden. Gerade die Darstellung der NS-Zeit und deren Nachwehen sind dabei tief in den hegemonialen Narrativen der Opferthese verwurzelt und erzählen eine Geschichte, in der Täter:innen hinter ausladenden Formulierungen verschwinden – und nach dem Krieg auch tatsächlich für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Kurzum: Die Geschichte der Zweiten Republik wird einmal mehr als Erfolgsgeschichte eines gelungenen Wiederauf-

13 Die Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien vom 1. April 1945 bis 31. Dezember 1947. Verwaltungsbericht, hrsg. vom Magistrat der Bundeshauptstadt Wien, Wien 1949, 218.

14 Vgl. hierzu u.a. Susanne Eybl, Das Geschichtsbild in den österreichischen Medien. Die historischen Dokumentarserien Österreich II und Österreich I von Hugo Portisch und Sepp Riff als Paradigma medial aufbereiteter Geschichtsschreibung. Diss. Universität Wien 1993; Siegfried Göllner, Die Wiedergeburt unseres Staates. Die TV-Dokumentationen Österreich II und Österreich I von Hugo Portisch als identitätsstiftende Erzählungen über und für die österreichische Nation. Dipl. Arb. Universität Salzburg 2003; Renée Winter, „Fernsehen und Video“, 2021, in: Marcus Gräser und Dirk Rupnow. Österreichische Zeitgeschichte - Zeitgeschichte in Österreich: eine Standortbestimmung in Zeiten des Umbruchs. Wien/Köln 2021, 429–447.

stiegs geschildert, bei der weder allzu viel Kritik noch der Blick auf die Wunden und Bruchstellen des „neuen“ Österreichs das harmonische Bild trüben sollen.

In dem 1985 von Hugo Portisch und Sepp Riff veröffentlichten Band „Österreich II. Die Wiedergeburt unseres Staates“ werden auch explizit die Notstandsarbeiten als Teil der Entnazifizierungs- und Sühnemaßnahmen für ehemalige NSDAP-Parteimitglieder und sogar die sonst eher wenig bekannten Anhaltelager für Nationalsozialist:innen in Wien zur Sprache gebracht – mit oben erwähntem Bild als Illustration. Die Autoren schildern darin den Alltag der zwangsverpflichteten Nationalsozialist:innen und lassen die Zeitzeugin Helene Moser erzählen, der als Lehrerin – so im Text erklärt – „nahegelegt“ worden war, der NSDAP beizutreten. Frau Mosers Parteianwärterschaft entspricht somit den in Österreich II so stark ausgeprägten Reminiszenzen an den österreichischen Opfermythos – schließlich wird zumindest sublim suggeriert, dass Helene Moser selbst von sich aus ja gar nicht in die NSDAP hätte wollen, aber es quasi ihres Berufes wegen musste. Ihre Erzählungen decken sich dabei sehr stark mit jenen Notstandsarbeiter:innen, deren Ansuchen um Entschädigung für geleistete Arbeiten ich systematisch untersucht habe. Frau Moser taucht in diesem Bestand allerdings nicht auf, was die These untermauert, dass deutlich mehr Nationalsozialist:innen 1945 und 1946 gearbeitet haben, als dann tatsächlich entschädigt wurden. In ihrem Bericht schildert sie, dass die Gruppe der arbeitenden Nazis ausgesprochen heterogen war – „alt und jung, Männer und Frauen, alles durcheinander“.¹⁵ Erwähnenswert an der doch recht ausführlichen und genauen Darstellung in Österreich II ist außerdem, dass unterschwellig Kritik an den Maßnahmen zum Ausdruck kommt, wenn ein angeblicher „Spruch von damals“ zitiert wird: „Große lässt man laufen, Kleine müssen schaufeln.“¹⁶

In einem weiteren Band jener Reihe aus demselben Jahr werden die „Sühnearbeiten“ erwähnt – erneut als Teil der Entnazifizierungs- und Sühnemaßnahmen der provisorischen Bundesregierung. Im Band „Der lange Weg zur Freiheit“ ist der Blick allerdings weniger auf die Nationalsozialist:innen selbst, sondern eher auf die politischen Entscheidungsträger gerichtet. Die den Text begleitenden Bilder zeigen Menschen sowohl bei klassischer Trümmerarbeit – dem so genannten Ziegelschupfen – als auch bei der Exhumierung von Leichen. Auf keiner dieser Aufnahmen sind Hakenkreuzarmbinden zu sehen. Während bei den Exhumierungen ausschließlich männliche Arbeiter abgebildet sind, befinden sich unter den „Ziegelschupfer:innen“

¹⁵ Helene Moser in: Hugo Portisch/Sepp Riff, „Österreich II: Die Wiedergeburt unseres Staates.“ Wien 1985, 314.

¹⁶ Ebd.

auch Frauen.¹⁷ Beides deckt sich mit den Ergebnissen meiner Auswertung der Entschädigungsansuchen, laut denen Exhumierungen ausschließlich von Männern und vorwiegend in den sehr frühen Phasen der „Sühnearbeiten“ durchgeführt wurden. Generell zeichnet der Text das Bild einer harten und konsequenten Entnazifizierungspolitik, die allerdings zwischen „einfachen“ und „belasteten“ Nationalsozialist:innen zu unterscheiden verstand. Ausgespart wird dabei hingegen – mit dem Fokus auf die allerersten Jahre der Zweiten Republik – die Rücknahme all dieser Maßnahmen sowie die breiten Amnestiewellen Ende der 1940er Jahre.

Hugo Portischs Dokumentationsreihe und die begleitenden Bildbände erwiesen sich als ein Dauerbrenner öffentlicher Geschichtsdarstellung und wurden in weiterer Folge immer wieder neu aufgelegt und überarbeitet – mit der dezidierten Erwähnung der Wiener „Notstandsarbeiten“ blieben sie ab den späten 1980er Jahren aber eher eine Ausnahme in der Darstellung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auf einer Metaebene können sie als typisches Produkt des österreichischen „Opfermythos“ verstanden werden – schließlich werden die Verbrechen der Nationalsozialist:innen und sogar die Beteiligung einzelner Österreicher daran zwar eindeutig erwähnt, die Ideologie aber trotzdem als etwas Fremdes, Deutsches dargestellt. Der Fokus liegt indessen auf der österreichischen „Überwindung“ dieser Zeit und den Entbehrungen, aber auch Erfolgen der Nachkriegszeit. Auch die Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus bekommen viel Raum. Beides überrascht nicht, schließlich kann Österreich II klar als Beitrag zur Selbstvergewisserung der österreichischen Nation verstanden werden. Es ging nicht darum, Brüche oder Konflikte abzubilden, sondern Gemeinschaft zu stiften. Die Notstandsarbeiten werden demzufolge als Teil einer vorgeblich gelungenen Entnazifizierung gezeigt – die vielen Probleme und das letztendliche Scheitern einer tatsächlichen Entnazifizierung der österreichischen Gesellschaft finden dabei keinen Raum. Positiv ist anzumerken, dass die Sühnearbeiten ehemaliger NSDAP-Mitglieder überhaupt zur Sprache gebracht wurden. Denn mit zunehmender zeitlicher Distanz gerieten diese Arbeiten immer mehr in Vergessenheit oder zumindest aus der öffentlichen Wahrnehmung und wurden eher nur in fachwissenschaftlichen Kreisen thematisiert. Meist dann, wenn es ab den späten 1980er Jahren darum ging, den gerade entstehenden österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos zu dekonstruieren und ihm historische Faktizität gegenüberzustellen.

In der auf Konsens orientierten Darstellung der österreichischen Nachkriegszeit dominierten andere Narrative, die im folgenden Kapitel beleuchtet werden. Besonders wichtig ist dabei jene Erzählung rund um die so genannten „Männer von Ka-

17 Hugo Portisch/Sepp Riff, „Österreich II: Der lange Weg zur Freiheit.“ Wien 1985, 78–79.

prun“, also jene Arbeiter, die ab 1947 an der Fertigstellung des Tauernkraftwerks Kaprun arbeiteten und zu einem zentralen Erinnerungsort des österreichischen Wiederaufbaus geworden sind.

5. Wiederaufbau und Tabula rasa

Ich kann Euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann Euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann Euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich!¹

Diese Rede des damaligen Bundeskanzlers Leopold Figl (ÖVP), die als Weihnachtsansprache zu einem der wichtigsten österreichischen Erinnerungsorte der Gründungsphase der Zweiten Republik geworden ist, versinnbildlicht wie wenige andere Zeitdokumente die hegemonialen Narrative über die unmittelbare Nachkriegszeit. Sie wird in ihrer Popularität wohl nur von einem anderen Zitat Figls übertroffen, natürlich dem legendären „Österreich ist frei“, mit dem der wegen seiner angeblich allzu großen Kompromissbereitschaft gegenüber der Sozialdemokratie mittlerweile zum Außenminister gleichsam degradierte Figl die Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 verkündete. Gemein ist beiden Aussprüchen, dass sie sich nicht ganz so zugetragen haben, wie oft vermutet. Während es relativ gut bekannt ist, dass Figl den Satz „Österreich ist frei“ nicht vom Balkon des Belvedere aus der jubelnden Menge zugerufen hat, sondern bei der Unterzeichnung des Vertrages im Schlossinneren selbst gesagt hat, wissen wahrscheinlich deutlich weniger Österreicher:innen, dass das Audiodokument der „Weihnachtsansprache“ nicht etwa aus dem Jahr 1945 stammt, sondern erst 1965 entstand. Von der Original-Rede Figls ist weder eine Aufzeichnung noch ein Manuskript überliefert. Die in zahlreichen Dokumentationen benutzte Audiospur wurde von Figl kurz vor seinem Tod anlässlich der 20-Jahr-Feier der Zweiten Republik im Funkhaus des Österreichischen Rundfunks aufgenommen.² Die Ansprache wurde basierend auf Zeitzeug:innen und Zeitungsberichten rekonstruiert – dürfte sich somit so oder zumindest so ähnlich zugetragen haben. In ihrer Rolle als identitätskonkreter Erinnerungsort ist sie aber losgelöst von derartigen Fragen nach exakter Faktizität, vielmehr erfüllt sie eine klare Funktion: Sie betont im Rückblick zwar, wie schwer und entbehrungsreich die unmittelbare Nachkriegszeit war, schafft in dem Leid gleichwohl eine Gemeinsamkeit durch den

1 Weihnachtsrede, Leopold Figl. 24. Dezember 1945. (wahrscheinlich 1965 nachgesprochen). Österreichische Mediathek.

2 Vgl. Reinhard Linke, Das Geheimnis hinter Figls Weihnachtsrede, orf.at 24. Dezember 2020, online unter: <https://noe.orf.at/stories/3082028/>.

Appell, an dieses Österreich zu glauben. Retrospektiv kann man durchaus festhalten, dass die Österreicher:innen offenbar dem Aufruf gefolgt sind und an ihr Land geglaubt haben. Immerhin wird die Geschichte Österreichs gerade in Bezug auf die Zeit des Wiederaufbaus als Erfolgsgeschichte erzählt – ein Wiederaufstieg gleichsam wie Phönix aus der Asche. Nicht von ungefähr zitierte der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) Figl im Gedenkjahr 2018 in seiner Rede am Nationalfeiertag und fügte hinzu: „Wir müssen dieser Generation, die Österreich nach dem Krieg wieder aufgebaut hat, immer dankbar sein, dass sie an unser Österreich geglaubt hat.“³ Und auch 2023 startete die Österreichische Volkspartei eine breite Kampagne unter dem Titel „Glaubt an dieses Österreich!“, in der eine historische Kontinuitätslinie von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart gezogen werden sollte.⁴

In dieser Werbeoffensive, die just zu einem Zeitpunkt entstand, als die ÖVP aufgrund diverser vom vorigen Bundeskanzler Sebastian Kurz verschuldeter Skandale selbst ein bisschen guten Glauben gebraucht hätte, wird jener „Glauben an Österreich“ nach dem Krieg verknüpft mit einem Glauben an Österreich nach der schwierigen Zeit der COVID-19-Pandemie und den daraus resultierenden wirtschaftlichen, nicht zuletzt auch gesellschaftlichen Problemen. Vergleicht man die Situation 1945 mit jener 2023, wirkt diese Verbindung aber selbst bei wohlwollender Betrachtung ein wenig dick aufgetragen. Auf die Kriegsschäden in Wien wurde ja bereits in einem früheren Kapitel Bezug genommen: Allein in der Bundeshauptstadt waren knapp 100.000 Wohnungen zerstört oder so schwer beschädigt, dass sie unbewohnbar geworden waren. Dies entspricht rund der Hälfte aller durch den Krieg unbewohnbaren Wohnungen in ganz Österreich. Generell war der Osten des Landes schwerer vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden als der Westen, im Besonderen die Region um Wien sowie Linz. Ein Drittel der Eisenbahnstrecken auf österreichischem Gebiet sowie sechs Prozent aller Eisenbahnbrücken waren im Zuge der Luftangriffe als besonders wichtige strategische Ziele zerstört worden, auch zahlreiche Bahnhöfe.⁵ Entlang der wichtigsten Bahnstrecken hatte es auch in anderen Gebieten Österreichs massive Zerstörungen gegeben – so wurden beispielsweise die beiden an der Südbahn gelegenen Kärntner Städte Klagenfurt und Villach mehrmals bombardiert. In Villach, das heute noch ein wichtiges Eisenbahndrehkreuz Rich-

3 Sebastian Kurz, Rede des Bundeskanzlers Sebastian Kurz zum Nationalfeiertag, 26. Oktober 2018.

4 Vgl. Christina Traar, „Nehammer zu neuer Initiative: ‚Sind stärker, als uns viele zgetraut hätten‘“. In: *Kleine Zeitung*, 26. September 2023. Online unter: https://www.kleinezeitung.at/politik/innen-politik/6325238/Glaubt-an-dieses-Oesterreich_Nehammer-zu-neuer-Initiative_Sind.

5 Ernst Bruckmüller, „Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen“. In: Ders. *Wiederaufbau in Österreich 1945–1955: Rekonstruktion oder Neubeginn?* Wien 2006, 10–26, 12.

tung Süden und Westen ist, wurden 85 Prozent aller Gebäude beschädigt und 300 Menschen getötet.⁶ Insgesamt waren 25.000 bis 30.000 Zivilisten im Bombenkrieg und durch die Kämpfe auf österreichischem Staatsgebiet ums Leben gekommen und über 247.000 Personen als Teil der militärischen Verbände im gesamten Krieg gefallen. Mindestens 110.000 Österreicher:innen waren durch das nationalsozialistische Regime und dessen Mittäter:innen ermordet worden: 65.000 Juden und Jüdinnen, 9.000–10.000 Rom:nja und Sinti:zze, 25.000 Menschen im Zuge der nationalsozialistischen Medizinverbrechen vor allem in Hartheim und der „Aktion T4“, 9.500 durch politische Verfolgung.⁷ Wie im nächsten Kapitel noch genauer ausgeführt wird, konzentrierte sich das offizielle Österreich in seinem Gedenken aber zunächst auf jene Österreicher:innen, die im Krieg der Alliierten gegen den Nationalsozialismus ihr Leben verloren hatten und – zur Untermauerung der „Opferthese“ – auf jene, die im Widerstand gestorben oder inhaftiert gewesen waren. In diese Logik passt auch der Fokus auf die entbehrungsreiche Nachkriegszeit, wird hier doch der Schrecken der NS-Zeit in eine zwar nicht ganz so schreckliche, aber zumindest doch ausgesprochen schwere Besatzungszeit hinein verlängert. Beides wurde vom offiziellen Österreich als eine Zeit der Fremdherrschaft und der verlorenen Souveränität dargestellt.

Wie schon in der einleitend zitierten „Weihnachtsansprache“ zum Ausdruck kommt, ist es die überaus schlechte Versorgungslage speziell in der Bundeshauptstadt, die sich in die kollektive Erinnerung an die unmittelbare Nachkriegszeit eingebrannt hat. Bereits im Unterkapitel zu den Lebensmittelkarten haben wir die fortgesetzte Unterernährung der Wiener Bevölkerung in den Jahren 1945 und 1946 thematisiert. Kurz gefasst: Die Situation im Osten Österreichs war in den Jahren 1945 und 1946 besonders schwierig.

Anders als noch 1918 gab es 1945 aber keine nennenswerte Debatte um eine mögliche oder nicht mögliche eigenständige Überlebensfähigkeit des „Kleinstaats“ Österreich.⁸ Ganz im Gegenteil waren insbesondere die politischen Eliten darum bemüht, Österreichs „Größe“ und Position zwischen den sich herauskristallisierenden Machtblöcken als ein Asset darzustellen und offensiv eine neue nationale Iden-

6 Vgl. „Neues aus Alt-Villach“: Bombenkrieg, Besatzungszeit und Wiederaufbau! 42. Jahrbuch des Stadtmuseums Villach. Villach 2005.

7 Brigitte Bailer und Gerhard Ungar, Die Zahl der Todesopfer politischer Verfolgung – Ergebnisse des Projekts, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2013, 111–124.

8 Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Aktualisierte und erw. Neuauflage. Wien 2015, 114.

tität zu konstruieren. Essenzieller Grundbaustein dieses „neuen“ Österreichs war die absolute Gewissheit, nicht Deutsch, sondern durch und durch eigenständig zu sein. Obgleich es einige Jahre dauern sollte, bis dieses Bedeutungsangebot auch tatsächlich eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung fand, waren diese Versuche eines Nation-Building-Prozesses von oben herab letztendlich erfolgreich.⁹ Wie man im nächsten Kapitel noch ausführlicher sehen wird, war diese Abkehr von der Idee eines gemeinsamen deutschen Volksraums natürlich auch begleitet von dem Versuch, jedwede Form von Schuld und damit alle möglichen Reparationszahlungen gleich im Keim zu ersticken.

In der retrospektiven Aufladung der Nachkriegszeit wird diese zwar einerseits als besonders entbehrungsreiche Zeit dargestellt, gleichzeitig jedoch auch als eine Phase des (Wieder-)Aufstiegs Österreichs. In der Tat konnte sich das Land erstaunlich schnell konsolidieren, bereits 1951 lag das Bruttoinlandsprodukt ein Drittel über jenem vor dem Krieg.¹⁰ Erzählt wird diese Erfolgsgeschichte dabei als eine eigenständige Leistung Österreichs und seiner Bürger:innen, die mit Fleiß und gutem Willen ihr Land aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs – an dem sie natürlich absolut keine Schuld hatten – hinein in eine goldene Zeit geführt haben. Ausgeblendet wird zum einen, dass sich der österreichische Staat die verstaatlichte, vormals deutsche Industrieproduktion und von den Nationalsozialisten geschaffene Infrastruktur zunutze machen konnte und zum anderen von den USA massive Hilfestellung erhalten hatte. Diese Hilfe zur Selbsthilfe begann mit Lebensmittellieferungen in der Zeit zwischen 1945 und 1947 und fand ihren Höhepunkt im so genannten „Marshallplan“, dem von den USA initiierten Wiederaufbauprogramm für Europa.¹¹

5.1 Marshallplan

Für das zum Wiederaufbau notwendige Kapital sollte der US-amerikanische Außenminister George Marshall mit dem European Recovery Program (ERP), dem so genannten Marshallplan sorgen. Mit diesem am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University erstmals angekündigten Wirtschaftsförderungsprogramm pumpten die USA zwischen 1948 und 1952 insgesamt 13,12 Milliarden US-Dollar – das entspricht nach heutiger Kaufkraft über 130 Milliarden Dollar – durch Zahlungen und

9 Vgl. Martin Tschiggerl, „Significant otherness nation-building and identity in postwar Austria.“ *Nations and Nationalism* 27/3 (2021): 782–96.

10 Vgl. Rathkolb, *Paradoxe Republik*, 106.

11 Ebd. 115.

Waren nach Europa, um dem vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Kontinent Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und überdies die eigene Wirtschaft in Schwung zu halten. Österreich erhielt davon 962 Millionen Dollar, also 7,4 Prozent, gemessen an der Bevölkerung den dritthöchsten Anteil aller europäischen Staaten als direkte Schenkung, die es also nicht zurückzahlen musste.¹² Diese besondere Großzügigkeit resultierte aus der exponierten Lage Österreichs am Rande der US-amerikanischen Einflussphäre in Europa – das Land sollte als Bollwerk gegen den Kommunismus in der sowjetischen Machtzone aufgebaut werden und avancierte somit gewissermaßen zum Prestigeprojekt der USA.

Die allgemeine Lage in Österreich war unmittelbar nach Kriegsende besonders dramatisch – zumindest innerhalb jenes Blocks in Europa, der Teil des Marshallplans war: Das Bruttoinlandsprodukt hatte sich im letzten Kriegsjahr halbiert, ein massiver Mangel an Energie legte Industrie und Teile der öffentlichen Verwaltung lahm, und besonders Wien war von einer ausgeprägten Lebensmittelknappheit so sehr betroffen, dass es noch im Winter 1946/47 am Rande einer Hungersnot stand. Dieter Stiefel bemerkt dazu: „Österreich war in den ersten Nachkriegsjahren ein wirklich armes Land.“¹³ Die Hilfe der USA war somit dringend notwendig, weswegen das zehnmal so kleine Österreich insgesamt halb so viel Geld- und Sachmittel zur Verfügung gestellt bekam wie Deutschland. Nicht ohne Grund gilt es daher als eine Art Sonderfall und Musterbeispiel für den Erfolg des European Recovery Program.¹⁴

Bei der Verteilung des Geldes in Österreich stand man allerdings vor dem Problem, dass der Osten des Landes aufgrund der sowjetischen Besatzung zum kommunistischen Einflussbereich gezählt wurde und eigentlich keine Mittel des Marshallplans in diese Region hätten fließen dürfen. Obwohl daher West-Österreich ungleich mehr von dem Programm profitierte, gelang es den österreichischen Behörden mit Duldung der US-Amerikaner, zumindest einen Teil der Mittel in Niederösterreich und Wien einzusetzen – jeweils rund 5,8 Prozent der Gesamtsumme.¹⁵ Das von den USA zur Verfügung gestellte Kapital und die Sachleistungen wurden in West-Öster-

12 Zum „Marshallplan“ vor allem aus österreichischer Perspektive vgl. u. a. Günter Bischof, „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich. 1948–1998. Wien 1999; ders., *The Marshall Plan: 1947: Saving Europe – Rebuilding Austria*. New Orleans/Wien 2017; ders., Anton Pelinka und Dieter Stiefel, *The Marshall Plan in Austria*. New Brunswick 2000. Dieter Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. *Der Marshallplan in Österreich 1948–1952*, in: Bruckmüller, *Wiederaufbau Österreich*, 90–101.

13 Stiefel, *Marshall-Plan*, 94.

14 Vgl. ebd.

15 Vgl. Rathkolb, *Paradoxe Republik*, 119.

reich auch für jenes Projekt verwendet, das bis in die 1960er Jahre wie kein anderes den österreichischen Wiederaufbau-Mythos symbolisieren sollte: Das Tauernkraftwerk Kaprun beziehungsweise die dort arbeitenden „Männer von Kaprun“, die als „Helden von Kaprun“ zu einem österreichischen Erinnerungsort werden sollten.

5.2 Die „Helden von Kaprun“

Die im Zentrum dieses Buches stehenden „Trümmerfrauen“ waren nicht der erste vergeschlechtlichte Wiederaufbau-Mythos der Zweiten Republik. Denn noch vor den österreichischen „Trümmerfrauen“ gab es die „Helden von Kaprun“, deren Virilität fundamentaler Bestandteil ihrer Mystifizierung war. Hierbei handelt es sich um jene Arbeiter, die zwischen 1947 und 1955 das Wasserkraftwerk Kaprun in den Salzburger Tauern fertigstellten. Bereits in den 1950er Jahren avancierten sie zur Personifizierung des österreichischen Wiederaufbaus und wurden zum Sinnbild des vermeintlichen Willens der Bevölkerung, das Land wieder aufzubauen und zu einem besseren, weil moderneren Österreich zu machen. Oder wie es der damalige Bundespräsident Karl Renner 1949 ausdrückte: Es war eine Leistung „des gesamten Bundesvolkes“.¹⁶ Susanne Breuss, Karin Liebhart und Andreas Pribersky fassen die Bedeutung des Kapruner Tauernkraftwerks in ihrer Studie zur Elektrifizierung als Teil des österreichischen Wiederaufbaus sehr treffend zusammen: „Kaprun wurde [...] zum zentralen Element der österreichischen Mythenbildung in den Anfangsjahren der Zweiten Republik.“¹⁷

Das Kraftwerk und gerade seine identitätskonkrete Aufladung schließen dabei nahtlos an Österreichs Umgang mit der NS-Zeit an, da auch die narrative Konstruktion dieses nationalen Kristallisationspunkts geprägt war von einem systematischen Ignorieren der nationalsozialistischen Vorgeschichte des Kraftwerks. Denn obschon das Projekt bereits in der Zwischenkriegszeit geplant, aufgrund der Weltwirtschaftskrise aber nicht verwirklicht worden war, kann es nur im Kontext nationalsozialistischer Politik und ihren Verbrechen verstanden werden. Schließlich war seine Errichtung durch Hermann Göring selbst bereits wenige Tage nach dem „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ befohlen worden. Es sollte Teil der – wie Jörg Haider es nannte – „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ des NS-Staats sein

16 Zitiert nach Wolfgang Kos, *Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945*. Wien 1994, 131.

17 Susanne Breuss, Karin Liebhart und Andreas Pribersky, „Land des Stroms. ‚Heimische Energie‘ für den österreichischen Wiederaufbau“, in: Emil Brix (Hg.), *Memoria Austriae. 1. Menschen, Mythen, Zeiten*. Wien 2004, 505–529, 508.

und dabei helfen, die Arbeitslosigkeit in Österreich zu bekämpfen. Der Spatenstich erfolgte am 16. Mai 1938 durch Hermann Göring höchstpersönlich und im Rahmen des „Reichsarbeitsdienst“ kamen tatsächlich tausende zivile Arbeiter:innen aus dem gesamten „Reich“ nach Kaprun. Doch der Einsatz überwiegend ziviler Kräfte zur Errichtung des Kraftwerks sollte nur von kurzer Dauer sein, schon im Oktober 1939 kamen die ersten 500 Kriegsgefangenen aus Polen als Zwangsarbeiter in die Salzburger Tauern, ihnen sollten bis Kriegsende tausende weitere aus ganz Europa folgen.¹⁸ Unter ausgesprochen schwierigen und gefährlichen Bedingungen mussten diese schwerste körperliche Arbeit verrichten, um das als besonders kriegswichtig geltende Kraftwerk fertigzustellen. Immerhin hätte das Wasserkraftwerk dabei helfen können, die hohe deutsche Abhängigkeit von Kohle und Erdöl zu verringern. Dieser Plan misslang, die Arbeiten am Kraftwerk kamen ab 1943 nur mehr relativ schleppend voran.¹⁹ Anfang Mai 1945, kurz vor der Kapitulation, wurde das Lager geräumt und an die Amerikaner übergeben – beflaggt mit „rotweißroten Fahnen“ wie Clemens Hutter in seiner Geschichte des Kraftwerkbaus mit Verweis auf die Kapruner Pfarrchroniken zitiert.²⁰ Die Amerikaner übergaben die Baustelle, die zuvor als „deutsches Eigentum“ beschlagnahmt worden war, 1946 an die österreichische Bundesregierung, die wiederum österreichische Baufirmen dorthin entsandte.²¹ Die Geschichte der „Helden von Kaprun“ nahm ihren Anfang.

Für den Erfolg des Projekts waren aber noch zwei entscheidende Zutaten notwendig: Geld und Arbeitskräfte. Für Ersteres sorgte ab 1948 der Marshallplan, Letzteres gestaltete sich zunächst recht schwierig. In der unmittelbaren Nachkriegszeit kamen von US-amerikanischer Seite deutsche und österreichische Kriegsgefangene zum Einsatz, um dringende Aufräum- und Instandhaltungsarbeiten zu verrichten, nach der Übergabe an Österreich wurden auch Strafgefangene eingesetzt. Nach und nach führte eine breite Werbekampagne der österreichischen Regierung und der beteiligten Baufirmen dazu, dass immer mehr freiwillige Arbeiter den Weg in die Salzburger Tauern fanden. Darunter zumindest 1948 auch eine große Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder, die als „Minderbelastete“ zuvor im US-amerikanischen Anhaltelager in Glasenbach interniert gewesen waren.²² Wolfgang Kos bemüht in seiner Darstellung der Großbaustelle das bildhafte Gleichnis eines „rot-weiß-roten

18 Margit Reiter, Das Tauernkraftwerk Kaprun, in: Oliver Rathkolb/Florian Freund (Hg.), NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“ 1938–1945. Wien 2002.

19 Rathkolb, Paradoxe Republik, 108.

20 Clemens M Hutter, Kaprun. Geschichte eines Erfolgs, Salzburg/Wien 1994, 112.

21 Vgl. Kos, Eigenheim Österreich, 138

22 Vgl. Georg Rigele, Kaprun. Das Kraftwerk des österreichischen Wiederaufbaus, in: Kos/Rigele (Hg.), Inventur 44/55, 311–328, 319–320.

Fegefeuers“, das quasi der Läuterung der „postnationalsozialistischen Gesellschaft“ diene.²³ Diese Metapher ist sehr gut anschlussfähig an die Mystifizierung des Bauprojekts im Österreich der 1950er Jahre selbst. Bereits das sich noch in Bau befindliche Kraftwerk wurde von der österreichischen Politik als Vorzeigeprojekt des Wiederaufbaus inszeniert. Es lieferte dazu auch die perfekte Schablone – als Sieg von Mensch und Technik über die Natur, erbracht von einem Volk, geeint über politische und Klassengrenzen hinweg, das gemeinsam das Land (wieder) aufbaut.²⁴ In diesen und ähnlichen Narrativen wurden die „Helden von Kaprun“ in der österreichischen Öffentlichkeit beschrieben, egal ob in breiten Reportagen oder kurzen Artikeln in den Printmedien, Spielfilmen und Dokumentationen, Romanen oder dargestellt auf Briefmarken und Plakaten.

In der sozialdemokratischen *Arbeiter-Zeitung* findet bereits 1948 eine derartige Aufladung des Projekts und im Besonderen seiner Arbeiter statt, pikanterweise also zu einem Zeitpunkt, als laut Erhebungen der Salzburger Gendarmerie 80 Prozent der Arbeiter ehemalige Nationalsozialisten sind:

Darum denkt man, wenn man nach einem Symbol alles dessen sucht, was wir als „Wiederaufbau“ bezeichnen, an die unermüdlichen Kämpfer, die hoch oben im Schatten des Kitzsteinhorns am Werk sind: an die Männer von Kaprun.²⁵

Die Sprache erinnert dabei an die Sprache des Krieges. Die Arbeiter, egal ob einfacher Bauhelfer oder planender Ingenieur, waren einander Kameraden im gemeinsamen Kampf gegen die Natur. Die vielen Todesopfer des teilweise unter sehr mangelhaften Sicherheitsbedingungen durchgeführten Projekts wurden betrauert wie zuvor Gefallene der beiden Weltkriege – ihre Männlichkeit wurde zum Sinnbild des patriotischen und unbeugsamen Österreichs.²⁶ Die Bilder der Arbeiter strotzen nur so von Virilität – schweißgebadete Männer, bei harter körperlicher Arbeit oder beim Bedienen von schweren Maschinen, eingebettet in die imposante Berglandschaft der Tauern mit ihren schroffen Felswänden und schneebedeckten Gipfeln. Für Frauen war in dieser testosteronschweren Welt kein Platz, hier hatten Männer ihren Mann zu stehen und für das „neue Österreich“ zu kämpfen. Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung vertreten daher nicht zu Unrecht die These, dass der österrei-

23 Kos, Eigenheim Österreich, 138.

24 Vgl. Reiter, Kaprun.

25 Franz Kreuzer, „Das Symbol Kaprun“ *Arbeiter Zeitung*, 7. Oktober 1948, 5.

26 Reiter, Kaprun.

chische „Trümmerfrauen“-Mythos dezidiert als Gegenerzählung zu diesem männlichen Wiederaufbau-Mythos entstanden ist:

Der herkömmliche staatstragende Wiederaufbaumythos bezog sich auf den heldischen männlichen Arbeiter. Als Reaktion auf diesen in der traditionellen Historiographie festgeschriebenen männlichen Wiederaufbaumythos, für den in Österreich die „Helden von Kaprun“ stehen, erscheint es zunächst durchaus verständlich, dass die Frauenforschung in den 1980er Jahren den weiblichen Gegenentwurf der „Heldinnen der Nachkriegszeit“ produzierte.²⁷

Allerdings hatten die „Helden von Kaprun“ zu diesem Zeitpunkt bereits viel von ihrer früheren Strahlkraft verloren. Der Höhepunkt ihrer Popularität war in den 1950er und 1960er Jahren gewesen und ihr Zenit mittlerweile überschritten. Die Erinnerung an ihre Leistungen und vor allem ihre mythologisierte Aufladung als Helden der Nation war in der Zwischenzeit überlagert und von anderen erfolgreich abgeschlossenen Großprojekten – Oliver Rathkolb nennt hier unter anderem die UNO-City in Wien oder den Arlbergtunnel zwischen Tirol und Vorarlberg – verdrängt worden.²⁸

5.3 Heldenhafte Opfer

Wie in diesem Kapitel dargestellt, wurden bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der allgemein als „Wiederaufbau“-Zeit bezeichneten Phase zwischen 1945 und 1955 jene grundlegenden Narrative geprägt, innerhalb derer sich an diesen Abschnitt der österreichischen Zeitgeschichte erinnert werden sollte: Die Österreicher:innen waren Opfer und Helden gleichzeitig. In der Außendarstellung Opfer des Nationalsozialismus, nach innen auch Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus. Held:innen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und Held:innen im Kampf gegen die Entbehrungen der Nachkriegszeit beziehungsweise des Wiederaufbaus des vom Kriege gebeutelten Landes. Wie bereits ausgeführt, war Österreich von den Folgen des Zweiten Weltkrieges stark betroffen: Sowohl die wirtschaftliche Lage als auch die Versorgungslage der Bevölkerung, insbesondere im Osten des Landes, waren in den ersten zwei Nachkriegsjahren äußerst prekär. Indessen konnte die Situation aber durch die massive internationale Hilfe, vorrangig

²⁷ Bandhauer-Schöffmann/Hornung, Das Geschlecht des Wiederaufbaus, 3.

²⁸ Vgl. Rathkolb, Paradoxe Republik, 107.

die US-amerikanische Unterstützung in Form des „Marshallplans“, zügig signifikant verbessert werden. In der kollektiven Erinnerung an die Nachkriegszeit dominieren nichtsdestoweniger zwei zentrale Metanarrative: Die Erinnerung an die Entbehrungen der Zeit und die Überzeugung, dass es den Österreicher:innen gelungen sei, die Situation in erster Linie durch ihr eigenes Handeln – ihren Fleiß, ihren Willen und ihren Mut – zu verbessern. Die internationale Hilfe wird dabei ebenso ausgeblendet wie die Vorgeschichte der Nachkriegszeit in Form der österreichischen Beteiligung an den Verbrechen des NS-Staats und die Rolle Österreichs als Teil des „Dritten Reiches“. Bereits in den ersten Stunden der „Zweiten Republik“ wurde der Grundstein gelegt für die bis in die 1980er Jahre absolut hegemoniale „Opferthese“, wonach Österreich das erste Opfer des Nationalsozialismus gewesen sei.

6. Opfermythen

Um in weiterer Folge die Entstehung eines spezifisch österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos analysieren zu können, müssen wir zunächst noch stärker den österreichischen Umgang mit der NS-Zeit an sich betrachten. Wie bereits erwähnt, fallen die unterschiedlichen Gesetze zur als Sühnearbeit verstandenen Arbeitspflicht ehemaliger Nationalsozialist:innen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in eine sehr kurze Phase, in der sich durchaus eine deutlich antifaschistische Motivation der politischen Eliten Österreichs erkennen lässt.¹ Das NS-„Verbotsgesetz“ vom 8. Mai 1945 und das „Kriegsverbrechergesetz“ vom 26. Juni zielten zumindest kurzzeitig auf eine tatsächliche Säuberung der Gesellschaft vom nationalsozialistischen Gedankengut und eine Bestrafung potentieller NS-Täter:innen und Mittäter:innen ab.² Je nach Schwere ihrer Schuld reichten die möglichen Strafen vom Entzug des Wahlrechts, Berufsverbot und von möglicher Sühnearbeit beziehungsweise Sühnezahlungen über Haftstrafen bis hin zum Tod. Nach dem Beschluss der NS-Registrierungs-Verordnung am 11. Juli 1945 wurden alle Personen, die der NSDAP, der SS, der SA oder den Kraftfahrer- und Fliegerkorps der NSDAP angehört hatten, verpflichtet, sich als Nationalsozialist:innen registrieren zu lassen. Anschließend prüfte eine eigens dafür eingerichtete Kommission ihre Fälle und konnte verschiedene Sanktionen wie Berufsverbote, Vermögensverlust oder andere Sühnemaßnahmen einleiten. Zugleich verloren alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder ihr Wahlrecht.

Von den rund 700.000 NSDAP-Mitgliedern in Österreich konnten etwa 540.000 registriert werden, von denen 98.330 als „Illegale“ eingestuft wurden, weil sie zum Zeitpunkt des NSDAP-Verbots (Juli 1933 bis März 1938) bereits Parteimitglieder in Österreich gewesen waren.³ Letztere hatten, aufbauend auf der „Opferdoktrin“, mit größerer Härte durch das „neue“ Österreich zu rechnen als jene, die erst später der Partei beigetreten waren. Schließlich hatten sie – im Verständnis der „Opferdoktrin“

-
- 1 Vgl. zu dieser Einschätzung: Wolfgang Neugebauer, Zur Problematik der NS-Vergangenheit Österreichs. Referat anlässlich der Enquete „Rassismus und Vergangenheitsbewältigung in Südafrika und Österreich ein Vergleich?“ im österreichischen Parlament, Wien, 31. Mai 2000, <http://www.doew.at/erforschen/projekte/arbeitschwerpunkte/widerstand-und-verfolgung/umgang-mit-der-ns-vergangenheit/zur-problematik-der-ns-vergangenheit-oesterreichs>.
 - 2 Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz), StGBI. Nr. 13/1945 und Verfassungsgesetz vom 26. Juni 1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz), StGBI. Nr. 32/194.
 - 3 Vgl. Stiefel, Entnazifizierung.

– mit einer feindlichen ausländischen Macht kooperiert, um Österreich zu vernichten. Folglich galten sie nach 1945 als „Hochverräter“. Zu Sühnearbeiten wurden sie aber alle herangezogen – teilweise von den Alliierten, teilweise von den österreichischen Behörden selbst – wie etwa zu den bereits ausführlich geschilderten Notstandsarbeiten. Von Anfang an war es den politischen Eliten in Österreich trotz aller Maßnahmen aber ein vordringliches Anliegen, hervorzuheben, dass die Situation in Österreich gänzlich anders sei als in Deutschland.

Sie sahen ihr Land nicht mit Deutschland vergleichbar, sondern eher auf einer Stufe mit Frankreich oder Dänemark, die zwar ebenfalls Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik geworden waren, aber auch ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger strafrechtlich verfolgt, sofern diese kollaboriert und sich damit schuldig gemacht hatten. In den Ministerratsbeschlüssen wurden das Gerechtigkeitsempfinden der Bürger, das Gedenken an die Opfer und die Stärkung der eigenen Position gegenüber den Alliierten als Gründe für die rechtliche Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich unmittelbar nach Kriegsende genannt.⁴

6.1 Von der Moskauer Deklaration zum Staatsvertrag

Zentraler Bezugspunkt des österreichischen Selbstverständnisses als erstes Opfer des Nationalsozialismus ist die Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943.⁵ Diese Deklaration ist das Abschlussdokument der Moskauer Konferenz der drei führenden alliierten Staaten Sowjetunion, USA und Vereinigtes Königreich, vertreten durch ihre jeweiligen Außenminister Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, Anthony Eden und Cordell Hull, sowie China im Oktober 1943. Dort sollte die Nachkriegsordnung in Europa behandelt und im Speziellen auch der Frage nachgegangen werden, wie man mit den „Gräueltaten“ (Statement on Atrocities) und den Kriegsverbrechen umgehen sollte. Für Österreichs Umgang mit der NS-Zeit war aber nicht dieses Statement von immenser Bedeutung, sondern die „Declaration on Austria“, wo die Alliierten zum „Anschluss“ Österreichs an den NS-Staat bemerkten: „Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, dass Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher

4 Vgl. Winfried Garscha, Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In Emmerich Tálos (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Wien 2000, 852–883.

5 vgl. v.a.: Stefan Karner und Alexander O. Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“. Wien/Köln/Weimar 2015.

Herrschaft befreit werden soll.“⁶ Dieser eine, relativ kurze Satz wurde zum identitätskonkreten Mantra des neuen Österreichs und ließ die Moskauer Deklaration gleichsam zur „Magna Charta“ der Zweiten Republik werden.⁷ Schließlich stellen die Siegermächte hier höchstpersönlich das fest, was österreichische Politiker:innen in den kommenden Jahrzehnten immer wieder betonen sollten: Österreich war das erste Opfer Hitlers. Gerne vergessen wurde dabei allerdings, dass der Text mit folgender Feststellung weiterging: „Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“⁸ Doch auch dieser Hinweis auf die Verantwortung Österreichs bleibt sehr passiv und indirekt formuliert. Die wahrscheinlichste Erklärung für diese, Österreich gegenüber sehr wohlwollende, Position der Alliierten ist vermutlich, mit der Erklärung auch gerade den österreichischen Widerstand gegen das NS-Regime fördern zu wollen – dafür spricht, dass diese Erklärung über Österreich als Flugblatt in deutscher Sprache abgeworfen wurde.⁹ Allerdings mit mäßigem Erfolg.

Deutlich erfolgreicher waren aber österreichische Politiker der ersten Stunde, als sie sich auf die für Österreich positiven Aspekte der Deklaration bezogen, während die negativen ausgeblendet wurden: Als es darum ging, Teile der Moskauer Deklaration später in den Österreichischen Staatsvertrag zu übernehmen, gelang es dem ersten Bundeskanzler Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg und späterem Außenminister bei der Unterzeichnung des Staatsvertrages, Leopold Figl (ÖVP), sogar die Alliierten davon zu überzeugen, auf alle Verweise auf den eigenen Beitrag und die Mitverantwortung zu verzichten.¹⁰ Das Wort „Verantwortung“ wurde in der Folge nicht nur aus dem Staatsvertrag, sondern auch aus dem kollektiven Gedächtnis Österreichs für Jahrzehnte gestrichen.¹¹

Der erinnerungspolitische Status als erstes Opfer wurde von allen drei Gründungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ praktisch wortwörtlich in die Österreichische Unab-

6 „Moskauer Deklaration“. In: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag. Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs. 1945–1955. Wien 1998, 607–608.

7 Günther Bischof: Die Moskauer Erklärung vom 1. November 1943: «Magna Charta» der Zweiten Republik, in Stefan Karner/Gottfried Stangler (Hg.), «Österreich ist frei!» Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005. Wien 2005, 22–26.

8 „Moskauer Deklaration“. In: Stourzh, Einheit und Freiheit, 607–608.

9 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 59.

10 Vgl. David Art, The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria. Cambridge 2006, 105.

11 Vgl. Anton Pelinka, Austria. Out of the Shadow of the Past. Boulder 1998, 16.

hängigkeitserklärung vom 27. April 1945 übernommen: „Österreich, [sei] das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist“, der „Anschluss“ als „militärische kriegsmäßige Besetzung des Landes“ sei dem „hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden“, die Reichsregierung unter Hitler habe das „macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt [...], den kein Österreicher jemals gewollt hat, [...] zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat [...]“. Einen Beitrag zur eigenen Befreiung oder gar Reparationen für die Schäden des Krieges oder die Verbrechen des NS-Staats könne man natürlich auf keinem Fall leisten: „die einzusetzende Staatsregierung [wird] ohne Verzug die Maßregeln ergreifen, um jeden ihr möglichen Beitrag zu seiner Befreiung zu leisten, sieht sich jedoch genötigt, festzustellen, dass dieser Beitrag angesichts der Entkräftung unseres Volkes und Entgüterung unseres Landes zu ihrem Bedauern nur bescheiden sein kann“.¹² Die Unabhängigkeitserklärung ist die Blaupause für die stärksten Narrative sowohl für die Konstruktion einer kollektiven österreichischen Identität als auch für Österreichs Umgang mit der NS-Zeit in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Unterzeichnung: Österreich wurde 1938 von einer fremden Macht gewaltsam besetzt, hörte auf, als Staat zu existieren und stand unter einer diktatorischen Fremdherrschaft.¹³ Der dezidierte „Opfer“-Status wird in der Unabhängigkeitserklärung zweimal erwähnt: Nicht nur die gesamte Nation Österreich sei ein Opfer des Nationalsozialismus, sondern auch seine Bevölkerung, eben weil sie gezwungen worden sei, am Nationalsozialismus und seinen illegalen Kriegen teilzunehmen. Die deutschen Nationalsozialisten hätten „viele Hunderttausende der Söhne unseres Landes, beinahe die ganze Jugend- und Manneskraft unseres Volkes, bedenkenlos hingeopfert“.¹⁴ Die 66.000 im Holocaust ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen als konkrete Opfer des Nationalsozialismus hatten in diesem Opferbegriff und im kollektiven Gedächtnis Österreichs in der Nachkriegszeit keinen Platz.¹⁵

12 Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs vom 27. April 1945, StGBI. Nr. 1/194, online unter: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_1_0/1945_1_0.pdf.

13 Heidemarie Uhl, *Of Heroes and Victims: World War II in Austrian memory. Austrian History Yearbook*, 42 2011, 185–200.

14 Proklamation (wie Fußnote 12).

15 Vgl. Tschiggerl, *Significant Otherness*.

6.2 Das totale Opfer

Die Bedeutung dieses Opfermythos für die Konstituierungsphase der Zweiten Republik kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, wie auch eine ganze Fülle an Publikationen zu diesem Themenkomplex eindrucksvoll beweist.¹⁶ Gerhard Botz beschreibt die Etablierung der österreichischen Opferthese sehr treffend: Diese sollte „über Sprachregelungen innerhalb des Staatsapparats, vor allem durch das Außenministerium effizient durchgesetzt und dann vor allem in fast allen Politikerreden, im Journalismus und in den Schulen mit beträchtlichem Erfolg verbreitet werden“.¹⁷ Dabei gilt es grundsätzlich zwei verschiedene Ebenen zu unterscheiden: Die Selbstvergewisserung nach innen – also die Konstruktion einer eigenen nationalen Identität, und die Darstellung nach außen – also die Konstruktion eines Österreichbildes auf der internationalen Bühne. Letzteres gestaltete sich deutlich weniger komplex als Ersteres: Hier erhielt grundsätzlich die zentrale Aussage der Moskauer Deklaration, wonach Österreich das erste Opfer gewesen sei, metanarrativen Charakter und diente der österreichischen Regierung über Jahrzehnte hinweg als Legitimationswerkzeug, um kategorisch alle Ansprüche auf Reparationen oder Entschädigungen abzulehnen. Die österreichischen Politiker:innen konnten darauf verweisen, dass der Staat Österreich in der Zeit von 1938 bis 1945 von einer feindlichen Macht besetzt war, als völkerrechtliches Subjekt schlicht und einfach nicht existiert habe und daher auch keine Form an „Wiedergutmachung“ leisten könne. Wenn irgendeine Form der Zahlung oder der Rückgabe geraubten Besitzes erfolge, dann überhaupt nur auf freiwilliger Basis und als Zeichen des guten Willens. Diese über Jahrzehnte angewendete Strategie wird bereits in dem 1947 in Kraft getretenen „Opferfürsorgegesetz“ deutlich: Dort ist nicht etwa von irgendwelchen Ansprüchen die Rede, sondern Österreich tritt – so Margit Reiter – als „wohlwollender Staat“ auf, der bereit sei, Fürsorge zu leisten, obwohl es ja gar nicht seine Pflicht oder seine Schuld sei.¹⁸ Auch als die Jewish Claims Conference, nachdem sie mit der BRD eine Einigung hatte erzielen können, sich an Österreich wandte, um eine vergleichbare Übereinkunft zu erreichen, wurde dies mit der Berufung auf Österreichs Opferstatus einmal mehr kategorisch abgelehnt.¹⁹ Bezeichnend ist dabei auch eine Aussage

16 Eine Aufzählung des Stands der Forschung würde den Umfang einer Fußnote sprengen, daher sei an dieser Stelle nur auf das Gesamtwerk von Heidemarie Uhl verwiesen, welche die Forschung zum Umgang mit der NS-Zeit in Österreich wie keine andere geprägt hat.

17 Botz, *Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik*, 56.

18 Vgl. Margit Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah*. Wien 2001, 29.

19 Vgl. Uhl, *Transformation*, 57.

des österreichischen Innenministers Oskar Helmer (SPÖ) im Ministerrat 1948, mit der er auf mögliche Entschädigungsforderungen der Opfer des Nationalsozialismus reagierte: „Ich wäre dafür, dass man die Sache in die Länge zieht.“²⁰

Das Selbstbild des unschuldigen Opfers Hitlerdeutschlands war mit einer ganz grundsätzlichen Schwierigkeit verbunden: Wie konnte erklärt werden, dass ein beträchtlicher Teil der österreichischen Bevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialismus direkt oder indirekt beteiligt war? Knapp 800.000 Österreicher:innen waren in die NSDAP eingetreten oder hatten zumindest einen Antrag auf Parteieintritt gestellt, rund 1,3 Millionen Österreicher dienten in der Wehrmacht, der Schutzstaffel oder dem Volkssturm, und auch wenn die genaue Beteiligung der Österreicher:innen an den Verbrechen des NS-Staats immer noch ein Forschungsdesiderat darstellt, gibt es doch für bestimmte Teilbereiche bereits Untersuchungen, die ein eindeutiges Bild ergeben. Bertrand Perz kommt zum Schluss, dass rund 13–20 Prozent der an der „Aktion Reinhardt“, also der systematischen Ermordung von fast zwei Millionen Menschen in Osteuropa, beteiligten Personen, österreichischer Herkunft waren.²¹ Fakt ist: Österreicher:innen waren ein Teil der Bevölkerung des NS-Staats gewesen und hatten sich als Teil von diesem an dessen Verbrechen beteiligt. Nach 1945 hatten sie auch nicht plötzlich zu existieren aufgehört, sondern bildeten nun alle gemeinsam die Republik Österreich. Um die Beteiligung der österreichischen Bevölkerung am NS-Staat zu erklären, bedienten sich die politischen Eliten in der unmittelbaren Nachkriegszeit einer Strategie, die sich auch in den kommenden Jahrzehnten einer großen Beliebtheit erfreuen sollte: Den Verweis auf den brutalen Nazi-Terror und den Befehlsnotstand.

Dies ist insofern spannend, als einige von ihnen tatsächlich von diesem brutalem Nazi-Terror betroffen gewesen waren. Leopold Figl, der besonders stark und häufig dieses Argument geltend machte, war bereits am 1. April 1938 mit einem der ersten Transporte in das Konzentrationslager Dachau gebracht und während seiner Internierung dort auch gefoltert worden.²² Diese eigene Opfererfahrung weitete er nun kollektiv auf die gesamte Bevölkerung aus und bezeichnet den Nationalsozialismus

20 Robert Knight (Hg.), *Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–1952 über die Entschädigung der Juden*. Frankfurt am Main 1988, 197.

21 Vgl. Bertrand Perz, *Warum Österreicher? Zum Personal der Dienststelle des SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik in Lublin*, in: Stephan Lehnstaedt/Robert Traba (Hg.), *Die „Aktion Reinhardt“ Geschichte und Gedenken*. 2019. 45–70. Zur Aktion Reinhardt im Allgemeinen vgl.: Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*. München 2017.

22 Claudia Kuretsidis-Haider und Rudolf Leo, *„dachaureif“. Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938*. Wien 2019.

in seiner Regierungserklärung vom 21. Dezember 1945 als eine „Barbarei“, die als System „zutiefst dem Wesen Österreichs widerspricht, und in das Österreich, nach jahrelangem hartem und opferreichem Widerstand, nur durch unerhörten Terror gepreßt wurde“.²³ Bereits einige Monate zuvor, bei der Enthüllung des Denkmals für die Gefallenen der Roten Armee am Schwarzenbergplatz am 19. August 1945, hatte er davon gesprochen, dass „brutaler Terror und Gewalt [...] die Menschen zu blindem Untertanentum“ gezwungen hätten und Österreich „sieben Jahre unter der Hitlerbarbarei gelitten“²⁴ habe.

Diese Argumente Figls führen uns zur zweiten Ebene der Konstruktion des österreichischen Opfermythos – der Darstellung als erstes Opfer des Nationalsozialismus nach innen. Auch hier agierten die österreichischen politischen Eliten gezielt und mit Bedacht. Es ergab sich jedoch das paradoxe Problem, dass sich die österreichische Bevölkerung in weiten Teilen vielleicht gar nicht selbst als Opfer des Nationalsozialismus fühlte, sondern, wenn überhaupt, dann als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus. Einen aufschlussreichen Hinweis auf diesen Widerspruch geben die zahlreichen „Kriegerdenkmäler“, die ab den 1950er Jahren praktisch überall in Österreich errichtet wurden. Mit diesen Denkmälern wurde der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges gedacht, die dadurch gleichsam zu Verteidigern der Heimat stilisiert wurden. Dieses Heldengedenken lässt sich nur schwer mit einem vermeintlichen Opferstatus Österreichs vereinbaren – schließlich kann man nicht gleichzeitig ein Opfer der „hitlerschen Aggression“ sein und in dessen Angriffskriegen heldenhaft die Heimat verteidigt haben. Heidemarie Uhl hat aufbauend auf Anton Pelinka für diese typisch österreichische Ambivalenz den Begriff des „double speak“ als „spezifisch österreichische Geschichtspolitik“ verwendet: Einerseits wird der eigene Opferstatus nach außen betont, andererseits der verschiedenen Wehrverbände als Helden gedacht, und die tatsächlichen Opfer des NS-Staats werden ignoriert.²⁵ In diesem Denken wurden Deserteure und Wehrdienstverweigerer nach 1945 als Verbrecher, Heimatverräter und Kameradenmörder dargestellt und eine Rehabilitation dieser Personen überhaupt erst 2009 also 64 Jahre nach Kriegsende möglich.²⁶

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Widerstandsgedenken: In der Logik des Selbstverständnisses als erstes Opfer des Nationalsozialismus hätte das Andenken

23 Regierungserklärung des Bundeskanzlers Ing. Figl in Stenographisches Protokoll der 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 21. Dezember 1945 online unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/V/NRSITZ/2/imfname_141045.pdf.

24 Leopold Figl, zitiert nach: *Das Kleine Volksblatt*, 21.8.1945, 1–2.

25 Vgl. Uhl, Opfermythos, 64.

26 Reinhard Moos, „Das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz 2009“, *Journal für Rechtspolitik* 18 (2010): 146–158.

an den Widerstand in Österreich eigentlich staatstragende Funktion haben müssen. Faktisch erfolgte das Widerstandsgedenken zunächst aber nur in der unmittelbaren Nachkriegszeit, danach wurde der Widerstand nur bemüht, wenn es galt, nach außen den Opferstatus zu demonstrieren. Entgegen kam Österreich dabei der sich verschärfende Ost-West-Konflikt, der das Interesse der West-Alliierten an einer Verfolgung von NS-Täter:innen und Entnazifizierung der Gesellschaft hinter die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion zurücktreten ließ. Mit diesem Paradigmenwechsel trafen die Alliierten bei den politischen Eliten Österreichs auf offene Arme und Ohren: Bereits zwei Jahre nach Kriegsende beschloss die Bundesregierung eine Novellierung des „Verbotsgesetzes“, die auf die Zustimmung aller vier alliierten Mächte stieß. 1948 trat eine Amnestie in Kraft, die 90 Prozent all jener, die zuvor von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen gewesen waren, rehabilitierte. Durch diese „Minderbelastetenamnestie“ erhielten auf einen Schlag rund 540.000 ehemalige Nationalsozialist:innen ihr Wahlrecht zurück – dies waren über zehn Prozent aller stimmberechtigten Österreicher:innen.²⁷ Die früheren NSDAP-Mitglieder wurden nun zu einem entscheidenden politischen Faktor im demokratischen Gleichgewicht der Zweiten Republik und daher auch entsprechend intensiv von allen politischen Parteien umworben.²⁸

Generell lässt sich mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Kriegsende immer stärker der Wunsch nach einem Schlussstrich erkennen, der unter die NS-Zeit gezogen werden sollte. Die Reintegration der Nationalsozialist:innen in die österreichische Gesellschaft war ein entscheidender Teilaspekt dieses Bestrebens, die zusehends erlahmende Verfolgung von NS-Täter:innen ein anderer. Hatte in den ersten Jahren nach Kriegsende insbesondere durch die Volksgerichte zumindest noch der Versuch einer juristischen Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus stattgefunden, nahm die Zahl der Prozesse und die der dabei erzielten Verurteilungen rapide ab: 91 Prozent aller Schuldsprüche fielen bis 1949, 80 Prozent aller Verfahren in die Zeit von 1945 bis 1948, und mit dem Erhalt des Staatsvertrages 1955 wurden die Volksgerichte aufgelöst und durch Geschworenengerichte ersetzt. Insgesamt gab es 136.829 Vorerhebungen, die zu 28.148 Anklageerhebungen und 13.607 Schuldsprüchen führten. 43-mal wurde die Todesstrafe verhängt, 29-mal lebenslange Haft.²⁹

27 Stiefel, Entnazifizierung, 292.

28 Lehnguth, Waldheim, 86–87.

29 Vgl. Susanne Uslu-Pauer, Strafrechtliche Verfolgung von nationalsozialistischen Tötungsverbrechen vor dem Volksgericht Wien, in: Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.), Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafrechtswissenschaft von Nürnberg bis Den Haag, Graz 2007, 221–235, 221–222.

Primäres Ziel eines Großteils der politischen Eliten in Österreich war die möglichst schnelle Wiedererlangung staatlicher Souveränität und ein baldiges Ende der alliierten Besatzung. In diesem Kontext lässt sich der wohl einzige „Propagandafilm“ des offiziellen Österreichs nach 1945 verorten,³⁰ der Kinofilm „1. April 2000“. Der klamaukhafte Science-Fiction-Film zeichnet quasi das Horrorszenario einer schier endlosen Besatzungszeit: Österreich ist im Jahr 2000 immer noch besetzt, erklärt sich am 1. April 2000 einseitig für frei und wird in weiterer Folge von der „Weltpolizei“ mit ihren fliegenden Untertassen erneut besetzt. Daraus entspinnt sich ein richtiggehender Fiebertraum österreichischer Selbstvergewisserung, in der scheinbar typische österreichische Eigenschaften zur Reinwaschung von historischer Schuld benutzt werden: Österreich wird der Prozess wegen „Bruch des Weltfriedens“ gemacht und es liegt am charmanten Bundeskanzler, gespielt von Josef Meinrad, Österreich zu retten – und natürlich die Weltpäsidentin zu verführen. Im Verlauf dieses Prozesses treten alle möglichen historischen österreichischen Personen auf, die allesamt die Friedfertigkeit und Freundlichkeit des österreichischen Volkes zur Schau stellen. Am Ende jedoch ist es gerade die Moskauer Deklaration, die Österreich entlastet: Sie wird in einem Archiv gefunden und Österreich wird schließlich freigesprochen, bevor es seine Freiheit erlangt. Heute wird der Film in der Regel in historischen Arbeiten wie der vorliegenden als amüsantes Beispiel für die Konstruktion einer österreichischen Identität ins Treffen geführt – recht anschaulich wird darin einmal mehr die offizielle Staatsdoktrin als erstes Opfer des Nationalsozialismus prominent verhandelt und die zentrale Bedeutung der Moskauer Deklaration für diese Darstellung nach außen bemüht.

Die Wiedererlangung der vollen Souveränität durch den Österreichischen Staatsvertrag 1955 stellt dann gewissermaßen in vielerlei Hinsicht einen weiteren Paradigmenwechsel im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit dar. Die politischen Eliten der Zweiten Republik hatten damit ihr angestrebtes Ziel erreicht, und so kamen die letzten Entnazifizierungsmaßnahmen in weiterer Folge weitestgehend zum Erliegen: Nach 1955 fanden nur mehr 35 Prozesse gegen 49 Angeklagte statt, von denen 23 mit einem Freispruch endeten und zahlreiche andere mit lächerlich geringen Strafen.³¹ Der Staatsvertrag kann dabei als Bestätigung der bisherigen Position der österreichischen Politik durch die Alliierten gesehen werden – folgten sie doch in substanziellen Punkten der österreichischen Argumentation und strichen auch

³⁰ Vgl. dazu: Uhl, Opfermythos 2005, 54.

³¹ Claudia Kuretsidis-Haider, Die Rezeption von NS-Prozessen in Österreich durch Medien, Politik und Gesellschaft im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Clemens Vollnhals et al., NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit: Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. Göttingen 2012, 403–430.

Hinweise auf eine Mitverantwortung Österreichs an den Verbrechen des NS-Staats aus dem Vertrag. Die Externalisierung des Nationalsozialismus und die Internalisierung der Darstellung als erstes Opfer waren damit aus österreichischer Perspektive erfolgreich abgeschlossen.

6.3 Von Borodajkewycz bis Waldheim

Blicken wir auf die Zeit nach 1955, müssen wir uns im Klaren sein, dass die folgenden Jahrzehnte keineswegs friktionsfrei verliefen und die österreichische Staatsdoktrin, Hitlers erstes Opfer gewesen zu sein, auch nicht unwidersprochen blieb. Die verschiedenen Initiativen, Österreichs Umgang mit der NS-Zeit zu ändern und eine offene Auseinandersetzung mit der Rolle der österreichischen Bevölkerung im Nationalsozialismus anzuregen, gingen in der Regel aber von idealistischen Einzelpersonen mit hohem persönlichem Engagement aus.

Simon Wiesenthal war solch eine Einzelperson. Wiesenthal überlebte – wie er selbst schreibt – durch eine „Abfolge von Wundern“³² den Holocaust und begann bereits unmittelbar nach Kriegsende mit der Verfolgung von NS-Tätern. Hierzu kooperierte er unter anderem mit dem „War Crimes Office“ der US-Armee und engagierte sich im „Zentrum für jüdische historische Dokumentation“ in Linz, um dort systematisch Zeugenaussagen von Holocaust-Überlebenden über NS-Verbrechen zu sammeln.³³ Bereits in dieser frühen Phase zeigten österreichische Behörden wenig Interesse an einer Zusammenarbeit. Zwischen 1954 und 1961 hatte es sich Wiesenthal laut eigenen Angaben zur Aufgabe gemacht, einen der wichtigsten untergetauchten NS-Verbrecher zu verfolgen: Adolf Eichmann. Über Wiesenthals Beteiligung an der Ausforschung und Verurteilung Eichmanns gehen die Einschätzungen zwar auseinander, feststehen dürfte allerdings, dass er einen bedeutenden Beitrag geleistet hat, wenn auch nicht einen ganz so großen, wie er selbst es darstellte.³⁴ Wiesenthal zielte auch in Österreich auf einen ähnlich spektakulären Prozess ab und sammelte systematisch Zeugenaussagen gegen jenen „Mann, der die Hauptverantwortung trug für die Ausrottung der Juden und Jüdinnen aus Wilna“³⁵: Franz Murer.

32 Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*. Wien 1988, 21.

33 Vgl. Alan Levy, *Die Akte Wiesenthal*, Wien 1995, 75–77.

34 Vgl. Tom Segev, *Wiesenthal. Life and Legends*, New York 2010, 27–28.

35 Simon Wiesenthal, *Doch die Mörder leben*, München 1967, 80f.

Der gebürtige Steirer Murer war unter anderem von 1941 bis 1943 Stabsleiter und Referent des Gebietskommissariats Wilna-Stadt und zuständig für „jüdische Angelegenheiten“. Er ist verantwortlich für die Deportation und Ermordung von rund 80.000 dort lebenden Juden und Jüdinnen. In Wilna war er bereits 1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, nach der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages 1955 aber an Österreich übergeben und hier – entgegen anderslautenden Vereinbarungen – nicht weiter verfolgt worden. Bis 1961 führte er dann ein relativ unbehelligtes Leben als Obmann der Bezirksbauernkammer Liezen (ÖVP), bis sein Name im Zuge des Eichmann-Prozesses genannt wurde. Auf Druck der Jüdischen Kultusgemeinde und Simon Wiesenthals wurde im Mai 1961 ein Haftbefehl gegen ihn erlassen und nach 25 Monaten Untersuchungshaft begann im Juni 1963 in Graz ein aufsehenerregender Prozess.³⁶

Der Prozess verkam allerdings zur Farce: Die aus der ganzen Welt angereisten Überlebenden des Ghettos Wilna wurden vor Gericht verlacht und gedemütigt, ihren Aussagen kein Glauben geschenkt und jeder noch so kleine Widerspruch oder jede Fehlerinnerung – etwa welche Farbe die Uniform Murers gehabt habe – gegen sie verwendet. Es war schnell klar, dass es vor diesem Gericht keine Gerechtigkeit geben würde. Am 19. Juni 1963 erfolgte dann auch der skandalöse Freispruch, indem sich das Gericht der Linie der Verteidigung anschloss, es handle sich um eine Verwechslung und Murer könne keine individuelle Schuld nachgewiesen werden. Murer verließ das Gericht nicht nur als freier Mann, sondern auf den Schultern einer jubelnden Menge, die ihm nach dem Freispruch sogar Blumen überreichte.³⁷ Dieser Prozess, das Urteil und die Reaktion darauf werfen ein Schlaglicht auf diese Zeit: Murer konnte in der Folge unbehelligt weiterleben, fand seinen Platz rasch im neuen System und machte sogar im lokalen Bereich eine politische Karriere.

Dies war jedoch nicht das einzige Mal, dass Wiesenthal persönliche Niederlagen im Kampf um Österreichs Umgang mit der NS-Zeit hinnehmen musste. War er im Prozess gegen Murer noch eher im Hintergrund geblieben, stand er gut zehn Jahre später selbst im Mittelpunkt einer Kontroverse – der so genannten Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre. Bruno Kreisky (SPÖ) hatte 1970 den ersten Wahlsieg für die Sozialdemokraten bei einer Nationalratswahl erringen können und in weiterer Folge als Bundeskanzler einer von der Freiheitlichen Partei unter der Führung des ehemaligen SS-Angehörigen Friedrich Peter gestützten Minderheitsregierung am-

³⁶ Vgl. u. a.: Johannes Sachslehner, *Rosen für den Mörder*, Wien/Graz/Klagenfurt 2017.

³⁷ In seinem 2018 veröffentlichten Film „Murer – Anatomie eines Prozesses“ greift Christian Frosch das Thema auf und schuf damit ein eindrucksvolles Portrait eines historischen Skandals in Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit.

tieren können. Kreisky, der aufgrund seiner jüdischen Herkunft laut der Nürnberger Rassengesetze 1938 selbst aus Österreich hatte flüchten müssen, berief in seine Bundesregierung insgesamt vier ehemalige NSDAP-Mitglieder, was unter anderem vom ÖVP-nahen Wiesenthal scharf kritisiert worden war. 1975 spitzte sich dieser Konflikt noch zu, als Wiesenthal zunächst den Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger über Aktenfunde informierte, die eine Mitgliedschaft Friedrich Peters in einer Brigade der Waffen-SS, die an der Ostfront Massenmorde an Zivilisten verübt hatte, nachwiesen. Nach der Nationalratswahl 1975 machte Wiesenthal den Inhalt dieser Akten öffentlich. Obwohl Kreisky nicht mehr auf eine Unterstützung der FPÖ angewiesen war – die SPÖ hatte die absolute Mehrheit – stellte er sich hinter Peter und attackierte Wiesenthal scharf. Kreisky bildete gemeinsam mit weiten Teilen der österreichischen Öffentlichkeit eine breite Front gegen Wiesenthal, der zum Ziel zahlreicher Angriffe wurde, die auch von antisemitischen Ressentiments bestimmt waren.³⁸ Kreisky verstieg sich im Zuge des Konflikts sogar zur (haltlosen) Behauptung, Wiesenthal selbst wäre ein Kollaborateur und Informant der Gestapo gewesen. Eine Aussage, die er Jahre später erneut wiederholen sollte und für die er mehrmals gerichtlich durch Wiesenthal zur Verantwortung gezogen wurde.³⁹ So gar ÖVP-Politiker und ÖVP-nahe Zeitungen beteiligten sich an den Attacken auf Wiesenthal und solidarisierten sich mit dem freiheitlichen Peter und dem sozialdemokratischen Kreisky.⁴⁰ Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, wie stark selbst 30 Jahre nach Kriegsende die Beharrungskräfte noch waren, wenn es darum ging, über die NS-Zeit den Mantel des Schweigens zu breiten. Friedrich Peter ging aus der Affäre unbeschadet hervor, während Wiesenthals öffentliches Ansehen enormen Schaden genommen hatte.⁴¹

In einem ähnlichen Gegensatz aus progressiven Versuchen und Beharrungskräften lässt sich auch die Affäre rund um den Wiener Universitätsprofessor Taras Borodajkewycz im Jahr 1965 verorten. Der Historiker Borodajkewycz unterrichtete an der Wiener Hochschule für Welthandel und kann als geradezu archetypischer Exponent der gescheiterten Entnazifizierung des österreichischen Hochschulsystems bezeichnet werden. Denn seine NSDAP-Mitgliedschaft hatte nicht etwa zu einem Ende seiner Universitätskarriere geführt: Mit einer Einstufung als „Minderbelas-

38 Vgl. Christin Axer, *Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit*. Wien/Köln 2011. 186–188.

39 Vgl. Rathkolb, *paradoxe Republik*, 403–404.

40 Vgl. Lehnguth, *Waldheim*, 68.

41 1983 sollte Peter schließlich doch noch über seine NS-Vergangenheit stolpern: Seine Wahl zum dritten Nationalratspräsidenten wurde durch erheblichen öffentlich Druck verhindert. Dies zeigt, wie sehr sich die österreichische Gedächtnispolitik in den 1980er wandelte.

teter“ konnte er nach 1945 seine Karriere fortsetzen und erhielt 1955 einen Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der späteren Wirtschaftsuniversität Wien. Was ihn jedoch von anderen unterschied und seinen Fall in ein grelles Licht rückt, ist die Tatsache, dass er seiner nationalsozialistischen Gesinnung treu geblieben ist und aus seiner Überzeugung keinen Hehl machte. Sein offen artikulierter Antisemitismus und seine deutschnationalen Positionen machten ihn dabei im Besonderen unter rechten Burschenschaftlern, die Anfang der 1960er noch die Universitäten dominierten, äußerst beliebt. In den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit geriet Borodajkewycz erstmals 1962 durch einen Artikel des späteren österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer (SPÖ) in der *Arbeiter-Zeitung*. Der Herr Professor reagierte auf den Artikel mit einer Klage wegen Rufschädigung und bekam vor Gericht auch Recht – Fischer und ein weiterer Redakteur mussten ihm 1963 Schadensersatz leisten. Vielleicht beflügelt von seinem Sieg vor Gericht veröffentlichte Borodajkewycz in der von der westdeutschen Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) einen Text zur NS-Zeit und schrieb dort unter anderem, „daß wir deutschen Österreicher zum zweiten Male innerhalb einer Generation das größere Vaterland verloren haben“. ⁴² Erneut kam es zu Reaktionen der österreichischen Öffentlichkeit, eine bestechende Vorgehensweise wählte der Kabarettist Gerhard Bronner. Er griff das Thema in seiner Hauptabendsendung „Zeitventil“ auf und führte dort ein fiktives Interview mit dem Hochschulprofessor. Die Antworten des Historikers Borodajkewycz stammten dabei alle aus den Vorlesungsmitschriften des späteren SPÖ-Politikers Ferdinand Lacina. ⁴³ Der Skandal kam ins Rollen und Borodajkewycz sah sich dazu veranlasst, selbst Stellung zu nehmen. Er tat dies in Form einer live im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz, die eigentlich als Podiumsdiskussion zwischen ihm und den wenigen kritischen Studierenden geplant gewesen war. Die von der rechtskonservativ dominierten ÖH organisierte Veranstaltung im Audimax der Hochschule für Welthandel wurde für Borodajkewycz zum Triumph: Unter den Jubelrufen hunderter Hörer:innen verteidigte er seine früheren Aussagen, wie beispielsweise seine Angewohnheit, bei jüdischen Persönlichkeiten stets deren jüdische Herkunft hervorzuheben. Des Weiteren erklärte er, stolz auf seine NSDAP-Mitgliedschaft zu sein, und ließ sich im Hörsaal feiern. Doch dieses Mal hatte der Professor den Bogen überspannt. Zwar war keine seiner Aussagen straf-

42 Taras Borodajkewycz, Gedanken zum 1. September 1939 und seinen Folgen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 36/1964, 13.

43 „Zeitventil“, 18. März 1965. Gerhard Bronner in einem fiktiven Interview mit Taras Borodajkewycz: <https://tvthek.orf.at/profile/Archiv/7648449/Fiktives-Interview-mit-Taras-Borodajkewycz/9462767/Fiktives-Interview-mit-Taras-Borodajkewycz/9462768>.

rechtlich relevant, doch der Widerstand gegen ihn begann nun auch auf der Straße Form anzunehmen. Die Demonstrationen gegen Borodajkewycz sollten dann tragischerweise das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik fordern, was der Affäre zusätzliche Brisanz verlieh: Der 67-jährige ehemalige Widerstandskämpfer und KZ-Häftling Ernst Kirchweger wurde beim Aufeinandertreffen zweier Demonstrationsgruppen – Borodajkewycz-Sympathisant:innen versus seine Gegner:innen – vom vorbestraften Neonazi Günther Kümel niedergeschlagen und starb zwei Tage später an seinen Verletzungen.⁴⁴ Den Auseinandersetzungen waren Provokationen der Borodajkewycz-Sympathisant:innen wie beispielsweise „Hoch Auschwitz“-Rufe vorausgegangen. Kümel, mehr als 40 Jahre jünger und Amateurboxer, konnte vor Gericht Notwehr geltend machen und wurde lediglich zu zehn Monaten Haft verurteilt. Der Tod Kirchwegers war jedoch der Tipping Point in der Affäre rund um den deutschnationalen Hochschulprofessor. Am Begräbniszug für Kirchweger über die Wiener Ringstraße nahmen über 25.000 Menschen teil. Darunter hochrangige politische Vertreter, wie der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Franz Jonas, der die Wahl trotz oder vielleicht gerade wegen seiner offenen Bekundung zum ehemaligen kommunistischen Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger gegen seinen Kontrahenten Alfons Gorbach, der dem Begräbniszug ebenso wie der Bundeskanzler Josef Klaus und der Bildungsminister Piffl-Perčević ferngeblieben war, gewinnen konnte.⁴⁵

In der Borodajkewycz-Affäre blitzte erstmals eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und deren Überbleibseln im System auf, große Veränderungen blieben jedoch aus. Selbst Borodajkewycz musste nicht wirklich Konsequenzen aus seinen Wortmeldungen und seinem Verhalten ziehen. Wie schon das Engagement Simon Wiesenthals gezeigt hat, gingen die Initiativen zum Aufbrechen des Schweigens um Österreichs Verantwortung als Teil des NS-Staates von motivierten Einzelpersonen aus, die keine persönlichen Risiken und Anfeindungen scheuten, um das zu tun, was ihrer Meinung nach moralisch richtig war – das Benennen und Aufzeigen der dunklen Flecken in der jüngsten Geschichte. Bis eine wirkliche Veränderung in Österreich stattfinden konnte, sollte es noch Jahrzehnte dauern.

Die 1980er Jahre können gemeinhin als die große Umbruchsphase im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit verstanden werden. Insbesondere die Affäre

44 Zum Fall „Ernst Kirchweger“ vgl.: Manfred Mugrauer, „Der Tote ist auch selber schuld“. Zum 50. Jahrestag der Ermordung Ernst Kirchwegers. Wien 2015; Rafael Kropiunnigg, Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz. Wien 2015.

45 Vgl. Gerard Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien 1996, 486–501, 496–498.

rund um die NS-Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten und renommierten Diplomaten Kurt Waldheim (ÖVP) im Jahr 1986 stellt die zentrale Zäsur in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Österreich dar, doch bereits ein Jahr zuvor hatte die Affäre Reder gezeigt, dass sich das politische Klima in Österreich in einem Wandlungsprozess befand: Der frühere SS-Sturmbannführer Walter Reder war nach jahrzehntelanger Haft wegen Kriegsverbrechen in Italien am 24. Januar 1985 nach Österreich zurückgekehrt und am Flughafen Graz-Thalerhof vom damaligen Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) per Handschlag begrüßt worden. Der Handschlag mit dem verurteilten Kriegsverbrecher löste in Österreich einen Skandal aus und Frischenschlager geriet ins Kreuzfeuer der Kritik, sogar die Koalition zwischen SPÖ und FPÖ schien in Gefahr. Unterstützung erhielt der Verteidigungsminister dabei ausgerechnet von Kärntner FPÖ-Chef Jörg Haider, der in der Kärntner Zeitung *Kärntner Nachrichten* erklärte: „Denn Walter Reder war Soldat wie Hunderttausende andere auch. Er hat seine Pflicht erfüllt, wie es der Eid des Soldaten gebietet.“⁴⁶ Dieses Zitat Haiders ist dabei in gleich mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst aufgrund der Person des Sprechenden selbst – Jörg Haider sollte im Jahr 1986 die Führung der FPÖ übernehmen und diese deutlich weiter nach rechts führen, aber auch erfolgreicher machen – und die Koalition mit der SPÖ sprengen. Mit der Berufung auf die soldatische Pflicht Reders nahm er außerdem das wichtigste und prominenteste Argument Kurt Waldheims einige Monate später vorweg.

Die Kontroverse rund um Walter Reder 1985 und die gescheiterte Wahl Friedrich Peters zum dritten Nationalratspräsidenten 1983 zeugen von einem sich ändernden Klima in Österreich. Es ist daher wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Affäre Waldheim eher als ein Symptom der diskursiven Verschiebungen in der Zweiten Republik interpretiert werden muss, weniger als deren Auslöser. Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes zwischen dem konservativen Kurt Waldheim und dem sozialdemokratischen Gegenkandidaten Kurt Steyrer hatte das österreichische Nachrichtenmagazin *Profil* eine gemeinsame Recherche mit der *New York Times* veröffentlicht und Waldheims Vergangenheit in der Wehrmacht und dem SA-Reitersturm publik gemacht, was zu weiteren Ermittlungen durch den World Jewish Congress (WJC) führte. Nach und nach kamen immer weitere Details über Waldheims Zeit in Griechenland und am Balkan ans Licht, und wenngleich Waldheim – wie so häufig in solchen Fällen – keine individuelle Schuld nachgewiesen werden konnte, warf seine Rolle in der NS-Zeit und vor allem sein jahrzehntelanges

⁴⁶ Haider in *Kärntner Nachrichten*, 14. Februar 1985.

Schweigen darüber doch viele Fragen auf.⁴⁷ Waldheim weigerte sich zunächst kategorisch, entsprechende Fragen zu beantworten. Vielmehr verfolgte er die Strategie, immer nur exakt so viel zuzugeben, wie ihm eindeutig nachgewiesen werden konnte – legendär ist auch heute noch seine Aussage in diesem Zusammenhang, er selbst sei gar nicht bei der SA gewesen, sondern nur sein Pferd.⁴⁸ Als er schließlich dazu gezwungen war, die gegen ihn erhobenen und durch Quellen eindeutig belegten Vorwürfe zuzugeben, berief er sich – wie schon Jörg Haider im Fall Walter Reders – auf den Befehlsnotstand und seine soldatische Pflicht. Er „habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende andere Österreicher, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt“.⁴⁹ Diese Argumentationslinie zeigte Erfolg – Waldheim gewann die Wahl, was auch nicht zuletzt an einem gewissen „rally round the flag“ und „jetzt erst recht“-Effekt gelegen haben dürfte: Im Wahlkampf betonte die ÖVP, dass sich Österreich nicht vorschreiben lassen dürfe, wen es zu seinem Bundespräsidenten wählen würde – häufig auch mit dem implizit mitschwingendem Zusatz, schon gar nicht vom World Jewish Congress. Tatsächlich war die Debatte in den österreichischen Medien massiv von antisemitischen Untertönen begleitet – beispielsweise durch Verweise auf die amerikanische „Ostküste“, ein antisemitischer Code, dessen sich auch unter anderem Jörg Haider immer wieder bedienen sollte.⁵⁰ Waldheims Wahlerfolg erwies sich aber international als Pyrrhussieg, da die USA ihn auf die Watchlist setzten und er als amtierender österreichischer Staatspräsident dort nicht einreisen durfte.

Trotz Waldheims Wahlsieg zeigt die Affäre rund um seine Rolle im NS-System eine tiefgreifende Veränderung in der österreichischen Gesellschaft auf. Erstmals fand eine breite, gesamtgesellschaftliche Debatte über die Verstrickung österreichischer Bürger in die Verbrechen des NS-Staats statt. Wie bereits erläutert, hatte es auch schon in den Jahrzehnten davor da und dort Streiflichter gegeben, dies waren aber Einzelphänomene geblieben. Der Stein der Aufarbeitung konnte erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ins Rollen kommen. Heidemarie Uhl spricht im Zusammenhang mit der Waldheim-Affäre von einem doppelten Paradigmenwechsel

47 Die wohl bisher beste Analyse der „Affäre Waldheim“ vor allem im Gesamtkontext des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit liefert Cornelius Lehniguth mit „Waldheim und die Folgen“.

48 Ruth Beckermanns 2018 erschienener Dokumentarfilm „Waldheims Walzer“ liefert einen hervorragenden Einblick in die stellenweise Absurdität der damaligen Affäre.

49 Kurt Waldheim in einem ORF-Interview am 9. März 1986 zitiert in: Michael Gehler, Die Affäre Waldheim. Eine Fallstudie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den späten Achtziger Jahren. In: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Band 2. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Wien 1997, 358.

50 Vgl. u. a. Ruth Wodak et al., „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. 1. Aufl. Frankfurt am Main 1990.

im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit. Zunächst einem politischen, indem die zuvor metanarrative Opferdoktrin um die so genannte Mitverantwortungsthese erweitert wurde. Demnach sei Österreich als Staat und völkerrechtliches Subjekt zwar immer noch das erste Opfer des Nationalsozialismus, Österreicher:innen aber sehr wohl auch Täter:innen im NS-Staat gewesen. Österreich als Nation habe daher eine nicht zu leugnende Mitverantwortung an den Verbrechen des „Dritten Reichs“.⁵¹ Exemplarisch lässt sich diese Position in der bekannten Rede des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky im Nationalrat am 8. Juli 1991 festmachen: „Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.“⁵² Die zweite Ebene dieses Paradigmenwechsels ist eine forschungsspezifische der Geschichtswissenschaft – ab den 1980er Jahren begann sich eine ganze Reihe junger Historiker:innen intensiv mit der Rolle Österreichs im Nationalsozialismus zu beschäftigen und sich auf Themen zu konzentrieren, „die zu den ‚blinden Flecken‘ und ‚Tabus‘ des österreichischen Geschichtsverständnisses zählten“.⁵³

Wie so häufig in der Geschichte schwang das Pendel progressiver gesellschaftlicher Veränderungen jedoch in beide Richtungen: Denn als die österreichische Gesellschaft anfang, sich erstmals auf breiter Basis der eigenen, problematischen Vergangenheit zu stellen, begann auch der Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ unter dem genannten Jörg Haider. Das Jahr 1986 muss dabei als das vielleicht wichtigste Schlüsseljahr der jüngeren österreichischen Zeitgeschichte verstanden werden – neben der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten konnte sich in diesem Jahr auch Haider gegen seinen gemäßigten parteiinternen Konkurrenten Norbert Steger durchsetzen und in den kommenden Jahren die FPÖ von einer Kleinpartei zu einem entscheidenden Player in der österreichischen Innenpolitik machen.⁵⁴

In diesem Spannungsfeld aus Aufarbeitung der NS-Zeit und Aufstieg der Rechtspopulisten ist auch die Geburt der „österreichischen Trümmerfrau“ zu verorten.

51 Vgl. Uhl, Das „erste Opfer“.

52 Vgl. Gerhard Botz und Gerald Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, Frankfurt am Main/New York 1994, 575–576.

53 Uhl, Das „erste Opfer“, 27.

54 Vgl. hierzu auch das zweite Kapitel dieses Buches.

7. Geschichtspolitik 2.0

Wie bereits festgestellt, kann die späte Geburt der österreichischen „Trümmerfrau“ nur im Kontext jenes zentralen Paradigmenwechsels im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit verstanden werden, der sich ab den (späten) 1980er Jahren beobachten lässt. Die Erzählung, wonach Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus keinerlei Verantwortung für dessen Verbrechen übernehmen könne, verlor im Zuge der weitreichenden Veränderungen im gesamtgesellschaftlichen Erinnerungsdiskurs dieses Jahrzehnts an Zugkraft und machte Platz für eine Art „Mitverantwortungsthese“, in der Österreich als Staat zwar immer noch als ein Opfer des Nationalsozialismus definiert, die Rolle der österreichischen Bevölkerung als Teil des NS-Staats aber nicht mehr ausgeblendet wurde. Die Rede des österreichischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky im Nationalrat am 8. Juli 1991 hat dabei geradezu idealtypischen Charakter. Der SPÖ-Politiker sprach darin von einer „Mitverantwortung für das Leid“ und erklärte: „Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle.“¹ So deutlich wie Vranitzky hatte sich zuvor noch kein österreichischer Spitzenpolitiker in offizieller Funktion zu einer österreichischen Mitverantwortung bekannt.² Er tat dies aber eben nicht im Rahmen eines Gedenkjahres oder Jahrestags, denn die Rede hatte eigentlich den Jugoslawienkrieg und die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zum Thema, doch Vranitzky nutzte die Gelegenheit, um über Österreichs Status als moralische Instanz auf der internationalen Bühne zu sprechen. Auch dürfte Vranitzkys Rede eine Reaktion auf einen der berüchtigten „Sager“ des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider (FPÖ) wenige Wochen zuvor gewesen sein: Dieser hatte am 13. Juni im Kärntner Landtag die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ gelobt und damit für einen Skandal gesorgt, der in weiterer Folge am 21. Juni zu seiner Abwahl als Landeshauptmann geführt hatte.³ Vranitzky bezog sich in seiner Rede auch mehr oder weniger direkt auf Haiders Ausfall in Kärnten:

„Daher ist es nicht zulässig, daß Zeiten, in denen eine Diktatur so viel Leid über die Menschen gebracht hat, eine Diktatur, zu deren Zielen von Anfang an Verfol-

1 Stenographisches Protokoll – 35. Sitzung der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates der Republik Österreich, 8./9.7.1991, 3282.

2 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 206–207.

3 „Von der Wende zum Ende. Dramaturgie des Mißtrauens“ In: *Der Standard*, 22. Juni 1991, 5.

gung und Krieg gehörten, daß auch nur irgendein Aspekt dieser Zeit von heutigen Trägern politischer Verantwortung in unserem Land positiv bewertet wird.“⁴

Die Reaktionen auf Vranitzkys Bekenntnis zur Mitverantwortung wiederum fielen, wie zu erwarten war, gemischt aus: Während linke und liberale Kreise Vranitzkys Rede begrüßten, aber auch anmerkten, dass sein Konzept von „Mitschuld“ zu wenig weit gehe und eine typisch österreichische „Halbheit“ – nicht Fisch und nicht Fleisch – darstelle, kritisierten konservative Kommentatoren Vranitzky scharf und sprachen von „Kollektivschuld“, die alle österreichischen Opfer des Nationalsozialismus verhöhne.⁵ Wieder andere merkten an, dass solch eine wichtige Grundsatzpositionierung, noch dazu so kurz nach Jörg Haider's Tabubruch, eine eigene Rede verdient gehabt hätte und nicht quasi als Randnotiz in einer Rede zum Jugoslawienkonflikt hätte untergebracht werden sollen.⁶ Dessen ungeachtet kann Vranitzkys Rede retrospektiv als Meilenstein im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit betrachtet werden. Denn, auch wenn seine Rede tatsächlich einen Kompromiss darstellt – wie er für Österreich so typisch ist –, hat er sich doch deutlicher und klarer positioniert als alle Bundeskanzler vor ihm. Franz Vranitzky war es auch, der als erster österreichischer Regierungschef 1993 offiziell Israel bereiste. Grund der Reise war der Entschluss der Hebrew University Jerusalem, ihm einen Ehrendokortitel als Wertschätzung für seine auch international viel beachtete Rede zu verleihen. In seiner Ansprache an der Universität nutzte Vranitzky die Gelegenheit, seine Worte von 1991 noch einmal zu untermauern, sprach erneut von einer Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung und bat „um die Verzeihung jener, die überlebt haben, und um die Verzeihung der Nachfahren der Opfer“.⁷ Auch mit dieser Bitte betrat er geschichtspolitisches Neuland. Vor ihm hatte kein Bundeskanzler sich in dieser Weise geäußert. Zum Vergleich: Wenngleich es keine verbale Entschuldigung war, kann Willy Brandts Kniefall 1970 vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos zumindest als symbolische Geste und bitte um Verzeihung interpretiert werden.⁸

4 Vranitzky, 1991, 3282.

5 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 207.

6 Katrin Hammerstein, *Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich*. Göttingen 2017, 417–419.

7 Franz Vranitzky, Rede an der Hebrew University Jerusalem, zitiert nach <https://dasrotewien.at/seite/auszuege-aus-vranitzkys-rede-vor-der-hebraeischen-universitaet-jerusalem>.

8 Zu Brandts Kniefall vgl.: Friedrich Kießling, *Täter repräsentieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau. Überlegungen zum Zusammenhang von bundesdeutscher Außenrepräsentation und der Erinnerung an den Nationalsozialismus*. In: Johannes Paulmann (Hg.), *Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945*. Köln 2005, 205–224.

Gerade die Spannweite zwischen den beiden Reden Vranitzkys und Haider, die unterschiedlicher kaum sein könnten, veranschaulicht den österreichischen Umgang mit der NS-Zeit ab den späten 1980er Jahren. Einerseits erleben wir eine signifikante Diskursverschiebung, die es möglich macht, dass politische Eliten öffentlich von österreichischen Täter:innen und einer Mitverantwortung der österreichischen Bevölkerung sprechen, andererseits ist gerade dieser Zeitabschnitt in der österreichischen Politik von einem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des Dritten Lagers geprägt, das neben rechtspopulistischen Positionen auch mit (positiven) Rückbezügen auf die NS-Zeit reüssieren konnte, – exemplarisch in der Person Jörg Haider, der wie kein anderer österreichischer Politiker vor ihm den inszenierten Tabubruch als zentrales Mittel seiner politischen Agitation nutzte. Diese geschichtspolitische Ambivalenz steht im Zentrum dieses Kapitels und ist von elementarer Bedeutung, um den im vorigen Kapitel skizzierten Beginn des Mythos der österreichischen „Trümmerfrauen“ besser zu verstehen.

7.1 Die 1980er als geschichtspolitische Zeitenwende

Philipp Sarasins „1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart“, Frank Böschs „Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann“ oder Christian Caryl's „Strange Rebels. 1979 and the Birth of the 21st Century“ sind nur drei populäre Beispiele für eine ganze Reihe von in den letzten Jahren erschienen Arbeiten, die eine Erzählung der Geschichte unserer Gegenwart in den 1970er Jahren ihren Anfang nehmen lassen. Angelehnt an das wechselweise Karl Kraus und Gustav Mahler zugeschriebene Bonmot, wonach in Österreich alles mit einer zehnjährigen Verspätung passieren würde, lassen sich derart weitreichende Transformationsprozesse in der Alpenrepublik erst ab den späten 1980er Jahren beobachten – zumindest im Hinblick auf die innenpolitische Landschaft. Interessant sind für uns dabei primär jene Umbrüche, die auf den österreichischen Umgang mit der NS-Zeit im weitesten Sinne abzielen. Das Jahr 1986 muss, wie bereits erwähnt, als Kristallisationspunkt dieser tiefgreifenden Veränderungen in der österreichischen Erinnerungskultur und der österreichischen Gesellschaft an sich verstanden werden. Sowohl die Affäre Waldheim als auch die Wahl Jörg Haider zum Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs sind uns in diesem Zusammenhang bereits früher in diesem Buch begegnet.

Nachdem Haider die Partei vom, im Vergleich zu ihm, eher gemäßigten Norbert Steger übernommen hatte, war die Koalition zwischen der SPÖ und der FPÖ von Franz Vranitzky, der drei Jahre später jene viel beachtete Rede zur österreichischen

Mitverantwortung halten sollte, beendet und Neuwahlen ausgerufen worden.⁹ Vranitzky wiederum hatte die SPÖ nach dem Rücktritt von Fred Sinowatz im Zuge der Waldheim-Affäre übernommen, und die beiden konträren Politiker führten ihre jeweiligen Parteien am 23. November 1986 als Spitzenkandidaten in ihre erste Nationalratswahl. Die Wahl sollte zum ersten Triumphzug Haider werden. Mit 9,7 Prozent konnte er den Stimmenanteil der FPÖ fast verdoppeln und fuhr das beste Ergebnis der Freiheitlichen Partei in der bisherigen Geschichte der Zweiten Republik ein.¹⁰ Mit 4,8 Prozent schaffte auch erstmals „Die Grüne Alternative“ unter der Führung von Freda Meissner-Blau den Einzug in den Nationalrat, die österreichische innenpolitische Lage hatte sich praktisch über Nacht massiv verändert. Im Nationalrat waren nun erstmals seit 1956 wieder vier Parteien vertreten, und zum ersten Mal seit diesem Jahr mit den Grünen auch wieder eine Partei, die links von der SPÖ eingeordnet werden konnte. Ab 1986 setzte auch eine sukzessive Erosion der beiden großen Volksparteien SPÖ und ÖVP ein, die über die kommenden Jahrzehnte hinweg immer mehr Stimmen hauptsächlich in Richtung der FPÖ verlieren sollten, die nach und nach selbst den Status einer Volkspartei erlangte.¹¹ Die Orientierung weiter nach rechts schloss die FPÖ zunächst von möglichen Koalitionen aus und führte dazu, dass nach der Wahl 1986 einmal mehr eine Großkoalition aus SPÖ und ÖVP unter der Führung von Franz Vranitzky entstehen sollte, das Kabinett Vranitzky II.

Die Regierung unter Vranitzky und seinem Vizekanzler Alois Mock sah sich von Beginn an mit dem fundamentalen Problem konfrontiert, dass Österreich außenpolitisch aufgrund der Präsidentschaft von Kurt Waldheim in ein negatives Licht gerückt war – wir erinnern uns: Waldheim stand aufgrund seiner NS-Vergangenheit unter anderem auf der Watch-List der USA und durfte als Staatsoberhaupt Österreichs nicht in die USA einreisen. Der Beschluss der österreichischen Bundesregierung im Juli 1987, das folgende Jahr 1988 zu einem offiziellen „Bedenkjahr“ zu erklären und 50 Jahren Anschluss an den NS-Staat zu gedenken, kann als Reaktion auf diese internationale Ächtung verstanden werden.¹² Es galt, der internationalen Öffentlichkeit zu zeigen, dass es auch ein anderes Österreich gab. Aufgrund der Vielzahl der Aktivitäten und Initiativen in ganz Österreich – von Ausstellungen über Denkmals- und Gedenkstättenöffnungen bis hin zu Theaterstücken, wissen-

⁹ Vgl. Rathkolb, *Paradoxe Republik*, 214.

¹⁰ Für die Ergebnisse der Nationalratswahl vgl. https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1986/start.aspx.

¹¹ Vgl. Anton Pelinka, „Rechtspopulismus in Österreich“, in: Heinz U. Brinkmann und Isabelle-Christine Panreck, *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*. Wiesbaden 2019, 133–158.

¹² Vgl. Lehniguth, *Waldheim*, 152.

schaftlichen Konferenzen und politischen Debatten – können wir in diesem Zusammenhang fast von einer erinnerungspolitischen Überkompensation sprechen. Oder wie Heidemarie Uhl es in ihrer unnachahmlichen Art prägnant formuliert hat: „es bedurfte schon der Erklärung, wenn sich eine Gemeinde [...] entschloss, zum Gedenkjahr nichts zu machen“.¹³

Nicht unterschätzt darf in diesem Zusammenhang der Einfluss von Kunst und Kultur werden. Von künstlerischer Seite kamen wichtige Impulse für gesamtgesellschaftliche Debatten zur NS-Zeit in Österreich. So löste das Theaterstück „Heldenplatz“ des österreichischen Dramatikers und Schriftstellers Thomas Bernhard einen veritablen Skandal aus – pikanterweise bereits vor seiner Uraufführung. In dem Stück rechnet Bernhard in seiner typisch provokanten Art gnadenlos mit Österreichs Verhältnis zur NS-Zeit ab und schlägt dabei auch eine Brücke in die Gegenwart. Bereits vor der Premiere veröffentlichte die Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* unter dem Titel „Österreich, 6,5 Millionen Debile“¹⁴ (ein Zitat aus dem Stück) Textpassagen aus einem wahrscheinlich entwendeten Manuskript und sorgte damit für die skurrile Situation, dass in den folgenden Wochen in der Öffentlichkeit ein Stück diskutiert wurde, das eigentlich noch gar niemand gesehen hatte.¹⁵ An der Debatte beteiligten sich auch Politiker:innen praktisch aller Couleur und ritten teils scharfe Angriffe auf Thomas Bernhard selbst, aber auch auf den Direktor des renommierten Wiener Burgtheaters Claus Peymann, der das Stück in Auftrag gegeben hatte. Die untergriffigsten Anwürfe kamen wenig überraschend aus genau jenem Lager, das wenige Monate zuvor noch Kurt Waldheim besonders stark verteidigt hatte, inklusive von Waldheim selbst. Es wurden sogar Rufe nach staatlicher Zensur laut, was von der für Kunst und Kultur zuständigen Unterrichtsministerin Hilde Hawlicek (SPÖ) aber kategorisch ausgeschlossen wurde.¹⁶ Auch die internationale Presse stellte wiederholt Parallelen zur Affäre Waldheim her und Michael Frank bemerkte in der *Süddeutschen Zeitung*, wohl nicht ohne ein gewisses Augenzwinkern, „im Augenblick jedenfalls müht sich Österreich, die größtmögliche Übereinstimmung der Wirklichkeit mit Bernhards grotesken Texten herbeizuführen“.¹⁷ Die Premiere am 4. November 1988 geriet schließlich zum infernaln Kulminationspunkt der Kontroverse, in den

13 Heidemarie Uhl, *Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität; fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“*, Wien 1992, 18.

14 „Österreich, 6,5 Millionen Debile“ In: *Kronen Zeitung*, 7.10. 1988, 17.

15 Vgl. Martin Huber, Österreich „Zur Kenntlichkeit entstellt“. Zum Stück „Heldenplatzskandal“, in: Mireille Tabah und Manfred Mittermayer: *Thomas Bernhard. Persiflage und Subversion*. Würzburg 2013, 119–132, 125–129.

16 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 194 und 200

17 Michael Frank: „Wie man Groteske ohne Text inszeniert.“ In: *Süddeutsche Zeitung*, 13.10.1988.

Rängen des Burgtheaters spielten sich fast tumultartige Szenen zwischen Befürwortern und Gegnern des Stücks ab – schlussendlich erlangten aber die Befürworter die Oberhand, und Bernhard sowie Peymann wurden minutenlang frenetisch gefeiert. Es sollte der letzte große öffentliche Auftritt Bernhards sein, der 1989 verstarb. Unter den Protestierenden im Burgtheater war übrigens auch ein alter Bekannter aus dem zweiten Kapitel dieses Buches: der spätere Vizekanzler Heinz-Christian Strache. Als junger Neonazi beteiligte er sich unter anderem an den Versuchen, das Stück zu stören und krakelte zumindest von einem der oberen Ränge.¹⁸

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Theaterstück wirkt aus heutiger Perspektive geradezu grotesk und erinnert mit ihren absurden Zügen selbst an ein Dramolett Bernhards. In der damaligen Gegenwart verweist sie aber auf die Grabenkämpfe rund um den Umgang mit der eigenen Vergangenheit – der Vorwurf an Bernhard, er sei ein „Nestbeschmutzer“ ist ein wiederkehrender Topos in vergleichbaren Debatten praktisch bis in die aktuelle Gegenwart. Die vehemente Kritik an ihm muss ebenso wie die kompromisslose Verteidigung Waldheims als Teil eines Rückzugsgefechts gesehen werden, in dem der Status quo der Nicht-Thematisierung der NS-Zeit aufrechterhalten werden sollte.

Auch das wenige Wochen später feierlich enthüllte „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ des österreichischen Bildhauers Alfred Hrdlicka sorgte für ähnliche Kontroversen. Das am Albertinaplatz (heute: Helmut-Zilk-Platz) im ersten Wiener Gemeindebezirk errichtete Denkmal stellt ein Ensemble verschiedener Skulpturen dar, und kann als das erste monumentale öffentliche Mahnmal zu Österreichs Rolle in der NS-Zeit bezeichnet werden.¹⁹ Das von Helmut Zilk als Wiener Bürgermeister in Auftrag gegebene Werk wurde letztlich vom gleichen Personenkreis kritisiert wie Bernhards Theaterstück „Heldenplatz“ – vorwiegend von konservativen und rechten Politiker:innen aus der ÖVP und der FPÖ, die sich der Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* bedienten. Diese *Kronen Zeitung* fuhr eine massive Kampagne gegen beide künstlerischen Werke und versuchte aktiv Stimmung gegen diesen sich ändernden Umgang mit der NS-Zeit zu machen.²⁰ Dies ist insofern besonders problematisch, als die *Kronen Zeitung* vor allem in den 1980er und 1990er Jahren in Österreich über eine immense Marktmacht und Reichweite verfügte, die es ihr erlaubte als politischer Akteur in der öffentlichen Stimmungsmache zu agieren. Die

18 Ein Video vom jungen HC Strache bei der Premiere findet sich unter anderem auf Youtube: <https://www.youtube.com/watch?v=WSsrIJRtRhs>.

19 Vgl. Heidemarie Uhl, „Transformationen des österreichischen Gedächtnisses.“ *Transit* 15 (1998): 100–119.

20 Vgl. Heinz Wassermann, „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut!“ Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik, Innsbruck/München/Wien 2000, 374–396.

offizielle Blattlinie der Zeitung lautet: „Die Vielfalt der Meinungen ihres Herausgebers und der Redakteure“,²¹ wobei dieser kurze Satz allerdings nicht die komplexe politische Ausrichtung der reichweitenstarken, kleinformatigen Tageszeitung erfassen kann. Der österreichische Historiker Oliver Rathkolb konstatiert der *Kronen Zeitung* einen „subtilen Rechtspopulismus“, der manchmal auch in „Richtung Rechtsradikalismus“²² abgeleite, was speziell in den Kommentaren unterschiedlicher Protagonisten deutlich werde. Immer wieder platzierten Krone-Journalisten wie Wolfgang Martinek (unter dem Namen „Wolf Martin“) oder Richard Nimmerrichter („Staberl“) in ihren Kolumnen und Kommentaren rechtsextreme Untertöne und antisemitische Ressentiments, auch sehr zum Missfallen der WAZ-Gruppe, die 1987 in das Unternehmen eingestiegen war.²³

Doch Kritik am Werk Hrdlickas kam nicht nur von dieser Seite. Ein gewichtiger Kritikpunkt war die Darstellung eines „straßewaschenden Juden“, welche diesen auf allen Vieren in einer demütigenden und entwürdigenden Pose zeigt.²⁴ Das Design der Statue führte anfangs sogar dazu, dass sich Menschen oft achtlos auf die Skulptur setzten, was später allerdings durch die Anbringung eines stilisierten Stacheldrahts am Rücken der Figur verunmöglicht wurde. Kritisiert wurde auch, dass mit dem Mahnmal „allen Opfern von Krieg und Faschismus“ gedacht wurde und in dieser Logik neben den ermordeten Juden und Jüdinnen auch die Bombenopfer und sogar die gefallenen Wehrmachtssoldaten miteingebunden waren.²⁵ Eine derartige Gleichsetzung der tatsächlichen Opfer des Nationalsozialismus mit den Opfern des Krieges gegen den Nationalsozialismus stellt ein wiederkehrendes Narrativ im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit dar und ist uns ja gerade auch in Bezug auf den österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos bereits mehrmals begegnet: Ein Aufrechnen der verschiedenen „Opfer“ kann hierbei als eine Abwehr von Schuld verstanden werden. Im „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ wird mit dem parallelen Gedenken an eine faktische Tätergruppe – die Wehrmachtssoldaten – eine weitere, ausgesprochen problematische Ebene hinzugefügt. Allerdings ist es angebracht, das Denkmal im Kontext seiner Entstehungszeit zu verstehen. Es sollte noch Jahre dauern, bis die Täterschaft der Wehrmacht öffentlich breit diskutiert wurde –

21 Online unter: <http://www.krone.at/ueber-krone.at/kronen-zeitungkrone-bunt-offenlegung-print-ausgabe-story-324550>, letzter Zugriff: 4.9.2017.

22 Rathkolb, *Paradoxe Republik*, 262.

23 Vgl. Harald Fidler, *Österreichs Medienwelt von A bis Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“*. Wien 2008, 226–235.

24 Vgl. Eva Kuttner, „Austria's Topography of Memory. Heldenplatz, Albertinaplatz, Judenplatz, and Beyond.“ *The German Quarterly* (2007): 468–491.

25 Vgl. Lehnguth, *Waldheim*, 189.

noch war der Mythos der „sauberen Wehrmacht“ hegemonial. Erst die so genannten Wehrmachtsausstellungen lösten eine Auseinandersetzung mit den „gewöhnlichen“ Wehrmachtssoldaten als Tätern des Nationalsozialismus aus.

7.2 „Gedenkjahr“ 1995 und Wehrmachtsausstellung

Das Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) initiierte 1995 anlässlich 50 Jahren Kriegsende eine Wanderausstellung mit dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941–1944“, die durch insgesamt 33 deutsche und österreichische Städte tourte.²⁶ Die Ausstellung erwies sich als äußerst publikumswirksam und kontrovers, da nun erstmals auch öffentlich und außerhalb von fachwissenschaftlichen Zirkeln über die Rolle der Wehrmacht im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg und bei den Verbrechen des NS-Staats gesprochen wurde. Der Leiter des HIS Jan Philipp Reemtsma und der Kurator Hannes Heer hatten dazu eine breite Sammlung von Fotografien von Tätern bei der Ausführung ihrer Taten und von Briefen, in denen sie über ihre Taten berichteten, zusammengestellt, um damit ein für alle Mal mit dem eingangs erwähnten Mythos der „sauberen Wehrmacht“ zu brechen. Reemtsmas Anspruch, zu zeigen, dass es bei den Verbrechern des NS-Systems eben auch um ganz gewöhnliche Soldaten gehandelt hatte, oder wie er es in der Eröffnungsrede der Ausstellung ausdrückte, um „Verbrechen von Jedermann, von Jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Großvater“,²⁷ stieß von Anfang an auf heftige Kritik von gleich mehreren Seiten und auf unterschiedlichen Ebenen. Einerseits wurde die Ausstellung von einem Teil der geschichtswissenschaftlichen Fachkreise als unwissenschaftlich und inhaltlich fehlerhaft kritisiert, andererseits orteten Kriegsteilnehmer und diesen ideologisch Nahestehende einen Verrat und eine nachträgliche Beschmutzung des Andenkens an die Wehrmacht.²⁸ In der Tat enthielt die erste Variante der Ausstellung einige Fehler, so waren Bilder falsch zugeordnet worden, – dies betraf allerdings nur einzelne Bilder, was nichts an der Ge-

26 Zur Wehrmachtsausstellung vgl.: Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 19–41 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996.

27 Jan Philipp Reemtsma, zitiert in: Klaus Latzel, Feldpostbriefe. Überlegungen zur Aussagekraft einer Quelle. In: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit, Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte. München 2005, 171–182, 171.

28 Vgl.: Torben Fischer und Matthias N. Lorenz, Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 Bielefeld, 2007, 312–314; Axer, Aufarbeitung, 159–162.

samtaussage und der Faktizität der Grundaussage änderte.²⁹ Nach dem Bekanntwerden dieser Fehler wurde die Ausstellung auch dementsprechend überarbeitet und neu adaptiert.

Auf ihrer Tour durch den deutschsprachigen Raum machte die erste Ausgabe der Wehrmachtsausstellung von 1995 bis 1998 auch Halt in insgesamt sechs österreichischen Städten: Wien, Innsbruck, Linz, Klagenfurt, Salzburg und Graz. Die zweite, überarbeitete Version wurde 2002 nur in Wien gezeigt.³⁰ Wie zu erwarten, rief die erste Schau in den 1990er Jahren scharfe Kritik hervor – gerade von jenen konservativen und politisch rechten Kreisen, die uns bereits mehrmals in diesem Kapitel begegnet sind. Hinzu kommt, dass 1995 in Österreich einmal mehr ein Gedenkjahr war: 50 Jahre Kriegsende und Österreichische Unabhängigkeitserklärung sowie 40 Jahre Staatsvertrag. Das Feld war also bereitet für eine erneute breite erinnerungspolitische Debatte rund um Österreichs Umgang mit der NS-Zeit und im Besonderen dem aktiven Part der österreichischen Bevölkerung im NS-Staat und als Teil dessen Vernichtungsmaschinerie.

Besonders intensiv engagierte sich einmal mehr Jörg Haider, der bereits im gesamten Jahr 1995 immer wieder mit kontroversen Aussagen für Aufsehen gesorgt hatte. Wenige Wochen vor der Eröffnung der Ausstellung ging er aber in einem Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin *Profil* noch zusätzlich in die Offensive und vertrat dort unter anderem die absurde und revisionistische These, dass die Wehrmacht vor allem mit dem Eroberungskrieg im Osten die Demokratie ermöglicht hätte: „Ich habe gesagt, daß die Wehrmachtssoldaten die Demokratie in Europa, wie wir sie heute vorfinden, ermöglicht haben.“³¹ Gleichzeitig verwies er auf eine „offizielle Geschichtsschreibung“, die das ausblenden würde – bediente im Grunde also eine Verschwörungstheorie, wonach die Geschichtswissenschaft das wahre Wissen über die NS-Geschichte verbergen würde. Wenige Wochen später wurde er am Vorabend des jährlichen Treffens der „Ulrichsberggemeinschaft“ an der „Heimkehrer Gedenkstätte“ am Kärntner Ulrichsberg, einer Zusammenkunft von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS aus ganz Europa, in kleiner Runde noch deutlicher und bezeichnete die SSler als „anständigen Menschen, [...] die einen Charakter haben und die auch bei größtem Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind“.³²

29 Omer Bartov et al, Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, November 2000: <https://d-nb.info/1265989826/34>.

30 Lehnguth, Waldheim, 357.

31 Jörg Haider, in: „25 Jahre Gehirnwäsche“ *profil* 34 / 95 vom 21. August 1995, 27.

32 Jörg Haider, 30.9.1995 zitiert nach AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS, „Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen.“ In: Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens (Hg.), Friede, Freude, deutscher

Diese Aussage entfachte aufs Neue eine Kontroverse, aus der Haider jedoch abermals relativ unbeschadet hervorgehen sollte. In Bezug auf die Wehrmachtsausstellung 1995 wurde Haider von einem Parteikollegen sogar noch rechts überholt. Der Obmann der Wiener Landespartei, John Gudenus, nutzte eine Podiumsdiskussion anlässlich der Eröffnung der Ausstellung in Wien als Gelegenheit, sein ganz persönliches Geschichtsbild zu offenbaren: „Gaskammern? Ich halte mich da raus! Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist.“³³ Mit dieser Aussage, welche die Existenz von Gaskammern implizit in Frage stellt, hatte Gudenus jedoch den Bogen überspannt und musste sein Mandat als Nationalratsabgeordneter niederlegen. Wie so oft in der FPÖ war der Rückzug aufgrund von die NS-Zeit verharmlosenden Aussagen nur ein Rücktritt auf Zeit – ein Jahr später schickte die Partei ihn als Abgeordneten in den Bundesrat. Zehn Jahre später stellte er in einer ORF-Sendung die Existenz von Gaskammern erneut in Frage, wurde in weiterer Folge wegen Wiederbetätigung zu einer bedingten Haftstrafe von einem Jahr verurteilt und trat aus der Partei aus.³⁴

Anders als das „Bedenkjahr“ 1988, das eine sehr österreichspezifische Angelegenheit war, wurde das „Gedenkjahr“ 1995 in einem gesamteuropäischen Kontext begangen – schließlich waren 50 Jahre Kriegsende und das Jahr 1945 ein gesamteuropäischer Erinnerungsort, der in vielen verschiedenen Ländern und auf internationaler Ebene anschlussfähig war. Der zentrale Fokus des offiziellen Österreichs lag aber weniger auf dem Krieg und der NS-Zeit selbst, sondern stark auf der Feier von 50 Jahren Zweiter Republik.³⁵ Der Paradigmenwechsel im Umgang mit der eigenen Vergangenheit respektive das grundsätzliche Eingeständnis, dass die NS-Zeit überhaupt die eigene Vergangenheit war, verband diese selbstbewusste Feier der eigenen Nation aber auch mit einem Gedenken an die NS-Zeit und einem erneuten Eingeständnis der eigenen (Mit-)Schuld. In diesem Kontext muss auch die Einrichtung des „Nationalfonds“ am 50. Jahrestag der Österreichischen Unabhängigkeitserklärung, dem 27. April 1995 verstanden werden. Mit dem Nationalfonds wurde rückwirkend eine Zahlung von 70.000 Schilling (rund 5.000 Euro) für alle beschlossen, die „vom nationalsozialistischen Regime aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder auf Grund des Vorwurfes der sogenann-

Eintopf. Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest. Wien 2011, 77–98, 93.

33 Johann Gudenus, zitiert in: „Gaskammern? Ich halte mich da raus!“, *Der Standard* vom 18. Oktober 1995, 5.

34 Ein Jahr bedingt für Ex-FPÖ-Politiker wegen Wiederbetätigung, In: *Der Standard* vom 26. April 2006.

35 Lehngruth, Waldheim, 237–238.

ten Asozialität verfolgt oder auf andere Weise Opfer typisch nationalsozialistischen Unrechts geworden sind oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen [...]“.³⁶

Dazu zählten nunmehr Opfergruppen, die bisher noch keine Zuwendung erhalten hatten. Also auch Homosexuelle, die so genannten Asozialen, Rom:nja und Sinti:zze, „Spanienkämpfer“, Kärntner Slowen:innen, Opfer der NS-Militärjustiz, die „Kinder vom Spiegelgrund“ sowie Wehrdienstverweigerer und Deserteure. Der wichtigste Impuls für das Gesetz war interessanterweise aber keine der genannten, aus heutiger Perspektive naheliegenden „vergessenen“ Opfergruppen gewesen, sondern die Ansuchen um Entschädigung der ehemaligen Bewohner des „Döllersheimer Ländchens“, die vom NS-Regime zwangsumgesiedelt worden waren, weil auf ihren Gründen ein Truppenübungsplatz errichtet werden sollte. Viele von ihnen waren dafür mit arisierten Liegenschaften entschädigt worden, die ihnen zum Großteil nach 1945 wieder entzogen worden waren. Ihre Ansuchen um (späte) Entschädigung waren 1993 von einem Ausschuss als berechtigt und sie damit als eigene Opfergruppe des NS-Regimes klassifiziert worden.³⁷ Die Zahlung durch den Nationalfonds – egal ob an sie oder an andere Opfergruppen – wurde dabei aber ausdrücklich nicht als „Entschädigung“, sondern als „Geste“ und Anerkennung mit symbolischem Wert verstanden.³⁸ Insgesamt wurden bis heute 156 Millionen Euro an 30.000 Betroffene ausbezahlt.³⁹ Neben diesen „Gestezahlungen“ fördert der Nationalfonds bis heute auch Projekte und Initiativen, die sich in einem recht weitgefassten Sinne mit der NS-Zeit in Österreich beschäftigten.

In Politik und Öffentlichkeit erfuhr die Einrichtung des Nationalfonds grundsätzlich eine hohe Zustimmung – die Grünen und das Liberale Forum hingegen kritisierten einzelne Aspekte wie etwa zu wenig weit gehende Formulierungen zur österreichischen (Mit-)Schuld. Schärfere Kritik kam hingegen von Seiten der FPÖ. Diese betraf nicht grundsätzlich die Zahlung einer symbolischen Geste, vielmehr versuchten die Vertreter:innen der Partei eine Ausweitung des Fonds auf die Nachkriegszeit zu erreichen, wonach auch Österreicher:innen eine Zahlung erhalten

36 Bundesgesetz: Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (NR: GP XIX IA 251/A AB 229 S. 40. BR: AB 5019 S. 601.)

37 Vgl. Lehngruth, Waldheim, 254–255.

38 Vgl. Hannah Lessing und Maria Luise Lanzrath, Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus zur Zeitenwende: Was war. Was ist. Was bleiben soll, in: Maria Halmer/Anton Pelinka/Karl Semlitsch, Was bleibt von der Shoah? Kontext, Praxis, Nachwirkungen, Wien 2012, 105.

39 Vgl. „Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus“ online unter: <https://www.erinnern.at/bundeslaender/wien/institutionen-projekte/nationalfonds-der-republik-oesterreich-fur-opfer-des-nationalsozialismus>.

sollten, die nach 1945 aus den Nachbarländern vertrieben worden waren.⁴⁰ Hier lässt sich erneut eine für die FPÖ so typische Aufrechnung der Opfer des Nationalsozialismus mit den Opfern des Krieges gegen den Nationalsozialismus erkennen. Schlussendlich wurde die Forderung von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP abgelehnt. Dass dies von Seiten der ÖVP wohl eher aus taktischen Gründen denn aus ideologischen erfolgt sein dürfte, sollte sich wenig später zeigen.

Der ÖVP-Parteiboss Wolfgang Schüssel war es nämlich, der 1999 das bis dahin von allen Seiten immer wieder als undenkbar Beschriebene umsetzte und nach einer fulminanten Wahlniederlage eine Koalition mit der von Jörg Haider geführten FPÖ einging. Zuvor hatte Schüssel noch versichert, die ÖVP werde bei einem dritten Platz in der Nationalratswahl in Opposition gehen. Als der Fall dann tatsächlich eintrat, ließ Schüssel sich allerdings lieber von der FPÖ zum Bundeskanzler machen und sorgte so für Empörung – sowohl national als auch international. Auf diesen Wortbruch angesprochen, entgegnete einer der maßgeblichen Koalitionsverhandler und mächtigster Mann in der Volkspartei Andreas Khol, dass die Wahrheit eben eine Tochter der Zeit sei.⁴¹ Dieses für einen bekennenden konservativen Katholiken wie Khol geradezu foucaultsche Zitat des römischen Dichters Aulus Gellius erlangte in weiterer Folge fast legendären Status in der politischen Landschaft Österreichs. Letztere sollte sich durch die Koalition zwischen ÖVP und FPÖ, die von vielen als Tabubruch empfunden wurde, maßgeblich ändern.

7.3 Gedenken in Schwarz-Blau

In diesem Kontext muss die Einrichtung des Österreichischen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit, kurz Versöhnungsfonds durch die ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 verstanden werden. Handelte es sich doch dabei gerade auch um eine Geste mit hoher internationaler Symbolkraft, die zeigen sollte, dass sich Österreich trotz der Regierungsbeteiligung der FPÖ der eigenen Rolle in der NS-Zeit und der daraus resultierenden Mitverantwortung an den Verbrechen des NS-Staats stellte. Der Fonds, dessen Einrichtung bereits vor der offiziellen Regierungserklärung geplant worden war, zielte darauf ab, „durch eine freiwillige Geste [...] gegenüber Personen, die durch das nationalsozialistische Regime zu Sklaven- oder Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gezwungen

⁴⁰ Vgl. Lehnguth, Waldheim, 256.

⁴¹ Vgl. „Glaubwürdigkeit und die ÖVP“ In: *Salzburger Nachrichten*, 21. Oktober 2000, 3.

wurden, einen Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit zu leisten“.⁴² Der mit 436 Millionen Euro dotierte Fonds blieb bis 2005 geöffnet und insgesamt 132.000 Anträge von ehemaligen Zwangs- und Sklavenarbeiter:innen, vor allem aus Polen, der Russischen Föderation, Tschechien, Ungarn und Belarus, wurden genehmigt, was zur Auszahlung von insgesamt rund 352 Millionen Euro führte.⁴³ Von einer Leistung ausgeschlossen wurden allerdings jene Personen, die als Kriegsgefangene Zwangsarbeiten auf dem Gebiet des heutigen Österreichs hatten leisten müssen.⁴⁴ Nach Schließung des Fonds 2005 wurde mit Teilen der verbliebenen Mittel der Zukunftsfonds der Republik Österreich eingerichtet, der analog zum Nationalfonds als Fördergeber für wissenschaftliche oder pädagogische Projekte agiert.⁴⁵

Innerhalb der ÖVP, jedoch in erster Linie in der FPÖ, wurde der Versöhnungsfonds als vergangenheitspolitische Maßnahme zum Teil scharf kritisiert. Andreas Mölzer, dem rechten Flügel in der FPÖ zuzuordnen, sprach sich für eine Volksbefragung zum Versöhnungsfonds aus – mit dem Zusatz, dass diese wohl negativ ausgehen würde, und forderte unter anderem auch Sammelklagen der österreichischen „Bombenopfer“ gegen die früheren Alliierten.⁴⁶ Auch hier sehen wir erneut das bereits bekannte Aufrechnen der Opfer. Diese ideologische Verbindung von verschiedenen Opferkonzepten wurde von der ÖVP-FPÖ Koalition praktisch parallel zur Einrichtung des Versöhnungsfonds auch in Form eines entsprechenden Gesetzes, dem „Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz“, institutionalisiert.⁴⁷ Darin wurde Österreicher:innen, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges oder unmittelbar danach in Gefangenschaft geraten waren, eine monatliche Geldleistung zwischen 200 und 500 Schilling, umgerechnet 14,5 und 37 Euro zuerkannt. Dies kann als klares Signal an die eigene Wählerschaft gewertet werden. Schließlich hatte sich die FPÖ traditionell und bedingt durch die eigene Geschichte Zeit ihres Bestehens als Interessenvertretung der Weltkriegsgeneration verstanden, nämlich jener, welche die Verbrechen

42 Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz) § 1 Abs. 2 BGBl. I Nr. 74/2000.

43 Leistungsbilanz des Versöhnungsfonds, online unter http://www.versoehnungsfonds.at/db/admin/de/index_main4aco.html?cbereich=2&cthema=354&carticle=713&fromlist=1.

44 Vgl. Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger und Hubert Christian Ehalt, Vermögenszug – Rückstellung – Entschädigung. Österreich 1938/1945–2005. Innsbruck Wien [u. a.] 2005, 73.

45 Vgl.: Ziele und Entstehung des Zukunftsfonds, online unter <http://www.zukunftsfonds-austria.at/entstehung.php>.

46 Vgl. Lehnguth, Waldheim, 290.

47 Bundesgesetz, mit dem eine Entschädigung für Kriegsgefangene eingeführt wird (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz – KGEG) StF: BGBl. I Nr. 142/2000

des NS-Staats auch gerne zu Gunsten der eigenen Leidenserfahrung ausblendeten oder gar an diesen Verbrechen unmittelbar beteiligt waren.

Jener Andreas Mölzer war es auch, der die schwarz-blaue Bundesregierung ausgerechnet anlässlich des „Gedenkjahres“ 2005 auf internationaler Bühne düpierte, als er in seiner Funktion als EU-Abgeordneter beschloss, sich von der EU-Resolution gegen Antisemitismus und Xenophobie zu distanzieren, und dabei kundtat, die Republik Österreich trage seiner Meinung nach keinerlei Verantwortung für die Verbrechen in Auschwitz. Eine Position, die in den anderen EU-Mitgliedstaaten für viel Aufsehen und Kritik sorgte.⁴⁸ Wiederholt fungierte der Rechtsaußen der FPÖ damit als Störfaktor für das von der rechtskonservativen Koalition so sorgsam gepflegte Bild einer FPÖ, die mit ihrer zumindest NS-affinen Vergangenheit gebrochen hätte. Dementsprechend bemüht gab sich auch die damalige FPÖ-Vorsitzende und Schwester Jörg Haiders, Ursula Haubner, den Schaden zu minimieren, indem sie betonte, dass das, was zwischen 1938 und 1945 geschehen sei, nie wieder passieren dürfe. Eine Aussage, die wohl nicht ganz zu Unrecht als das geschichtspolitische Minimum für eine Regierungsvertreterin eingeschätzt werden kann.⁴⁹ Eine derartige Positionierung ihrerseits war aber dringend notwendig, schließlich bemühte sich die schwarz-blaue Koalition – die aufgrund innerer Querelen in der FPÖ und nach der Abspaltung der Regierungsmannschaft und der Kärntner FPÖ unter Jörg Haider ab Mai 2005 zu einer schwarz-orangen Koalition werden sollte – sehr darum, nach den EU-Sanktionen gegen sie, den Anschein von geschichtspolitischer Normalität zu vermitteln. Einer Normalität in dem Sinne, dass Aussagen wie jene von Mölzer oder gar positive Rückbezüge auf die NS-Zeit zu unterbleiben hatten. So ganz wollte dies aber nicht gelingen. Denn auch ein anderer Kärntner Parteikollege Mölzers, Siegfried Kampl, sorgte für einen Eklat. Am 14. April hielt er in seiner Funktion als Bundesrat eben dort eine Rede zum Thema der Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren und bezeichnete diese nicht nur als „Kameradenmörder“, sondern sprach auch von einer „brutalen Naziverfolgung“ nach 1945.⁵⁰ Seine Ausführungen garnierte er mit seiner eigenen Familiengeschichte – so sei sein Cousin in Russland von einem desertierenden Kameraden ermordet worden, und sein eigener Vater habe als ehemaliger Nationalsozialist und somit auch seine gesamte Familie unter eben dieser Verfolgung nach 1945 zu leiden gehabt. In der Rede bezog er sich auf das Anhaltelager der britischen Besatzungstruppen in Wolfsberg, in dem 1945

48 Vgl. Matthew P. Berg, „Commemoration versus Vergangenheitsbewältigung. Contextualizing Austria's Gedenkjahr 2005.“ *German History* 26.1 (2008): 47–71.

49 Ebd.

50 Siegfried Kampl in: Stenografisches Protokoll der 720. Sitzung des Bundesrats vom 14. April 2005, 124.

ehemalige Nationalsozialist:innen interniert waren. Am Höhepunkt im Juli 1946 waren dort knapp 4000 Personen inhaftiert, auf zwei Nebenlager in Weissenstein und Wetzelsdorf entfielen noch rund 4100 Personen. Dabei handelte es sich vorrangig um verschiedene NS-Funktionsträger, so genannte Illegale, Gestapo-Mitarbeiter, aber auch „einfache Parteimitglieder“.⁵¹ Franz Kampl, Siegfried Kampls Vater, vereinte in seiner Person gleich mehrere dieser Kriterien: Er war bereits 1934 – also zur Zeit ihres Verbots – der NSDAP beigetreten und hatte es bis zum Ortsgruppenleiter seines Heimatorts Steuerberg im Kärntner Bezirk Feldkirchen gebracht. 1940 denunzierte er eine Frau, weil diese sich angeblich abfällig über Adolf Hitler und kritisch über den Krieg geäußert hatte. Deswegen wurde ihm 1948 in Klagenfurt nach deren Anzeige der Prozess gemacht, in dem er zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Seine zwei (nicht wie von seinem Sohn behauptet drei) Jahre im Anhaltelager in Wolfsberg wurden ihm allerdings angerechnet und er musste nicht in Haft.⁵² Franz Kampl steht geradezu beispielhaft für eine ganze Reihe von Nationalsozialist:innen, die unmittelbar nach Kriegsende von Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen waren, jedoch in weiterer Folge rehabilitiert und in die Gesellschaft reintegriert wurden. Auch der Rückbezug seines Sohnes auf die angeblich „brutale Verfolgung“ seines Vaters ist geradezu idealtypisch und verweist darauf, dass dieses „dritte“ Lager nicht etwa die Zeit Österreichs als Teil des „Dritten Reiches“ als Zeit des Unrechts empfand, sondern die darauffolgende Besatzungszeit. Es lassen sich ganz offensichtliche Parallelen zu den im dritten Kapitel dieses Buches zitierten Ansuchen um Entschädigung jener ehemaligen Nationalsozialist:innen konstatieren, die in Wien zu den so genannten Notstandsarbeiten herangezogen wurden und teilweise in den Wiener Anhaltelagern interniert waren. Auch jene beklagten sich mitunter bitter über das vermeintliche Unrecht, das sie ihrer Wahrnehmung nach erleiden mussten. Dies fördert erstaunliche erinnerungspolitische Kontinuitäten zutage und zeigt, wie stark sich zumindest noch einzelne Vertreter der Freiheitlichen Partei mit der Weltkriegsgeneration und hierbei vor allem mit jenen, die als NSDAP-Mitglieder oder gar NS-Funktionsträger zentrale Stützen des „Dritten Reiches“ waren, verbunden fühlten und deren Andenken hochhalten woll-

51 Zur Geschichte des Anhaltelagers in Wolfsberg liegen in erster Linie Diplom- beziehungsweise Masterarbeiten vor. Siehe: Lorenz Ströbl, „Der Lagerspiegel“ des britischen Internierungslagers ‚Camp 373‘ in Wolfsberg. Analyse über Lagerleben und Struktur“ Masterarbeit Universität Wien 2022; Christina Markus, „Entnazifizierung im Lager 373 Camp Wolfsberg: Ein Fallbeispiel auf Grundlage eines Briefwechsels“ Masterarbeit Universität Wien 2022; Florentine Kastner, „373 Camp Wolfsberg: Britische Besatzungslager in Österreich von 1945 bis 1948“ Diplomarbeit Universität Wien 2011.

52 Vgl. Marie Enigl, „Die Akte Kampl sen.“, *Profil* 23. April 2005.

ten. Hier werden geschichtspolitische Erinnerungskämpfe evident, in denen ausgefochten wurde, wessen auf welche Art und Weise gedacht werden sollte. Gerade anlässlich der so genannten Gedenkjahre.

Das Jahr 2005 war zumindest von Seiten des offiziellen Österreichs ein gleich dreifaches Gedenkjahr. Das Gedenken umfasste neben 60 Jahren Kriegsende und Österreichische Unabhängigkeitserklärung auch 50 Jahre Staatsvertrag und zehn Jahre EU-Mitgliedschaft. Der Fokus der Regierung lag allerdings stark auf den letzten beiden Jubiläen, die sich als deutlich positivere Erinnerungsorte inszenieren ließen.⁵³ Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hob in diesem Zusammenhang den Staatsvertrag 1955 und das damit verbundene Ende der alliierten Besatzung als die tatsächliche Befreiung des Landes hervor. Er bezeichnete in einer TV-Ansprache diesen in Kombination mit der Unabhängigkeitserklärung 1945 als die „Fundamente unseres modernen österreichischen Selbstbewusstseins“.⁵⁴ Auffallend ist in seiner Rede, dass er einmal mehr die Zeit vor 1945 ausspart – warum Österreich überhaupt befreit wurde und vor allem von wem es befreit werden musste, geht aus seiner Ansprache nicht hervor. Wenn Schüssel damit zwar nicht die klassische Opferthese bedient, stellt er doch die Opfer der österreichischen Bevölkerung in den Vordergrund – nicht aber die Opfer in der NS-Zeit, sondern jene in der entbehrungsreichen Nachkriegszeit.⁵⁵ Die Geschichte Österreichs wird dabei als eine Erfolgsgeschichte erzählt, die so richtig erst mit der Erlangung des Staatsvertrags 1955 beginnt. Dazu passt auch die von der österreichischen Bundesregierung geförderte Ausstellung „Österreich ist frei! Der österreichische Staatsvertrag 1955“ auf der niederösterreichischen Schallaburg. Die speziell von der ÖVP intensiv beworbene und in einschlägigen Medien dementsprechend ausführlich rezipierte Ausstellung fügt sich nahtlos in das Narrativ der oft beschworenen „Stunde Null“ ein, wie auch der österreichische Philosoph und Publizist Ljubomir Bratic in einer Kritik ganz richtig festhält.⁵⁶ Der Zweite Weltkrieg, der „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland und insbesondere die Verbrechen, die von und auch an Österreicher:innen begangen wurden, stellen nur eine Randnotiz dar. Sie liefern

53 Vgl. Teresa Distelberger, Rudolf de Cillia, und Ruth Wodak, Österreichische Identitäten in politischen Gedenkreden des Jubiläumsjahres 2005, in: Rudolf de Cillia/Ruth Wodak (Hg.), Gedenken im ‚Gedankenjahr‘. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005. Innsbruck 2009, 29–77.

54 Wolfgang Schüssel, zitiert in „Schüssel: ‚Geist der Hilfsbereitschaft‘“, In: *Der Standard*, 14. Mai 2005.

55 Distelberger et al, Gedenkreden.

56 Ljubomir Bratic, Ausstellung als Ort der Macht, in: Martin Wassermair und Katharina Wegan (Hg.), *Rebranding Images*. Innsbruck; Wien [u. a.] 2006, 31–36.

die Schablone, mit der der Aufstieg Österreichs ab 1955 erzählt werden kann. In diese Erzählung passt das später noch ausführlicher behandelte „Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird“⁵⁷ und das als „Trümmerfrauen“-Gesetz ein großes Medienecho erfuhr. Schließlich wird gerade auch hier der Wiederaufstieg Österreichs durch den Beitrag der Frauen in der Nachkriegszeit hervorgehoben und gewürdigt. Allerdings ohne sich viel um die Vorgeschichte dieser Frauen zu kümmern und ohne sich mit der Frage zu beschäftigen, warum Österreich 1945 überhaupt in Teilen zerstört war.

7.4 Gedenkjahr 2018 und der „Historikerbericht der FPÖ“

Vergleicht man das Gedenkjahr 2005 mit jenem von 2018, lassen sich interessante Parallelen erkennen. Auch 2018 wurde Österreich von einer schwarz-blauen Koalition regiert, wobei die ÖVP zwischendurch ihre Farbe zu Türkis gewechselt hatte, was aber grundsätzlich wenig an den Ähnlichkeiten zur ersten schwarz-blauen Regierung von 1999 änderte. Außer dass die Proteste sowohl national als auch international deutlich schwächer ausfielen als noch anlässlich des Kabinetts Schüssel I.⁵⁸ Der österreichische Tabubruch von damals, Rechtsextreme in Regierungsverantwortung zu holen, war in Europa mittlerweile eher zum Regelfall als zur Ausnahme geworden. Wie im zweiten Kapitel bereits ausgeführt, war 2018 in gleich mehrfacher Hinsicht ein Gedenk- und Erinnerungsjahr: 100 Jahre Republikgründung 1918, 80 Jahre Anschluss Österreichs an den NS-Staat 1938, aber auch 50 Jahre Studierendenproteste 1968, 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und 170 Jahre Bürgerliche Revolution von 1848. Gerade die drei letzten überraschen doch ein wenig, schließlich handelt es sich bei den Ereignissen nicht um klassisch österreichische Erinnerungsorte. So war das Jahr 1968 in Österreich, wie es Fritz Keller ausdrückt, eher „eine heiße Viertelstunde“⁵⁹ als eine fundamentale Revolution. Oder wie Karl Vocelka feststellt, eher „harmlos

57 Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird. BGBl. I Nr. 89/2005.

58 Dirk Rupnow, „Das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018. Eine Rückschau.“ *zeitgeschichte* 46.4 (2019): 463–478.

59 Fritz Keller, Wien, Mai 1968. Eine heiße Viertelstunde. Wien 2008.

und provinziell“.⁶⁰ Tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Veränderungen erlebte Österreich erst im darauffolgenden Jahrzehnt unter der Regierung Bruno Kreisky.

Die Jahre 1848, 1948 und 1968 waren sehr gut geeignet, eine durchgehende Geschichte von Demokratie, bürgerlicher Selbstbestimmung und Menschenrechten zu erzählen. Wie schnell diese Erzählung aber ins Stocken geraten beziehungsweise wie wenig nachhaltig solche Narrative sein können, zeigte der damalige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl im Jänner des folgenden Jahres, als er anlässlich des Lieblingsthemas der türkis-blauen Regierung – Migration – eben jene Menschenrechtskonvention in Frage stellte und in einer Pressekonferenz erklärte: „Das Recht hat der Politik zu folgen und nicht die Politik dem Recht.“⁶¹ Der Fokus des offiziellen Österreichs lag 2018 aber ohnehin eher auf den Jahren 1918 und 1938, die in deutlich größerem Umfang zum Bestandteil geschichtspolitischer Positionierung der rechtspopulistischen Bundesregierung wurden.⁶² Wie schon 2005 wurde das Bild eines aufgeklärten Umgangs mit der österreichischen Vergangenheit, gerade der NS-Vergangenheit, aber einmal mehr von FPÖ-Politikern aus der zweiten und dritten Reihe getrübt, wodurch diese die Spitze der Partei mitunter in Erklärungsnotstand brachten.

Wie bereits im Kapitel zum „Trümmerfrauen“-Denkmal in Wien erwähnt, veröffentlichte das Wiener Wochenmagazin *Der Falter* eine aufwendige Recherche, die als „Liederbuchaffäre“ zumindest in die jüngere österreichische Zeitgeschichte eingehen sollte.⁶³ Kern der investigativen Geschichte war ein Liederbuch der pennalen Burschenschaft Germania mit eindeutig die NS-Zeit verherrlichenden Inhalten, das dem Falter zugespielt worden war. Wie der Falter aufdeckte, war der damalige Spitzenkandidat der FPÖ für Niederösterreich, Udo Landbauer, seit Jahren nicht nur Mitglied in der Burschenschaft, sondern sogar deren stellvertretender Obmann. Einmal mehr sorgte die „Liederbuchaffäre“ für eine breite Debatte über die sprichwörtlichen „braunen Flecken“ in der FPÖ selbst, was letztlich vielmehr zur Frage führte, ob man angesichts der hohen Zahl der so genannten Einzelfälle – so werden die nationalsozialistischen beziehungsweise rechtsextremen Ausfälle von FPÖ-Politiker:innen gerne bezeichnet – überhaupt von einzelnen Flecken sprechen

60 Karl Vocelka, Die Studentenrevolte 1968. In: Oliver Rathkolb und Friedrich Stadler. Das Jahr 1968. Ereignis, Symbol, Chiffre. Göttingen 2010, 209–220, 214.

61 Herbert Kickl, zitiert in: „Kickl stellt Menschenrechtskonvention infrage, Kritik von Ministerkollegen und Van der Bellen.“ In: *Der Standard*, 23. Jänner 2019.

62 Vgl. Rathkolb, Der lange Schatten; sowie Uhl, Gedenkjahr 2018.

63 Nina Horacek, „Wir schaffen die siebte Million“. Die Burschenschaft des FPÖ-Spitzenkandidaten Udo Landbauer treibt ihre „Späße“ über die Schoah, *Der Falter* 4/18.

könne oder die FPÖ nicht strukturell von einer zu großen Nähe zur NS-Ideologie geprägt sei.⁶⁴

Mit diesen wiederkehrenden Vorwürfen konfrontiert, entschied sich die Partei, nach dem Vorbild zahlreicher anderer österreichischer Institutionen, eine „Historikerkommission“ einzusetzen, die in weiterer Folge die Geschichte der FPÖ gerade im Hinblick auf die NS-Zeit untersuchen sollte. Als Absicherung, dass deren Bericht nicht allzu kritisch ausfallen konnte, wurde diese mit parteinahen Historikern, Theologen und Journalisten sowie gleich direkt mit Parteifunktionären besetzt. Dies erntete speziell von Seiten der historischen Fachwissenschaft von Beginn an scharfe Kritik. Als vornehmlich „objektives“ Feigenblatt fungierten der frühere sozialdemokratische Wiener Stadtschulrat Kurt Scholz sowie die beiden Historiker Stefan Karner und Michael Wladika, die beide mehr oder weniger als ÖVP-nahe gelten.⁶⁵ Trotz dieser eher wohlgesinnten Kommission sollte sich die Veröffentlichung des Berichts erheblich verzögern und er wurde erst Ende 2019 der Öffentlichkeit präsentiert. Am 23. Dezember wohlgemerkt, also einen Tag vor Weihnachten, noch dazu in einer relativ kurzfristig anberaumten Pressekonferenz, die sogar vom Kommissionsmitglied Andreas Mölzer als „Hauruck-Aktion“ bezeichnet wurde.⁶⁶ Jener Andreas Mölzer übrigens, der höchstselbst Verursacher zahlreicher „Einzelfälle“ war. Neben seiner erwähnten Entgleisung im Jahr 2005 – Österreich und seine Bürger hätten keine Verantwortung für Auschwitz – hatte er im Jahr 2014 in der von ihm herausgegebenen rechtsextremen Zeitschrift *Zur Zeit* unter seinem Pseudonym „F. X. Seltsam“ ausgerechnet den in Österreich sehr beliebten Fußballnationalspieler David Alaba rassistisch attackiert; bei anderer Gelegenheit hatte er die Europäische Union als „Negerkonglomerat“ bezeichnet und mit dem „Dritten Reich“ verglichen.⁶⁷ Er war also hervorragend dazu geeignet, jenen Bericht zu präsentieren, der sich mit den „braunen Flecken“ der FPÖ beschäftigen sollte.

Der Bericht blieb dann allerdings selbst hinter den nicht allzu hohen Erwartungen der Fachwissenschaft zurück und war, wie Oliver Rathkolb es in einem Kommentar in der Wochenzeitung *Der Falter* schön zusammengefasst hat, „nichts als ein blauer Etikettenschwindel“.⁶⁸ Kern der Kritik war relativ einhellig, dass die FPÖ offensichtlich gar nicht an einer Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit interes-

64 Zu diesen „Einzelfällen“ vgl. Österreichisches Mauthausen Komitee, „Lauter Einzelfälle?“ Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Wien 2017.

65 Reiter, „Parteien“, 527.

66 Andreas Mölzer zitiert in: Markus Sulzbacher/Fabian Schmid, Österreicher laut FPÖ-Historikerbericht „gute Deutsche“. In: *Der Standard* 27. Dezember 2019.

67 Vgl. Mauthausen Komitee, Einzelfälle, 24.

68 Oliver Rathkolb, Nichts als ein blauer Etikettenschwindel. In: *Der Falter* 7. Jänner 2019.

siert sei, sondern sich vielmehr von verschiedenen Vorwürfen freisprechen wolle, unter anderem mit dem Hauptargument, es habe ja in allen Parteien ehemalige NS-DAP-Mitglieder gegeben. Margit Reiter, die führende Expertin für die Geschichte der Freiheitlichen Partei und ihrer Vorgängerorganisation, fasst die Probleme des Berichts in einem Artikel fundiert zusammen und zeigt die klaffenden Lücken und Leerstellen: Die NS-Vergangenheit führender Parteifunktionäre wird verkürzt und sehr geschönt dargestellt, die Nähe zu den Burschenschaften heruntergespielt und die Geschichte eben dieser hauptsächlich vor 1938 beleuchtet; es findet weder eine quantitative noch eine qualitative Auswertung darüber statt, wie viele ehemalige NSDAP-Mitglieder tatsächlich in VdU und FPÖ aktiv waren; antisemitische Kontinuitäten in der Partei werden ignoriert – um nur die wichtigsten Kritikpunkte zu nennen. Reiter erklärt abschließend, dass „der FPÖ-„Historikerbericht“ keinen substanziellen und selbstkritischen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der FPÖ geleistet hat und den wirklich interessanten und strittigen Fragen ausgewichen ist.“⁶⁹

2018 war dieser „Historikerbericht“ aber noch ein Versprechen – die Erwartungshaltung aber, wie bereits erwähnt, ohnehin eher niedrig. Im Gedenkjahr selbst bemühte sich die türkis-blaue Regierung ihrem rechtspopulistischen Kurs einen geschichtspolitisch konziliananten Anstrich zu geben. Während der damalige Innenminister Herbert Kickl forderte, Migranten „konzentriert“ an einem Ort „zu halten“ und der FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus dem Milliardär George Soros unterstellte, die Migration nach Europa zu fördern – eine offensichtlich antisemitische Verschwörungstheorie –, beschloss die Regierung mit der Errichtung der Shoah-Namensmauer den Bau einer zentralen Gedenkstätte für die 65.000 in der NS-Zeit ermordeten jüdischen Österreicher:innen, besuchte Gedenk- und Befreiungsfeiern und startete eine ganze Reihe von symbolpolitischen Initiativen, die mehr oder weniger von der tatsächlichen Politik und den verschiedenen Äußerungen der Mitglieder einer der beiden Regierungsparteien ablenken sollten.⁷⁰ Für eine Störung dieser Harmoniebemühungen sorgte unter anderem der Schriftsteller Michael Köhlmeier bei einer Gedenkveranstaltung des österreichischen Parlaments am 5. Mai, dem Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus, in Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. In einer Brandrede kritisierte er die Politik der Regierung und im Speziellen die FPÖ scharf, verwies auf die Nähe der FPÖ zu nationalsozialistischem Gedankengut und sorgte damit wenig überraschend für einigen Unmut auf Seiten

⁶⁹ Reiter, „Parteien“, 531.

⁷⁰ Vgl. Rupnow, Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018.

der ÖVP-FPÖ-Koalition.⁷¹ Seine Rede wurde in den österreichischen Medien breit diskutiert, gerade auch in Bezug auf eine von ihm diagnostizierte Scheinheiligkeit, gleichzeitig der Opfer der Shoah zu gedenken und in der Gegenwart gegen Ausländer zu hetzen.

Eine besonders nachhaltige Initiative im Gedenkjahr 2018 war die Eröffnung des Hauses der Geschichte Österreich (hdgö) am geschichtsträchtigen Wiener Heldenplatz im Zuge der Feierlichkeit zu 100 Jahren Republikgründung am 10. November 2018.⁷² Dem Projekt waren jahrzehntelange Diskussionen rund um dessen Ausrichtung, Standort und Größe vorausgegangen, die schlussendlich in einen typisch österreichischen Kompromiss mündeten: Dem wohl wichtigsten zeitgeschichtlichen Museum Österreichs wurden einige wenige Zimmer in der Hofburg zur Verfügung gestellt, in denen die Ausstellungsmacher:innen sich erfolgreich bemühten, auf kleinem Raum 100 Jahre Geschichte Österreichs kritisch darzustellen.⁷³ 2023 wurde bekannt, dass das Museum in Zukunft vom Heldenplatz in das MuseumsQuartier übersiedeln solle und dort deutlich mehr Ausstellungsfläche nutzen könne.

Wie bereits im zweiten Kapitel ausführlicher erklärt, versuchten die FPÖ-Regierungspolitiker:innen im Gedenkjahr 2018 einerseits, sich in den geschichtspolitisch erwünschten Narrativen einer rezenten Gedenkkultur zu bewegen, andererseits aber auch nicht auf das eigene Kernpublikum zu vergessen. Dies geschah nicht nur durch eine ganze Reihe rechtsextremer Äußerungen, sondern eben auch durch die Eröffnung des für dieses Buch so wichtigen Denkmals für die österreichischen „Trümmerfrauen“ in der Wiener Innenstadt. In den folgenden drei Kapiteln wird nun der Ort der „Trümmerfrau“ im kollektiven Gedächtnis Österreichs vermessen. Dieses Unterfangen beginnt allerdings mit einem Blick nach Norden in die beiden deutschen Staaten BRD und DDR. Speziell mit der Bundesrepublik verbindet Österreich nicht nur eine lange Geschichte, sondern auch eine innige Hassliebe: Deutschland ist Österreichs wichtigster Handelspartner, engster Verbündeter und in vielerlei Hinsicht auch politisches Vorbild, gleichzeitig jedoch spätestens seit 1945 auch das „defining other“, von dem es sich abzugrenzen gilt. Was die österreichischen „Trüm-

71 Michael Köhlmeiers Gedenkrede: „Die Dinge beim Namen nennen“, 4. Mai 2018 im Zeremoniensaal der Wiener Hofburg. Online unter: <https://www.erinnern.at/gedaechtnisorte-gedenkstaetten/gedenktag/5-mai/private-artikel/michael-koehlmeiers-gedenkrede-die-dinge-beim-nennen>.

72 Zum „Haus der Geschichte Österreich“ vgl. Monika Sommer, „Zeitgeschichte und Museen.“ In: Gräser/Rupnow, Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich, 798–825.

73 Gemeinsam mit Thomas Walach habe ich 2018 einen Kommentar in der Wochenzeitung *Der Falter* zu den Schwierigkeiten rund um das „Haus der Geschichte Österreich“ geschrieben: „Hände weg vom Haus der Geschichte“, *Falter* 49/2018. Online unter: <https://www.falter.at/zeitung/20181205/haende-weg-vom-haus-der-geschichte>.

merfrauen“ anbelangt, kamen zentrale Impulse zu deren erinnerungspolitischer Inszenierung aber aus den beiden deutschen Staaten.

8. „Trümmerfrauen“ – Eine deutsch-deutsche Geschichte

Wie bereits mehrfach in diesem Buch erwähnt, stellte sich die Situation in Deutschland ein wenig anders, aber doch vergleichbar mit jener in Österreich dar – oder angelehnt an einen Buchtitel von Stefan Zahlmann über das Mediensystem der DDR: Die „Trümmerfrauen“ in Österreich sind wie jene in Deutschland, nur anders.¹ Zunächst ist natürlich zu differenzieren, von welchem Deutschland wir überhaupt sprechen: der Bundesrepublik als Westdeutschland, der Deutschen Demokratischen Republik als Ostdeutschland und schlussendlich dem wiedervereinigten Deutschland ab 1990. In allen drei Staaten unterscheidet sich der Verhandlungsspielraum „Trümmerfrau“ bei genauerer Betrachtung von den jeweils anderen. Gerade für Westdeutschland lassen sich sogar zwischen einzelnen Städten Unterschiede erkennen, und auch innerhalb der Gesellschaften selbst gab es im Diskursraum „Trümmerfrauen“ Brüche und Bedeutungswandel. In diesem Kapitel werde ich, basierend auf der Forschungsliteratur zu diesem „deutschen Erinnerungsort“ (Leonie Treber), herausarbeiten, was Gemeinsamkeiten und Unterschiede zum österreichischen Phänomen „Trümmerfrauen“ sind. Es handelt sich allerdings nur um einen rein kursorischen Überblick, für detaillierte Studien sei auf die umfangreichen Arbeiten zum deutschen „Trümmerfrauen“-Mythos verwiesen.

Der Stand der Forschung zu den deutschen „Trümmerfrauen“ ist etwas umfangreicher als jener zu den österreichischen, was vornehmlich Leonie Trebers umfassender Studie „Mythos Trümmerfrauen“ zu verdanken ist. Ihre Dissertation von 2014 ist als das Standardwerk zu diesem Thema anzusehen, sie geht in ihren Ergebnissen weit über alle anderen Arbeiten hinaus. Gerade deshalb, weil sie neben der Gegenüberstellung von BRD und DDR auch auf die Situation in verschiedenen Städten eingeht und dabei – ebenso wie ich es in dem vorliegenden Buch versuche – die konkrete Trümmerarbeit der späteren Mystifizierung gegenüberstellt. Weitere wichtige, allerdings etwas weniger detaillierte Studien stammen von Marita Krauss², die sich dem Thema über die ikonischen Fotografien vermeintlicher und tatsächlicher „Trümmerfrauen“ annähert, oder Nicole Kramer³, die sich in ihrer Arbeit zwar

1 Stefan Zahlmann, „Wie im Westen, nur anders.“ Medien in der DDR. Berlin 2010.

2 Marita Krauss, Trümmerfrauen. Visuelles Konstrukt und Realität. In: Gerhard Paul, Das Jahrhundert der Bilder. Bildatlas. Band 1. 1900 bis 1949. Göttingen 2009, 738–745.

3 Kramer, Volksgenossinnen.

der Frauen- und Sozialpolitik des NS-Staats widmet, sich aber zugleich ausführlich mit der Nachkriegszeit auseinandersetzt und dabei Kontinuitäten sowie Brüche zwischen den Rollen der Frau in der NS-Zeit und in der BRD beziehungsweise der DDR aufzeigt. Wie in Österreich gibt es neben diesen fachwissenschaftlichen, kritischen Arbeiten allerdings auch eine ganze Reihe deutlich weniger distanzierte Publikationen, die im Grunde den „Trümmerfrauen“-Mythos mitbegründet haben oder zumindest perpetuieren.

8.1 Die „Trümmerfrau“ als Heldin der Werktätigen in der SBZ und DDR

Die Geburtsstunde der deutschen „Trümmerfrau“ als die Vorstellung jener Frau, die Aufräumarbeiten nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie freiwillig durchführt, lässt sich in den Jahren 1945 bis 1949 festmachen, der Geburtsort ist die „Sowjetische Besatzungszone“, die spätere Deutsche Demokratische Republik.⁴ Dort wurde der Begriff erstmals verwendet, um jene Frauen zu beschreiben, die in der Enttrümmerung der von schweren Kriegsschäden betroffenen Städte arbeiteten.

Wie Leonie Treber zeigen konnte, erfüllte die massenmediale Konstruktion der ostdeutschen „Trümmerfrau“ im Wesentlichen drei Funktionen: Erstens sollte das „negative Image der Trümmerräumung“ umgedeutet und die Bevölkerung zu einer aktiven Teilnahme an eben dieser motiviert werden. Zweitens wollte man dem trostlosen Bild der zerstörten Städte – Städte in der SBZ, allen voran Berlin, Leipzig oder gar Dresden waren von ungleich schwereren Kriegsschäden betroffen als Wien – ein hoffnungsvolles Bild einer Gemeinschaft gegenüberstellen, die kollektiv den Schutt beseitigt und aus diesen Ruinen geschlossen als bessere Gesellschaft wieder hervorsteigt. Und drittens passte die Vorstellung der modernen Frau, die sich selbst die Hände schmutzig macht und gleichberechtigt neben Männern Bauarbeiten verrichtet, ausgezeichnet in die propagandistische Welt des Kollektivs der Werktätigen.

Die „Trümmerfrau“ entstand somit quasi als Archetyp der sozialistischen Frau an sich.⁵ Eine der rechtlichen Grundlagen für diese zumindest formal gegebene Gleichheit war 1946 durch die Aufhebung des Verbots der Frauenarbeit in der Bauwirtschaft geschaffen worden – Frauen konnten somit ganz offiziell und außerhalb von Sondereinsätzen in der Enttrümmerung mitarbeiten und dafür auch entlohnt

4 Leonie Treber, „Die Geburtsstunde der ‚Trümmerfrau‘ in den Presseerzeugnissen der deutschen Nachkriegszeit“ In: Elisabeth Cheauré/Sylvia Paletschek/Nina Reusch (Hg.), *Geschlecht und Geschichte in populären Medien*. Bielefeld 2013, 189–208.

5 Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 281.

werden. Von staatlicher Seite wurde überdies aktiv daran gearbeitet, Frauen in das Baugewerbe zu bringen und die Berufssparte für sie attraktiver zu gestalten. Die „Trümmerfrau“ galt dabei als Vorbild – immerhin würde die Arbeit von Frauen bei der Beseitigung der immensen Kriegsschäden beweisen, dass auch sie mit Hammer und Schaufel umgehen konnten und zumindest nicht mehr Schäden durch die harte körperliche Arbeit nahmen als ihre männlichen Kollegen.⁶ Im Gegensatz dazu war das Verbot der Tätigkeit von Frauen im Bauhauptgewerbe in der Bundesrepublik 1952 per Verfassungsgesetz wieder eingeführt und Frauen damit aus diesem als typisch männlich gelesenen Berufsfeld hinaus gedrängt worden.⁷ Das Verbot sollte erst 1994 (!) wieder aufgehoben werden. In Österreich erfolgte der Ausschluss von Frauen aus dem Baugewerbe sogar noch früher als in der BRD – bereits 1947 verbot das Zentral-Gewerbe-Inspektorat die Tätigkeit von Frauen als Bauhilfsarbeiterinnen und das, obwohl die Arbeitsämter über den eklatanten Mangel an Hilfsarbeiter:innen am Bau klagten.⁸

Ein kurzer Blick in die DDR-Presse zeigt, dass dort eine Koppelung von Mutterschaft und Trümmerarbeit stattfand, allerdings unter der Prämisse, wie gut sich diese beiden Aufgaben vereinbaren ließen. So wurde beispielsweise die „Trümmerfrau“ als „Kopf des Alltages“ in der offiziellen Parteizeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) *Neues Deutschland* im Juli 1947 stark in ihrem weiblichen Rollenbild als Mutter verortet: „Du lächelst! Es ist dein Geheimnis, das Geheimnis der Mutter.“ heißt es dort über den Arbeitswillen und insbesondere das unbeugsame Gemüt der „Trümmerfrau“, die sich auch von den schweren Zerstörungen in Berlin nicht unterkriegen lässt. Doch bereits hier wird sie als Vorbild und Motivation für die Gesamtbevölkerung beschworen: „Nu aber fix' ...“, die Worte, die Peitsche sein sollten, dir wurden sie zum Inbegriff deines Daseins. Nun rufen sie alle Müßigen an von der Wand deiner Lore, die du tagaus, tagein durch die Berliner Trümmer schiebst.“⁹ Wie schon aus der österreichischen Presse in den Artikeln zu den „Gemeinschafts- und Notstandsarbeiten“ bekannt, sollen hier ebenfalls die Arbeitsunwilligen – „die Müßigen“ – zur Arbeit motiviert werden. Wo in Österreich vorrangig prominente Schauspieler:innen und andere Künstler:innen als positive Beispiele angeführt wurden und nicht die allgemeine Bevölkerung, werden hier be-

6 Ebd. 291–292.

7 Vgl. Irmgard Weyrather, „Was Männer zerstören, bauen Frauen wieder auf“. Frauenarbeit am Bau in den Trümmerjahren, in: Arno Klönne/Olaf Bartels (Hg.), *Hand in Hand. Bauarbeit und Gewerkschaften – Eine Sozialgeschichte*, Frankfurt/M. 1989, 280–295, 284.

8 Bandhauer-Schöffmann, *Weibliche Wiederaufbauszenarien*, 224.

9 Kopf des Alltages: Trümmerfrau. In: *Neues Deutschland*, 6. Juli 1947, 4.

reits sehr früh die gewöhnlichen „Trümmerfrauen“ als Heldinnen der Enttrümmerung aufgebaut.

Das *Neue Deutschland* als Verhandlungsspielraum der medialen Inszenierung ist dabei deswegen so wichtig, weil es sich um den direkten Kanal zunächst der zivilen Verwaltung der SBZ, dann später der offiziellen DDR gehandelt hat. 1946 gegründet, stand es unter dem direkten Einfluss des zuständigen Sekretärs im Zentralkomitee, der wiederum auf Direktive Walter Ulbrichts und in der Folge Erich Honeckers agierte.¹⁰ Der Einfluss der DDR-Führung auf das *Neue Deutschland* kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, war es doch das Sprachrohr der politischen Elite, die dort selbst regelmäßig Leitartikel und Kommentare veröffentlichte.¹¹ Gleichwohl ist anzumerken, dass aufgrund der schrittweisen Gleichschaltung der DDR-Presse und der verschiedenen Zensurmaßnahmen in keinem offiziell erscheinenden Medium der DDR eine dem *Neuen Deutschland* gegenläufige Position veröffentlicht werden konnte. Der Beginn der Erzählung von der „Trümmerfrau“ ist daher quer durch die DDR-Presse ausgesprochen konsistent. Leonie Treber bemerkt dazu: „Vielmehr wurden sie [die Trümmerfrau] von einer politisch gelenkten Berichterstattung zu Objekten einer Imagekampagne gemacht, die eine Etablierung dieser neuen Arbeiterinnenkategorie forcierte.“¹²

Teil dieser Imagekampagne waren außerdem Denkmäler, die an den Wirkungsstätten der „realsozialistischen“ „Trümmerfrauen“ schon während der Enttrümmerungsarbeiten selbst errichtet wurden. Den Anfang machte Dresden. Bereits 1952 wurde dort direkt vor dem Rathaus eine vom Bildhauer Walter Reinhold geschaffene Bronzestatue enthüllt, 1958 folgte in Berlin Mitte vor dem Roten Rathaus eine vom bekannten Künstler Fritz Cremer entworfene Figur. Beide schließen an visuelle Narrative zu den „typischen Trümmerfrauen“ an und prägten diese somit gleichsam: Die Figuren tragen ein Kopftuch, die Dresdner auch noch eine Schürze, beide führen ihr Handwerkszeug – einmal Spaten, einmal Hammer – zur Arbeit mit sich. Sie wirken stolz und zielstrebig in einer wahren Heldinnenpose, typisch für den sowjetsozialistischen Realismus der Arbeiter:innendarstellung.

¹⁰ Vgl. Pürer/Raabe, *Presse in Deutschland*, 190.

¹¹ Zur Geschichte der Zeitung „*Neues Deutschland*“ vgl. Burghard Ciesla/Dirk Külow, *Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“*, Berlin 2009.

¹² Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 291.



Abb. 4: Bronzeskulptur „Aufbauhelferin“ von Fritz Cremer in Berlin-Mitte.
CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=716804>

Die Grundlage für diese propagandistische Inszenierung der „Trümmerfrauen“ bildeten die zahlreichen „Bauhilfsarbeiterinnen“, die überall in der SBZ und der DDR, größtenteils aber in Berlin und Dresden gemeinsam mit Männern in der Trümmerräumung tätig waren.¹³ Diese lassen sich genauso wie die Beteiligung von Frauen an den verschiedenen Formen der „Bürgereinsätze“ und als Aufbauhelferin im Rahmen den „Nationalen Aufbauwerks“ (NAW) klar und unzweifelhaft nachweisen. Das NAW war 1951 ins Leben gerufen worden und bezweckte zunächst die unmittelbare Enttrümmerung der Städte, später auch den Wiederaufbau und die Modernisierung des Landes. Im Rahmen des Programms leisteten DDR-Bürger:innen Millionen an Stunden „freiwilliger“ Arbeit, die als solche im Rahmen der DDR-Propaganda als Idealvorstellung eines geschlossenen Kollektivs der Werktätigen, das gemeinsam das Land aus den Trümmern des faschistischen Krieges wieder aufbaut, funktionalisiert wurde.¹⁴ Es überrascht daher nicht, dass der Großteil der Bilder, die deutsche „Trümmerfrauen“ zeigen, in Berlin entstanden ist. Bekanntlich fanden dort die meisten Arbeiten von Frauen in der Trümmer- und Schuttbeseitigung statt. Interessanterweise werden diese Bilder mitunter auch zur Darstellung österreichischer „Trümmerfrauen“ verwendet, wie ich im nächsten Kapitel zeigen werde.

Die breite mediale Umdeutung dieser Arbeiterinnen zu „Trümmerfrauen“ sollte helfen, die Stigmatisierung dieser Arbeit zu entkräften. Schließlich war diese nicht nur wegen der Schwere der Tätigkeiten äußerst unbeliebt, sondern auch, weil in der unmittelbaren Nachkriegszeit – analog zu Österreich – in erster Linie zwangsverpflichtete Nationalsozialist:innen und Kriegsgefangene für diese Arbeiten eingesetzt worden waren.

8.2 Übernahme und Gegenerzählung – die „Trümmerfrauen“ der BRD

Während sich von der ostdeutschen „Trümmerfrau“ in der DDR sowohl erinnerungspolitisch als auch in der tatsächlichen Trümmerarbeit ein relativ eindeutiges Bild wiedergeben lässt, stellt sich die westdeutsche „Trümmerfrau“ in der BRD deutlich ambivalenter dar. Blicken wir nach West-Berlin, finden wir dort zunächst sehr ähnliche Ausgangsbedingungen und ein vergleichbares Konzept der „Trümmerfrauen“ wie jenseits der Zonengrenze. Auch dort war bereits 1955 im Volkspark Hasenheide in Berlin-Neukölln ein „Trümmerfrauen“-Denkmal eröffnet worden,

13 Vgl. Treber, Geburtsstunde, 191–192.

14 Vgl. Jan Palmowski, Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag. Berlin 2016, 169f.



Abb. 5: „Trümmerfrauen“-Denkmal von Katharina Szelinski-Singer im Volkspark Hasenheide in Berlin-Neukölln.

Bild: Lienhard Schulz - Eigenes Werk, CC BY 2.5, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1813469>

das sich zwar ähnlicher visueller Narrative bedient wie jene in der DDR – Schürze, Kopftuch und Hammer – sich dennoch ein wenig unterscheidet: Wo die ostdeutschen Statuen stolz und energetisch wirken, sitzt das Westberliner Pendant fast ent-

kräftet auf den Trümmern, so als würde sie eine dringende Pause von der anstrengenden Arbeit brauchen. Der medialen Inszenierung der „Trümmerfrauen“ tut dies aber zumindest für West-Berlin keinen Abbruch – wie in der DDR wurden auch dort die Frauen in der Schuttbeseitigung und dem Wiederaufbau als verdiente Heldinnen gefeiert.

Schon vor der Errichtung des Denkmals waren in den Jahren 1952 und 1953 einige „Trümmerfrauen“ durch den Bundespräsidenten Theodor Heuss mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Eine Ehre, die allerdings auch „Trümmermännern“ zuteilgeworden ist, wobei eine Verleihung in diesem Zusammenhang ab 1953 wieder eingestellt wurde – wohl um den hohen Rang dieser Auszeichnung nicht zu „verwässern“, wie zeitgenössische Kritiker anmerkten. Die West-Berliner „Trümmerfrauen“ konnten keine überregionale Bedeutung erlangen, denn das Thema wurde nur selten in deutschlandweiten Massenmedien aufgegriffen. Dies lässt sich höchstwahrscheinlich mit dem Frauenbild der BRD in den 1950er Jahren erklären: Während in der DDR Frauen voll in den gesamten Arbeitsmarkt integriert werden sollten – gerade auch in „typische“ Männerberufe wie das Bauhandwerk – waren die 1950er Jahre in der BRD von einer gesamtgesellschaftlichen Debatte gekennzeichnet, was denn überhaupt die Rolle der Frau in der westdeutschen Gesellschaft sein sollte.¹⁵ Wie in Österreich wurden Frauen schrittweise wieder aus jenen Räumen hinausgedrängt, die sie sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit und teilweise bereits gegen Kriegsende durch den Mangel an arbeitsfähigen Männern eröffnet hatten. Im Besonderen das Bauhandwerk war ein Gewerbe, das als unvereinbar mit weiblichen Eigenschaften gesehen wurde, wie auch das Verbot der Tätigkeit von Frauen in dieser Branche per Verfassungsgesetz 1952 verdeutlicht.¹⁶ Die West-Berliner „Trümmerfrauen“ sollten daher ein den besonderen Umständen der vom Krieg so stark in Mitleidenschaft gezogenen Stadt geschuldeter Sonderfall bleiben und noch nicht zu einem gesamt(west)deutschen Erinnerungsort werden.

Während sich für West-Berlin die systematische Arbeit von Frauen in der Trümmerbeseitigung nachweisen lässt, zeigt eine genauere Untersuchung anderer westdeutscher Städte ein etwas differenzierteres Bild. Leonie Treber zufolge kam Frauen in der Enttrümmerung der westdeutschen Städte eine nachgeordnete Bedeutung zu – ihr Einsatz war eher die Ausnahme als die Regel, sowohl im zivilen Bürgereinsatz als auch bei der professionellen Schutträumung. Wie in Wien wurden Parteigenossinnen zwar gemeinsam mit männlichen NSDAP-Mitgliedern zwangsweise eingesetzt, von den verpflichtenden „Bürgerarbeiten“ der Gesamtbevölkerung wa-

¹⁵ Vgl. Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 325.

¹⁶ Vgl. ebd., 308–318.

ren Frauen in Westdeutschland aber ausdrücklich ausgenommen. Auch bei den verschiedenen Aktionen für Jugendliche, Schüler:innen und Studierende kamen Frauen nicht in der Trümmerräumung zum Einsatz, sondern bei anderen „leichteren“ Tätigkeiten oder wurden eben gar nicht herangezogen. Leonie Treber verortet diese Unterschiede zwischen Ost und West (mit Ausnahme von West-Berlin) unter anderem in dem der Systemkonkurrenz geschuldeten divergenten Frauenbild und dem strikten Vorgehen der sowjetischen Militärregierung in deren Besatzungszone.¹⁷

Wie sehr sich die spätere erinnerungspolitische Inszenierung vermeintlich freiwilliger „Trümmerfrauen“ in der BRD und Österreich teilweise ähneln, veranschaulicht ein Beispiel von Marita Kraus in ihrer kurzen Studie zum Bild der „Trümmerfrauen“ in Deutschland: Ein im deutschen Kontext immer wieder verwendetes Foto von vermeintlichen „Trümmerfrauen“ bei der Arbeit in München zeigt zwar Frauen bei der Trümmerarbeit, aber eben keine freiwilligen Arbeiterinnen, sondern ehemalige NSDAP-Mitglieder bei verpflichtenden Sühnearbeiten, – eine Umdeutung, wie wir sie auch in Österreich immer wieder beobachten können.¹⁸ Krauss kann ebenfalls nachweisen, dass andere Fotos von westdeutschen „Trümmerfrauen“ inszeniert sind oder zumindest ein sehr verkürztes Bild der Enttrümmerung zeichnen – bilden sie doch beispielsweise Schauspielerinnen bei der Arbeit im Rahmen einer Werbekampagne ab.¹⁹ Insgesamt lässt sich feststellen, dass „Trümmerfrauen“ in Westdeutschland weder in der tatsächlichen Trümmerarbeit noch im Diskurs „Wiederaufbau“ und „Enttrümmerung“ einen wesentlichen Anteil hatten. Somit drängt sich – ebenfalls ähnlich wie in Österreich – eine Frage auf: Wann und wie ist der deutsche Erinnerungsort „Trümmerfrauen“ entstanden?

Nicole Kramer verortet die Geburtsstunde der (west)deutschen „Trümmerfrau“ als Ikone des Wiederaufbaus ebenso wie Leonie Treber oder Marita Krauss in den 1980er Jahren. Während erste Impulse wahrscheinlich ebenfalls von Seiten der Frauen- und Geschlechtergeschichte kamen, war es wohl hauptsächlich die öffentliche Debatte rund um eine Reform der Pensionsversicherung in der BRD, welche die „Trümmerfrauen“ in den Fokus der massenmedialen Aufmerksamkeit rückte: 1985 wurden die so genannten Kinderjahre in der Rentenversicherung eingeführt, wodurch die Familienarbeit mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt wurde.²⁰ Pro Kind erhielten Frauen ein Pensionsjahr gutgeschrieben, allerdings nur all jene Frauen, die

17 Vgl. Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 234–239.

18 Vgl. Krauss, *Trümmerfrauen*, 742–743.

19 Vgl. Ebd. 741.

20 Vgl. Kramer, *Volksgenossinnen*, 328.

nach 1921 geboren waren. Dies schloss also just einen Großteil jener Frauen aus, die in der Nachkriegszeit im erwerbsfähigen Alter waren und – so die Vorstellung der Zeitgenoss:innen in den 1980er Jahren – die Hauptlast der Trümmerbeseitigung und des Wiederaufbaus getragen hätten.

Die Politikerin und Gründerin des Senioren-Schutz-Bundes und späteren Partei „Graue Panther“, Trude Unruh, organisierte 1985 einen Protest vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, bei dem sich Teilnehmerinnen wie „typische Trümmerfrauen“ mit Kopftuch, Schürze sowie Hammer und Meißel ausstatteten.²¹ Im Jahr 1987 veröffentlichte sie das Buch „Trümmerfrauen – Biografien einer betrogenen Generation“, in dem Frauen in Interviews vom Leben in der Nachkriegszeit berichteten.²² Der Bundestag reagierte auf die breite Front an Kritik und reformierte 1987 das Gesetz zu Gunsten der „Wiederaufbaugeneration“.²³ Laut Leonie Treber waren es vornehmlich diese Debatten um das „Babyjahr“ und die zahlreichen Publikationen der Frauen- und Geschlechtergeschichte, die dazu führten, dass „die ‚Trümmerfrau‘ im Laufe der 1980er Jahre im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik angekommen [war] und das mit großer Intensität“.²⁴

Nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 gab es somit zwei verschiedene deutsche „Trümmerfrauen“-Erinnerungen in den jeweiligen kollektiven Gedächtnissen: einen west- und einen ostdeutschen Erinnerungsort. Trotz der erheblich längeren Geschichte und Verortung in einer tatsächlich stattgefundenen Trümmerarbeit, hatte der „Trümmerfrauen“-Mythos der DDR dabei die deutlich schlechteren Überlebenschancen. Zu tief war er in den ideologischen Prämissen der untergegangenen DDR verwurzelt, waren die ostdeutschen „Trümmerfrauen“ doch gerade auch als Idealbild der sozialistischen Frau im „besseren“ Deutschland und gleichsam als „Erbauerinnen des Sozialismus“ konstruiert worden.²⁵ Als die alte DDR in der neuen Bundesrepublik aufging, war kein Platz mehr für solch ein propagandistisches Narrativ – zumindest in der offiziellen Erzählung. In der Praxis gestaltete sich der Übergang vom ost- zum gesamtdeutschen „Trümmerfrauen“-Mythos etwas komplexer und war von Deutungskämpfen begleitet. Schließlich wollten manche Menschen in den „neuen“ Bundesländern „ihre“ „Trümmerfrauen“ nicht einfach aufgeben. Zugleich erwiesen sich die Diskussionen rund um die Altersarmut

21 Vgl. ebd.

22 Trude Unruh, *Trümmerfrauen – Biografien einer betrogenen Generation*. Klartext, Essen 1987.

23 Kindererziehungsleistungsgesetz vom 12.7.1987, in: *Bundesgesetzblatt I* (1987), S. 1585.

24 Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 415.

25 Ebd. 432.

von Frauen und die Benachteiligung im Pensionssystem auch als sehr gut anschlussfähig für die in den 1980er Jahren in der DDR entstandene Frauenbewegung.²⁶

Mit dem „memory boom“ in voller Blüte wurden die 1990er Jahre schließlich zur endgültigen Etablierungsphase des „Trümmerfrauen“-Mythos in Deutschland: Zahlreiche lokale und gesamtdeutsche Gedenkinitiativen rückten die deutschen „Trümmerfrauen“ in den Fokus der Öffentlichkeit. Dabei erfolgte eine sukzessive Ausweitung des Begriffs – wie auch in Österreich – er wurde losgelöst von der reinen Trümmerarbeit und immer mehr zu einem Symbol für die gesamte Generation deutscher Frauen in der Nachkriegszeit. Dabei war es im Wesentlichen die Generation der Nachgeborenen, die das Andenken an die eigenen Mütter hochhalten wollte:

Das „Trümmerfrauen“-Narrativ bot eine passende Form, in die „Kriegskinder“ ihre Erinnerungen gießen konnten. Die Mütter erhielten aus ihrer Sicht einen fast übermenschlichen Nimbus als Frauen, die im Bombenhagel und in den zerstörten Städten stark und unerschrocken für das Überleben ihrer Familien gekämpft hatten.²⁷

Diese erinnerungspolitische Funktionalisierung der weiblichen Nachkriegsgeneration wird besonders im Mannheimer „Trümmerfrauen“-Denkmal manifest. Das 1995 eingeweihte Denkmal entstand auf Initiative von vier Frauen, die damit explizit auch die eigenen Mütter ehren wollten und in ihrem Vorhaben von der Stadt unterstützt wurden. Das Denkmal war zügig innerhalb von nur einem Jahr realisiert worden, Reflexionen darüber, ob es denn in Mannheim überhaupt „Trümmerfrauen“ gegeben hätte, wurden zu keinem Zeitpunkt angestellt. Vielmehr diente das Mannheimer-Denkmal als Beispiel für zahlreiche ähnliche Initiativen in ganz Deutschland. Wie Leonie Treber auflistet, folgten ähnliche Denkmäler in „Aachen (2000), Chemnitz (2001), Jülich (2003), Augsburg (2005), Halberstadt (2005), Wuppertal (2012) und München (2013)“.²⁸

Das Denkmal in Jülich war dabei von heftigen Debatten zwischen der Initiatorin Gerta Mojert und der Stadt selbst begleitet. Mojert hatte bereits ab 1987 versucht, einen öffentlichen Erinnerungsort zu schaffen, war jedoch von der Stadt immer wieder mit dem Hinweis, dass es in Jülich keine „Trümmerfrauen“ im engeren Sinne gegeben habe, abgeschmettert worden. Erst als Mojert eine breite Kampagne mit Hilfe der Medien angestrengt hatte, konnte das Denkmal verwirklicht werden.

²⁶ Vgl. ebd. 433.

²⁷ Kramer, Volksgenossinnen, 332.

²⁸ Treber, Mythos, 436.

Dazu hatte die gebürtige Jülicherin selbst eine eigene Studie veröffentlicht, in der sie primär Zeitzeuginnen zu Wort kommen ließ, und dadurch den offiziellen Quellen der Stadt, mit denen diese auf die Nicht-Existenz von „Trümmerfrauen“ hinwies, unter Verwendung der Methode der Oral History eine alternative Gegenerzählung gegenüberstellen konnte. Denn die von ihr interviewten Frauen berichteten – 50 Jahre später – von eigener oder zumindest wahrgenommener Trümmerarbeit durch Frauen.²⁹ Leonie Treber spricht in diesem Zusammenhang von einer „Aura der Authentizität“, die dazu führt, dass Zeitzeug:innen und Fotografien zum Teil eine höhere Glaubwürdigkeit eingeräumt wird als Archivquellen.³⁰ Wie ich im folgenden Kapitel am österreichischen Beispiel noch genauer ausführen werde, ist es dabei ein spannender Vorgang, dass die Erinnerung an die „Trümmerfrauen“ in der Regel erst dann einsetzt, wenn dieses Phänomen auch öffentlich breit diskutiert wird. So begann sich Gerta Mojert offenbar erst ab 1987 wirklich intensiv mit den „Trümmerfrauen“ zu beschäftigen – also zu jenem Zeitpunkt, als aufgrund der Debatten rund um das so genannte „Babyjahr“ in der Pensionsversicherung der BRD die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den „Trümmerfrauen“ überhaupt startete.³¹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die DDR und West-Berlin zwar tatsächlich die systematische Arbeit von Frauen in der Trümmerbeseitigung nachweisbar ist, die Situation der BRD aber eine gänzlich andere war. „Trümmerfrauen“ als propagandistisches und geschichtspolitisches Konzept haben ihren Ursprung eindeutig in der DDR, wurden durch Debatten rund um die Benachteiligung von Frauen und durch Impulse aus der Frauen- und Geschlechtergeschichte zu einem zuerst westdeutschen, dann später auch zu einem gesamtdeutschen Erinnerungsort. Kritische Stimmen und Einwürfe von Historiker:innen, dass sich die faktische Situation doch ein wenig anders darstellt als die mythologisierende Aufladung der „Trümmerarbeit“ durch Frauen, blieben in Deutschland ähnlich ungehört wie in Österreich.

29 Vgl. Gerta Mojert, *Trümmerfrauen in Jülich* Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten. Jülich 2003.

30 Treber, *Mythos*, 438.

31 Vgl. ebd. 438–440.

9. Die späte Geburt der österreichischen „Trümmerfrau“

Wie in einem früheren Kapitel erwähnt, waren „Trümmerfrauen“ weder als Konzept noch als Begriff im österreichischen Diskurs der Nachkriegszeit präsent. Grundsätzlich ist es aus historischer Perspektive gewiss schwierig, das Nicht-Vorhandensein von etwas nachzuweisen. Doch eine sehr gute Annäherung an die hegemonialen Sagbarkeiten innerhalb einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt stellen gerade für das 20. Jahrhundert die klassischen Massenmedien dar. Schließlich sind sie der Ort, an dem Diskurse gleichzeitig geprägt, aber auch manifest werden, oder wie Niklas Luhmann es ausgedrückt hat: „Was wir über die Welt [...] in der wir leben wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“¹ Sie bilden Wirklichkeitskonzepte einerseits ab, konstruieren diese andererseits aber zugleich mit. Diese Dialektik macht sie zu einem hervorragenden Medium, um die hegemonialen Sagbarkeiten zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zu untersuchen. Dabei muss man sich allerdings der Tatsache gewahr sein, dass dort eben keine wie auch immer geartete „Wirklichkeit“ zu finden ist, sondern lediglich Konzepte und Ausschnitte (vergänger) Beschreibungen wahrgenommener Phänomene. In der Medienanalyse ist es daher umso wichtiger, ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Titel und Formate in den Blick zu nehmen – nicht etwa um dadurch „Objektivität“ zu erreichen, aber zumindest eine systematische Vermessung des untersuchten Diskursraumes.²

Wird ein Thema in den klassischen Massenmedien gar nicht behandelt, kann dies den Schluss erlauben, dass es im Beobachtungszeitraum entweder sehr stark tabuisiert oder aber innerhalb dieser Gesellschaft als nicht relevant erachtet wurde. In Bezug auf das Konzept „Trümmerfrauen“ im Österreich der 1950er Jahre dürfte eher Letzteres der Fall gewesen sein. Schließlich wurde sehr wohl über die „Sühnearbeiten“ ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der Trümmerbeseitigung berichtet, ebenso wie über die Trümmerräumung an sich und andere Maßnahmen im Wiederaufbau. Dabei wurde auch immer wieder die Arbeit von Frauen thematisiert – aber eben nicht die alleinige Arbeit von Frauen, weder freiwillig noch bezahlt oder als zwangsverpflichtete ehemalige Nationalsozialist:innen. Frauenarbeit wurde weder besonders hervorgehoben noch verschwiegen. So beschreibt die Zeitung *Neues Ös-*

¹ Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden 2009, 9.

² Vgl. dazu: Martin Tschigge, *Identität und Alterität*.

terreich am 27. April 1945 die aufopferungsvolle Arbeit aller Wiener – Männer und Frauen – bei der Schuttbeseitigung unmittelbar nach Kriegsende in geradezu blumigen Worten:

„Die Wiener selbst haben aber bald zugegriffen, um die Barrikaden, die Sinnlosigkeit errichtet hatte, zu entfernen und den Schutt wegzuräumen. Man sah und sieht natürlich noch immer Männer und Frauen mit Schaufeln, die Schutt wegräumen, Ketten von Menschen, die einander die Ziegel zureichen, die weggeschafft werden müssen, und man sieht vor allem das Ergebnis ihrer Mühe [...]“³

Obgleich sich in den (wenigen) österreichischen Zeitungen der darauffolgenden Wochen ein narrativer Schwenk erkennen lässt, nachdem nicht mehr die freiwillige Arbeit gelobt, sondern deren Mangel beklagt wurde, zeigt dieser Artikel exemplarisch, dass die Arbeit von Frauen keinesfalls ein Tabu war oder über Frauen grundsätzlich nicht berichtet wurde. Denn auch die Teilnahme von Frauen an den so genannten „Hamsterfahrten“, also den Versuchen der in der Regel schlechter versorgten Stadtbevölkerung in richtiggehenden Expeditionen aufs Land an Lebensmittel heranzukommen, wurde ebenfalls breit besprochen. Diese wurden nahezu durchgehend sehr negativ dargestellt und waren meist mit dem Hinweis verbunden, dass diese Fahrten 1. verboten und 2. unsolidarisch mit jenen Teilen der Bevölkerung seien, die dazu nicht die Möglichkeit hatten.

Sofern über Frauen und ihre Leistungen bei der Trümmerräumung beziehungsweise beim beginnenden Wiederaufbau berichtet wurde, wurden sie als Teil der Gesamtheit der Bevölkerung bestehend aus Frauen und Männern dargestellt und ihre Arbeit nicht gesondert hervorgehoben.

Eine derartige Akzentuierung erfolgte allerdings dann, wenn nicht über Österreich, sondern über Deutschland berichtet wurde. So las man in den *Salzburger Nachrichten* vom 11. Oktober 1946 über den Wiederaufbau Berlins: „Für die Beseitigung der Trümmer, wofür meist Frauen verwendet wurden, mußten 3,500,000 Tagwerke aufgewendet werden.“⁴ Der Begriff „Trümmerfrauen“ wurde aber auch zur Beschreibung dieser Frauen noch nicht gebraucht. In der österreichischen Öffentlichkeit war erst einige Jahre später von „Trümmerfrauen“ die Rede, jedoch ausschließlich in Bezug auf die beiden deutschen Staaten. So in einem Artikel im *Wiener Kurier* vom 23. Juli 1953 zur 700-Jahrfeier der Stadt Frankfurt an der Oder, der zuvor bereits am 16. Juli in der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* erschienen

3 „Der Weg vorwärts“ In: *Neues Österreich*, 27. April 1945, 2.

4 „Wirtschaftsrundschau Berlin im Wiederaufbau“. In: *Salzburger Nachrichten*, 11. Oktober 1946, 4.

war und vom *Kurier* übernommen wurde. Darin schildert der Autor das dramatische Schicksal von Rentnerinnen „in der Zone“, die sich „einen kargen Nebenverdienst“ in der Trümmerräumung erarbeiten müssen, um nicht zu verhungern.⁵ Eine Verbindung zur Situation in Österreich wird hierbei nicht hergestellt, was wohl am propagandistischen Aspekt des Artikels liegen dürfte: Immerhin wird hier in dem von der US-amerikanischen Besatzungsmacht gegründeten *Kurier* die dramatische Lage in der kommunistischen DDR geschildert, wo – laut dem Artikel – arme Pensionistinnen vom akuten Hungertod bedroht seien und daher schwerste körperliche Arbeit verrichten müssten. Im kapitalistischen Westen und namentlich in Österreich würde dazu nach dieser Logik keine Notwendigkeit bestehen. Bezeichnend ist dabei, dass die DDR im Rückbezug auf die „Sowjetische Besatzungszone“ als „Zone“ bezeichnet wird, eine Praxis, die in den westdeutschen Medien aufgrund der Nicht-Anerkennung der DDR durch die BRD zumindest bis zur Entspannungspolitik der 1970er Jahre weitverbreitet war. Dieser „Trümmerfrauen“-Artikel muss also in den Kontext der Systemkonkurrenz im Ost-West-Konflikt eingeordnet werden, was auch erklärt, warum keine Verbindungslinien zu Österreich gezogen werden – schließlich waren nach dieser Lesart Frauen nicht in ihrer Existenz bedroht und mussten daher keine (unfreiwilligen) Trümmerarbeiten leisten. „Trümmerfrauen“ werden in diesem Zusammenhang also klar als ein Produkt der schlechten Versorgungslage im Osten dargestellt – nicht vergleichbar mit der Situation in Österreich.

Doch auch bei positiven Konnotationen von „Trümmerfrauen“ in Deutschland blieben in den 1950er Jahren Verbindungen zur österreichischen Thematik aus. Knapp drei Jahre zuvor war ebenfalls im *Wiener Kurier* ein Artikel zu deutschen „Trümmerfrauen“ erschienen, in dem dieser „neue Typ Frau“ überaus positiv dargestellt worden war, da sie als Heldinnen nach zahlreichen Entbehrungen nun das Land wieder aufbauen und dazu beitragen würden, dass sich Deutschland erholen könne.⁶ Erneut wurde nur Bezug genommen auf die „Trümmerfrauen“ in Westdeutschland. Besonders interessant ist hierbei, dass bereits alle Narrative vorweggenommen wurden, die sich Jahrzehnte später in der erinnerungspolitischen Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrauen“ finden lassen: Das harte Leben im Krieg, Flucht und Vertreibung, die schlechte Versorgungslage, die Rolle als Mutter und nicht zuletzt die schwere Arbeit im Wiederaufbau. Ohne jedoch auch nur mit einem Wort eine mögliche Parallele zwischen Deutschland und Österreich herzustellen. Der Autor geht also offenbar stillschweigend davon aus, dass die Situation in Österreich eine grundlegend andere sei als in der BRD und der DDR und sei-

5 H. Zeiler: „Trostlose Stadt an der Oder“. In: *Wiener Kurier*, 23. Juli 1953, 2.

6 Dr. M., „Ein Leben unter Trümmern“. In: *Wiener Kurier*, 26. Juli 1950, 14.

nen Leser:innen dies auch bewusst sei. Dieses Bild zieht sich quer durch die österreichische Medienlandschaft der 1950er Jahre: „Trümmerfrauen“, egal ob positiv oder negativ besetzt, waren stets die Deutschen. Wie sie lebten, wie sie litten, wie sie arbeiteten, ja sogar welche Kleidung sie trugen, wurde in österreichischen Medien dokumentiert, Verbindungen zu Österreich oder gar Parallelen wurden nicht hergestellt.

73 Jahre später wird just der *Kurier*-Artikel von 1950 vom Historiker und Leiter des ÖVP-nahen Karl-von-Vogelsang-Instituts, Johannes Schönner, in einem Gastkommentar in der *Wiener Zeitung* bemüht, um zu erklären, warum das Wiener „Trümmerfrauen“-Denkmal eine wichtige und vor allem notwendige Würdigung der österreichischen Wiederaufbaugeneration sei. Immerhin wäre ja schon in den 1950er Jahren bekannt gewesen, wie großartig und bedeutsam die österreichischen „Trümmerfrauen“ seien. Dass der zitierte Artikel sich auf die deutschen und nicht auf die österreichischen „Trümmerfrauen“ bezog, übersieht oder verschweigt der Autor allerdings.⁷ Es wäre wohl auch schwierig gewesen, einen Artikel aus den 1950er Jahren zu finden, in dem österreichische Frauen dezidiert als „Trümmerfrauen“ bezeichnet wurden – schließlich war dieser Begriff in der österreichischen Debatte damals überhaupt nicht präsent. Österreichische Frauen waren zumindest laut den österreichischen Massenmedien keine „Trümmerfrauen“. Doch ab wann wurde der Begriff auf österreichische Frauen angewandt?

Im österreichischen Parlament wurde der Begriff „Trümmerfrau“ überhaupt erst am 1. März 1989 erstmals von der sozialdemokratischen Abgeordneten Hilde Seiler gebraucht. In einer Rede zum 70-jährigen Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts in Österreich spannte Seiler einen breiten Bogen durch Jahrzehnte der sozialdemokratischen Frauenpolitik und würdigte besonders die verschiedenen Leistungen von Frauen. Dabei kommt sie auf die Nachkriegszeit zu sprechen und bemerkt:

Daß Frauen ihren Mann stellen mußten, hat besonders die Zeit von 1943 bis 1948 bewiesen, als Frauen in den Kriegsdienst eingezogene Männer ersetzen mußten und in den ersten Nachkriegsjahren den Wiederaufbau in ihre Hände nahmen. Wie ich können sich sicherlich viele noch an die hart schuftenden „Trümmerfrauen“ erinnern.⁸

⁷ Vgl. Johannes Schönner, „Von Schuttaktionen und Trümmerfrauen“. In: *Wiener Zeitung*, 28.06.2023.

⁸ Hilde Seiler, in: Stenographisches Protokoll der 95. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XVII. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 1. März 1989, 42.

In dieser Aussage begegnet uns erneut die ominöse Jahreszahl 1943 als dem Beginn der vermeintlichen Aktivitäten der „Trümmerfrauen“, wahrscheinlich ebenfalls im Hinblick auf den Beginn des Bombenkrieges auf österreichischem Terrain. 1948 markiert eventuell das Ende der entbehrungsreichsten Phase der unmittelbaren Nachkriegszeit und der aufwendigsten Phase der Schutträumung beziehungsweise Trümmerbeseitigung. Auch waren bis zu diesem Jahr die meisten Kriegsgefangenen nach Österreich zurückgekehrt und die Frauen wahrscheinlich nicht mehr so sehr auf sich allein gestellt – zumindest in der Logik dieser Rede.⁹ Spannend ist dabei der Hinweis, dass man sich ja noch an die „Trümmerfrauen“ erinnern könne – ebenfalls ein Diskursfragment, das in der Auseinandersetzung mit den „Trümmerfrauen“ immer wieder aufscheint: die Referenz auf einen geteilten Erinnerungsraum. Man erinnere sich an die tapferen „Trümmerfrauen“, die im Schweiß ihres Angesichts den Schutt auf den Straßen beseitigt hätten. Interessanterweise setzt diese Erinnerung aber erst in den 1980er Jahren ein – davor wurden derartige „Erinnerungen“ zumindest nicht öffentlich artikuliert.

Bereits Maurice Halbwachs argumentierte, dass Erinnerungen stärker von der Gegenwart und deren sozialen und kulturellen Bezugsrahmen geprägt sind als von der Vergangenheit.¹⁰ Heute ist dies in den Memory Studies geradezu ein Allgemeinplatz, der keiner gesonderten Erklärung mehr bedarf. In der Tat stellt dies gerade eine der Besonderheiten der Oral-History-Forschung dar: Die Befragten erinnern sich zwar an ihre Kindheit vor 60 Jahren, artikulieren diese Erinnerung aber in Narrativen der Gegenwart und vor dem Hintergrund ihres gesamten Lebens, das sie zwischen Kindheit und dem Zeitpunkt des „Erinnerns“ geführt haben. Die Geschichte der Vergangenheit wird so erzählt, dass sie kongruent ist mit der Erwartungshaltung der Gegenwart – das Leben in ein Narrativ gebracht, das folgerichtig auf den Moment im Hier und Jetzt hinausläuft. Die berühmte Komponistin war dementsprechend bereits in ihrer Kindheit besonders musikalisch, der große Künstler hatte schon als Baby eine Begeisterung für Farben und die Wissenschaftlerin hat schon im Kleinkindalter alles auseinandergenommen, um zu verstehen, wie es funktioniert – wenigstens in der Erinnerung jener, die ihr Leben beschreiben oder in ihren Autobiografien erzählen. Und so wird in einer Rede zu 70 Jahren Frauenwahlrecht auch die besondere Leistung der „Trümmerfrauen“ in der Nachkriegszeit gewürdigt – schließlich geht es um die Geschichte starker Frauen. Konzepte der Gegenwart werden in die Vergangenheit projiziert – erst als der Begriff der „Trümmerfrauen“

9 Die beiden größten Wellen an Kriegsrückkehrern waren 1948 und 1950.

10 Vgl. Maurice Halbwachs, *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt a. M. 1985, 22–23.

ab den späten 1980er Jahren in Österreich populär wurde, erinnerten sich plötzlich viele an die „Trümmerfrauen“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Wie schon in der BRD wird im Rahmen der Diskussion um die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen respektive weiterer Verschlechterungen für Frauen im Pensionsrecht einer der ersten Impulse zur Würdigung der Arbeit von Frauen in der Nachkriegszeit gegeben und dabei auch für Österreich der Begriff „Trümmerfrau“ adaptiert und geprägt. Speziell die Pensionsreform von 1987/1988 brachte eine Reihe von Leistungsminderungen für Frauen mit sich, die besonders jene betraf, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit im erwerbsfähigen Alter gewesen waren. Jene Frauen also, die in weiterer Folge zur Projektionsfläche des „Trümmerfrauen“-Mythos werden sollten und die ja tatsächlich die Entbehrung der Nachkriegszeit erlebt und den Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg aktiv mitgestaltet hatten.

Anders als in der BRD, wo die bereits andernorts genannte Politikerin und Aktivistin Trude Unruh mit mehreren Aktionen eine breite Welle der Aufmerksamkeit für die „Trümmerfrauen“ mit-auslöste, blieb in Österreich eine in ihrer Tragweite ähnliche Auseinandersetzung noch aus. Ein Artikel aus der *Burgenländischen Freiheit* von 1985 bildet hierbei eine absolute Ausnahme: Anlässlich einer Feier der sozialdemokratischen Frauen des nach der Einwohnerzahl kleinsten österreichischen Bundeslandes zum Weltfrauentag sprach die SPÖ-Nationalratsabgeordnete Elli Zipser in Mattersburg ausdrücklich von den Leistungen der österreichischen „Trümmerfrauen“:

Nach Zipser seien es damals gerade die Frauen der ersten Stunde – „Trümmerfrauen“ wurden sie nachher genannt – gewesen, die keine Mühen und Opfer gescheut haben und somit die Grundlage für unseren heutigen Wohlfahrtsstaat legten.¹¹

Wieso in diesem Artikel schon so früh der Begriff der „Trümmerfrauen“ verwendet wurde, obwohl er zu diesem Zeitpunkt in Österreich im Hinblick auf österreichische Frauen eigentlich nicht üblich war, lässt sich aus heutiger Perspektive nicht in Erfahrung bringen. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Übernahme des Begriffs aus der BRD oder der DDR. Fest steht lediglich, dass er in anderen Medien und in der politischen Diskussion der Zeit noch nicht gebräuchlich war. Die massenmediale Darstellung der Pensionsreform fokussierte eher auf männlichen Schwerstarbeitern, den so genannten „Hacklern“, und den Verschlechterungen für diese Gruppe. Aus geschichtspolitischer Perspektive band auch die „Waldheim-Affäre“ immer noch viel Aufmerksamkeit. So berichtete das auflagenstarke Boulevardblatt *Kronen Zeitung*

11 „Recht auf Arbeit – auch für Frauen“. In: *Burgenländische Freiheit*. 19. Juni 1985, 5.

im Jahr 1987 und auch noch 1988 fast wöchentlich über unterschiedliche Entwicklungen rund um den international stark umstrittenen österreichischen Bundespräsidenten. Im Jahr 1988 nahm das Theaterstück „Heldenplatz“ von Thomas Bernhard sehr viel Raum in der Berichterstattung ein. Raum, der somit nicht zur Diskussion der „Trümmerfrauen“ zur Verfügung stand. Großkoalitionäre Verhandlungen um mögliche oder tatsächliche Pensionsreformen blieben jedoch in den späten 1980er Jahren ein politischer Dauerbrenner, und langsam aber doch begann der Begriff „Trümmerfrauen“ in den Diskussionen dazu Raum zu gewinnen. Insbesondere rund um die Nationalratswahl 1990 und die darauf folgenden Koalitionsverhandlungen, in denen eben diese Ungleichheiten im Pensionssystem ein wichtiges Thema waren.

So verweist Martina Salomon in einem Artikel mit dem Titel „Pensionsunrecht“ in der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* im November 1990 ausdrücklich auf die „Trümmerfrauen“ und beklagt die Benachteiligung von Frauen über 50 im österreichischen Pensionsrecht: „Vom gestiegenen Wohlstand profitieren die sogenannten ‚Trümmerfrauen‘ am wenigsten – besonders dann, wenn sie nach Jahren der Familienarbeit vom Ehemann verlassen wurden.“¹² Und auch die Abgeordnete der Grünen und Sozialsprecherin Madeleine Petrovic thematisiert die „Aufbaugeneration“ als „Trümmerfrauen“ in einer Presseaussendung zu den Koalitionsverhandlungen: „Die grüne Abgeordnete fordert nun die Frauen in Österreich zum Widerstand gegen dieses Frauenberuhigungsgesetz auf. Sei [sic!] verweist dabei auf das zu Fall gebrachte Gesetz in der BRD, das ebenfalls eine Benachteiligung der ‚Trümmerfrauen‘ vorgesehen hatte.“¹³ Der direkte Bezug auf die BRD und die dort durch die „Trümmerfrauen“-Generation erzwungene Reform des Rentengesetzes ist dabei ein wiederkehrendes Narrativ in der Berichterstattung zu möglichen Pensionsreformen. Auch im *Standard* lässt sich in einem Artikel zur Benachteiligung von Frauen der Nachkriegsgeneration ein Hinweis auf die Situation in der BRD finden:

Anders die Situation in Deutschland. Dort wird seit 1984 allen Frauen unter 65, die in Pension gehen, jeweils ein Jahr pro Kind angerechnet. Als aber die „Trümmerfrauen“ zu Protesten aufriefen, wurde auch den älteren Müttern rückwirkend die Erziehungszeit angerechnet.¹⁴

12 Martin Salomon „Pensionsunrecht“. In: *Der Standard*, 15. November 1990, 28.

13 „Petrovic: Bei Pensionen entsteht Frauenberuhigungsgesetz.“ OTSoo69 5 II FMB002 Di, 20. November 1990.

14 „Unzufriedenheit unter den Frauen mit geplanter Pensionsanrechnung“ In: *Der Standard*, 20. November 1990, 7.

Bevor der „Trümmerfrauen“-Begriff in den Massenmedien an Popularität gewann, wurde er jedoch bereits auf relativ breiter Basis in den Geschichtswissenschaften und hier vornehmlich von Seiten der Frauen- und Geschlechtergeschichte diskutiert – allerdings unter gänzlich anderen Vorzeichen.

9.1 „Trümmerfrauen“ und die Geschichtswissenschaft

Blicken wir bei unserer Suche nach den Spuren der österreichischen „Trümmerfrauen“ auf die Geschichtswissenschaft und die historiografische Darstellung der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus, bietet sich auch hier ein eindeutiges Bild: Bis in die 1980er Jahre kam der Begriff nicht vor und Frauen an sich fanden in der Heldenerzählung des Wiederaufbaus und der Trümmerbeseitigung wenig Beachtung. Wenn sie thematisiert wurden, dann ohne Verwendung des Begriffs „Trümmerfrauen“ und nicht dezidiert in Bezug auf die Trümmerarbeit. Die Aufgabe der Frau wurde, wenn überhaupt, zumindest in den ersten Jahrzehnten der Darstellung der Nachkriegszeit stark in der Versorgung der Familie verortet, denn ihr oblag es, angesichts von Lebensmittelknappheit und Hunger die notwendigen Kalorien zu organisieren, sich um die abwesenden Männer zu sorgen und die kleine Welt des Haushalts zusammenzuhalten. Eine höchst ergiebige Quellengruppe zur systematischen Analyse der Darstellung der Trümmerbeseitigung bilden die zahlreichen und regelmäßig erscheinenden Fest- und Jubiläumsbände zum Wiederaufbau anlässlich von Jubiläen und später Gedenk- und Erinnerungsjahren. Speziell in den 5er Jahren – Kriegsende und Staatsvertrag – erschienen meist aufwendige, großformatige Bildbände mit begleitenden Texten, veröffentlicht von den unterschiedlichsten Interessensgruppen mit diversen politischen Hintergründen. Diese bilden einen privilegierten Verhandlungsspielraum, um sich die narrativen Verschiebungen in der Darstellung der Nachkriegszeit in einer Zeitachse quer durch die Geschichte der Zweiten Republik anzusehen.

Wie rasch die Institutionalisierung der zukünftigen Erinnerung an die Wiederaufbauzeit und insbesondere an die Schutträumung in Wien vonstattenging, zeigt der bereits im dritten Kapitel erwähnte 1946 (!) im Verlag Jugend und Volk erschienene Bildband „Perle Wien“, der als zeitgenössische Bestandsaufnahme der Zerstörungen in der Stadt verstanden werden kann. Die Schuttarbeit von Frauen findet darin keinen Niederschlag, wohl aber jene von zwangsverpflichteten ehemaligen Nationalsozialist:innen und die angeblich breite Partizipation freiwilliger Arbeiter:innen. In dieser Tradition zeitgenössischer Darstellungen mit klar propagandistischen Absichten steht auch der 1955 von Robert Stern herausgegebene

prächtige Bildband „ÖSTERREICH – Land im Aufstieg“. Interessanterweise dürfte die Schlussredaktion und Drucklegung des Buches vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages stattgefunden haben, denn der 15. Mai 1955 kommt darin nicht vor, sondern die Geschichte des Wiederaufstiegs Österreichs endet mit der Festsitzung des Parlaments am 27. April 1955 – das Happy End des Staatsvertrags war da aber schon in Sichtweite und wurde zumindest angekündigt. Wie der Titel es andeutet, erzählen die verschiedenen Autoren des Buches die ersten zehn Jahre der Zweiten Republik als eine Erfolgsgeschichte Österreichs, das wie Phönix aus der Asche des Zweiten Weltkrieges emporsteigt – da darf natürlich auch die Trümmerbeseitigung nicht fehlen. Unter der Überschrift „Arbeit zwischen Trümmern“ beschreibt der Autor Ernst Burg die harten Arbeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit:

unterernährte, schlechtgekleidete Menschen [...] – sie packten an und befreiten die Straßen vom Schutt der zerstörten Häuser, sie brachten Straßenbahnen und Züge wieder in Fahrt, sie halfen die Städte wieder mit Wasser, Strom und Gas zu versorgen.¹⁵

Das Bild zum Text zeigt im Vordergrund eine Gruppe von Männern, wie sie Schutt auf einen Wagen laden, im Hintergrund sind drei Frauen zu erkennen, gleichfalls bei der Arbeit. Sie werden aber nicht explizit erwähnt, der Text selbst bezieht sich klar auf die Gesamtheit der Menschen. Sehr interessant ist hierbei, dass gerade diese zitierte Textzeile in einem Text im dritten Band der von Peter Csendes und Ferdinand Oppl 2006 herausgegeben Chronik „Wien. Geschichte einer Stadt“ übernommen wird. Allerdings in einem neu geschaffenen Kontext: Hier benutzt sie der Autor nämlich als Referenz an die ‚legendären Trümmerfrauen‘: „Sie packten an und befreiten die Straßen vom Schutt [...]“¹⁶ Es entsteht also einmal mehr der Eindruck, dass bereits in den 1950er Jahren die „Trümmerfrauen“ besonders gewürdigt worden wären. Dies passiert jedoch gerade nicht, schließlich bezieht sich das Zitat nicht auf Frauen, sondern auf Menschen im Allgemeinen. Wann immer hingegen im Text von 1955 das Geschlecht der Personen in der Trümmerarbeit konkretisiert wird, sind diese männlich. So arbeiten „die Familienväter“ in Bombenruinen, während die Frauen „auf Erbsen vor einer Greislerei“ warten.¹⁷ Hier sind die Ge-

15 Ernst Burg, „Arbeit Zwischen Trümmern“, In: Robert Stern „Österreich – Land im Aufstieg“. Wien 1955.

16 Burg, zitiert in: Gerhard Meißl, „Ökonomie und Urbanität. Zur wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts“. In: Ferdinand Oppl und Peter Csendes, Wien-Geschichte einer Stadt. Band 3. Von 1790 bis zur Gegenwart. Wien/Köln 2006, 666.

17 Stern, Österreich, 20.

schlechterrollen jedenfalls in der Erzählung klar verteilt: Die Männer „setzen ihr Leben aufs Spiel“ bei der Arbeit, die Frauen versuchen Essen zu ergattern. Interessanterweise zeigen die Bilder aber auch Frauen beim Holzsammeln und bei der Trümmerarbeit – als eigene Gruppe der „Trümmerfrauen“ werden sie aber weder benannt noch thematisiert. Es ist sogar durchaus wahrscheinlich, dass die Personen auf den Bildern zwangsverpflichtete ehemalige NSDAP-Mitglieder und keine freiwilligen Arbeiter:innen sind. Ähnlich wie in dem weiter oben genannten Kommentar im *Kurier* zum „Trümmerfrauen“-Denkmal von Johannes Schönnher wird auch in „Wien. Geschichte einer Stadt“ eine zeitgenössische Quelle dazu benutzt, die österreichischen „Trümmerfrauen“ historisch zu verorten, obwohl die Originalquelle diese eigentlich gar nicht zum Thema hat.

Reinhard Koselleck hat in diesem Zusammenhang das „Vetorecht“ der Quellen ins Treffen geführt und erklärt, dass „uns eine Quelle nie sagt, was wir sagen sollen. Wohl aber hindert sie uns, Aussagen zu machen, die wir nicht machen dürfen.“¹⁸ Gerade die beiden genannten Fälle machen allerdings deutlich, dass die Quellen selbst gar nichts verhindern, sondern – sofern sie aus wissenschaftlicher Perspektive verkürzt dargestellt werden – auch für Aussagen funktionalisiert werden können, für die sie eigentlich keine Grundlage bieten. Um dies zu erkennen, ist jedoch Kontextwissen und die faktische Überprüfung der Quellen notwendig. Verstehen wir Geschichte in diesem Zusammenhang als die Konstruktion einer möglichen Vergangenheit in der Gegenwart, wird einmal mehr deutlich, dass diese nicht in den Diskursen einer wie auch immer gearteten Vergangenheit verortet ist, sondern in denen der Gegenwart.¹⁹ Im Jahr 2006 ist es Teil der kollektiven Erinnerung an die Nachkriegszeit, dass es eben die Frauen waren, die als „Trümmerfrauen“ den Schutt des Krieges in den ersten Jahren nach dessen Ende beseitigt haben. Daher werden sie auch folgerichtig in den zeitgenössischen Quellen plötzlich gefunden. Dies muss keine böse Absicht der handelnden Personen sein oder gar wissenschaftliche Unredlichkeit, sondern spiegelt einfach deren Erwartungshaltung und historisches Erkenntnisinteresse wider. Der in der Gegenwart geformte Blick bestimmt die Art von Geschichte, die in diesem Prozess konstruiert wird. Im Jahr 2006 war es nicht mehr möglich, eine Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit ohne die „Trümmerfrauen“ zu erzählen, in Ermangelung tatsächlicher Quellen wurden daher die vorhandenen an diese Erfordernisse angepasst.

18 Reinhard Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main 2013, 206.

19 Vgl. Tschigge/Walach/Zahlmann, *Geschichtstheorie*.

Für den Historiker sind demzufolge ein gewissenhafter Umgang mit den verwendeten Quellen und eine Offenlegung des eigenen Standpunkts unerlässlich. Für eine Kontextualisierung der Publikation von 1955 ist somit relevant, dass der Europa Verlag im Eigentum des österreichischen Gewerkschaftsbundes stand. Die besondere Rolle der Werktätigen im österreichischen Wiederaufbau zieht sich aus diesem Grund wie ein roter Faden durch den gesamten Band. Betrachten wir das zweite große politische Lager der ersten Jahrzehnte der Zweiten Republik, die Österreichische Volkspartei, zeigt sich, dass der Fokus in der Darstellung des Wiederaufbaus ein etwas anderer war: In dem 1952 von der „Landesparteileitung Wien der Österreichischen Volkspartei“ herausgegebenen Bildband „Sieben Jahre Wiederaufbau. 1945–1952“ liegt dieser klar auf den Verdiensten der ÖVP im Wiederaufbau der Stadt – zum einen die der Landesparteioorganisation Wien, zum anderen jene der ÖVP-geführten Bundesregierung.²⁰ Die Trümmerbeseitigung und die Wiederinstandsetzung der zerstörten Stadt wird dabei vor allem aus professioneller Perspektive beleuchtet und die Arbeit der offiziellen Institutionen sowie bezahlter Baufirmen gewürdigt – freiwillige Helfer sind eher unterrepräsentiert und werden höchstens bei besonderen Gelegenheiten genannt. Das war der Fall bei der Trümmerräumung im Wiener Stephansdom, der laut den Autoren von „plündernden Ostarbeitern“ in Brand gesetzt worden war.²¹ Eine derartige Schuldzuweisung an die aus den Ostgebieten zwangsverpflichteten zivilen Arbeiter:innen stellt eine beachtenswerte Verbindung aus Diplomatie und Slawenfeindlichkeit dar: Diplomatisch, weil weder die aktuellen Machthaber (die sowjetische Armee) noch die früheren (die Nationalsozialisten, im Text einfach „die Deutschen“) oder gar die eigene Bevölkerung Schuld an der Zerstörung des geliebten Doms hätten, sondern eine nicht mehr genau fassbare Gruppe von Menschen, deren Abwertung ein zentraler Bestandteil der NS-Ideologie war und die als Feindbild auch nach 1945 weiterhin funktionalisiert wurde.²² Die Narration, der geliebte „Steffl“ wäre von diesen „Ostarbeitern“ angezündet worden, ist somit sehr gut anschlussfähig an etablierte, slawenfeindliche Topoi innerhalb der österreichischen Gesellschaft.

Obwohl die beiden Publikationen aus den 1950er Jahren unterschiedlicher kaum sein könnten, haben sie gemeinsam, dass Frauen im Allgemeinen und „Trümmerfrauen“ im Speziellen keine gesonderte Erwähnung in der Schuttbeseitigung finden – die Trümmerarbeit wird in beiden Büchern eher als männliche Tätigkeit dargestellt.

20 Landesparteileitung der Österreichischen Volkspartei, Sieben Jahre Wiederaufbau, 1945–1952. Wien, 1952.

21 Ebd. 146.

22 Zu dieser Tradition der Slawenfeindlichkeit vgl. als Überblick: Rathkolb, Paradoxe Republik.

Dies überrascht nicht, da Frauen als handlungsmächtige Subjekte außerhalb der Familie in den 1950er Jahren wieder sukzessive aus der öffentlichen Wahrnehmung zurückgedrängt wurden.²³ Auch nicht erwähnt werden interessanterweise in beiden Fotobänden die „Notstandsarbeiten“ von 1945 und die „Arbeitspflicht“-Gesetze von 1946 und 1947. Die zwangsverpflichteten Nationalsozialist:innen, die, wie ich in Kapitel 2 zeigen konnte, wahrscheinlich den Großteil der manuellen Trümmerbeseitigung verrichtet haben, werden komplett ignoriert. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden. Es liegt nahe, dass es mit den beiden Schwerpunkten der Publikationen zusammenhängt – einerseits die Arbeiter Österreichs, andererseits die Österreichische Volkspartei. Ein Hinweis auf die ehemaligen NSDAP-Mitglieder und deren Arbeitsleistung hätte das zu vermittelnde Bild trüben können. In beiden Büchern wird die NS-Zeit ganz im Sinne der Entstehungszeit stark externalisiert und nach Deutschland ausgelagert – tausende österreichische Nazis wären in einer derartigen Geschichte aus dem Rahmen gefallen.

Gut zehn Jahre später wählt der österreichische Autor Karl Ziak in dem im Verlag Jugend und Volk herausgegebenen Bildband „Wiedergeburt einer Weltstadt. Wien 1945–1965“ einen gänzlich anderen Zugang, indem er die Bedeutung der Notstandsarbeiten besonders hervorstreicht:

Am 3. September beginnt eine energische Aktion zur Entfernung des Schuttes, zu der die Mitglieder der NSDAP – sofern sie nicht nach dem Westen geflüchtet sind – herangezogen und durch die bis zum Jahresende 670.000 Schutt weggeschafft werden.²⁴

Von Freiwilligenarbeit oder gar „Trümmerfrauen“ ist im Buch keine Rede, die Zivilbevölkerung betreffend wird stattdessen die sehr schlechte Versorgungslage in den Vordergrund gestellt – insbesondere der Hunger aufgrund der Lebensmittelknappheit und das Fehlen von Brennmaterial haben laut Ziak das Leben der Zivilbevölkerung bestimmt, nicht die Schutträumung. Die Trümmerarbeit selbst wird nur als Sühnemaßnahme ehemaliger Nationalsozialist:innen erwähnt.

In den späten 1980er Jahren lassen sich in der österreichischen Geschichtswissenschaft gleich mehrere zentrale Paradigmenwechsel beobachten. Über die Erosion des Opfermythos haben wir bereits in den vorangegangenen Kapiteln gesprochen und sie wird uns noch weiterhin in diesem Buch als wesentlicher Faktor begleiten. Bezüglich der Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrau“ in der Zeitge-

23 Vgl. Johanna Gehmacher und Maria Mesner, *Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der Zweiten Republik*. Innsbruck 2007.

24 Karl Ziak, *Wiedergeburt einer Weltstadt*. Wien 1945–1965, Wien 1965, 16.

schichtsforschung ist neben dieser aber auch das wachsende wissenschaftliche Interesse für Frauen an sich von fundamentaler Bedeutung. Mit historischen Vorläufern wie Christine de Pizan oder Simone de Beauvoir beginnt ab den 1970er Jahren in den USA im Zuge der zweiten Frauenbewegung die Etablierung einer „Frauengeschichte“, die versucht, der männlich dominierten Geschichtswissenschaft eine neue Perspektive auf die Geschichte der Frauen zu eröffnen – „herstory“ statt „history“ war eines ihrer plakativen Mottos. Wiewohl die Institutionalisierung der Frauengeschichte im deutschsprachigen Raum etwas länger brauchen sollte als in den USA, begannen bereits in den 1970er Jahren an österreichischen Universitäten vornehmlich Studentinnen und junge Wissenschaftlerinnen deren zentrale Positionen und Fragestellungen zu übernehmen und in die männlich dominierten Institutionen zu tragen. Eine Ausnahmeerscheinung war in dieser Hinsicht die lange Zeit einzige Professorin für Geschichtswissenschaft in Österreich, Erika Weinzierl, die bereits 1971 eine Lehrveranstaltung zur Frauengeschichte an der Universität Salzburg anbot und 1979 die Nachfolge von Ludwig Jedlicka als ordentliche Universitätsprofessorin für neuere Geschichte mit besonderem Schwerpunkt auf neuester Geschichte in Wien antrat.²⁵ Ab Mitte der 1980er Jahre erscheint dann eine ganze Reihe von Sammelbänden, Artikeln und Monografien, die sich mit Frauen in der österreichischen Nachkriegszeit beschäftigen. Neben den bereits ausführlich in diesem Buch zitierten Vertreterinnen ist hier Edith Saurer hervorzuheben, die ab den 1970er Jahren die Frauen- und Geschlechtergeschichte in Österreich maßgeblich prägte.

Das Jahr 1985 – und damit einmal mehr eines der im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit so wichtigen 5er Jahre – stellt hierbei eine zentrale Wegmarke dar. In diesem Jahr erschienen mit Georg Tidls „Frausein im und nach dem Krieg“ und Siegfried Mattls „Frauen in Österreich nach 1945“ zwei erste Schlüsseltexte zur Frauengeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Ab der Mitte der 1980er Jahre beginnen die „Trümmerfrauen“ als Konzept und auch als Begriff in Österreich zunehmend Beachtung zu finden. Immer wieder poppt der Begriff in verschiedenen Veröffentlichungen auf, allerdings in weit geringerem Maße als zur selben Zeit in der BRD oder später im Österreich der 1990er Jahre. In der 1986 im Verlag Christian Brandstätter erschienenen und von ihm selbst gestalteten „Stadtchronik Wien: 2000 Jahre in Daten, Dokumenten und Bildern“ werden die „Wiener ‚Trümmerfrauen‘“ etwa auf Seite 446 mit einem Zitat des österreichischen Journalisten Rudolf Kalmar lobend erwähnt:

25 Zur Entwicklung der Frauen- und Geschlechtergeschichte in Österreich vgl. Martina Gugglberger, „Geschlecht.“ In: Rupnow/Gräser, Österreichische Zeitgeschichte, 217–235.

Sie haben das Geröll aus den Zimmern geschafft, die Fenster verklebt und die nässenden Decken gedichtet. Monatelang ohne Wasser, ohne Licht, ohne Gas, ohne Holz, im erbit-
teten Kampf gegen Hunger und Kälte. Daß sie es trotzdem geschafft haben, ist eines der
tausenden selbstverständlichen Wunder von Wien. Ohne Männer wäre die Stadt unter
Umständen denkbar. Wenn die Frauen sie verließen, gäbe es, eher der Tag um ist, eine
einzige unabsehbare Katastrophe.²⁶

Das Zitat ist in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Zunächst aufgrund der Person
von Kalmar selbst: Kalmar war im so genannten Prominententransport bereits am
1. April 1938 in das KZ-Dachau deportiert, 1944 einer Strafkompagnie der Wehr-
macht zugeteilt und dann von der Roten Armee gefangen genommen worden. Nach
seiner Rückkehr aus der sowjetischen Gefangenschaft hatte er seine Arbeit als Jour-
nalist wieder aufgenommen und schrieb unter anderem für die Zeitung *Neues Ös-
terreich*. Dort erschien am 21. April 1946 auch der in der Chronik zitierte Absatz
in einem Artikel mit dem Titel „Wiener Frauen“.²⁷ Dies ist der zweite spannende
Aspekt des Zitats: Kalmars Artikel ist in der Tat ein Loblied auf die Wiener Frauen,
in dem er diese quasi quer durch die Geschichte in höchsten Tönen lobt und natür-
lich besonders ihre Qualitäten in und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg. Er
konzentriert sich aber vorwiegend auf ihre häuslichen Leistungen – die Versorgung
der Familie, die Sorge um den Ehemann, die Improvisation bei den verschiedens-
ten Besorgungen in den entbehrungsreichen Zeiten etc. etc. Das Zitat bezieht sich
ausdrücklich auf die Enttrümmerung und den Wiederaufbau der *eigenen* Wohnung.
Systematische, allgemeine Trümmerarbeiten – ob bezahlt, freiwillig oder per Ge-
setz erzwungen – scheinen im Text nicht auf. Ähnlich wie in dem bereits früher er-
wähnten Beispiel aus einer anderen Wien-Chronik wird ein historisches Zitat ohne
Zusammenhang verwendet, um das aktuelle Konzept der „Trümmerfrauen“ zu legi-
timieren – wenn auch nicht ganz so frech wie 20 Jahre später.

Die Suche nach der österreichischen „Trümmerfrau“ gestaltet sich schon in ihrem
Geburtsjahrzehnt ambivalent. So betont Erika Thurner 1987 in einem Artikel in der
österreichischen Zeitschrift „Zeitgeschichte“ zwar die Bedeutung, Frauen und ihre
individuellen Lebenswelten in der historiografischen Darstellung der unmittelbaren
Nachkriegszeit sichtbar zu machen und würdigt, dass „Frauen erste Trümmer-
und Aufräumarbeiten geleistet“²⁸ hätten, merkt jedoch an, dass es in Österreich

26 Rudolf Kalmar zitiert in Christian Brandstätter, Stadtchronik Wien. 2000 Jahre in Daten, Doku-
menten und Bildern. Wien 1986, 446.

27 Rudolf Kalmar, „Wiener Frauen“. In: *Neues Österreich*, 21. April 1946, 5.

28 Erika Thurner, Dann haben wir wieder u n s e r e Arbeit gemacht, 408.

keine mit Deutschland vergleichbaren „Trümmerfrauen“ gegeben habe.²⁹ Vielmehr stellt auch sie klar, dass die klassische Trümmer- und Schuttarbeit in Österreich durch zwangsverpflichtete ehemalige Nationalsozialist:innen verrichtet worden sei und zitiert dazu ebenfalls das „Verfassungsgesetz über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiet der Stadt Wien“.³⁰ Wie viele Historiker:innen in den späten 1980er und 1990er Jahren greift sie auf die Methode der Oral History zurück und kann auf diese Weise illustrieren, dass die Trümmerarbeit in Österreich in den Jahren 1945 und 1946 stark stigmatisiert war. Schließlich war innerhalb der Bevölkerung ein breites Wissen darüber vorhanden, dass es sich bei den Arbeiter:innen zumeist um ehemalige Parteimitglieder, Anwärter:innen oder deren Angehörige gehandelt hat. Eine Diagnose, die uns gerade in den auf Oral History fußenden Studien immer wieder begegnen wird und sich gut mit den Ergebnissen des vorliegenden Buches deckt.

In einem sehr ähnlichen Kontext wie der Artikel von Erika Thurner lassen sich auch die zahlreichen Arbeiten von Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung einordnen, die ab den frühen 1990er Jahren aus geschlechter- und frauengeschichtlicher Perspektive die Zeit des Wiederaufbaus erforschen und dabei immer wieder den „Trümmerfrauen“-Mythos dekonstruieren wollen.³¹ In ihren Untersuchungen lässt sich aber auch ein weiterer zentraler Paradigmenwechsel der Frauengeschichte erkennen: Eine noch stärkere Hinwendung zur Täterinnen-Forschung. Frauen in Österreich werden nun nicht mehr gleichsam als geschichtslose Wesen gesehen, die vor 1945 keine eigene Agency gehabt hätten und erst nach Kriegsende zu Akteur:innen des Wiederaufbaus wurden, sondern auch ihre Vergangenheit als Teil des NS-Staats wird beleuchtet. Gerade der Anspruch, ein Gegengewicht zu einem wie auch immer gearteten „Trümmerfrauen“-Mythos zu schaffen, führt zur Frage, welcher Mythos überhaupt dekonstruiert werden soll. Schließlich hat ein derartiger Mythos in Österreich zu dieser Zeit noch kaum existiert – wie bereits Erika Thurner kurz zuvor festgestellt hat, und auch ich im vorliegenden Buch nachweisen kann. Vielmehr war er in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren erst in Entstehung begriffen. Zur Erinnerung: Erst 1989 wurde der Begriff erstmals im österreichischen Parlament erwähnt, die klassische Historiografie hat Frauen generell und „Trümmerfrauen“ im Speziellen weitestgehend ignoriert.

29 Heute wissen wir allerdings, dass die von ihr beschworenen „Legionen von Trümmerfrauen“ in dieser Form auch in Deutschland nicht existiert haben.

30 Vgl. ebd. 408–409.

31 Vgl. dazu den Stand der Forschung in der Einleitung dieses Buches.

Möglich ist, dass hier eine deutsche Debatte innerhalb der Geschichtswissenschaft auf Österreich übertragen wurde. Dafür spricht ein Text von Bandhauer-Schöffmann und Hornung aus dem Jahr 1992. In diesem Artikel, der in einem von ihnen selbst herausgegebenen Sammelband mit dem programmatischen Titel „Wiederaufbau weiblich“ erstmals erschienen ist, werden einmal mehr Oral-History-Interviews zum Leben von Frauen in der Zeit des Nationalsozialismus, umfangreicher aber in der Nachkriegszeit historiografisch ausgewertet. Dezidiert auch mit dem Anspruch, weibliche Täterschaft zu thematisieren und ein Gegengewicht zu den heroisierenden Erzählungen von heldenhaften Frauen im Wiederaufbau zu schaffen. Bezeichnend ist allerdings, dass gerade zum Themenkomplex „Trümmerfrauen“ ausschließlich Arbeiten zitiert werden, die sich auf Deutschland beziehen.³² Es drängt sich daher die Vermutung auf, dass ein österreichischer „Trümmerfrauen“-Mythos unbewusst überhaupt erst durch jene Arbeiten mitkonstruiert wurde, die ihn eigentlich widerlegen wollten. Dies mag paradox klingen, liegt aber nahe – schließlich lassen sich außer in den geschichtswissenschaftlichen Arbeiten in Österreich in den späten 1980er Jahren nur wenige Erwähnungen des Begriffs finden.

Wie stark diese frühen frauengeschichtlichen Arbeiten auch mit einem feministischen Anspruch verbunden sind, zeigt die Monografie „Land der Töchter“ von Marion Wisinger aus dem Jahr 1992. Die Autorin nimmt dabei „150 Jahre Frauenleben“ in Österreich in den Blick und will in ihrer Arbeit dezidiert mit klassischen Rollen- und Frauenbildern brechen. Dies beinhaltet auch ein Kapitel zu den österreichischen „Trümmerfrauen“, in dem es allerdings nicht um Trümmerarbeit geht, sondern das sich ganz grundsätzlich mit der Stellung der Frau innerhalb der Nachkriegsgesellschaft auseinandersetzt.³³ „Trümmerarbeit“ wird erst in einem späteren Kapitel mit einem Hinweis darauf erwähnt, wie schwer und gefährlich die Arbeit gewesen sei. Wer welche Arbeiten verrichtet hat und auch, warum die betreffenden Personen diese Arbeiten erledigen mussten, wird nicht näher beleuchtet. Da die Arbeiten aber im Kontext von „Erwerbsarbeit“ geschildert werden, entsteht zumindest der Eindruck, dass es sich um eine Form der Lohnarbeit handelt hat.³⁴ „Trümmerarbeit“ bleibt also eher unspezifisch und der Begriff der „Trümmerfrau“ wird pauschal auf die gesamte weibliche Bevölkerung ausgeweitet. Speziell die Abwesenheit der Männer und die daraus resultierenden Probleme, aber auch die sich gerade dadurch eröffnenden gesellschaftlichen Räume beziehungsweise Rollen für

32 Vgl. Bandhauer-Schöffmann/Hornung, Oral History Interviews, 25.

33 Vgl. Marion Wisinger, Land der Töchter. 150 Jahre Frauenleben in Österreich. Wien 1992, 155.

34 Vgl. ebd. 159–160.

Frauen, ist eines der prägenden Narrative des Buches, wodurch es in der Tradition nahezu aller Publikationen zu diesem Themenkomplex steht.

Innerhalb dieses ambivalenten Spannungsfeldes lässt sich ein weiterer Bildband verorten, der 1994 im Verlag Ueberreuter erschienen ist: „Trümmerfrauen. Alltag zwischen Hamstern und Hoffen“ von Franz Severin Berger und Christiane Holler. Zwar zeugen bereits die prominent im Titel platzierten „Trümmerfrauen“ von einem deutlich unkritischeren Zugang als die zuvor genannten fachwissenschaftlichen Publikationen, zumindest in Ansätzen bemüht sich das Autorenteam aber doch um eine kritische Einordnung des Phänomens „Trümmerfrauen“. Etwa wenn sie darauf hinweisen, dass insbesondere die zwangsweise verrichtete Arbeit – sei es von ehemaligen Nationalsozialistinnen oder von anderen, die gesetzlich zur Trümmerräumung verpflichtet worden waren –, ein entscheidender Faktor in der Beseitigung der Kriegsschäden war. Insgesamt erzählt der Band jedoch geradezu eine Heldinnengeschichte der österreichischen Frauen in der Nachkriegszeit, in der eben auch weitgehend ausgespart wird, was diese Frauen vor 1945 gemacht haben – kritisch erwähnt werden nur jene Nationalsozialistinnen, die zur Trümmerarbeit verpflichtet waren. Der Begriff der „Trümmerfrauen“ wird abermals explizit auf die gesamte Generation der österreichischen Frauen der Weltkriegsgeneration ausgeweitet, indem geltend gemacht wird, die Trümmerarbeit der Nicht-Nationalsozialistinnen hätte jene der Parteimitglieder zahlenmäßig weit übertroffen. Allerdings ohne jedweden faktischen Beleg. Interessant ist dabei die Behauptung, dass jene Frauen, die aufgrund ihrer NS-Vergangenheit Sühnearbeit verrichten mussten, gesondert gekennzeichnet waren – durch ein an den gelben „Judenstern“ erinnerndes Hakenkreuz, das gut sichtbar an der Kleidung angebracht werden musste. Wie in Kapitel 3 dieses Buches erklärt, verzichteten die österreichischen Behörden bewusst auf eine derartige Stigmatisierung, um sich vom Unrechtsregime des NS-Staats zu unterscheiden. Eine Kennzeichnung für ehemalige Parteimitglieder dürfte also nur eine Ausnahme dargestellt haben. So berichtet keine der zwangsverpflichteten Notstandsarbeiter:innen in ihren teils sehr ausführlichen Ansuchen um Entschädigung von einer solchen Praxis. Da sie in diesen ansonsten sehr mitteilsam sind, gerade was erlebte oder vermeintliche Kränkungen und Demütigungen anbelangt, spricht wenig für eine verbreitete Markierung dieser Sühnearbeiter:innen durch Hakenkreuze. Unbewusst suggeriert dieses Narrativ allerdings, dass alle Bilder von vermeintlichen „Trümmerfrauen“, die keine solche Kennzeichnung auf ihren Kleidern tragen, auch keine ehemaligen Nationalsozialistinnen zeigen. Dies war aber nachweislich nicht der Fall.

Gerade an diesem Beispiel manifestiert sich ein Problem, das im Umgang mit Bildern der Trümmerräumung in Wien immer wieder zu beobachten ist: Diese lassen sich nur sehr selten eindeutig zuordnen, da es ihnen meist an Kontextinformation

mangelt. Ob es sich bei den darauf abgebildeten Personen um zwangsverpflichtete ehemalige Nationalsozialist:innen handelt oder um freiwillige Helfer:innen, geht aus den Bildern selbst nicht hervor. Dies führt dazu, dass die Bilder in den unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendet werden und einmal „Trümmerfrauen“, dann wieder zwangsverpflichtete Nationalsozialist:innen zeigen sollen. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bilder überhaupt gestellt sind, wie Marion Krammer, Margarethe Szeless in dem von Fritz Hausjell geleiteten FWF-Projekt „War of Pictures“ vermuten.³⁵ So sieht man auf sehr weit verbreiteten Bildern von Frauen bei der Trümmerarbeit in Wien Personen, deren Kleidung sehr unpassend für die Durchführung schwerer körperlicher Arbeiten sind, wie hochhackige Schuhe und festliche Kleidung.³⁶

Obwohl natürlich nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese Frauen für die Schuttarbeit ihre schönste Festtagskleidung und hohe Schuhe bevorzugt haben, erscheint es wohl unwahrscheinlich, dass in dieser Aufmachung wirklich lange Zeit gearbeitet wurde.³⁷ Ausgerechnet ein Bild aus dieser Serie wurde für Schulbücher zur Darstellung der Trümmerfrauen ausgewählt.³⁸ An dieser Stelle begegnet uns einmal mehr eine vermeintliche „Objektivität“ der Bilder, die in dieser Form natürlich nicht gegeben ist. Vielmehr stellen diese in gleich doppelter Hinsicht eine Konstruktion dar – und zwar losgelöst davon, ob sie gestellt sind oder nicht. Zunächst werden sie im Augenblick der Aufnahme konstruiert – schließlich erfassen sie mit einem bewusst erstellten Schnappschuss einen einzelnen Moment –, was davor oder danach passiert ist, bleibt im Dunkeln. Ebenso wenig, was außerhalb des Bildausschnitts zu sehen sein könnte und wie das Bild ganz grundsätzlich zustande gekommen ist. Kurzum: Bilder liefern uns keinen Kontext – natürlich tun dies andere Quellengruppen auch nicht. Für ihre Rezeption werden Bilder allerdings in einen Kontext gestellt – und dies ist die zweite Konstruktion des Bildes. Diese passiert durch ihre Interpretation, indem wir festlegen, was auf dem Bild überhaupt zu sehen ist. In einem direkten Schritt geschieht dies durch den mit dem Bild mitgelieferten Bezugsrahmen, meist in Form einer Bildbeschreibung. In unserem konkreten Fall die Information, ob darauf spezifisch „Trümmerfrauen“ als freiwillige Arbeiterinnen zu sehen sind oder zwangsverpflichtete ehemalige Nationalsozialist:innen. Ein und dasselbe Bild kann dadurch zwei vollkommen unterschiedliche Dinge darstellen, je nachdem in welchen Kontext es gestellt wird. Die zweite Ebene der Interpretation als

35 Vgl. <https://warofpictures.univie.ac.at/>.

36 Vgl. <https://warofpictures.univie.ac.at/truemmerfrauen/medienspecial>.

37 Franz Blaha, *Trümmerfrauen*, Mai 1946, ÖNB/Blaha, B 1025/3.

38 Alois Scheucher et al., *Zeitbilder 8*, Schulbuch, Wien 2006, 12.



Abb. 6: „Trümmerfrauen“ in eleganter Kleidung bei der Arbeit in Wien im Mai 1946. Fotograf: Franz Blaha.

Franz Blaha, Trümmerfrauen, Mai 1946, ÖNB/Blaha, B 1025/3

Konstruktion geschieht meist unbewusst und ist durch unsere Enkulturation bedingt. Was wir auf Bildern sehen, wird maßgeblich durch unsere Sozialisation beeinflusst. Damit wir auf Bildern arbeitender Frauen „Trümmerfrauen“ sehen, müssen wir überhaupt wissen, was „Trümmerfrauen“ sind.

Noch deutlicher wird die scheinbare Objektivität von Bildern natürlich dann, wenn sie nachweislich manipuliert wurden. Die Leiterin der Abteilung Bilddokumentation der Österreichischen Nationalbibliothek Michaela Pfundner konnte für die ORF-Dokumentation „Fotoikonen – die Wahrheit hinter den Bildern“ eine solche Manipulation nachweisen: Ein geradezu ikonisches Bild der österreichischen „Trümmerfrauen“, das eine Frau mit einem kleinen Kind auf der Schulter im Vordergrund und im Hintergrund Trümmerarbeiter:innen (Männer wie Frauen) zeigt, ist – wie sie belegen kann – in Wahrheit eine Kombination aus zwei Bildern. Die Frau im Vordergrund stellt eigentlich eine Sudetendeutsche auf der Flucht im Jahr 1943 dar, wurde aber aus diesem Bild ausgeschnitten und in das Bild der Trümmerarbeiten

eingefügt.³⁹ Dadurch wird die vom Urheber des Bildes offenbar intendierte Aussage über das Elend der Nachkriegszeit noch eindrücklicher dargestellt, schließlich wirkt die Frau im Vordergrund ausgesprochen verzweifelt – bei genauerer Betrachtung der Bildkomposition aber auch seltsam deplatziert. Ein Umstand, der auch Michaela Pfundner auf den Plan gerufen hat und sie so lange recherchieren ließ, bis sie das Originalbild der Frau finden und die Manipulation nachweisen konnte.

Eine umfangreiche Auswahl an Bildern präsentierte die Ausstellung „Frauenleben 1945: Kriegsende in Wien“, die vom 21. September bis 19. November 1995 im Historischen Museum der Stadt Wien (später Wien Museum) stattfand und von Erika Thurner und Peter Eppel konzipiert wurde. Zahlreiche Bilder sind auch Teil des gleichnamigen Ausstellungsbandes, der viele der zu dieser Zeit zu diesem Themenkomplex arbeitende Wissenschaftler:innen versammelt und damit auch einen sehr guten Überblick zum Stand der Forschung 1995 bietet. Erika Thurner geht in der Einleitung des Ausstellungsbandes ausführlich auf den „Trümmerfrauen“-Mythos ein und argumentiert darin ähnlich wie in ihren bereits zitierten Publikationen. So hält sie unter anderem fest: „Legionen von Trümmerfrauen [...] – wie sie beispielsweise für Deutschland überliefert sind – hat es in Österreich allerdings nur begrenzt und kurzfristig gegeben, wie es auch eine längerfristige Beschäftigung von Frauen im Bau- und Baunebengewerbe in Österreich nicht gegeben hat.“⁴⁰ Darüber hinaus werden von ihr die Notstandsarbeiten angesprochen, zu denen vor allem ehemalige Nationalsozialist:innen herangezogen wurden. Dieser kritischen Einordnung steht jedoch eine ganze Reihe von Bildern gegenüber, die den Eindruck vermitteln, dass es eben doch die Wiener Frauen waren, welche die Hauptlast der Trümmerarbeit getragen haben. Diese Ambivalenz spiegelt sich im Katalog der Ausstellung wider: Dort wird erklärt, es lasse sich erahnen, dass es nicht genug Freiwillige gegeben habe und daher Zwangsmaßnahmen erforderlich waren. Zugleich geht aus den gezeigten Bildern nicht hervor, ob es sich um freiwillige, bezahlte oder zwangsverpflichtete Arbeiterinnen gehandelt hat.⁴¹ Wahrscheinlich, weil eine tatsächliche Klassifizierung der Bilder schlechthin nicht möglich war. Die Bilder lassen daher viel Interpretationsspielraum – einzig bei einem Aquarell von Karl Hornstein⁴², das den „Arbeitseinsatz von Nationalsozialisten beim Hietzinger Amtshaus, Juni 1945“

39 Vgl. Patrice Fuchs, Fotoikonen – die Wahrheit hinter den Bildern. Online unter: <https://youtu.be/52EVb-VAaYk?si=6cU1VunJ91LoE6eP&t=1721>.

40 Erika Thurner, In: Eppel, Frauenleben 1945, 15.

41 Vgl. ebd. 180.

42 Vgl. ebd. 174.

zeigt und einem Bild von zwei Frauen mit Hakenkreuzarmbinden bei Wäschereiarbeiten⁴³ wird klar vermerkt, dass es sich um Sühnearbeiten handelt.

Die Berichterstattung in den österreichischen Massenmedien zur Ausstellung vermittelt ebenfalls einen durchaus ambivalenten Eindruck, auch wenn es in der Hauptsache die „Trümmerfrauen“ sind, die aus den „Frauenleben 1945“ herausgegriffen wurden. So titelte die Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* am Tag der Eröffnung der Ausstellung ihren Bericht darüber „Spätes Lob für ‚Trümmerfrauen‘“ und vermerkt dort: „Sie bauten Wien wieder auf: Die Frauen“ und bezeichnet die Ausstellung als ein „spätes Denkmal“ für die „Trümmerfrauen“.⁴⁴ Auch *Die Presse* stellt am selben Tag die „Trümmerfrauen“ in den Vordergrund des Artikels, fügt jedoch ein „sogenannt“ und Anführungszeichen hinzu. Außerdem wird die zuständige Kulturstadträtin Ursula Pasterk in Bezug auf eben diese mit dem Satz zitiert: „Ein Ausdruck, den ich überhaupt nicht mag.“⁴⁵ Der *Kurier* wiederum setzte den Begriff der „Trümmerfrau“ in seinem Artikel zur Ausstellungseröffnung mit dem Titel „Vergessene Heroinnen der ersten Stunde“ prominent in Szene und hob insbesondere die Schutträumung hervor.⁴⁶ Keine Erwähnung in den Medien fand die in der Ausstellung und im Sammelband immer wieder genannte „Sühnearbeit“ ehemaliger Nationalsozialist:innen. Ein weiteres Indiz für die Entpolitisierung der „Trümmerfrauen“ und die Ausblendung der Zeit vor 1945.

In der massenmedialen Darstellung der „Trümmerfrauen“ lassen sich ähnliche Zyklen wie in jener der geschichtswissenschaftlichen beobachten – auch hier fungieren die so genannten Gedenkjahre als wichtige Katalysatoren für ihre Thematisierung. Neben den wenigen früheren Nennungen des Begriffs im Kontext von Pensionsreformen und daraus erwachsenden Benachteiligungen für Frauen, lässt sich ein erster starker Fokus auf das Thema rund um das Gedenkjahr 1995 erkennen, wie gerade die Artikel zur Ausstellung im Wien Museum zeigen. Auch die verschiedenen Sammel- und Erzählbände, in denen „Trümmerfrauen“ maßgebliche Erwähnung fanden, wurden in den diversen Massenmedien relativ breit aufgegriffen.

43 Vgl. ebd. 17.

44 Erwin Melchart, „Spätes Lob für Trümmerfrauen“ In: *Kronen Zeitung*, 21. September 1995, 29.

45 Hans Werner Scheidl, „Frauenleben 1945“. In: *Die Presse*, 21. September 1995, 9.

46 Vergessene Heroinnen der ersten Stunde, In: *Kurier*, 20. September 1995, 24.

9.2 „Trümmerfrauen“ in Schulbüchern

Die Bedeutung des Geschichtsunterrichts und damit auch der Stellenwert von Schulbüchern für die breitenwirksame Vermittlung von historischem Wissen kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Schließlich ist der Schulunterricht einer von nur ganz wenigen Orten, an dem üblicherweise alle Menschen mit Geschichte konfrontiert werden. Naturgemäß sind Schulbücher daher auch ein gerne untersuchtes Medium, wenn es darum geht, sich hegemoniale Vorstellungen von „Geschichte“ innerhalb einer Gesellschaft anzusehen. Die Darstellung der österreichischen „Trümmerfrauen“ ist bereits in einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten analysiert worden.⁴⁷ In der Regel gilt für Schulbücher aufgrund der Produktionsbedingungen, dass sie dem Stand der geschichtswissenschaftlichen Forschung einige Jahre hinterherhängen. Es dauert somit eine gewisse Zeit, bis neueste Forschungsergebnisse zumindest über diesen Weg Einzug in die Klassenzimmer finden. Was die Dokumentation der österreichischen „Trümmerfrauen“ anbelangt, lässt sich in den von mir untersuchten Schulbüchern bis in die frühen 2000er Jahre keine Spur von ihnen entdecken. Ich habe für meine Untersuchung ein Sample von insgesamt 20 Schulbüchern der Sekundarstufe 1 und 2 von den 1950er Jahren bis in die Gegenwart angelegt und dazu auf die in österreichischen Schulen verwendeten Lehrbücher zurückgegriffen.

„Trümmerfrauen“ werden in den Schulbüchern zunächst primär auf einer visuellen Ebene repräsentiert – ab den 2000er Jahren gehört ein Bild von Frauen bei der Schutträumung in vielen Schulbüchern zum ikonografischen Rahmen, in dem die Nachkriegszeit und der Wiederaufbau dargestellt wird – die Frauen werden auch klar als „Trümmerfrauen“ benannt. Vereinzelt finden sich aber bereits deutlich davor Bilder von Trümmer räumenden Frauen, sie werden allerdings nicht extra hervorgehoben.

Im 1972 in dieser Form erstmals im Unterricht eingesetzten „Zeiten Völker und Kulturen“ für die achte Klasse der AHS ist, unter dem Titel „Beseitigung des Schuttes in Wien“, ein Bild von einem Mann und einer Frau beim gemeinsamen Beladen eines Wagens mit Ziegeln zu sehen.⁴⁸ Das Bild ist nicht datiert, dürfte aber aus dem Jahr 1945 stammen und ist ein Ausschnitt aus einem größeren Bild, das heute von zahlreichen Bildagenturen unter anonymer Autorenschaft noch angeboten wird. Es

47 Vgl. Langreiter, Erinnerungskultur als „Battleground“.

48 Franz Berger und Norbert Schausberger, *Zeiten, Völker und Kulturen. Lehrbuch der Geschichte und Sozialkunde für die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen. 8. Klasse, Geschichte des 20. Jahrhunderts*. Wien 1979, 227.

stammt tatsächlich aus Wien, unklar ist aber, welche Personen es zeigt. Es ist nach den im dritten Kapitel dieses Buches präsentierten Ergebnissen durchaus wahrscheinlich, dass es im Zuge der so genannten Notstandsarbeiten entstanden ist und in diesem Fall ehemalige Nationalsozialist:innen bei der Sühnearbeit abbildet. Zudem erweckt es den Anschein, als würden die beiden bei der Arbeit beaufsichtigt werden.

In dem Schulbuch lässt sich ein Narrativ erkennen, das bis in die 1980er Jahre immer wieder auftaucht: Einerseits wird der Fleiß der österreichischen Bevölkerung beim Wiederaufbau lobend hervorgehoben, andererseits die Rolle der Alliierten ins Negative verkehrt. Diese hätten den Wiederaufbau behindert, da sie dem österreichischen Staat und seiner Bevölkerung hohe Kosten verursacht hätten. Eine Erzählung, die auch noch Ende der 1980er Jahre in Schulbüchern so zu finden ist, wobei dann ab den 1990er Jahren zwischen Ost- und Westalliierten unterschieden wurde: Während die Sowjetunion weiterhin als negative Besatzungsmacht dargestellt wurde, der es vorrangig um die Demontage der Industrie als „Deutschem Eigentum“ gegangen sei, wurden zumindest der Marshallplan der USA und andere Hilfen der Westalliierten positiv erwähnt. Ausgespart bleibt hingegen die Versorgung der Wiener Bevölkerung durch sowjetische Nahrungsmittel in den schlimmsten Phasen der so genannten Hungerjahre während der unmittelbaren Nachkriegszeit und das, obwohl der Hunger und die schlechte Versorgungslage insbesondere der Wiener Bevölkerung ein bestimmendes Metanarrativ der Darstellung der Nachkriegszeit über mehrere Jahrzehnte hinweg ist.

Während sich bereits in den 1990er Jahren eine sozialgeschichtliche Wende innerhalb der untersuchten Schulbücher beobachten lässt und die zuvor hegemoniale „Opferthese“ langsam der „Mitverantwortungsthese“ Platz macht, treten „Trümmerfrauen“ weiterhin in der geschichtsdidaktischen Erzählung über die österreichische Nachkriegszeit nicht in Erscheinung. Diese beginnt sich erst ab den 2000er Jahren merklich zu ändern. Nachdem nun die „Trümmerfrauen“ endgültig im österreichischen Diskurs zur Zeit des „Wiederaufbaus“ angekommen sind, werden sie zu feststehenden Protagonistinnen der Schulbücher. Praktisch keines der untersuchten Schulbücher ab 2000 kommt mehr ohne ein Bild der „Trümmerfrauen“ aus, die nunmehr klar als solche benannt werden. Wenn schon nicht ikonografisch gewürdigt, werden sie zumindest im Fließtext explizit erwähnt und in den gängigen Narrativen einer positiven Verklärung der Rolle österreichischer Frauen in der Nachkriegszeit beschrieben. Die kritischen Positionen der historiografischen Forschung – das Leben der Frauen vor 1945 oder die Tatsache, dass vor allem zwangsverpflichtete Nationalsozialist:innen zur Trümmerarbeit eingesetzt wurden – werden außer Acht gelassen. Vielmehr werden die Frauen eingebettet in eine Heldensaga von Opferbe-

reitschaft und Altruismus, die gleichzeitig auf ihre Leistungen und ihre Entbehrungen fokussiert.

Wie stark sich dabei die Erzählweisen verändert haben, das Ausgangsmaterial aber gleichgeblieben ist, veranschaulicht das Beispiel des Schulbuchs „Netzwerk Geschichte und Politik 4“, das 2012 für den Einsatz in der Sekundarstufe 2 gedruckt wurde. Hier kommt dasselbe Bild wie 1972 in „Zeiten Völker und Kulturen“ zum Einsatz, geändert hat sich allerdings die Bildunterschrift: War 1972 noch relativ neutral von der „Beseitigung des Schuttes in Wien“ zu lesen, ist genau 40 Jahre später die Agency klarer verteilt: „Trümmerfrauen beseitigen den Schutt“.⁴⁹

Gerade in Anbetracht der Bildauswahl ist das Buch „Bausteine 4“, das in der vierten Klasse der Sekundarstufe 1, in der NMS und in der AHS, zum Einsatz kommt, überaus bemerkenswert. Auf Seite 84 des Buches findet sich unter der Überschrift „Österreich nach dem Krieg“ ein Bild von „Trümmerfrauen“ bei der Arbeit mit einem erläuternden Text.⁵⁰ Das Bild präsentiert drei Frauen im Vordergrund vor einem Schutthaufen beim Bearbeiten von Ziegeln und suggeriert zumindest sublim, dass es österreichische „Trümmerfrauen“ sind. Es handelt sich hierbei um einen Ausschnitt aus einem größeren Bild, das sich mit etwas Recherche relativ leicht finden lässt und gleich in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich ist. Zunächst zeigt der Bildausschnitt nur einen kleinen Teil der Arbeit – am vollständigen Bild sind nicht nur diese drei Frauen zu sehen, sondern vier und weitere zehn klar erkennbare Personen sind Männer. Doch damit nicht genug, die vermeintlichen österreichischen „Trümmerfrauen“ sind eigentlich deutsche beim „Ziegelputzen“ in Berlin. Dieses Bildes bietet noch eine weitere Überraschung. Eine der Frauen im Schulbuch ist Johanna Grotewohl, die zweite Ehefrau des ersten Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl (SED). Ihre Anwesenheit bei der Trümmerarbeit erklärt sich dadurch, dass ihr Ehemann direkt neben ihr steht und ebenfalls auf einem Ziegel herumklopft – er wurde für das Schulbuch aber aus dem Bild weggeschnitten.

Das Bild der österreichischen „Trümmerfrauen“ in besagtem Schulbuch stammt also direkt aus der DDR-Propaganda, zeigt ursprünglich den Ministerpräsidenten der DDR gemeinsam mit seiner Frau bei einer „Aufbauschicht für das Nationale Aufbauprogramm Berlin“ und soll dessen Verbundenheit mit den Werktätigen symbolisieren sowie die Gesamtbevölkerung zu diesen Arbeiten motivieren. Beachtet

49 Jutta Hofer und Bettina Paireder, *netzwerk geschichte@politik. Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung; Lehr- und Arbeitsbuch für die 8. Schulstufe. [Schülerbuch].* 1. Aufl. Linz [Wien] 2012, 102.

50 Michael Bachlechner et al., *Bausteine. Geschichte, Sozialkunde, politische Bildung. 4. Begleitband für Lehrerinnen und Lehrer.* 1. Auflage. Wien 2018.

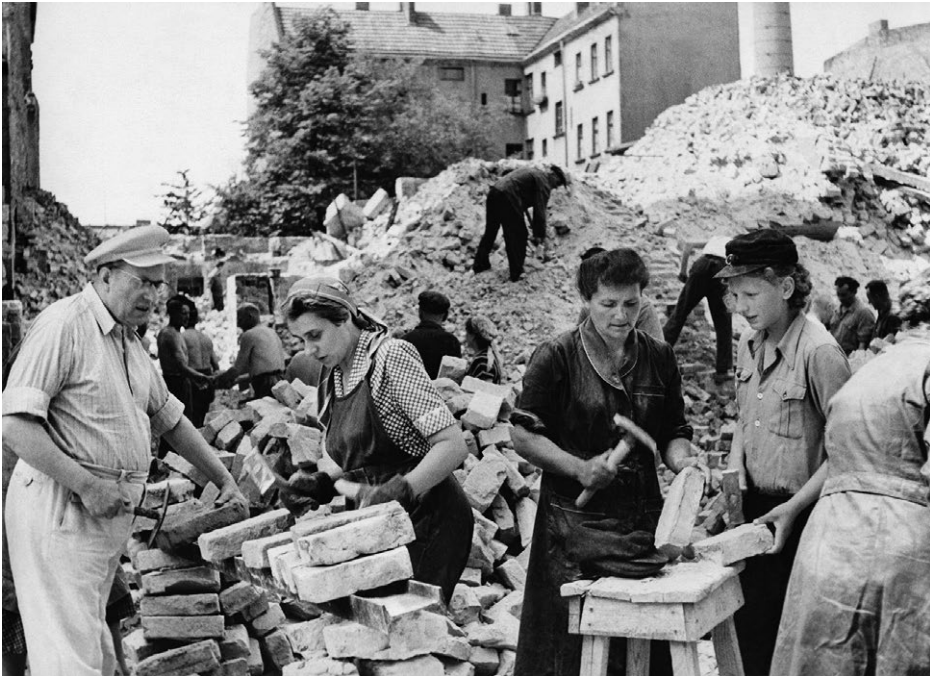


Abb. 7: Der erste Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl und seine Ehefrau Johanna bei einer „Aufbauschicht für das Nationale Aufbauprogramm Berlin“.
 ullstein bild/ullstein bild via Getty Images) <https://www.gettyimages.at/detail/nachrichtenfoto/grotewohl-otto-11-03-1894-politiker-spd-sed-ddrerster-nachrichtenfoto/541039673>

man die blütenweiße Kleidung, die Grotewohl auf dem Originalbild trägt, ist wohl anzunehmen, dass er nicht besonders lange zwischen den Trümmern gearbeitet hat.

Im Begleittext des Bildes, der mit „Mythos Trümmerfrauen“ betitelt wird, bemühen sich die Autor:innen dann aber um eine zumindest ausgewogene Darstellung von Frauen in der Nachkriegszeit: Da viele Männer im Krieg gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft gewesen seien, hätten die Frauen „unter schwierigen Bedingungen“ die Familie versorgen und dazu die „Trümmer der zerbombten Gebäude“ als „Trümmerfrauen“ beseitigen müssen. Sie waren daher wesentlich am Wiederaufbau beteiligt, heißt es dort einleitend. Aber: „Viele Frauen trugen aber auch Verantwortung, ‚mitgemacht‘ zu haben: im BDM, in der nationalsozialistischen Frauenschaft, als Systemerhalterinnen oder Denunziantinnen.“⁵¹ Hier wird zwar einerseits mit dem in zahlreichen anderen Schulbüchern beobachtbaren Narrativ der

⁵¹ Ebd.

„unpolitischen Frau“, die vor 1945 keine eigene Agency hatte, gebrochen, es erfolgt allerdings keine Verbindung der „Trümmerarbeit“ mit der Zeit vor 1945. Dass primär ehemalige Nationalsozialist:innen per Gesetz zur Schutträumung gezwungen waren, wird nicht erwähnt, obwohl dies ob der kritischen Anmerkung zur Mittäterschaft von Frauen im NS-System naheliegend gewesen wäre.

Eine derartige Verbindung wird hingegen in dem für die Sekundarstufe 2 konzipierten Schulbuch Zeitbilder 7/8 hergestellt. Einmal mehr wird hier das bekannte Bild des Wiener Pressefotografen Franz Blaha aus dem Frühjahr 1946 verwendet – jenes Bild, bei dem die Trümmer räumenden Frauen auffallend gut gekleidet sind und zum Teil in hochhackigen Schuhen auf den Trümmerhaufen stehen. Der Text fällt aber zumindest in Teilen aus dem bisherigen Rahmen der „Trümmerfrauen“-Erzählung in österreichischen Schulbüchern:

„Trümmerfrauen“, Foto des österreichischen Pressefotografen Franz Blaha im Mai 1946. „Trümmerfrauen“ war urspr. die Bezeichnung für Frauen, die als „minderbelastete Nationalsozialistinnen“ gezwungen wurden, Aufräumarbeiten durchzuführen. Erst später wurden dann alle Frauen, die beim Wiederaufbau geholfen haben, so bezeichnet. Viele Frauen meldeten sich freiwillig zum Schutträumen, anderen blieb gar nichts anderes übrig, weil ihr eigenes Zuhause betroffen war.⁵²

Wiewohl hier anders als in den bisherigen Beispielen thematisiert wird, dass Frauen als ehemalige Nationalsozialistinnen Trümmerarbeiten verrichten mussten, bleibt der Text traditionellen Narrativen zumindest insofern treu, als einmal mehr die altruistischen „Trümmerfrauen“ beschworen werden. Noch dazu unter der falschen Behauptung, es wären „ursprünglich“ die zwangsverpflichteten Nationalsozialistinnen so genannt worden – dem war nicht so und wurde in der Forschung zu keinem Zeitpunkt behauptet. Es wirkt fast so, als wären mehr oder weniger rezente Forschungsergebnisse zwar rezipiert, dann aber sehr stark verkürzt wiedergegeben worden. Immerhin hatte es 2005 anlässlich des so genannten Trümmerfrauen-Gesetzes, das gleich noch im Detail zu besprechen sein wird, eine relativ breite öffentliche Debatte unter reger Beteiligung von Historiker:innen über den Status der „Trümmerfrauen“ gegeben, die offenbar auch nicht spurlos an den Autor:innen dieses Schulbuchs vorbeigegangen ist. Der Bildtext stellt vielleicht so etwas wie den Versuch einer konsen-

52 Eduard Staudinger et al., Zeitbilder. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. 7/8 [AHS - OS, BHS], Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart, [Schülerbuch] 1. Auflage. Wien 2012, 4.

sualen Geschichtsschreibung dar – hier Nazis, dort Heldinnen des Wiederaufbaus –, bedient im Endeffekt dann aber einmal mehr den „Trümmerfrauen“-Mythos.

Etwas besser im aktuellen Stand der Forschung verortet ist das 2023 erschienene Schulbuch „Denkmal 7/8“, das ebenfalls für die Sekundarstufe 2 gedacht ist. In diesem versuchen die Autor:innen eine Metaperspektive einzunehmen: Zwar wird einmal mehr ausgeführt, dass Frauen die „Hauptlast“ der Aufräumarbeiten zu tragen gehabt hätten, da die Männer noch nicht aus dem Krieg zurückgekehrt gewesen seien, darüber hinaus wird aber auch auf den Einsatz schwerer Maschinen durch die Alliierten sowie auf die Tatsache, dass viele der Frauen „verurteilte“ Nationalsozialistinnen gewesen wären, hingewiesen. Der Mythos wird also insofern gebrochen, als zumindest die Begleitumstände der weiblichen Trümmerarbeit klar benannt werden – auch wenn die Nationalsozialistinnen in der Regel nicht gerichtlich verurteilt waren und die Frage nach der „Hauptlast“ schwer zu beantworten ist. Die Autor:innen benennen den Mythos aber klar als solchen und beschreiben die Lebensumstände der Frauen ebenso kritisch wie die Problematik, dass die weiblichen Arbeitskräfte nach dem Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder sukzessive aus dem Berufsleben hinausgedrängt wurden.⁵³ Darüber hinaus wird den Schüler:innen die Metaebene der sich wandelnden Geschichtsbilder vermittelt: Auf einer weiteren Seite wird einmal mehr das bekannte Bild von Franz Blaha abgedruckt, darunter aber erklärt, dass dieses in älteren Schulbüchern unkritisch zur Konstruktion des „Trümmerfrauen“-Mythos funktionalisiert wurde.⁵⁴

In den österreichischen Schulbüchern lässt sich eine Entwicklung erkennen, in der über viele Jahrzehnte hinweg bis in die frühen 2000er Jahre „Trümmerfrauen“ gar nicht thematisiert wurden. Die Nachkriegszeit wurde als eine politische Geschichte, aber auch als eine Geschichte der Entbehrungen erzählt, in der das österreichische Volk zusammenstehen und sich seine „Freiheit“ verdienen musste. Frauen hatten in dieser Erzählung keinen Platz und wenn, dann lediglich als Ernährerinnen der Familie in besonders schlechten Zeiten. Wenn sie auf Bildern bei „Hamsterfahrten“ oder gar bei „Trümmerräumung“ zu sehen sind, wurde dies nicht extra vermerkt. Der Begriff „Trümmerfrau“ kam schlicht und einfach nicht vor. In Zuge der allgemeinen Popularitätssteigerung dieser Bezeichnung ab Mitte der 1990er Jahre begann der Begriff in Schulbüchern immer mehr Verbreitung zu finden und kaum ein Schulbuch behandelte das Thema der österreichischen Nachkriegszeit, ohne wenigstens ein Bild von arbeitenden „Trümmerfrauen“ zu präsentieren. Hier lassen sich wohl Einflüsse der Frauen- und Geschlechtergeschichte erkennen, da ab den mitt-

⁵³ Thomas Lang und Georg Marschnig, Denkmal. 7/8. Wien 2023, 132.

⁵⁴ Ebd. 133.

leren und späten 2000er Jahren nun auch die Lebenswelten von Frauen, ihre Leistungen und auch ihre Probleme zum Gegenstand des Geschichtsunterrichts in den Sekundarstufen 1 und 2 wurden. Die Darstellung blieb dabei aber über weite Strecken bemerkenswert unkritisch und den Narrativen des „Trümmerfrauen“-Mythos verhaftet. Erst in den letzten Jahren werden die „Sühnearbeiten“ ehemaliger Nationalsozialistinnen erwähnt und der Mythos als solcher offen benannt. Ein wichtiger Katalysator war dabei zunächst das so genannte „Trümmerfrauen“-Gesetz von 2005, später das „Trümmerfrauen“-Denkmal von 2018.

9.3 Das „Trümmerfrauen“-Gesetz von 2005

Von zentraler Bedeutung in der politischen Inszenierung der österreichischen „Trümmerfrauen“ ist das 2005 auf Initiative der damaligen ÖVP/FPÖ-Koalition beschlossene „Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird“.⁵⁵ Wie das 13 Jahre später ebenfalls unter einer schwarz-blauen Koalition von einem FPÖ-Politiker enthüllte „Trümmerfrauen“-Denkmal in Wien, löste auch dieses Bundesgesetz eine relativ breite gesellschaftliche Debatte über die österreichischen „Trümmerfrauen“ aus. Und das, obwohl im Gesetzestext selbst der Begriff gar nicht vorkommt. Es wurde aber nichtsdestoweniger öffentlich als eine Anerkennung für „Trümmerfrauen“ verstanden und auch dementsprechend diskutiert: Einerseits als längst überfällige Würdigung der weiblichen Nachkriegsgeneration, andererseits als Kontinuität des typisch österreichischen Opferdiskurses.⁵⁶ Also innerhalb jenes Problemfelds, das die gesamte Debatte zu den österreichischen „Trümmerfrauen“ prägt.

Der Begriff „Trümmerfrauen“ wurde dabei auch explizit in den Parlamentsdebatten zu dem Gesetz benutzt. So unter anderem von einem der Initiatoren, dem ehemaligen Frauenminister Herbert Haupt (FPÖ):

55 Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird. BGBl. I Nr. 89/2005

56 Vgl. Martina Gugglberger, *Geschlecht*, in: Marcus Gräser/Drik Rupnow. (Hg.), *„Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich“*. Wien 2021, 217–235; Maria Pohn-Lauggas, *„Transformationen Diskursiver Opferkonstruktionen: Verschiebungen der Grenze des Sagbaren am Beispiel ‚Trümmerfrauen‘ in Österreich.“* in: Sasa Bosančić/Reiner Keller (Hg.), *Diskurse, Dispositive und Subjektivitäten. Anwendungsfelder und Anschlussmöglichkeiten in der Wissenssoziologischen Diskursforschung*. Wiesbaden 2022, 215–234.

Ich glaube daher, dass der vorliegende Gesetzentwurf einschließlich der erstmalig erfolgenden Ausweitung auf die Trümmerfrauen und ihre Leistungen ein wichtiger Beitrag ist, um im Sinne einer Abrundung eine Regelung auch für jene Gruppe von Frauen zu finden, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges [...] gelebt haben, damit es hier auch einmal eine kleine Anerkennung – auch symbolhaft nur und nicht umfassend, aber wenigstens eine Anerkennung – für jenes Schreckenserlebnis der Nachkriegsjahre gibt, durch das diese Gruppe von Frauen in der Aufbauphase gegangen ist.⁵⁷

Schon in diesem kurzen Zitat Haupts wird ersichtlich, dass hier tatsächlich ein Opfernarrativ bedient wird, das alle österreichischen Frauen der Nachkriegszeit viktimisiert und zu einer homogenen Gruppe zusammenfasst, die zum einen „Schreckenserlebnisse“ erdulden musste, zum anderen aber auch großartige Leistungen erbracht hat. Aufschlussreich ist dabei ein Zusatz im Gesetz, der die auf den ersten Blick vage Vorstellung von „Leistung“ konkretisiert. Denn die „Trümmerfrauen“ mussten in erster Linie TrümmERMütter sein, um eine Zahlung zu erhalten: Antragsberechtigt waren nur Frauen, die „vor dem 1. Jänner 1951 mindestens ein Kind in Österreich zur Welt gebracht oder ein vor diesem Zeitpunkt geborenes Kind in Österreich erzogen haben“.⁵⁸ Nicht Trümmerarbeit, sondern Fortpflanzung war im Denken der ÖVP/FPÖ-Koalition also die anerkennungswürdige Leistung der österreichischen Frauen der Nachkriegszeit. Zunächst vollkommen ausgeblendet war im ersten Entwurf des Gesetzes, was die betreffenden Frauen vor 1945 gemacht hatten. Ganz im Sinne der ursprünglichen Opferthese verstanden die Initiator:innen offenbar das Ende des Krieges gleichsam als „Stunde Null“ und die österreichischen Frauen der Nachkriegsgeneration als geschichtslose Wesen, die als historische Akteurinnen, wenn überhaupt, erst schlagartig mit dem Kriegsende auftreten. Frauen als Täter:innen oder wesentliche Stützen des NS-Staates haben in diesem Denken keinen Platz, vielmehr sind sie Opfer in gleich doppelter Hinsicht: Opfer des ausschließlich von Männern getragenen Nationalsozialismus, an dem sie keinerlei Schuld haben, und Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus und dessen Folgen: Bombenangriffe, Lebensmittelknappheit und Übergriffe durch die Besatzungssoldaten. Es ist bezeichnend, dass das Gesetz über die Einmalzahlung für die österreichischen Frauen der Nachkriegszeit in einem Paket mit einer Novellierung des „Opferfürsorgegesetzes“ beschlossen wurde, die erstmals auch Wehrmachtsde-

57 Herbert Haupt in Stenographisches Protokoll der 116. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXII. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 7. Juli 2005, 154. Online unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/NRSITZ/NRSITZ_00116/index.shtml.

58 Ebd.

serteure als Opfergruppe anerkannte, gegen sie verhängte Urteile aufhob und eine finanzielle Zuwendung für diese und deren Angehörige ermöglichte.⁵⁹ Es findet dabei zumindest sublim eine Gleichsetzung der unterschiedlichen Opfergruppen statt und faktisch alle österreichischen Frauen der Nachkriegszeit erhalten als Kollektivsubjekt den Opferstatus. Dies macht auch ein Redebeitrag der Bundesministerin für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Ursula Haubner (FPÖ) deutlich:

Wenn wir heute diese vorliegenden Gesetzesentwürfe beschließen, so nehmen wir eine Verantwortung ernst, die wir gegenüber den Opfern des dunkelsten Kapitels unserer Geschichte haben. Die heutigen Vorlagen sind ein konsequentes Ergebnis der Aufarbeitung der dunklen Seite unserer Geschichte und ein Zeichen unseres besonderen Mitgefühls und der Achtung der Opfer des nationalsozialistischen Unrechts und des Krieges.⁶⁰

Hier begegnet uns wiederum jene Verschiebung, die sich wie ein Leitmotiv durch die Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrauen“ seit den späten 1980er Jahren zieht: Mit der Erosion der österreichischen Opferthese entstand ein Bedarf an neuen Opfernarrativen. Die österreichische Gesellschaft als Ganzes hatte ihren Opferstatus verloren und eine neue Erzählung über die NS-Zeit entwickelt, die von Mitverantwortung und Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus gekennzeichnet war. Dies führte zur Entstehung eines, wie Maria Pohn-Lauggas es ausdrückt, „vergeschlechtlichten Opferdiskurses“, der Frauen an die Stelle der Gesamtbevölkerung setzte und sie stellvertretend für alle zu Opfern machte.⁶¹ Und zwar ganz im Sinne jenes „double speak“, den, wie bereits erwähnt, Heidemarie Uhl und Anton Pelinka so treffend zur Beschreibung des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit benutzt haben. Während die Opfererfahrung zwar vordergründig auf die NS-Zeit bezogen scheint, werden die Frauen in erster Linie als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus inszeniert – eines Krieges, der ohne ihr Zutun über sie hereingebrochen zu sein scheint. Eine derartige Gleichsetzung mit den tatsächlichen Opfern des Nationalsozialismus, wie es im Zuge der Debatten rund um die Anerkennungszahlung 2005 und die Eröffnung des „Trümmerfrauen“-Denkmals 2018 geschehen ist, wirkt daher umso perfider.

59 Zu dieser Novellierung vgl. http://ns-quellen.at/gesetz_anzeigen_detail.php?gesetz_id=10084210&action=B_Read.

60 Ursula Haubner in: Stenographisches Protokoll, 116. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 7. Juli 2005, zitiert nach Pohn-Lauggas, „Transformationen diskursiver Opferkonstruktionen“, 225.

61 Ebd. 216.

Es bedurfte einer Intervention der Opposition, damit die NS-Zeit als solche im Anerkennungsgesetz überhaupt erwähnt wurde. Auf ihren Druck wurde ein erster Entwurf des Gesetzes überarbeitet, um eine einschränkende Klausel aufzunehmen: „Von der in diesem Bundesgesetz vorgesehenen Zuwendung sind Personen ausgeschlossen, deren Verhalten in Wort oder Tat mit den Gedanken und Zielen eines freien, demokratischen Österreich unvereinbar war.“⁶² Ob einzelne Ansuchen tatsächlich wegen der NS-Vergangenheit der Antragstellerinnen abgelehnt wurden, lässt sich aus heutiger Perspektive nicht eindeutig klären und geht auch aus einer diesbezüglichen parlamentarischen Anfrage aus dem Jahr 2007 nicht hervor, da es „dazu keine statistischen Aufzeichnungen“ gebe.⁶³ Interessant ist allerdings, wie eine potentielle „Unvereinbarkeit“ interpretiert wurde: „Der Ausschlussatbestand [...] ist grundsätzlich dann erfüllt, wenn sich Kriegs- bzw. NS-Verbrechen in Form rechtskräftiger Verurteilungen durch ein Gericht der Republik Österreich, ein Gericht der vier Alliierten Besatzungsmächte oder ein Gericht eines anderen Staates manifestiert haben [...]“. ⁶⁴ Inwiefern man sich dabei auf die Selbstauskunft der Antragstellerinnen verließ oder alle Anträge dementsprechend überprüft wurden, geht aus der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage ebenfalls nicht eindeutig hervor. Die Einschränkung, dass nur eine rechtskräftige Verurteilung einen Ausschlussgrund darstellen würde, grenzt die Zahl der potentiell Ausgeschlossenen aber ohnehin stark ein. Eine reine NSDAP-Mitgliedschaft – selbst bei einem Parteieintritt in der Zeit der Illegalität in Österreich – oder etwa eine Tätigkeit in den verschiedenen NS-Verbänden war für die ÖVP/FPÖ-Koalition offenbar mit den „Zielen eines freien, demokratischen Österreichs“ vereinbar. Es ist also durchaus möglich, dass auch ehemalige Notstandsarbeiterinnen ein positives Ansuchen gestellt haben – aufgrund von datenschutzrechtlichen Archivsperrn lässt sich das allerdings nicht überprüfen. Das Gesetz erwies sich als voller Erfolg: Insgesamt wurden bis 2007 59.600 Anträge gestellt, 47.500 positiv beschieden und insgesamt rund 14,2 Millionen Euro ausbezahlt.⁶⁵

Dementsprechend umfangreich fiel auch die Berichterstattung in den österreichischen Massenmedien aus. Nur die Eröffnung des „Trümmerfrauen“-Denkmals in

⁶² Ebd.

⁶³ Anfrage der Abgeordneten Öllinger, Stoitsits, Zach und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend „Trümmerfrauenregelung“ und Kriegsgefangenenentschädigung vom 4. Juni 2007 884/J XXIII. GP

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Vgl. Drucksache 931/AB der XXIII. GP: Antwort des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz auf eine parlamentarische Anfrage; www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/AB/AB_00931/fname_084699.pdf.

Wien sorgte für eine ähnliche mediale Aufmerksamkeit wie das Bundesgesetz von 2005. In den verschiedenen Tages- und Wochenzeitungen wurde die Einmalzahlung auch klar als „Trümmerfrauen“-Gesetz wahrgenommen und mitunter als solches bezeichnet. Insbesondere der gemeinsame Beschluss mit einer Überarbeitung des „Opferfürsorgegesetzes“ führte dazu, dass die darin mitschwingende sublimen Verbindung der „Trümmerfrauen“ mit den Opfern des Nationalsozialismus als solche auch von verschiedenen Medien übernommen wurde. So titelten die *Vorarlberger Nachrichten* am 18. Mai beispielsweise „Dankeschön nur auf Antrag Zuwendungen für NS-Opfer, Widerstandskämpfer und Trümmerfrauen.“ und räumten den „Trümmerfrauen“ im Artikel selbst den mit Abstand größten Raum ein – rund zwei Drittel des Artikels beschäftigen sich mit ihnen, das restliche Drittel teilt sich auf Widerstandskämpfer und Opfer politischer Verfolgung auf.⁶⁶ Und auch in den *Salzburger Nachrichten* firmierte die Meldung über das „Trümmerfrauen“-Gesetz unter der Schlagzeile „Paket für Opfer des Nationalsozialismus“.⁶⁷ Fast so, als wären alle österreichischen Frauen der Nachkriegszeit in ihrer Gesamtheit Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Klarer kann eine Re-Aktualisierung der „Opferthese“ kaum artikuliert werden. Generell bekam die Einmalzahlung für Frauen mehr Aufmerksamkeit als das „Opferfürsorgegesetz“ und wurde in den Medien größtenteils sehr positiv aufgenommen – Begriffe wie „Dank“, „Entschädigung“ und „Anerkennung“ dominierten die Berichterstattung. Gerade in den abgedruckten Leserbriefen lässt sich auch jene transgenerationale Identifikation erkennen, die sich wie ein roter Faden durch die Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrauen“ zieht. Gleich mehrere Personen berichten von ihren Müttern und Großmüttern, die „Trümmerfrauen“ gewesen seien. Außerdem wird immer wieder kritisiert, dass es zu viele Ausschlusskriterien gebe, aufgrund derer keine Zahlungen erfolgen würden. Franz P. aus Graz berichtet beispielsweise vom Schicksal seiner Mutter:

Damit diese Zahlungen aber nicht allzu sehr das Budget belasten, hat man für die „Trümmerfrauen“ einige kleine Hürden eingebaut ... Meine Mutter erhielt trotz Vorlage der Geburtsurkunde (was hat das Kinderkriegen mit Wiederaufbau zu tun?) einen abschlägigen Bescheid [...].⁶⁸

66 Johannes Huber, Dankeschön nur auf Antrag Zuwendungen für NS-Opfer, Widerstandskämpfer und Trümmerfrauen. In: *Vorarlberger Nachrichten* Nr. 113 vom 18.05.2005, 3.

67 „Paket für die Opfer des Nationalsozialismus“ in: *Salzburger Nachrichten*, 19. Mai 2005, 2.

68 Franz P. In: *Kleine Zeitung*, 10. März 2006, 39.

Interessant ist in der veröffentlichten Meinung über das Gesetz die Tatsache, dass auch in kritischen Artikeln die „Trümmerfrauen“-Terminologie übernommen wurde. So beeinsprucht die damalige Frauensprecherin der oppositionellen SPÖ nicht etwa den unkritischen Fokus auf vermeintliche „Trümmerfrauen“, die noch dazu „TrümmERMütter“ sein mussten, oder etwa die Tatsache, dass eine mögliche NS-Vergangenheit der Frauen nicht ausgeschlossen war, sondern bezieht sich lediglich auf den „Almosen“-Charakter der Einmalzahlung und führt an, dass diese Generation sich „mehr als nur das verdient“ hätte. Sie fordert strukturelle Verbesserungen im Pensionssystem für die Wiederaufbaugeneration.⁶⁹

In einem ähnlichen Kontext lässt sich der 2006 von der FPÖ/BZÖ-Politikerin Theresia Zierler herausgegebene Interviewband „... und trotzdem gab es Hoffnung! ‚Trümmerfrauen‘ aus Österreich berichteten“ verorten. In dem Band sind insgesamt 20 Interviews von so genannten Trümmerfrauen versammelt, die in dem Buch allerdings kaum über tatsächliche Trümmerarbeit berichten, sondern breit gefasst über die Situation in Österreich nach 1945. Sie sprechen über die Sorge um die Ehemänner, die noch nicht aus dem Krieg zurückgekehrt oder schwer verwundet worden waren, die Lebensmittelknappheit und die daraus resultierende schwierige Versorgung der Familie; viele erzählen von Übergriffen durch die Besatzungssoldaten, manche auch davon, dass sie von diesen gut behandelt wurden. Auffällig ist dabei, dass ein direkter Bezug auf eigene Trümmerarbeiten nur in vier Berichten erfolgt – zumindest zwei Frauen erzählen von einer monatelangen Arbeit, die sie verrichten mussten. Ob es sich bei ihnen um zwangsverpflichtete „Notstandsarbeiterinnen“ gehandelt hat, lässt sich aus heutiger Perspektive nicht mehr eruieren, die Formulierungen legen jedoch zumindest nahe, dass die Arbeit nicht freiwillig erfolgt ist.⁷⁰ So berichtet etwa Elisabeth Czerwenka sogar davon, dass ihre Mutter und sie, als 14-Jährige, direkt von den „Russen“ verpflichtet worden seien, um den Weg für deren LKW freizumachen:

Ich war damals 14 Jahre alt und habe mitgeschaufelt. Alle Frauen und Kinder haben geschaufelt, und wir mussten den Weg für die russischen LKWs frei machen. Der Russe, der meiner Mama den Arbeitsauftrag gegeben hatte, ging dann zu ihr und hat ihr ein Busserl auf die Stirn gegeben und auf diese Weise sich mehr oder weniger bedankt.⁷¹

69 Gabrielle Heinisch-Hossek, zitiert in: „Verhöhnung‘ der Trümmerfrauen“, *Der Standard*, 17.Mai 2005, 6.

70 Vgl. Theresia Zierler, *Trümmerfrauen*, 56.

71 Ebd. 39.

Wieder andere der Interviewpartnerinnen erzählen lediglich, dass sie „Trümmerfrauen“ bei der Arbeit gesehen hätten:

Die Arbeit der Trümmerfrauen habe ich gesehen...die Frauen mit ihren Schürzen, die bis zum Umfallen gearbeitet haben, und zwar immer, wenn ich nach Wien hinein zum Südbahnhof gefahren und über die Trümmerhaufen gekraxelt bin. Diese Frauen haben wirklich großartiges geleistet!⁷²

Diese Erzählung fügt sich insofern in das Gesamtbild der Berichte, als „Trümmerfrauen“ in dem Band stets einen Bezug zu Wien aufweisen. Es berichten ja in erster Linie jene Frauen von „Trümmerarbeit“, die in Wien waren. Dem gegenüber steht ein offenbar als Illustration gedachtes Bild auf Seite 81, das „Trümmerfrauen“ und auch „Trümmermänner“ bei einer Arbeitspause in Bregenz zeigt – die Männer werden dabei im Begleittext gesondert hervorgehoben und es wird vermerkt, dass auch diese „beim Wiederaufbau zerstörter österreichischer Städte mitgeholfen“ hätten.⁷³

9.4 Die Spur der österreichischen „Trümmerfrauen“

Wie in diesem Kapitel verdeutlicht, lässt sich die Spur der österreichischen „Trümmerfrauen“ begriffsgeschichtlich erst in den späten 1980er Jahren aufnehmen. Es ist zu vermuten, dass zur selben Zeit in der BRD laufende erinnerungspolitische Kampagnen rund um das Konzept „Trümmerfrau“ nach Österreich übergeschwappt sind und der Begriff nun auch zur Beschreibung der österreichischen Frauen der unmittelbaren Nachkriegszeit verwendet wurde. Erstmals dürften „Trümmerfrauen“, wie in der BRD, in den verschiedenen Debatten rund um die Schlechterstellung von Frauen im österreichischen Pensionsrecht zum Thema gemacht worden sein – mit dem Argument, diese Nachteile würden gerade die Wiederaufbaugeneration betreffen und dies sei aufgrund ihrer großen Leistung in der Trümmerräumung sowie ob der damaligen Entbehrungen besonders unfair. Eine weitere Triebfeder der Mythenbildung mag ausgerechnet die an und für sich eigentlich kritische Frauen- und Geschlechtergeschichte gewesen sein. Nicht etwa, weil diese selbst den „Trümmerfrauen“-Mythos so stark bedient hätte – ganz im Gegenteil wurde der Mythos dort von Anfang an kritisch gesehen und die nationalsozialistische Vorgeschichte der Nachkriegszeit betont –, sondern paradoxerweise dadurch, dass der

⁷² Ebd. 52.

⁷³ Ebd. 61.

„Trümmerfrauen“-Begriff in der Forschung überhaupt so akzentuiert verwendet wurde. Denn aus diesen Arbeiten, die ein realistisches Bild von Frauenwelten in der Nachkriegszeit wiedergaben, wurden häufig nur Teilbereiche rezipiert und in weniger kritischen Arbeiten übernommen. In dem Versuch, einen zu diesem Zeitpunkt in Österreich noch gar nicht so ausgeprägten „Trümmerfrauen“-Mythos zu dekonstruieren, könnten diese frühen Arbeiten seine Entstehung somit sogar noch gefördert haben.

Ab dem so genannten Memory Boom der späten 1980er Jahre und den seit dem „Bedenkjahr“ 1988 regelmäßig wiederkehrenden „Gedenkjahren“ in den 5er und 8er Jahren jedes Jahrzehnts lässt sich eine ständige Intensivierung des „Trümmerfrauen“-Diskurses in Österreich erkennen. Wir erleben eine sukzessive Naturalisierung des Mythos – mehr und mehr werden die österreichischen „Trümmerfrauen“ zu einer geschichtspolitischen Konstante. Man erinnert sich, dass es sie ja immer schon gegeben hat – ein jeder und eine jede kennt eine „Trümmerfrau“: die eigene Mutter, Großmutter oder sogar man selbst war eine. Oder wie es die SPÖ-Abgeordnete Hilde Seiler bereits 1989 ausgedrückt hat: „Wie ich können sich sicherlich viele noch an die hart schuftenden ‚Trümmerfrauen‘ erinnern.“⁷⁴ Die Diskurse der Gegenwart formten dabei einmal mehr die Erinnerung an die Vergangenheit.

Das Jahr 1995 kann man als ersten Kristallisationspunkt mit einer ganzen Reihe von Buch- und Ausstellungsprojekten benennen. Durch diese wird der Begriff auch in den Massenmedien immer häufiger übernommen und zu einer feststehenden Beschreibungsmetapher für die unmittelbare Nachkriegszeit in Österreich. Obschon von Seiten der Fachwissenschaft weiterhin vehement auf die Tatsache verwiesen wurde, dass sich „Trümmerfrauen“ für Österreich nur sehr bedingt nachweisen lassen und gerade ehemalige Nationalsozialist:innen bei der Trümmerbeseitigung einen entscheidenden Anteil hatten. Die Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrauen“ hatte Fahrt aufgenommen und ließ sich in ihrer Dynamik nicht mehr bremsen. Nicht zuletzt, da ab den späten 1990er und frühen 2000er Jahre auch die Politik das Thema für sich nutzte.

Zwar wäre es übertrieben, der schwarz-blauen „Wenderegierung“ auch eine geschichtspolitische Wende zu attestieren, die zumindest implizite Aushöhlung der Mitverantwortungsthese und teilweise Re-Konsolidierung des österreichischen „Opfermythos“ in der Schlüssel-Ära ging jedoch Hand in Hand mit einem gesteigerten politischen Interesse an den „Trümmerfrauen“. Das 2005 beschlossene so genannte Trümmerfrauen-Gesetz, mit dem einem Teil der österreichischen Frauen

74 Hilde Seiler, in: Stenographisches Protokoll der 95. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XVII. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 1. März 1989, 42.

der Nachkriegsgeneration eine kleine Einmalzahlung gewährt wurde, führte zu einer noch breiteren medialen Auseinandersetzung mit der Thematik. Diese mündete einmal mehr in eine ganze Reihe von Publikationen, Ausstellungen und Artikeln – kritischen wie auch unkritischen. Die „Trümmerfrauen“ waren aber endgültig im österreichischen Diskurs angekommen und kämpften um ihren Platz im kollektiven Gedächtnis der Zweiten Republik.

10. „Trümmerfrau“ als Kampfbegriff und Chiffre – eine Conclusio

Gerade im Kontext der sich wandelnden Geschichtspolitik des offiziellen Österreichs und dem damit untrennbar verbundenen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel im Umgang mit der NS-Zeit werden die unterschiedlichen Funktionen eines spezifisch österreichischen „Trümmerfrauen“-Mythos fassbar, sind die „Trümmerfrauen“ doch untrennbar mit diesem Paradigmenwechsel verbunden. In ihrer geschichtspolitischen Funktion sind sie gleichermaßen Kampfbegriff und Chiffre.

10.1 Kampfbegriff Trümmerfrauen

„Trümmerfrauen“ ist ein Kampfbegriff, da mit ihnen auch eine dezidierte erinnerungspolitische Positionierung verbunden ist. Die NS-Zeit und die in dieser Zeit begangenen Verbrechen werden weitestgehend ausgeblendet und durch den Fokus auf die unmittelbare Nachkriegszeit überlagert. Der „Trümmerfrauen“-Mythos ist eine Re-Aktualisierung des „Opfermythos“ – er schließt an frühere Metanarrative des österreichischen Umgangs mit der NS-Zeit an und tradiert diese ins 21. Jahrhundert.

Im Fokus stehen nicht die ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen, nicht die Rom:nja und Sinti:zze, nicht die Opfer der „Aktion T4“ oder jene, die als „Asoziale“, Homosexuelle oder wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt wurden. Auch nicht jene, die für Akte des Widerstands, der Wehrdienstverweigerung oder der Fahnenflucht getötet wurden. Der Blick richtet sich vielmehr weg von der NS-Zeit selbst und hin auf die Nachkriegszeit. Dieser Perspektivenwechsel ermöglicht eine partielle Blindheit für jene Verbrechen, an denen die österreichische Bevölkerung unzweifelhaft zumindest eine Verantwortung trägt und an denen zahlreiche Österreicher:innen an führender Stelle beteiligt waren. Diese partielle Blindheit manifestiert sich gerade auch im Hinblick auf die Frage, wie denn die vermeintlichen „Trümmerfrauen“ vor 1945 gehandelt haben. Im Zentrum des Interesses stehen stattdessen die Entbehrungen, welche die österreichische Bevölkerung, repräsentiert durch die Gesamtheit der österreichischen Frauen, im Krieg selbst und speziell in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu erdulden hatten. Der Perspektivenwechsel ist somit eine Entpolitisierung von etwas zutiefst Politischem.

Die erinnerten Entbehrungen sind für sich genommen natürlich ein historisches Faktum: Das unmittelbare Miterleben zum Teil schwerer Kämpfe, Übergriffe durch

die Besatzungssoldaten, die sehr schlechte Versorgungslage, die Sorge um das eigene Überleben und das der Familie sowie der zumindest zeitweise Zusammenbruch der staatlichen Ordnung sind Phänomene, die hinsichtlich der Lebenswelten der österreichischen Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg gut beforscht sind. Ebenso gut untersucht sind die neu entstandenen gesellschaftlichen Räume, die sich durch die Abwesenheit vieler Männer in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit für Frauen eröffnet haben, und in denen diese einen wichtigen Beitrag zum österreichischen Wiederaufbau und zum Funktionieren der Gesellschaft an sich geleistet haben.¹ Diese Faktizität einzelner Aspekte ist eine zentrale Eigenschaft geschichtspolitischer Mythen: Sie sind keine reine Erfindung. Vielmehr werden in Mythen Fakten und Fiktion zu einer Bricolage verarbeitet, die als solche identitätskonkrete Funktionen erfüllt. Der österreichische „Trümmerfrauen“-Mythos ist daher ein hervorragendes Beispiel für das selektive Erinnern in kollektiven Gedächtnissen: Bestimmte historische Sachverhalte werden verdrängt und somit „vergessen“ – hier einmal mehr die NS-Zeit. Die Frage, aus welchem Grund Österreich und vor allem Wien von Kriegsschäden überhaupt so stark betroffen war, dass „Trümmerfrauen“ notwendig gewesen wären, wird nicht nur nicht beantwortet, sie wird in der Regel nicht einmal gestellt.

Es ist nicht die Absicht dieses Buches, die konkreten Erfahrungen und Leistungen von Frauen in der Nachkriegszeit und im Wiederaufbau in irgendeiner Art und Weise zu schmälern oder zu relativieren. Vielmehr geht es mir darum, geschichtspolitische Prozesse von Umdeutungen und Überlagerungen offenzulegen und zu analysieren. Wie auch in der BRD entstanden erste Impulse für ein öffentliches Interesse an den „Trümmerfrauen“ in erster Linie durch Debatten rund um mögliche und tatsächliche Reformen des Pensionssystems in den 1980er Jahren, eine breite öffentliche Debatte zu dem Thema fand aber vorerst noch nicht statt – zu stark war die geschichtspolitische Aufmerksamkeit noch auf die Waldheim-Affäre und andere Debatten zur NS-Zeit selbst fokussiert.

Das geschichtswissenschaftliche Interesse an den Frauen der österreichischen Nachkriegszeit begann zwar als Antwort auf ein ungemein drängendes Forschungsdesiderat, wurde in weiterer Folge aber vorwiegend von politisch rechter Seite dazu instrumentalisiert, um einmal mehr die österreichische Zeitgeschichte losgelöst von den Verbrechen der NS-Zeit zu erzählen. Denn während kritische Historiker:innen von Anfang an darauf hingewiesen hatten, dass die Geschichte der österreichischen

¹ Neben den in diesem Buch bereits zitierten Arbeiten vgl. aus einer Metaperspektive dazu v. a.: Erika Thurner, *Nationale Identität und Geschlecht in Österreich nach 1945*, Innsbruck/Wien/München 2000.

Frauen nach 1945 und auch die der „Trümmerfrauen“ nur in Verbindung mit der Zeit vor 1945 geschrieben werden kann, wurde dieser Aspekt dabei wissentlich außer Acht gelassen.² Die Nachkriegszeit kann aber nur im Kontext der NS-Zeit verstanden werden. Ja, sie muss es sogar – gerade auch die Rolle der österreichischen Frauen in eben dieser. Denn die namensgebende manuelle Trümmerarbeit wurde in Österreich, wie in Kapitel 3 gezeigt, hauptsächlich durch per Gesetz zwangsverpflichtete Nationalsozialist:innen verrichtet, nicht von patriotisch beseelten freiwillig arbeitenden Frauen, auf welche der österreichische Opfermythos retrospektiv projiziert wird und die dadurch zu mythischen „Trümmerfrauen“ werden. Ebenfalls ausgeblendet wird dabei – wie in so vielen deutschen Städten – die professionelle Schutträumung. In Wien waren es sowohl die Stadt und ihre bezahlten Arbeiter:innen als auch private Baufirmen, die mit schwerem Gerät und unter erheblichem finanziellem Aufwand die Enttrümmerung entscheidend vorangetrieben haben. Ebenso vergessen wird der Beitrag der Alliierten, die insbesondere in den ersten Nachkriegsmonaten mit der Schutträumung begonnen haben und bereits zu diesem Zeitpunkt auf zwangsverpflichtete Nationalsozialist:innen zurückgegriffen haben. Auch begann die Schutträumung nicht schlagartig mit dem Ende der Kämpfe, schon in der NS-Zeit wurden jüdische Zwangsarbeiter:innen – hier vor allem Kinder und Alte – zur Trümmerbeseitigung nach Bombenangriffen eingesetzt und mussten unter größter Gefahr schwierigste Arbeiten verrichten.

Das erinnerungspolitisch Problematische an dieser Fokussierung auf eine vermeintlich unpolitische Trümmerarbeit österreichischer Frauen in der Nachkriegszeit besteht darin, dass die NS-Zeit auf diese Weise überlagert und – zumindest sublim – eine Gleichwertigkeit der Opfer suggeriert wird. Auf der einen Seite die tatsächlichen Opfer des Nationalsozialismus, auf der anderen die österreichischen Frauen als Stellvertreterinnen für die Gesamtbevölkerung. Diese Gleichsetzung wird primär rund um die wiederkehrenden Gedenk- und Erinnerungsjahre greifbar – sei es der parallele Beschluss einer Revision des „Opferfürsorgegesetzes“ und der Einmalzahlung für „Trümmerfrauen“ 2005, oder seien es die geschichtspolitischen Aktionen der FPÖ 2018 in Form der Reden des Vizekanzlers Heinz-Christian Strache bei der Internationalen Gedenkfeier für das Konzentrationslager Mauthausen und der Eröffnung des „Trümmerfrauen“-Denkmals in Wien. Bei beiden Gelegenheiten sprach Strache von Opfern und auch rund um das Gesetz 2005 wurde gerade die Opferbereitschaft der österreichischen Frauen immer wieder hervorgehoben. Beide Ereignisse wurden in den Massenmedien breit aufgegriffen und bekamen mehr Aufmerksamkeit als das Gedenken an jene Menschen, die in der NS-Zeit vertrieben,

2 Vgl. Bandhauer-Schöffmann/Hornung, *Geschlecht des Wiederaufbaus*, 6–8.

interniert, gefoltert und ermordet wurden. Teilweise unter zumindest ideologischer Mittäterschaft jener, die als ehemalige Nationalsozialist:innen später Schutt räumen mussten und dafür auch noch entschädigt wurden. Und das bevor viele der unterschiedlichen Opfer der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik des NS-Staats auch nur irgendeine Form an Zahlung erhalten haben.

10.2 „Trümmerfrauen“ als Chiffre

In dieser Inszenierung dienen die „Trümmerfrauen“ auch als Chiffre – stehen sie doch für eine Fortführung des Opfermythos in veränderter Gestalt. Es ist dabei aber nicht in erster Linie die Betonung der Opferrolle durch den „Anschluss“ Österreichs an den NS-Staat, sondern Österreich als Opfer des Krieges gegen den Nationalsozialismus – vertreten durch die österreichischen Frauen der Kriegs- und Nachkriegsgeneration. Das „Trümmerfrauen“-Denkmal in Wien lässt sich direkt in die Traditionslinie der zahlreichen Heldendenkmälern in der österreichischen Provinz einreihen, mit denen vollkommen unkritisch der gefallenen Soldaten des Zweiten Weltkrieges ebenso gedacht wurde wie der Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Ganz so, als gäbe es zwischen den beiden Kriegen keinen Unterschied. Häufig werden – wie insbesondere Heidemarie Uhl in zahlreichen Untersuchungen belegt hat – deckungsgleiche Narrative mit der NS-Zeit bedient, laut denen die Soldaten der Wehrmacht und sogar jene der SS bei der Verteidigung der Heimat gestorben seien und nicht etwa in einem von brutalsten Verbrechen gekennzeichneten Eroberungs- und Vernichtungskrieg.³ Sie seien fürs Vaterland gestorben und nicht etwa für Adolf Hitler und die NS-Ideologie – so das hegemoniale Narrativ dieser Denkmäler.

Ausschlaggebend dabei ist, dass sowohl den gefallenen Soldaten als auch den „Trümmerfrauen“ eine eigene Agency abgesprochen wird. So wie die Soldaten aufgrund des immer wieder ins Treffen geführten Befehlsnotstands – erinnert sei nur an die Aussage des damaligen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim, er habe im Zweiten Weltkrieg ebenso wie hunderttausende andere Österreicher lediglich seine Pflicht getan⁴ – keine eigene Handlungsmacht hatten und für Adolf Hitler und den NS-Staat in den Krieg ziehen mussten, hatten in diesem Denken auch die österreichischen Frauen keine eigene Handlungsmacht und mussten als Teil des „Dritten Reichs“ ihren Beitrag zu dessen Funktionieren leisten. Was beiden zugesprochen wird, ist ihre Opferbereitschaft. Jahrzehnte der Täterinnen-Forschung werden dabei

³ Vgl. u. a. Uhl, *Of Heroes and Victims*, 185–200.

⁴ Vgl. Gehler, Waldheim, 358.

ausgeblendet. Stärker noch als die gefallenen Soldaten stehen die „Trümmerfrauen“ als Mythos auch für Selbstlosigkeit – ist doch ihre Trümmerarbeit gleichsam untrennbar verbunden mit einem mütterlichen Altruismus.⁵ Sie haben die Trümmer nicht beseitigt, weil sie es mussten oder weil sie dafür bezahlt wurden, sondern sie wollten das Land freiwillig wieder aufbauen. Sie haben ihre patriotische Pflicht erfüllt, gerade auch als Frauen, die so gewissermaßen zu Müttern des Wiederaufbaus und der Zweiten Republik wurden. Wohl nicht zufällig war die 2005 durch die schwarz-blaue Bundesregierung beschlossene Einmalzahlung für die Frauen der Nachkriegszeit an deren Mutterschaft gekoppelt – der Beitrag kinderloser „Trümmerfrauen“ war offenbar keine finanzielle Zuwendung wert. Die Grazer Historikern Karin Schmidlechner sprach in einem Interview mit der *Kleinen Zeitung* in diesem Zusammenhang von einer Fortschreibung des „NS-Frauenbildes“: „Eine Frau ist nur, wer eine Mutter ist.“⁶ Hier schließt das Konzept „Trümmerfrauen“ trotz seiner späten Geburt in Österreich an etablierte Narrative über Frauen in der Nachkriegszeit an. Selbst in jener Stunde, in der die österreichischen „Trümmerfrauen“ vermeintlich „ihren Mann stehen mussten“ und eigentlich typisch männlich konnotierte Arbeiten durchführten, bleiben sie in erster Linie als Mutter und Familienmensch definiert. Es offenbarten sich überraschende Parallelen zwischen der Konstruktion der österreichischen „Trümmerfrauen“ und den ostdeutschen in der DDR: Dort wurde in Bezug auf „Trümmerfrauen“ ebenfalls deren Mütterlichkeit betont. Allerdings unter gänzlich anderen politischen Vorzeichen. Natürlich sind Frauen in den ersten Jahren nach Ende des Krieges und auch schon davor tatsächlich in viele zuvor von Männern dominierte Sphären und Branchen eingedrungen und konnten sich diese aneignen, sie wurden aus diesen aber sukzessive zurückgedrängt und schrittweise wieder auf ihre Aufgabe als Hausfrau und Mutter beschränkt. Oder wie Irene Bandhauer-Schöffmann es zutreffend zusammenfasst:

Die Frauenarbeit der Nachkriegszeit, die faktisch die geschlechtsspezifisch gezogenen Grenzen sprengte, wurde als eine vorübergehende Notmaßnahme begriffen und blieb daher in Hinblick auf tiefgreifende Veränderungen im Geschlechterverhältnis ohne Konsequenzen.⁷

5 Vgl. Treber, *Mythos Trümmerfrauen*, 15.

6 Karin Schmidlechner. In: „Fortschreibung der NS-Frauen-Rolle“ In: *Kleine Zeitung*, 25. Juni 2005, 3.

7 Bandhauer-Schöffmann, *Wiederaufbauszenarien*, 203.

Diese Verdrängung fand dabei gerade auch im retrospektiven Blick auf die Nachkriegszeit statt. Nicht von ungefähr wurden Frauen in der Darstellung des Wiederaufbaus lange Zeit nur bezogen auf ihre Familie präsentiert – sei es in Sorge um den noch nicht heimgekehrten Mann oder auf der verzweifelten Suche nach Nahrung oder Brennholz für ihre Kinder. Und bei aller Dekonstruktion des „Trümmerfrauen“-Mythos bleibt es ein klares Faktum, dass sie Trümmerarbeit geleistet haben, allerdings häufig nicht freiwillig, sondern weil sie per Gesetz dazu gezwungen waren – aufgrund ihrer Aktivitäten in der NS-Zeit.

10.3 Trümmerfrauen, Trümmern Männer, Trümmernazis

Die „Freiwilligkeit“ der Trümmerarbeiterinnen ist innerhalb des Diskursraums „Trümmerfrau“ eines der zentralen Narrative, das als altruistische Fürsorge der österreichischen Frauen für den neu entstandenen österreichischen Staat interpretiert wird. Die im so genannten Trümmerfrauen-Gesetz von 2005 explizite „Trümmer-Mutterschaft“ verdeutlicht, dass die Trümmerarbeit für das tatsächliche Verständnis, wer eine „Trümmerfrau“ ist, merkwürdigerweise nicht ausschlaggebend war. Der Begriff „Trümmerfrau“ ist somit – wie bereits Leonie Treber in ihrer Untersuchung der deutschen „Trümmerfrauen“ festgestellt hat – trotz seiner identitätskonkreten Bedeutung und seiner Funktion als Erinnerungsort – überraschend unspezifisch.⁸ Letztlich meint er doch häufig die gesamte Generation der Frauen in der Nachkriegszeit. Visualisiert werden die „Trümmerfrauen“ jedoch immer wieder durch Bilder von Frauen bei der Schutträumung. Dieser ikonografische Diskursraum ist der vielleicht wichtigste Verhandlungsspielraum in der Konstruktion der österreichischen Trümmerfrau: Bilder von Frauen bei der Trümmerarbeit gehören mittlerweile zum fixen Rahmen, in dem die österreichische Nachkriegszeit erzählt wird. Sie finden sich in Schulbüchern, Dokumentationen, Zeitungsberichten, Museen und Bildbänden und zeigen in der Regel Frauen, bei denen sich meist im Nachhinein nicht mehr klar sagen lässt, wer diese tatsächlich waren. Die scheinbare „Objektivität der Bilder“ verleiht ihnen aber eine Aura der historischen Wahrheit, bieten sie doch vermeintlich ein tatsächliches Abbild vergangener Wirklichkeiten.

Bei manchen Bildern lässt sich klar feststellen, dass sie ehemalige Nationalsozialistinnen zeigen oder deutsche Frauen bei der Arbeit in Berlin, und sogar direkt aus der DDR-Propaganda stammen. Andere dürften aufgrund der eleganten und auffällig sauberen Kleidung der arbeitenden Frauen gestellt sein, wieder andere gleich ge-

8 Vgl. Treber, Mythos Trümmerfrauen, 21–22.



Abb. 8: Männer bei der Trümmerarbeit in der Wiener Innenstadt, falsch datiert auf den Januar 1945, Fotograf: Franz Blaha.

Franz Blaha, Aufräumarbeiten im zerstörten Wien, Jänner 1945 [wahrscheinlich falsch datiert], ÖNB/Blaha, B 567

fälscht. Doch sie müssen es gar nicht sein, um sie als Quelle genau so kritisch zu sehen wie alle anderen Formen von historischen Bedeutungsangeboten. Wie Gerhard Paul und viele andere ebenfalls festgestellt haben, sind „Ausschnitt und Perspektive“ zwei der relevantesten Merkmale von Fotografien.⁹ Ein paar Sekunden später oder früher auf den Auslöser gedrückt, ein paar Meter weiter nach rechts oder links fotografiert, oder einfach einen anderen Teil des Bildes herausgenommen, können sie plötzlich eine ganz andere Geschichte erzählen und bilden eine ganz andere „Wirklichkeit“ ab. Beispielsweise, indem der Fotograf auf die Frauen in der Szene fokussiert hat und nicht auf die daneben ebenfalls arbeitenden Männer.

Desgleichen ist natürlich auch die Auswahl der Bilder ein entscheidender Faktor. Dies ist eine basale Erkenntnis der Visual History und wurde schon von Leonie Tre-

⁹ Vgl. Gerhard Paul, *Das Jahrhundert der Bilder: 1949 bis heute* (Vol. 734). Göttingen 2008, 27.

ber für die deutschen „Trümmerfrauen“ erklärt.¹⁰ Wie in der BRD und der DDR gibt es für Österreich eine Vielzahl von Bildern, die ausschließlich Männer bei der Trümmerarbeit zeigen oder Frauen und Männer bei der gemeinsamen Arbeit. Will man aber die Geschichte der „Trümmerfrauen“ erzählen, werden ausschließlich Fotografien von Frauen ausgewählt, um diese zu bebildern. Die Fotografien werden benutzt, um eine Erzählung zu transportieren und so ein stimmiges Bild der österreichischen „Trümmerfrauen“ zu konstruieren.

Aufgrund dieser bildlichen Koppelung der „Trümmerfrauen“ mit der tatsächlichen Schutträumung habe ich meine Analyse dieses Mythos trotz der gewissen Undeutlichkeit des Begriffs auch mit einer Untersuchung der Trümmerarbeit selbst begonnen.

Wie im dritten Kapitel dieses Buches illustriert, dürften Frauen als freiwillige Helferinnen und von Beginn an bezahlte Arbeiterinnen zumindest in Wien in der Schutträumung eine eher untergeordnete Rolle gespielt haben, da eine große Mehrheit der manuellen und zunächst unbezahlten Arbeit von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, Parteianwärter:innen sowie deren Familienangehörigen erledigt worden war. Diese waren per Gesetz dazu gezwungen, gerade weil es nachweislich zu wenig Freiwilligenarbeit gegeben hatte. Dies überrascht auch nicht – schließlich dürften die Menschen in Wien im Jahr 1945 Besseres zu tun gehabt haben, als mit ihrer eigenen Hände Arbeit die Schäden des Krieges zu beseitigen. Diese Tatsache ist allerdings einer patriotischen und altruistischen Heldenerzählung eher hinderlich. Einmal mehr stören die Nationalsozialist:innen das Bild eines aus den Ruinen durch die Kraft seiner Bürger:innen wiederauferstandenen Österreichs. Diese Sühnarbeit ehemaliger Nationalsozialist:innen weist zwar einerseits auf eine zumindest in Teilen stattgefundene kurze Phase konsequenter Entnazifizierung hin, sie untergräbt aber indes die Konstruktion einer „Stunde Null“ als Schlussstrich unter die NS-Zeit. Schließlich stellt die Sühnarbeit eine fortwährende Erinnerung an die Tatsache dar, dass ein beträchtlicher Teil der Österreicher:innen – insgesamt rund zehn Prozent – Mitglieder der NSDAP waren. Und dies wurde 1945 und 1946 zumindest von den politischen Entscheidungsträgern auch als Problem wahrgenommen. Die Erinnerung an die verschiedenen Maßnahmen nach der „erfolgreichen“ Reintegration der früheren Nationalsozialist:innen in die österreichische Gesellschaft könnte vielleicht als offene Wunde in einem möglichen Zusammenleben empfunden worden sein. Letztendlich waren gerade die Sühnarbeiten ebenso wie die Internierung in den so genannten Anhaltelagern von den betroffenen Personen häufig als Demütigung

¹⁰ Vgl. Treber, Mythos Trümmerfrauen, 423–426.

und offene Kränkung, wenigstens aber als Ungerechtigkeit empfunden worden.¹¹ Im Sinne einer Politik, welche „die Gräben zuschütten“ und die rund 600.000 registrierten, ehemaligen NSDAP-Mitglieder als potentielle Wähler:innen erreichen wollte, konnte ein sukzessives „Vergessen“ der Notstandsarbeiten eventuell auch vorteilhaft gewesen sein. Obendrein fand die Internierung durch die neu gegründete Österreichische Staatspolizei ohne rechtliche Grundlage statt und wurde sogar von den damaligen Entscheidungsträgern Jahrzehnte später nicht allzu gerne erinnert.¹²

Innerhalb dieser gesetzlich verordneten Notstandsarbeiten waren es in der Tat Frauen, die einen beträchtlichen Teil der gesamten Arbeitsleistung erbracht haben, sie waren allerdings auch Nationalsozialistinnen. Allein 45 Prozent der Anträge auf Entschädigung 1951 und 1952 wurden von Frauen gestellt. Ihnen wurden insgesamt 1,07 Millionen Stunden an Arbeit ausbezahlt, im Schnitt 338 Stunden pro Antragstellerin. Bedenkt man, wie streng die Kriterien waren, nach denen die Stadt Wien entschied, wer Entschädigung erhielt und wer nicht, kann man davon ausgehen, dass eher zu wenige als zu viele Stunden vergütet wurden. In der Regel waren es durchaus schwerste körperliche Arbeiten in der Schutträumung, für die den Frauen noch dazu ein niedrigerer Stundenlohn gewährt wurde als ihren männlichen Kollegen. Bei manchen Arbeiten lässt sich zwar ein stark geschlechtsspezifischer Schwerpunkt erkennen – mehr Männer bei Exhumierungen und Bauarbeiten, mehr Frauen bei Reinigungsarbeiten und Bedientätigkeiten – doch in der den „Trümmerfrauen“ namensgebenden Trümmerarbeit waren Männer und Frauen relativ gleichmäßig beteiligt.

Korrekterweise muss noch einmal hervorgehoben werden, dass sich diese Zahlen ausschließlich auf die Entschädigungszahlungen beziehen. Sie vermitteln aber durchaus ein eindeutiges Bild. Wie schon früher in diesem Buch ausgeführt, kann darüber spekuliert werden, wie repräsentativ diese Ansuchen für das Gros der Notstandsarbeiter:innen sind – es ist möglich, dass Frauen eher einen Antrag gestellt haben, weil sie vielleicht dringender auf das Geld angewiesen waren, ebenso, dass aufgrund der gesellschaftlichen Konventionen der 1950er Jahre eher Männer das Selbstbewusstsein hatten, ihre nationalsozialistische Vergangenheit offenzulegen und um Entschädigung anzusuchen. Viele der Antragsteller:innen artikulieren allerdings unumwunden ihre nationalsozialistische Vergangenheit und geben an, nicht auf das Geld angewiesen zu sein und einfach nur ihr Recht durchsetzen zu wollen.

¹¹ Vgl. dazu auch Lea von der Hudes Doktorarbeit.

¹² Vgl. Theimer, Staatspolizei.

Sowohl unter den Männern als auch den Frauen finden sich so genannte Illegale – also Personen, die der NSDAP zu einem Zeitpunkt beigetreten waren, als diese in Österreich verboten war – sowie Parteifunktionär:innen, Blockwarte und Blockwartinnen und Funktionär:innen von NSF und NSV. Der Mythos der „unpolitischen“ Frau, die während der NS-Zeit grundsätzlich selbst ein Opfer der nationalsozialistischen Frauen- und Familienpolitik war, ist also auch in dieser Hinsicht nicht haltbar. Wie in der Täterinnen-Forschung seit Jahrzehnten klar etabliert, waren Frauen in unterschiedlichen Positionen zentrale Stützen des NS-Staats.¹³ Egal, ob im Privaten oder eben als Teil der unterschiedlichen Ebenen der Funktionseliten des „Dritten Reiches“. Unter den Notstandsarbeiter:innen wird dies beispielsweise am Fall der Therese K. deutlich. 1893 geboren, übersiedelte sie 1916 nach Wien, heiratete und arbeitete zeitweise als Kindermädchen. Am 1. Juli 1938 trat sie dem Deutschen Frauenwerk bei, 1940 der NSDAP und der NSF, wo sie im Februar 1942 „Abteilungsleiterin für Volks- und Hauswirtschaft“ der Ortsgruppe „Innstraße“ im 20. Wiener Bezirk wurde. 1944 erfolgte die Beförderung zur „politischen Leiterin“, mit der sie auf Adolf Hitler vereidigt wurde und dem sie ihre „unverbrüchliche Treue“ und „unbedingten Gehorsam“ schwor.¹⁴ Als Leiterin war sie für die „weltanschauliche Schulung“ der anderen Mitglieder zuständig. Wenn sich nach dem Krieg auch schnell das Narrativ etablierte, die NSF sei lediglich eine unpolitische Frauenorganisation gewesen, in der es hauptsächlich um den Haushalt und die Kindeserziehung gegangen sei, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich dabei 1. wie bei den meisten nationalsozialistischen Organisationen um eine elitäre Vereinigung handelte, in die man nicht ohne Weiteres aufgenommen wurde und diese 2. eine der zentralen Stützen der nationalsozialistischen Ideologie an der „Heimatfront“ darstellte. Schließlich war es die Aufgabe der NSF, eine „weltanschauliche, politische und kulturelle Erziehung der deutschen Frauen im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung“ zu etablieren.¹⁵

Therese K. wurde in der Zeit zwischen dem 13. Mai und dem 9. November 1945 laut eigenen Angaben zu insgesamt 1269 Stunden Schuttarbeit herangezogen, davon wurden 1951 816 entschädigt, wofür sie 459.29 Schilling erhielt.¹⁶

13 Vgl. u. a. Steinbacher, Volksgenossinnen.

14 Therese K. geborene G. WStLA, A1 - ‚Gauakten‘ 2.7.1.4

15 Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin 2007, 437.

16 WStLA, M. Dept. 202, A2 - Notstandsarbeiten | 1951–1953 2K 1895/51.

10.4 Multiple Erinnerungen

Neben den verschiedenen Bildern von Frauen ist es die Erinnerung an sie, die als das vielleicht häufigste Argument für die Rolle der österreichischen „Trümmerfrauen“ beim Wiederaufbau und der Beseitigung der Kriegsschäden in der öffentlichen Debatte zur Geltung gebracht wird. Dies zeigt auch ein Blick in die Kommentare eines von mir für die Website der Tageszeitung *Der Standard* verfassten Blogbeitrags zu meinem Forschungsprojekt,¹⁷ oder auch das Zitat der SPÖ-Abgeordneten Hilde Seiler bei der ersten Erwähnung des Begriffs „Trümmerfrauen“ im österreichischen Parlament 1988: „Wie ich können sich sicherlich viele noch an die hart schuftenden ‚Trümmerfrauen‘ erinnern.“¹⁸ Immer wieder wird die Erinnerung an die „Trümmerfrauen“ als das schlagende Argument für deren Existenz angeführt – man habe sie gesehen, die eigene Mutter oder Großmutter sei eine von ihnen gewesen. Wie unter anderem das eigentlich den Mythos „Trümmerfrau“ fördernde Buch der BZÖ-Abgeordneten Therese Zierler deutlich macht, berichten aber interessanterweise nur verhältnismäßig wenige Frauen davon, selbst „Trümmerfrauen“ gewesen zu sein – und geben allenfalls nur wenig Auskunft über Umfang und genaue Art der Tätigkeit. Auch in anderen Oral-History-Projekten erzählen Frauen viel über die verschiedensten Praktiken der (Selbst-)Versorgung nach dem Krieg, aber kaum etwas von klassischer Trümmerarbeit. Genauso wenig wie Nachgeborene in der Regel klar benennen können, wo und wann ihre Vorfahrinnen in der Schutträumung tätig waren. Der Erinnerung an die „Trümmerfrauen“ – sei es die individuelle an jene, die man vermeintlich kennt, oder die kollektive an eine ganze Generation von Frauen – tut dies allerdings keinen Abbruch. Sie wird konsistent mit der Erwartungshaltung der Gegenwart memoriert. Als kollektiver Gedächtnisinhalt ist die Funktion und Legitimation der „Trümmerfrauen“ ihr Gegenwartsbezug: Sie sollen eine bestimmte Geschichte der Nachkriegszeit erzählen, die widerspruchsfrei ist mit der Gegenwart. Die Erinnerung an sie wird dieser Erwartungshaltung angepasst und von dieser geprägt. Und plötzlich kann ein jeder und eine jede sich an sie erinnern. Teil dieser Erinnerung ist aber auch das bewusste Vergessen.

Obwohl die „Notstandsarbeiten“ in der Nachkriegszeit selbst breit diskutiert wurden und ein aktives Wissen darüber vorhanden war, dass dort in erster Linie ehemalige Nationalsozialist:innen eingesetzt waren, sind sie außerhalb fachwissenschaftli-

¹⁷ Vgl. Martin Tschiggerl: Der Mythos „Trümmerfrau“ online unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000206534/der-mythos-truemmerfrau>.

¹⁸ Hilde Seiler, in: Stenographisches Protokoll der 95. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XVII. Gesetzgebungsperiode Mittwoch, 1. März 1989, 42.

cher Kreise weitestgehend vergessen worden. Dieses Vergessen erfolgte parallel mit dem Erinnern an die „Trümmerfrauen“: Je stärker die „Trümmerfrauen“ in Österreich gesamtgesellschaftlich gefeiert wurden, umso schwächer war die Rezeption der zwangsweise verrichteten Arbeiten der NSDAP-Mitglieder. Dies überrascht nicht, schließlich bedingt die Würdigung der einen das Verschweigen der anderen. Auf einer Metaebene lässt sich dieses Vergessen auch in jener transgenerationalen Scham verorten, die so prägend war für den österreichischen Umgang mit der NS-Zeit – das Andenken an die eigenen Eltern und Großeltern soll rein gehalten werden von den Verbrechen der NS-Zeit. Die Erzählung von einer heldenhaften Nachkriegszeit, in der die Österreicher:innen sich selbst aus ihrer finstersten Stunde herausgearbeitet haben, ist einer der wichtigsten Erinnerungsorte der Zweiten Republik und darf nicht durch die langen Schatten der NS-Zeit getrübt werden. Die Tatsache, dass es abertausende ehemalige Nationalsozialist:innen waren, welche die Straßen in den ersten beiden Nachkriegsjahren vom Schutt beseitigt haben, würde eine Störung dieses so bedachtsam gepflegten Bildes darstellen. Ein anderes Fragment dieses Bildes, das gerne ausgeblendet wird, ist die Hilfe der Alliierten beim Wiederaufbau des Landes – sie werden im besten Fall gar nicht, im schlimmsten als reines Terrorregime erinnert.

Auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Platz der NS-Zeit im kollektiven Gedächtnis Österreichs immer noch umstritten – trotz der starken Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens der letzten Jahrzehnte. Die Debatten rund um die österreichischen „Trümmerfrauen“ sind ein eindeutiges Zeichen für einen geschichtspolitischen Kampf um Deutungshoheit, in dem sich die metanarrativen Wurzeln des österreichischen Opfermythos offenbaren. Dies legt erstaunliche Beharrungskräfte einer für die Idee einer nationalen Identität Österreichs so essenziellen Erzählung von gemeinsam erfahrenem Leid und Triumph offen und muss als Reaktion auf die progressiven Veränderungen im österreichischen Umgang mit der NS-Zeit seit den 1980er Jahren verstanden werden. Es ist einmal mehr die Aufgabe der Geschichtswissenschaft, den Finger in die Wunde zu legen und zu zeigen, dass sich die Geschichte nicht als Projektionsfläche für Heldenerzählungen eignet.

11. Quellen und Literaturverzeichnis

11.1 Quellen

11.1.1 Archivarische Quellen

Archiv der Polizeidirektion Wien

Französische Besatzungsmacht, P 4476/c/51, Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“: Vienna Police Headquarters, Prison IX, Roßauer Lände to the Presidium: „Betr.: Benützung des Lagers Steinhof - Pavillon XXIII“, March 10, 1949.

Bundesarchiv Berlin

Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der NSDAP/ Parteikorrespondenz, R 9361-II/757283.

Deutscher Bundestag

Kindererziehungsgesetz vom 12.7.1987, in: Bundesgesetzblatt I (1987).

Oberster Gerichtshof der Republik Österreich

Urteil vom 20. Februar 1951. Geschäftszahlen: 4Ob21/51; 3Ob237/53; 4Ob231/53; 4Ob88/54; 4Ob180/53; 4Ob106/53; 4Ob161/53.

Österreichische Mediathek

Weihnachtsrede, Leopold Figl. 24. Dezember 1945. (wahrscheinlich 1965 nachgesprochen). Österreichische Mediathek, 9-03940_b04.

Österreichisches Parlament

Anfrage der Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Gardemusik bei Enthüllung des Denkmals für Trümmerfrauen. 1816/J vom 4. Oktober 2018: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/J/1816/imfname_712211.pdf.

Anfrage der Abgeordneten Öllinger, Stoitsits, Zach und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend „Trümmerfrauenregelung“ und Kriegsgefangenenentschädigung vom 4. Juni 2007 884/J XXIII. GP.

Antwort des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz auf eine parlamentarische Anfrage; Drucksache 931/AB der XXIII. GP: www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIII/AB/AB_00931/fname_o84699.pdf.

- Bundesgesetz vom 3. Juli 1947, betreffend die Anhaltung staatsgefährlicher Nationalsozialisten in Lagern (Anhaltelagergesetz) BGBl Nr. 25/1947.
- Bundesgesetz, mit dem eine einmalige Zuwendung für Frauen als Anerkennung für ihre besonderen Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich geschaffen wird. BGBl. I Nr. 89/2005.
- Bundesgesetz, mit dem eine Entschädigung für Kriegsgefangene eingeführt wird (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz – KGEG) StF: BGBl. I Nr. 142/2000.
- Bundesgesetz: Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (NR: GP XIX IA 251/A AB 229 S. 40. BR: AB 5019 S. 601.)
- Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz) § 1 Abs. 2 BGBl. I Nr. 74/2000.
- Bundesverfassungsgesetz vom 15. Februar 1946 über die Sicherstellung der für den Wiederaufbau erforderlichen Arbeitskräfte (Arbeitspflichtgesetz), ausgegeben am 18. April 1946. Online unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1946_63_o/1946_63_o.pdf.
- Proklamation über die Selbstständigkeit Österreichs vom 27. April 1945, StGBL. Nr. 1/194, online unter: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1945_1_o/1945_1_o.pdf.
- Regierungserklärung des Bundeskanzlers Ing. Figl in Stenographisches Protokoll der 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 21. Dezember 1945 online unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/V/NRSITZ/2/imfname_141045.pdf.
- Stenographisches Protokoll – 35. Sitzung der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates der Republik Österreich, 8./9.7.1991.
- Stenographisches Protokoll der 116. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XXII. Gesetzgebungsperiode, Donnerstag, 7. Juli 2005, S. 154. Online unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/NRSITZ/NRSITZ_00116/index.shtml.
- Stenografisches Protokoll der 720. Sitzung des Bundesrats vom 14. April 2005. Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 über das Verbot der NSDAP (Verbotsgesetz), StGBL. Nr. 13/1945.
- Verfassungsgesetz vom 26. Juni 1945 über Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten (Kriegsverbrechergesetz), StGBL. Nr. 32/194.
- Verfassungsgesetz vom 24. August 1945 über die Durchführung von Notstandsarbeiten im Gebiete der Stadt Wien StGBL. Nr. 137/1945.

Österreichisches Staatsarchiv

Archiv der Republik, 01/BMJ. I1B PräS. 978/46, 10.182/45: State Office of the Interior to the State Office of Justice: „Betr.: Verordnung über die Anhaltung von Nationalsozialisten in Zwangsarbeitsanstalten“, 4. Juli 1945.

Wiener Stadt und Landesarchiv

- 1.3.2.202.A3 – Aufräumungs- und Bergungstrupps | 1945–1946.
- 1.3.2.204.B1.50 – Geschäftsprotokoll: Besatzungskosten (BK) Schuttabfuhr (Sch) | 1946–1949.
- 1.3.2.206.A14 – Forderungen NS-Sondervermögen | 1945–1957. 1.3.2.641.140 – Landesernährungsamt | 1945–1954 Serie A5.

1.4.2.K2 – Lebensmittelkarten | (1939–) 1942–1953.

2.7.1.4.A1 – ‚Gauakten‘: Personalakten des Gauess Wien | 1932–1955.

Online Artikel, Pressemitteilungen und Websites:

Markus Angermeier: Österreichs Trümmerfrauen 2018 Denkmal auf der Mölker Bastei in Wien. Online unter: <http://eschelberg.net/magnus-angermeier/skulptur/oeffentlicher-raum.html>.

Patrice Fuchs, Fotoikonen – die Wahrheit hinter den Bildern. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=52EVb-VAaYk>

Peter Mayr, „Historikerinnen gegen Wiener Denkmal für Trümmerfrauen,“ 1. Oktober 2018: <https://derstandard.at/2000088377977/Historikerinnen-gegen-ein-Denkmal-fuer-die-Truemmerfrauen>.

Liste Peter Pilz im Parlament: Zinggl/Liste Pilz: Trümmerfrauen - ein Denkmal für Schwarz-Blau I.: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181002_OTSo104/zingglliste-pilz-truemmerfrauen-ein-denkmal-fuer-schwarz-blau-i.

Österreichischen Mauthausen Komitee, „Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Lauter Einzelfälle?“ Online unter:

<https://www.mkoe.at/sites/default/files/files/aktuelles/MKOE-Broschuere-Die-FPOE-und-der-Rechtsextremismus.pdf>.

Heinz-Christian Strache im Interview mit FPÖ-TV, 2. Oktober 2018: www.youtube.com/watch?v=Kw7BMDT7DUo.

H.C. Straches Rede anlässlich der Befreiungsfeier, online unter: <https://www.bundestkanzleramt.gv.at/-/gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus-in-wien-und-mauthausen>.

Das Geheimnis hinter Figls Weihnachtsrede, orf.at 24. Dezember 2020, online unter: <https://noe.orf.at/stories/3082028/>.

Sebastian Kurz, Rede des Bundeskanzlers Sebastian Kurz zum Nationalfeiertag, 26. Oktober 2018:

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/bundestkanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2017-2018/bundestkanzler-sebastian-kurz-heute-ist-feiertag-der-neutralitat-und-freiheit.html>.

„Zeitventil“, 18. März 1965. Gerhard Bronner in einem fiktiven Interview mit Taras Borodajkewycz, URL: <https://tvthek.orf.at/profile/Archiv/7648449/Fiktives-Interview-mit-Taras-Borodajkewycz/9462767/Fiktives-Interview-mit-Taras-Borodajkewycz/9462768>.

11.1.2 Publierte Quellen

Tages- und Wochenzeitungen:

Arbeiter Zeitung

Burgenländische Freiheit

Der Falter

Der Neue Mahnruf
 Der Standard
 Die Presse
 Kärntner Nachrichten
 Kleines Volksblatt
 Kleine Zeitung
 Kronen Zeitung
 Neues Deutschland
 Neues Österreich
 Neues Wiener Tagblatt
 Österreich
 Österreichische Volksstimme
 Österreichische Zeitung
 Profil
 Salzburger Nachrichten
 Süddeutsche Zeitung
 Vorarlberger Nachrichten
 Wiener Montag
 Wiener Kurier
 Wiener Zeitung

Berichte

Amtsblatt der Stadt Wien.
 Magistrat der Bundeshauptstadt Wien, Verwaltungsbericht vom 1. April 1945 bis 31. Dezember 1947, Wien 1949.

Bücher und Artikel in Zeitschriften

Michael Bachlechner et al., Bausteine. Geschichte, Sozialkunde, politische Bildung. 4. Begleitband für Lehrerinnen und Lehrer. 1. Aufl. Wien 2018.
 Franz Berger und Norbert Schausberger, Zeiten, Völker und Kulturen. Lehrbuch der Geschichte und Sozialkunde für die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen. 8. Klasse. Geschichte des 20. Jahrhunderts. 2. Aufl., 1. Nachdr. Wien 1979.
 Taras Borodajkewycz, „Gedanken zum 1. September 1939 und seinen Folgen.“ APuZ 36 (1964).
 Christian Brandstätter, Stadtchronik Wien. 2000 Jahre in Daten, Dokumenten und Bildern. Wien 1986.
 Jutta Hofer und Bettina Paireder, netzwerk geschichte@politik. Geschichte und Sozialkunde/ Politische Bildung. Lehr- und Arbeitsbuch für die 8. Schulstufe. [Schülerbuch]. 1. Aufl. Linz [Wien] 2012.
 Landesparteileitung der Österreichischen Volkspartei, Sieben Jahre Wiederaufbau. 1945–1952. Wien 1952.

- Thomas Lang und Georg Marschnig, Denkmal. 7/8. Wien 2023.
- Hugo Portisch und Sepp Riff, Österreich II. Die Wiedergeburt unseres Staates. Wien 1985.
- Dies., Österreich II. Der lange Weg zur Freiheit. Wien 1985.
- Hans Riemer, Perle Wien. Ein Bilderbuch aus Wiens schlimmsten Tagen. Wien 1946.
- Alois Scheucher et al., Zeitbilder 8, Schulbuch. Wien 2006.
- Eduard Staudinger et al., Zeitbilder. Geschichte und Sozialkunde, Politische Bildung. 7/8. Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart. [Schülerbuch]. 1. Aufl. Wien 2012.
- Robert Stern, Österreich – Land im Aufstieg. Wien 1955. Simon Wiesenthal, Doch die Mörder leben. München 1967.
- Simon Wiesenthal, Recht, nicht Rache. Wien 1988.
- Trude Unruh, Trümmerfrauen – Biografien einer betrogenen Generation. Essen 1987.
- Karl Ziak, Wiedergeburt einer Weltstadt. Wien 1945–1965. Wien 1965.

11.2 Forschungsliteratur

- Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. Rev. and Extended ed. London 1991.
- Philippe Ariès, Zeit und Geschichte. Frankfurt am Main 1988.
- David Art, The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria. Cambridge 2006.
- Aleida Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des Kulturellen Gedächtnisses. München 1999.
- Dies., Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.
- Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1988, 9–19.
- Ders., Das Kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992.
- Christin Axer, Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit. Köln/Wien 2011.
- Brigitte Bailer, WiderstandskämpferInnen und politisch Verfolgte in der Zweiten Republik. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2013, 283–305.
- Brigitte Bailer-Galanda und Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus. Wien 1996, 357–494.
- Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, und Hubert Christian Ehalt, Vermögensentzug – Rückstellung – Entschädigung. Österreich 1938/1945–2005. Innsbruck/Wien 2005.

- Irene Bandhauer-Schöffmann, Weibliche Wiederaufbauszenarien. In: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hg.), *Inventur 44/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*. Wien 1996, 201–231.
- Dies., Ernährungsverhalten und Kochkultur in Wien. In: Michael Dippelreiter (Hg.), *Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945*. Bd. 9: Wien. *Die Metamorphose einer Stadt*. Köln 2013, 531–592.
- Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung, Trümmerfrauen – ein kurzes Heldinnenleben. In: Andrea Graf (Hg.), *Zur Politik des Weiblichen. Frauenmacht und -ohnmacht*. Wien 1991, 93–120.
- Dies. (Hg.), *Wiederaufbau weiblich. Dokumentation der Tagung „Frauen in der österreichischen und deutschen Nachkriegszeit“*. Wien u. a. 1992.
- Dies., Von Mythen und Trümmern. Oral History Interviews mit Frauen zum Alltag im Nachkriegs-Wien. In: ebd., 24–54.
- Dies., Vom „Dritten Reich“ zur Zweiten Republik. Frauen im Wien der Nachkriegszeit. In: David Good (Hg.), *Frauen in Österreich. Beiträge zu ihrer Situation im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien 1994, 225–246.
- Dies., Der Topos des sowjetischen Soldaten in lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen. In: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), *Jahrbuch 1995*. Wien 1995, 28–44.
- Dies., Das Geschlecht des Wiederaufbaus: www.erinnerungsort.at/dokumente/hornung.pdf (28.01.2019).
- Dies., Trümmerfrauen. Deutungsmuster für eine Ikone der Nachkriegszeit. In: Martin Wassermair/Katharina Wegan (Hg.), *rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich*. Innsbruck 2006, 79–92.
- Daniel Bar-Tal, „Collective memory as social representations.“ *Papers on Social representations* 23.1 (2014): 5–1.
- Roland Barthes, *Mythen des Alltags*. Frankfurt am Main 2019.
- Matthew P. Berg, „Commemoration versus Vergangenheitsbewältigung. Contextualizing Austria's Gedenkjahr 2005.“ *German History* 26.1 (2008): 47–71.
- Ders., „Arbeitspflicht in Postwar Vienna. Punishing Nazis vs. Expediting Reconstruction, 1945–48.“ *Austrian History Yearbook* 37 (2006): 181–207.
- Franz Severin Berger und Christiane Holler, *Trümmerfrauen. Alltag zwischen Hamstern und Hoffen*. Wien 1994.
- Günter Bischof und Dieter Stiefel (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien 1999.
- Ders., Die Moskauer Erklärung vom 1. November 1943. „Magna Charta“ der Zweiten Republik. In: Stefan Karner/Gottfried Stangler (Hg.), „Österreich ist frei!“ *Der Österreichische Staatsvertrag 1955. Beitragsband zur Ausstellung auf Schloss Schallaburg 2005*. Wien 2005, 22–26.
- Ders. und Hans Petschar, *The Marshall Plan 1947. Saving Europe – Rebuilding Austria*. New Orleans/Wien 2017.

- Ders., Anton Pelinka und Dieter Stiefel (Hg.), *The Marshall Plan in Austria*. New Brunswick 2000.
- Ingrid Böhler, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“ Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*. Wien/München 1996, 502–531.
- Gerhard Botz, Die österreichischen NSDAP-Mitglieder. Probleme einer quantitativen Analyse aufgrund der NSDAP-Zentralkartei im Berlin Document Center. In: Reinhard Mann (Hg.), *Die Nationalsozialisten. Analysen faschistischer Bewegungen*. Stuttgart 1980, 98–136.
- Gerhard Botz, Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. ‚Opferthese‘, ‚Lebenslüge‘ und ‚Geschichtstabus‘ in der Zeitgeschichtsschreibung. In: Wolfgang Kos/ Georg Rigele (Hg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*. Wien 1996.
- Gerhard Botz und Gerald Sprengnagel (Hg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*. Frankfurt am Main/New York 1994.
- Reinhard Brandt, *Mythos und Mythologie*. Berlin 2004.
- Ljubomir Bratic und Steffen Schmidt, Ausstellung als Ort der Macht. In: Martin Wasermair/Katharina Wegan (Hg.), *rebranding images. Ein streitbares Lesebuch zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich*. Innsbruck 2006.
- Susanne Breuss, Karin Liebhart und Andreas Pribersky, Land des Stroms ‚Heimische Energie‘ für den österreichischen Wiederaufbau. In: Emil Brix (Hg.), *Memoria Austriae 1. Menschen, Mythen, Zeiten*. Wien 2004, 505–529.
- Ernst Bruckmüller, Von der Unabhängigkeitserklärung zum zweiten Kontrollabkommen. In: Ders., *Wiederaufbau in Österreich 1945–1955. Rekonstruktion oder Neubeginn?* Wien 2006, 10–26.
- Christoph Buchheim, „Der Mythos vom Wohlleben. Der Lebensstandard der deutschen Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58.3 (2010): 299–328.
- Christopher Carl, *Lieux de mémoire. Erinnerungsorte der Neuen Rechten*. Masterarbeit Universität Wien 2022.
- Burghard Ciesla und Dirk Külow, *Zwischen den Zeilen. Geschichte der Zeitung „Neues Deutschland“*. Berlin 2009.
- Hubertus Czernin, *Wofür ich mich meinetwegen entschuldige. Haider, beim Wort genommen*. 2. Aufl. Wien 2000.
- Matthias Dahl, Die Tötung behinderter Kinder in der Anstalt am Spiegelgrund 1940 bis 1945. In: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), *NS-Euthanasie in Wien*. Köln/Wien 2000.
- Teresa Distelberger, Rudolf de Cillia und Ruth Wodak, Österreichische Identitäten in politischen Gedenkreden des Jubiläumsjahres 2005. In: Rudolf de Cillia/Ruth Wodak (Hg.), *Gedenken im ‚Gedankenjahr‘. Zur diskursiven Konstruktion österreichischer Identitäten im Jubiläumsjahr 2005*. Innsbruck 2009, 29–77.
- Oskar Dohle und Peter Eigersberger, *Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager nach 1945*. Linz/Salzburg 2009.

- Wolfram Dornik, Besatzungsalltag in Wien. Die Differenziertheit von Erlebniswelten. Ver- gewaltungen–Plünderungen–Erbsen–Straußwalzer. In: Stefan Karner/Barbara Stelzl- Marx (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*. Köln/Wien 2015.
- Franz X. Eder, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder et al., *Wien im 20. Jahrhundert*. Innsbruck et al. 2003, 201–285.
- Clara-Anna Egger, Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum. Unter dem Deckmantel der ‚Trümmerfrau‘. Die Homogenisierung der österreichischen Nachkriegsfrau in der Erinnerungskultur. Masterarbeit Universität Wien 2019.
- Philip Egger, Heldinnen des Wiederaufbaus? Debatten und Kontroversen um das Wiener Denkmal für Trümmerfrauen. Masterarbeit Universität Wien 2020.
- Peter Eppel und Historisches Museum der Stadt Wien (Hg.), *Frauenleben 1945. Kriegsende in Wien; Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien*, 21. September–19. November 1995. Wien 1995.
- Astrid Erll und Ansgar Nünning, *Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität-Historizität-Kulturspezifität*. Berlin 2004.
- Susanne Eybl, *Das Geschichtsbild in den österreichischen Medien. Die historischen Dokumentarserien Österreich II und Österreich I von Hugo Portisch und Sepp Riff als Paradigma medial aufbereiteter Geschichtsschreibung*. Dissertation Universität Wien 1993.
- Gaby Falböck und Norbert P. Feldinger, „Vier Zonen, vier Konzepte, Akteure mit Vergangenheit – eine besondere Geschichte vom Anfang. Die Medienregulierung der Alliierten in Österreich“. In: Jan Krone und Tassilo Pellegrini (Hg.), *Handbuch Medienökonomie*. Wiesbaden 2020, 1309–1333.
- Harald Fidler, *Österreichs Medienwelt von A bis Z. Das komplette Lexikon mit 1000 Stichwörtern von „Abzockfernsehen“ bis „Zeitungssterben“*. Wien 2008.
- Torben Fischer und Matthias N. Lorenz, *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*. 2., unveränderte Aufl. Bielefeld 2009.
- John Fiske, *Understanding popular culture*. Routledge 2010.
- Michel Foucault, *Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt am Main 2012.
- Ders., *Die Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main 2013.
- Kinga Frojimovics und Éva Kovács, „Jews in a ‚Judenrein‘ City. Hungarian Jewish Slave Laborers in Vienna 1944–1945.“ *Hungarian Historical Review* 4 (2015): 705–736.
- Winfried Garscha, Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Emmerich Tálos (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich*. Wien 2000, 852–883.
- Michael Gehler, Die Affäre Waldheim. Eine Fallstudie zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in den späten Achtziger Jahren. In: Rolf Steininger/Michael Gehler (Hg.), *Österreich im 20. Jahrhundert. Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart*. Wien 1997.
- Johanna Gehmacher und Maria Mesner, *Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der Zweiten Republik*. Innsbruck 2007.
- Siegfried Göllner, *Die Wiedergeburt unseres Staates. Die TV-Dokumentationen Österreich II*

- und Österreich I von Hugo Portisch als identitätsstiftende Erzählungen über und für die österreichische Nation. Diplomarbeit Universität Salzburg 2003.
- Siegfried Göllner, Die politischen Diskurse zu „Entnazifizierung“, „Causa Waldheim“ und „EU-Sanktionen“. Opfernarrative und Geschichtsbilder in Nationalratsdebatten. Hamburg 2010.
- Martina Gugglberger, Geschlecht. In: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hg.), Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich. Wien 2021, 217–235.
- Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Frankfurt am Main 1985.
- Ders., Das kollektive Gedächtnis. Frankfurt am Main 1991.
- Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog. Hamburg 1996.
- Katrin Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich. Göttingen 2017.
- Elizabeth Harvey, „Der Osten braucht dich!“ Frauen und nationalsozialistische Germanisierungspolitik. Hamburg 2010.
- William Hirst, Jeremy K. Yamashiro und Alin Coman, „Collective memory from a psychological perspective.“ Trends in cognitive sciences 22.5 (2018): 438–451.
- Nina Horacek und Claudia Reiterer, HC Strache. Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde. Wien 2009.
- Andreas Huber, Studenten im Schatten der NS-Zeit. Entnazifizierung und politische Unruhen an der Universität Wien 1945–1950. Diplomarbeit Universität Wien 2009.
- Martin Huber, Österreich „zur Kenntlichkeit entstellt“. Zum Stück „Heldenplatzskandal“. In: Mireille Tabah/Manfred Mittermayer (Hg.), Thomas Bernhard. Persiflage und Subversion. Würzburg 2013, 119–132.
- Clemens M. Hutter, Kaprun. Geschichte eines Erfolgs. Salzburg/Wien 1994.
- Stefan Karner und Peter Ruggenthaler, Unter sowjetischer Kontrolle. Zur Regierungsbildung in Österreich 1945. In: Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Köln/Wien 2015.
- Stefan Karner und Alexander O. Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“. Wien/Köln/Weimar 2015.
- Gerard Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Wien 1996, 486–501.
- Florentine Kastner, 373 Camp Wolfsberg. Britische Besatzungslager in Österreich von 1945 bis 1948. Masterarbeit Universität Wien 2011.
- Fritz Keller, Wien, Mai 1968. Eine heiße Viertelstunde. Wien 2008.
- Friedrich Kießling, Täter repräsentieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau. Überlegungen zum Zusammenhang von bundesdeutscher Außenrepräsentation und der Erinnerung an den Nationalsozialismus. In: Johannes Paulmann (Hg.), Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945. Köln 2005, 205–224.
- Robert Knight (Hg.), Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Wortprotokolle der

- österreichischen Bundesregierung von 1945–1952 über die Entschädigung der Juden. Frankfurt am Main 1988.
- Wolfgang Kos, *Eigenheim Österreich. Zu Politik, Kultur und Alltag nach 1945*. Wien 1994.
- Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main 2013.
- Nicole Kramer, *Volksgenossinnen an der Heimatfront. Mobilisierung, Verhalten, Erinnerung*. Göttingen 2011.
- Marita Krauss, *Trümmerfrauen. Visuelles Konstrukt und Realität*. In: Gerhard Paul (Hg.), *Das Jahrhundert der Bilder. Bildatlas. Bd. 1: 1900 bis 1949*. Göttingen 2009, 738–745.
- Rafael Kropiunigg, *Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz*. Wien 2015.
- Claudia Kuretsidis-Haider, *Die Rezeption von NS-Prozessen in Österreich durch Medien, Politik und Gesellschaft im ersten Nachkriegsjahrzehnt*. In: Clemens Vollnhals et al. (Hg.), *NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR*. Göttingen 2012, 403–430.
- Claudia Kuretsidis-Haider und Rudolf Leo, *„dachaureif“ – Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938*. Wien 2019.
- Eva Kuttnerberg, *„Austria's topography of memory. Heldenplatz, Albertinaplatz, Judenplatz, and beyond.“ The German Quarterly (2007): 468–491.*
- Eleonore Lappin-Eppel, *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Österreich 1944/45. Arbeitseinsatz, Todesmärsche, Folgen. Bd. 3*. Münster 2010.
- Klaus Latzel, *Feldpostbriefe. Überlegungen zur Aussagekraft einer Quelle*. In: Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hg.), *Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*. München 2005, 171–182.
- Cornelius Lehnghuth, *Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich*. Frankfurt am Main 2013.
- Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*. München 2017.
- Hannah Lessing und Maria Luise Lanzrath, *Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus zur Zeitenwende. Was war. Was ist. Was bleiben soll*. In: Maria Halmer/Anton Pelinka/Karl Semlitsch (Hg.), *Was bleibt von der Shoah? Kontext, Praxis, Nachwirkungen*. Wien 2012.
- Alan Levy, *Die Akte Wiesenthal*. Wien 1995.
- Wendy Lower, *Hitlers Helferinnen. Deutsche Frauen im Holocaust*. München 2014.
- Niklas Luhmann, *Die Realität der Massenmedien*. Wiesbaden 2009.
- Achim Landwehr, *Historische Diskursanalyse*. Frankfurt am Main 2009.
- Valentina Langreiter, *Österreichische Erinnerungskultur als „Battleground“: Der Umgang mit der Opferthese und NS-Zeit in österreichischen Schulgeschichtsbüchern seit 1969*. Masterarbeit Universität Wien 2023.
- Stefan August Lütgenau, Maria Mesner und Alexander Schröck, *Der Einsatz von Zwangsarbeit während der NS-Zeit bei der Stadt Wien. Studie verfasst im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien. Magistratsabteilung 8. Wiener Stadt- und Landesarchiv*. Wien 2000.

- Christina Markus, Entnazifizierung im Lager 373 Camp Wolfsberg. Ein Fallbeispiel auf Grundlage eines Briefwechsels. Masterarbeit Universität Wien 2022.
- Siegfried Mattl, Frauen in Österreich nach 1945. In: Rudolf G. Ardelt/Wolfgang J. A. Huber/Anton Staudinger (Hg.), Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl zum 60. Geburtstag. Wien/Salzburg 1985, 101–121.
- Susanne Mende, Die Wiener Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof in der Zeit des NS-Regimes in Österreich. In: Eberhard Gabriel/Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Euthanasie in Wien. Köln/Wien/Weimar 2000, 61–73.
- Gerta Mojert, Trümmerfrauen in Jülich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten. Jülich 2023.
- Sabine Moller, Erinnerung und Gedächtnis, Version: 1.0. In: Docupedia-Zeitgeschichte, 12.04.2010: http://docupedia.de/zg/moller_erinnerung_gedaechtnis_v1_de_2010.
- Karin Moser, „Propaganda und Gegenpropaganda. Das ‚kalte‘ Wechselspiel während der alliierten. Besetzung in Österreich.“ *medien & zeit* 17 (2002): 27–42.
- Reinhard Moos, „Das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz 2009.“ *Journal für Rechtspolitik* 18 (2010): 146–158.
- Manfred Mugrauer, Ernst Kirchweger. In: KPÖ (Hg.), „Der Tote ist auch selber schuld“. Zum 50. Jahrestag der Ermordung Ernst Kirchwegers. Wien 2015, 21–29.
- Museum der Stadt Villach, „Neues aus Alt-Villach“. Bombenkrieg, Besatzungszeit und Wiederaufbau! 42. Jahrbuch des Stadtmuseums Villach. Villach 2005.
- Wolfgang Neugebauer, Zur Problematik der NS-Vergangenheit Österreichs. Referat anlässlich der Enquete ‚Rassismus und Vergangenheitsbewältigung in Südafrika und Österreich – ein Vergleich?‘. Im österreichischen Parlament, Wien, 31. Mai 2000: <http://www.doew.at/erforschen/projekte/arbeitschwerpunkte/widerstand-und-verfolgung/umgang-mit-der-ns-vergangenheit/zur-problematik-der-ns-vergangenheit-oesterreichs>.
- Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Frankfurt am Main 1998. Ders., „Gedächtniskonjunktur.“ *Transit* 22 (2002): 18–31.
- Bastian Obermayer und Frederik Obermaier, Die Ibiza-Affäre – Filmbuch. Innenansichten eines Polit-Skandals, der Österreich erschütterte. Köln 2019.
- Ferdinand Opll und Peter Csendes, Wien-Geschichte einer Stadt. Bd. 3: Von 1790 bis zur Gegenwart. Köln/Wien/Weimar 2006.
- Österreichisches Mauthausen Komitee, „Lauter Einzelfälle?“ Die FPÖ und der Rechtsextremismus. Wien 2017.
- Jan Palmowski, Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag. Berlin 2016.
- Gerhard Paul, Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute. Bd. 734. Göttingen 2008.
- Valerie Pechhacker, Das Trümmerfrauen-Denkmal in Wien. Die historischen Hintergründe und tagespolitischen Aspekte des Trümmerfrauen-Denkmal in Wien. Masterarbeit Universität Wien 2020.

- Anton Pelinka, „Sozialdemokratie und Antisemitismus.“ *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 3.4 (1992): 540–554.
- Ders., *Austria out of the shadow of the past*. Boulder 1998.
- Ders., Rechtspopulismus in Österreich. In: Heinz U. Brinkmann/Isabelle-Christine Panreck (Hg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*. Wiesbaden 2019, 133–158.
- Bertrand Perz, Warum Österreich? Zum Personal der Dienststelle des SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik in Lublin. In: Stephan Lehnstaedt/Robert Traba (Hg.), *Die „Aktion Reinhardt“*. Geschichte und Gedenken. Berlin: 2019, 45–70.
- Eugen Pfister, Why history in digital games matters. In: Martin Lorber/Felix Zimmermann (Hg.), *History in games. Contingencies of an Authentic Past*. Köln 2020, 47–72.
- Roland Pichler, *Volksgerichtsbarkeit und Entnazifizierung. Unter besonderer Berücksichtigung der Verfahren gegen Frauen vor dem Volksgericht Wien*. Dissertation Universität Wien 2016.
- Maria Pohn-Lauggas, Zur Interaktion von Biographie und Diskurs. Methodologische und methodische Überlegungen am Beispiel von ‚Trümmerfrauen‘. In: Tina Spies/Elisabeth Tuider (Hg.), *Biographie und Diskurs. Methodisches Vorgehen und Methodologische Verbindungen*. Wiesbaden 2017, 269–287.
- Dies., Victimisation and gender. The myth of the Trümmerfrauen and its present use (fulness). In: Günter Bischof/Marc Landry (Hg.), *Myths in Austrian History. Construction and Deconstruction* New Orleans, LA. Bd. 29. Innsbruck 2020, 173–190.
- Dies., Transformationen Diskursiver Opferkonstruktionen. Verschiebungen der Grenze des Sagbaren Am Beispiel ‚Trümmerfrauen‘ in Österreich. In: Sasa Bosančić/Reiner Keller (Hg.), *Diskurse, Dispositive und Subjektivitäten. Anwendungsfelder und Anschlussmöglichkeiten in der Wissenssoziologischen Diskursforschung*. Wiesbaden 2022, 215–234.
- Maria Pohn-Weidinger, *Heroisierte Opfer. Bearbeitungs- und Handlungsstrukturen von „Trümmerfrauen“ in Wien*. Wiesbaden 2013.
- Ljiljana Radonić, *Der Zweite Weltkrieg in postsozialistischen Gedenkmuseen. Geschichtspolitik zwischen der ‚Anrufung Europas‘ und dem Fokus auf ‚unser‘ Leid*. Berlin 2021.
- Oliver Rathkolb, „Der lange Schatten der 8er Jahre, Kritische Geschichtsbetrachtung und Demokratiebewusstsein.“ *APuZ* 68.34–35 (2018): 41–46.
- Ders., *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015. Aktualisierte und erw. Neuausg.* Wien 2015.
- Manfried Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich 1945*. Wien 1984. Ders., *Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung*. Wien 2005.
- Margit Reiter, *Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah*. Wien 2001.
- Dies., Das Tauernkraftwerk Kaprun. In: Oliver Rathkolb/Florian Freund (Hg.), *NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“, 1938–1945*. Wien 2002.
- Dies., Parteien. In: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hg.), *Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich*. Köln/Wien 2021, 511–533.

- Georg Rigele, Kaprun. Das Kraftwerk des österreichischen Wiederaufbaus. In: Wolfgang Kos/ Georg Rigele (Hg.), *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*. Wien 1996, S. 311–328.
- Dirk Rupnow, „Das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 – eine Rückschau.“ *zeitgeschichte* 46.4 (2019): 463–478.
- Dirk Rupnow und Heidemarie Uhl (Hg.), *Gedenkjahr 2018. Vergangenheit im Fokus öffentlicher Kommunikation*. Göttingen 2020.
- Johannes Sachslehner, *Rosen für den Mörder*. Wien/Graz/Klagenfurt 2017.
- Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt am Main 2003. Ders., *Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft*. In: Reiner Keller et al. (Hg.), *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*. Wiesbaden 2011, 61–89.
- Axel Schildt, *Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90*. München 2007.
- Horst Schreiber, *Die Lager von Schwaz 1944–1988. NS-Zwangsarbeiterlager – Entnazifizierungslager Oradour – Flüchtlingslager St. Margarethen – Armenlager Märzensiedlung*. Innsbruck 2023.
- Kurt Schubert, *Die Wiedereröffnung der Universität Wien im Mai 1945*. Wien 1991. Cornelia Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*. Berlin 2007.
- Tom Segev, Wienthal. *Life and Legends*. New York 2010.
- Detlef Siegfried, *Urban Youth, National-Socialist Education and Specialized Fun. The Making of the Vienna Schlurfs, 1941–44*. In: Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hg.), *European Cities, Youth and the Public Sphere in the Twentieth Century*. Ashgate 2005, 69–91.
- Monika Sommer, *Zeitgeschichte und Museen*. In: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hg.), *Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich*, 798–825.
- Sibylle Steinbacher (Hg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der NS-Volksgemeinschaft*. Göttingen 2007.
- Dieter Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*. Wien u. a. 1981.
- Ders., „Hilfe zur Selbsthilfe“. *Der Marshallplan in Österreich 1948–1952*. In: Ernst Bruckmüller (Hg.), *Wiederaufbau Österreich*, 90–101.
- Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag. Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs. 1945–1955*. Wien 1998.
- Jürgen Straub und Jörn Rüsen (Hg.), *Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewusstsein. Erinnerung, Geschichte, Identität 2*. Frankfurt am Main 1998.
- Lorenz Ströbl, „Der Lagerspiegel“ des britischen Internierungslagers „Camp 373“ in Wolfsberg. *Analyse über Lagerleben und Struktur*. Masterarbeit Universität Wien 2022.
- Gerald Theimer, *Die Wiener Staatspolizei in den Jahren 1945–1947*. Dissertation Universität Wien 1995.
- Erika Thurner, „Dann haben wir wieder u n s e r e Arbeit gemacht. Frauenarbeit und Frauenleben nach dem zweiten Weltkrieg.“ *Zeitgeschichte* 15.9–10 (1987): 403–419.
- Erika Thurner, *Nationale Identität und Geschlecht in Österreich nach 1945*. Innsbruck/Wien/München 2000.

- Georg Tidl, Frau sein im und nach dem Krieg. Rollenbild und Lebenspraxis in einer Krisenzeit. In: Liesbeth Waechter-Böhm (Hg.), Wien 1945 davor/danach. Wien 1985, 61–73.
- Leonie Treber, Die Geburtsstunde der ‚Trümmerfrau‘ in den Presseerzeugnissen der deutschen Nachkriegszeit. In: Elisabeth Cheauré/Sylvia Paletschek/Nina Reusch (Hg.), Geschlecht und Geschichte in populären Medien. Bielefeld 2013, 189–208.
- Dies., Mythos Trümmerfrauen. Von der Trümmerbeseitigung in der Kriegs- und Nachkriegszeit und der Entstehung eines deutschen Erinnerungsortes. Essen 2014.
- Martin Tschiggerl, „Who owns the ‚Trümmerfrauen‘?“ Public History Weekly 7 (2019): 17.
- Ders., Identität und Alterität in den drei Nachfolgegesellschaften des NS-Staats. Am Beispiel der Sportberichterstattung. Wiesbaden 2020.
- Ders., „Significant Otherness Nation-building and Identity in Postwar Austria.“ Nations and Nationalism 27.3 (2021): 782–96.
- Ders., „The commendable antisemite? Vienna’s mnemonic struggle with Karl Lueger.“ Memory Studies (2024). DOI: <https://doi.org/10.1177/1750698024128425>.
- Martin Tschiggerl, Lea von der Hude und Patricia Seifner, „As a former National Socialist [...] I suffered most severely.“ How National Socialists’ Atonement Work Became a Reconstruction Myth.“ Austrian History Yearbook 56 (2025): 1–18.
- Martin Tschiggerl und Thomas Walach, „Die Erfundene ‚Trümmerfrau‘. Der Umgang mit Der NS-Zeit in Österreich.“ Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 70.2 (2022): 299–326.
- Martin Tschiggerl, Thomas Walach und Stefan Zahlmann, Geschichtstheorie. Wiesbaden 2019.
- Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität; fünfzig Jahre nach dem „Anschluß“. Köln/Wien/Weimar 1992.
- Dies., „Transformationen des österreichischen Gedächtnisses.“ Transit 15 (1998): 100–119.
- Dies., „Das ‚erste Opfer‘. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik.“ Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 30.1 (2001): 19–34.
- Dies., Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „Österreichischen Gedächtnis“. In: Gerbel et al. (Hg.), Transformation gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik. Wien 2005, 50–85.
- Dies., „Von ‚Endlösung‘ zu ‚Holocaust‘. Die TV-Ausstrahlung von ‚Holocaust‘ und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses.“ Historical Social Research/Historische Sozialforschung 30.4 (2005): 29–52.
- Dies., „Of heroes and victims. World War II in Austrian memory.“ Austrian History Yearbook 42 (2011): 185–200.
- Dies., „Opferthesen, revisited. Österreichs ambivalenter Umgang mit der NS-Vergangenheit.“ APuZ 68.34–35 (2018): 47–54.
- Dies., Gedenkjahre – Editorial. In: Dirk Rupnow/Heidemarie Uhl (Hg.), Gedenkjahr 2018. Vergangenheit im Fokus öffentlicher Kommunikation. Göttingen 2020.
- Johann Ulrich, Der Luftkrieg über Österreich 1939–1945. Wien 1967.
- Susanne Uslu-Pauer, Strafrechtliche Verfolgung von nationalsozialistischen Tötungsverbre-

- chen vor dem Volksgericht Wien. In: Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.), *Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafstiz von Nürnberg bis Den Haag*. Graz 2007, 221–235.
- Karl Vocelka, *Die Studentenrevolte 1968*. In: Oliver Rathkolb/Friedrich Stadler (Hg.), *Das Jahr 1968 – Ereignis, Symbol, Chiffre*. Göttingen/Wien 2010, 209–220.
- Bernd Vogel, *NS-Registrierung in Wien*. In: Walter Schuster/Wolfgang Weber (Hg.), *Entnazifizierung im regionalen Vergleich*. Linz 2004, 337–361.
- Matthias Waechter, *Mythos*, Version: 1.0. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.02.2010: http://docupedia.de/zg/waechter_mythos_v1_de_2010.
- Leonie Wagner, „Hüterinnen der Rasse“ – Frauenorganisationen der NSDAP. In: Stephanie Becker/Christoph Studt (Hg.), „Und sie werden nicht mehr frei sein ihr ganzes Leben.“ *Funktion und Stellenwert der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im „Dritten Reich“*. Berlin 2012, 249–267.
- Brady Wagoner, *10 Collective remembering as a process of social representation*. In: Gordon Sammut (Hg.), *The Cambridge Handbook of Social Representations*. Cambridge 2015, 143–162.
- Thomas Walach, *Das Unterbewusste und die Geschichtsarbeit*. Wiesbaden 2019.
- Heinz Wassermann, „Zuviel Vergangenheit tut nicht gut!“. *Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik*. Innsbruck/München/Wien 2000.
- Irmgard Weyrather, „Was Männer zerstören, bauen Frauen wieder auf“. *Frauenarbeit am Bau in den Trümmerjahren*. In: Arno Klönne/Olaf Bartels (Hg.), *Hand in Hand. Bauarbeit und Gewerkschaften – Eine Sozialgeschichte*. Frankfurt am Main 1989, 280–295.
- Marion Wisinger, *Land der Töchter. 150 Jahre Frauenleben in Österreich*. Wien 1992. Renée Winter, *Fernsehen und Video*. In: Marcus Gräser/Dirk Rupnow (Hg.), *Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich. Eine Standortbestimmung in Zeiten des Umbruchs*. Wien/Köln 2021, 429–447.
- Ruth Wodak et al., „Wir sind alle unschuldige Täter!“ *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*. 1. Aufl. Frankfurt am Main 1990.
- Ruth Wodak und Anton Pelinka (Hg.), *The Haider Phenomenon in Austria*. 3. Aufl. New Brunswick 2009.
- Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt 1999.
- Stefan Zahlmann, „Wie im Westen, nur anders.“ *Medien in der DDR*. Berlin 2010.
- Theresia Zierler, „...und trotzdem gab es Hoffnung! „Trümmerfrauen“ aus Österreich berichten“. Graz 2006.

12. Namensindex

A

Alaba, David 141
Angermeier, Magnus 30, 43
Assmann, Aleida 16
Assmann, Jan 16, 31

B

Bailer-Galanda, Brigitte 35
Bandhauer-Schöffmann, Irene 10, 11, 80,
84, 102, 171, 197
Berger, Franz Severin 12, 173
Berger, Franz X. 20
Berg, Matthew P. 50, 54, 72
Bernhard, Thomas 127, 163
Blagodadow, Alexej 49
Blaha, Franz 175, 182, 183, 199
Blimlinger, Eva 44
Blümel, Gernot 33
Borodajkewycz, Taras 116
Botz, Gerhard 7, 69, 109
Brandt, Willy 124
Bronner, Gerhard 117
Buchheim, Christoph 80

C

Cremer, Fritz 148
Csendes, Peter 165

E

Eden, Anthony 106
Eichmann, Adolf 114
Eppel, Peter 12, 176

F

Figl, Leopold 95, 107, 110
Fischer, Heinz 117
Foucault, Michel 19
Frischenschlager, Friedhelm 119
Fuchs, Patrice 15

Fussenegger, Wilfried 33

G

Grotewohl, Johanna 180
Grotewohl, Otto 180
Gudenus, Johann 38, 142
Gudenus, John 132

H

Haider, Jörg 37, 39, 100, 119, 120, 121, 123,
125, 131, 134, 136
Halbwachs, Maurice 16, 31, 161
Haubner, Ursula 136, 186
Haupt, Herbert 184
Hausjell, Fritz 174
Hawlicek, Hilde 127
Heer, Hannes 130
Heinz, Karl Hans 74
Helmer, Oskar 110
Hitler, Adolf 137, 196, 202
Hofer, Norbert 29
Holler, Christiane 12, 20, 173
Honecker, Erich 148
Honner, Franz 89
Hornstein, Karl 176
Hornung, Ela 10, 11, 44, 80, 84, 102, 171
Hrdlicka, Alfred 128
Hull, Cordell 106
Hutter, Clemens 101

K

Kahlbacher, Siegmund 29
Kalmar, Rudolf 169
Kampl, Franz 137
Kampl, Siegfried 136
Karner, Stefan 141
Keller, Fritz 139
Khol, Andreas 134
Kickl, Herbert 140, 142

Kirchweger, Ernst 118
 Kitzmüller, Anneliese 29
 Köhlmeier, Michael 142
 Körner, Theodor 21, 49, 50, 73, 86, 89
 Kramer, Nicole 66, 145, 153
 Krammer, Marion 174
 Krauss, Marita 145, 153
 Kreisky, Bruno 36, 115
 Kümel, Günther 118
 Kunasek, Mario 29
 Küng, Klaus 33
 Kurz, Sebastian 96

L

Lacina, Ferdinand 117
 Landbauer, Udo 40, 140
 Landwehr, Achim 19
 Liebenberg, Johann Andreas von 29, 30
 Lueger, Karl 18
 Luhmann, Niklas 157

M

Martinek, Wolfgang 129
 Mattl, Siegfried 11, 169
 Mistingier, Leo 75
 Mojert, Gerta 155
 Mölzer, Andreas 135, 136, 141
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 106
 Murer, Franz 114

N

Nepp, Dominik 29
 Neugebauer, Wolfgang 35, 105
 Nimmerrichter, Richard 129
 Nora, Pierre 15, 16

O

Oppl, Ferdinand 165

P

Pasterk, Ursula 177
 Paul, Gerhard 199

Pelinka, Anton 186
 Peter, Friedrich 36, 115, 119
 Petrovic, Madeleine 163
 Peymann, Claus 127
 Pfundner, Michaela 175
 Pohn-Lauggas, Maria 10, 12, 186
 Portisch, Hugo 23, 90, 91, 92
 Prinz, Walter 29, 33

R

Radonić, Ljiljana 15, 16
 Rathkolb, Oliver 34, 103, 129, 141
 Reder, Walter 119, 120
 Reemtsma, Jan Philipp 130
 Reinhold, Walter 148
 Reinthaller, Anton 36
 Reiter, Margit 39, 109, 142
 Renner, Karl 100
 Riemer, Hans 88
 Riff, Sepp 91

S

Salomon, Martina 163
 Sarasin, Philipp 19
 Saurer, Edith 169
 Schmidlechner, Karin 197
 Scholz, Kurt 141
 Schönnner, Johannes 160, 166
 Schubert, Kurt 76
 Schüssel, Wolfgang 134, 138
 Seiler, Hilde 160, 191, 203
 Seyß-Inquart, Arthur 36
 Sinowatz, Fred 126
 Soros, George 142
 Stern, Robert 164
 Steyrer, Kurt 119
 Stiefel, Dieter 99
 Strache, Heinz-Christian 27, 29, 30, 33, 37,
 41, 42, 128, 195
 Szeless, Margarethe 174
 Szokoll, Carl 49

T

Thomas Walach 42

Turner, Erika 10, 11, 12, 170, 171, 176

Tidl, Georg 11, 169

Tolbuchin, Fjodor Iwanowitsch 49

Treber, Leonie 7, 8, 19, 20, 145, 146, 148,
152, 153, 154, 155, 156, 198, 200

U

Uhl, Heidemarie 7, 39, 41, 111, 120, 127,
186, 196

Unruh, Trude 154, 162

V

Vocelka, Karl 139

von der Hude, Lea 9, 10, 70

Vranitzky, Franz 121, 123, 124, 125

W

Walach, Thomas 9, 10

Waldheim, Kurt 119, 126, 127, 196

Weinzierl, Erika 169

Wiesenthal, Simon 36, 114

Wisinger, Marion 172

Wladika, Michael 141

Wolfgang Schüssel 138

Wolfrum, Edgar 17

Z

Ziak, Karl 168

Zierler, Theresia 12, 15, 20, 189

Zilk, Helmut 128

Zipser, Elli 162

